

Das

Archiv des österreichischen Widerstandes

DÖW – Bibliothek

Z 19500



JAHRBUCH

1989

1980
Handbibliothek

Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes

JAHRBUCH 1989

Redaktion: Siegwald Ganglmair

BIBLIOTHEK
Dokumentationsarchiv
des österreichischen
Widerstandes

Österreichischer Bundesverlag, Wien

NE 4121 01 8
Dokumentationsarchiv
des österreichischen
Widerstandes

Österreichischer Bundesverlag Gesellschaft m. b. H., Wien
© 1989 by Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Wien
Printed in Austria
Umschlaggestaltung: Atelier Fuhrherr, Wien
Hersteller: Plöchl-Druckgesellschaft m. b. H. & Co.KG., 4240 Freistadt
ISBN 3-215-07161-4

INHALT

Vorwort	1
HERBERT STEINER Festvortrag anlässlich der Jahresversammlung 1988 des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes	3
HEINRICH NEISSER Rede anlässlich der Präsentation der DÖW-Dokumentation "Anschluß' 1938" am 18. Mai 1988 im Alten Rathaus	6
HANS MARSALEK Der Beitrag des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz in Genf zur Häftlingsevakuierung aus dem KZ Mauthausen und die Rolle von Louis Haefliger	10
FLORIAN FREUND Was "kostet" ein KZ-Häftling? Neue Dokumente zur Geschichte des KZ Loibl-Paß	131
BERTRAND PERZ Steyr-Münichholz, ein Konzentrationslager der Steyr-Daimler-Puch A.G.	52
HUBERT PFOCH Dokumentation zur Judendeportation	62
ERNST DEGASPERI Gedichte: Zyklon B, Pflicht	68
WINFRIED R. GARSCHA Ein Versuch zur Vereinigung von Revolutionären Sozialisten (RS) und Kommunisten (KPÖ) in der Steiermark im August 1938	74
HANS SCHAFRANEK Österreichische Spanienkämpfer in den Gefängnissen und Konzentrationslagern des Franco-Regimes	84
HANS LANDAUER Österreicher im Sanitätsdienst der spanischen Volksarmee 1936-1939	105
HELMA SCHMOLL EXILpublizistik oder ExilPUBLIZISTIK Österreichische Journalisten in Palästina 1933 bis 1948	117

SIEGFRIED BEER

Exil und Emigration als Information. Zur Tätigkeit der
Foreign Nationalities Branch innerhalb des amerikanischen
Kriegsgeheimdienstes COI bzw. OSS, 1941-1945 132

WOLFGANG NEUGEBAUER

Das Opferfürsorgegesetz und die Sterilisationsopfer in Österreich 144

BRIGITTE BAILER-GALANDA

Frauen und Rechtsextremismus 151

PETER EPEL

Schülerwettbewerb des DÖW zum Thema "Österreicher und
Judenverfolgung 1938 bis 1945" und Israelreise
"Lebendige Geschichte" 162

SANDRA MELLONI

Die Geschichte des Klaviers 173

ERIK KROIHER

Schülerbefragung am Beginn (Februar) und Ende
(November/Dezember) des "Gedenkjahres" 1988 über
Wissensstand und Einstellung von Schülern zum Nationalsozialismus 178

**DOKUMENTATIONSARCHIV DES
ÖSTERREICHISCHEN WIDERSTANDES**
Jahresbericht 1988 181

Die Autoren

VORWORT

Die Tätigkeit des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes (DÖW) im Jahre 1988 war, wie dem DÖW-Jahresbericht am Ende dieses Jahrbuchs im Detail zu entnehmen ist, vor allem durch die Ereignisse vor fünfzig Jahren geprägt; das "Gedenkjahr" 1988 erwies sich als das bisher arbeitsreichste in der Geschichte des DÖW. Die beiden markantesten Projekte des Archivs in diesem "Gedenkjahr" waren zum einen die große Ausstellung des Historischen Museums der Stadt Wien in der Volkshalle des Wiener Rathauses, "Wien 1938", deren wissenschaftliche Ausführung dem DÖW oblag, zum anderen die Dokumentation "Anschluß" 1938", die betreffend Umfang und Darstellung der verschiedenen "Anschluß"-Aspekte bislang wohl ausführlichste Quellensammlung zu diesem Ereignis. Die Rede von Bundesminister Dr. Heinrich Neisser anlässlich der Präsentation dieses Buches im Alten Rathaus findet sich in diesem Jahrbuch.

Die Mehrzahl der hier abgedruckten Artikel nimmt nach den Schwerpunkten "Anschluß"/"Reichskristallnacht"/"Nationale Frage" des vergangenen Jahrbuchs verstärkt auf die Hauptthematik des Archivs Bezug: Widerstand und Verfolgung (Freund, Perz, Pfoch, Neugebauer), Emigration und Exil (Schmoll, Beer), Rechtsextremismus in Österreich nach 1945 (Bailer-Galanda). Zwei Beiträge beschäftigen sich mit Österreichern im Spanischen Bürgerkrieg (Schafranek, Landauer), und es soll an dieser Stelle vermerkt werden, daß das DÖW dank seines Mitarbeiters Hans Landauer die größte einschlägige Sammlung besitzt.

Hans Marsalek, der Autor des Standardwerkes über das KZ Mauthausen und der langjährige Leiter der dortigen Gedenkstätte, hatte in der Lagerschreibstube dieses Konzentrationslagers eine zentrale Häftlingsfunktion inne, die ihm schon damals einen größeren Überblick über die internen Lagergeschehnisse, insbesondere in den Befreiungstagen, erlaubte als den meisten seiner Mithäftlinge. Als Augenzeuge und Kenner der Materie untersucht Marsalek in dem vorliegenden Artikel die Rolle des damaligen Delegierten des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes in Mauthausen, Louis Haefliger, als "Retter von Mauthausen".

Einige Jahrbuchbeiträge stellen noch den Bezug zum vergangenen "Gedenkjahr" her und sollen mithelfen, daß nach Ablauf dieses Jahres die historische Diskussion nicht wieder zum Stillstand kommt. Anlässlich des 50. Jahrestages der "Reichskristallnacht" präsentierte das Archiv in seinem Ausstellungsraum Graphik von DÖW-Kuratoriumsmitglied Ernst Degasper, der bei der Eröffnung auch eigene Gedichte las; aus diesem doppelten Werk Degasperis zitieren wir in diesem Jahrbuch. Aus den zahlreichen Arbeiten zum DÖW-Schülerwettbewerb "Österreicher und Judenverfolgung 1938-1945" wurde Sandra Mellonis "Geschichte des Klaviers", die Arbeit einer 13jährigen, ausgewählt. Auf die Frage "Welche Lehren haben wir aus dem 'Gedenkjahr' gezogen?" versuchte der Gymnasiast Erik Kroihner eine Antwort zu finden, indem er im Februar und dann wieder im November/Dezember 1988 Hunderten von Mitschülern dieselben Fragen stellte, um Kenntnis über deren Wissensstand und Einstellung zum Thema

"Anschluß" und Österreich in der Zeit des Nationalsozialismus zu erlangen. Beim zweiten Termin kamen bedeutend weniger auswertbare Antworten zusammen; möglicherweise der Ausdruck von "Müdigkeit" am Ende des "Gedenkjahres". Knapp weniger als 50 % der befragten Schüler äußerten zu diesem Zeitpunkt die Absicht, sich auch weiterhin mit der NS-Zeit beschäftigen zu wollen.

Wie immer stehen Festvortrag der jeweiligen Jahresversammlung - diesmal von Univ. Doz. Dr. Herbert Steiner, dem Mitbegründer des DÖW und dessen langjährigem Leiter - und Jahresbericht am Anfang bzw. Ende dieser Jahreschrift. Die Redaktion dankt den Autoren für ihre Beiträge; die Verantwortung für den Inhalt liegt bei ihnen. Die Reinschrift des Manuskripts besorgten in dankenswerter Weise Frau Eva Kriss und Frau Astrid Burian; die Druckvorlage erstellte Dr. Florian Freund. Nicht zuletzt sei der CA und dem Stadtsenat der Landeshauptstadt Graz für ihre Unterstützung dieses Jahrbuchs gedankt.

HERBERT STEINER

FESTVORTRAG ANLÄSSLICH DER JAHRESVERSAMMLUNG DES
DOKUMENTATIONSARCHIVS DES ÖSTERREICHISCHEN WIDER-
STANDES IM GEMEINDERATSSITZUNGSSAAL DES ALTEN RATHAUSES,
WIEN, 9. MÄRZ 1988

Gerade vor 25 Jahren, am 13. März 1963, wurde bei einem Treffen von ehemaligen Widerstandskämpfern, Historikern und Archivaren in Wien das DÖW als Verein gegründet. Als Proponenten und Einberufer zeichneten Univ. Prof. Dr. August Maria Knoll, Univ. Doz. Dr. Ludwig Jedlicka, Dr. Paul Schärf und ich. In der bei dieser Gelegenheit beschlossenen Grundsatzklärung hieß es: "Das DÖW soll vor allem durch dokumentarische Beweise der zeitgeschichtlichen Erziehung der Jugend dienen. Sie soll mit den schrecklichen Folgen des Verlustes der Unabhängigkeit und Freiheit Österreichs sowie mit dem heldenhaften Kampf der Widerstandskämpfer bekannt gemacht werden. Das Archiv soll als bleibende Dokumentation verwahrt werden."

Mit dieser Erklärung und der nun 25 Jahre währenden Tätigkeit des DÖW wurde eine bedeutende staatspolitische Aufgabe für Österreich erfüllt. Es war dies durchaus im Sinne der Moskauer Deklaration vom Herbst 1943, die eine der entscheidendsten Voraussetzungen für den Staatsvertrag von 1955 und somit für die Unabhängigkeit und Souveränität unseres Landes war.

Diese Tätigkeit des DÖW ermöglichte eine breite, überparteiliche Zusammenarbeit von Persönlichkeiten aus verschiedenen politischen Richtungen, die sich in den letzten 25 Jahren durchaus bewährt hat. Neben den Vertretern der 1945 staatsgründenden Parteien - ÖVP, SPÖ und KPÖ - unterstützten unser gemeinsames Vorhaben alle Organisationen der ehemaligen Freiheitskämpfer und Opfer des Nationalsozialismus. Im Vorstand des DÖW sind der Bund Sozialistischer Freiheitskämpfer, der KZ-Verband, die ÖVP-Kameradschaft, die Österreichische Widerstandsbewegung, die Katholische Kirche, die Israelitische Kultusgemeinde, der Österreichische Gewerkschaftsbund und andere Institutionen vertreten. In verstärktem Ausmaß gewannen wir auch die aktive Mitarbeit von Historikern und Archivaren aus ganz Österreich.

Der Gründung des DÖW gingen umfangreiche Vorarbeiten voran. Die leider verstorbenen Freiheitskämpfer Selma Steinmetz und Friedrich Vogl, Tilly Spiegel und Bruno Szokoll begannen mit mir mit beträchtlichen Schwierigkeiten, Dokumente und Materialien zu sammeln. Von Anfang an unterstützten uns auch einige Politiker. Besonderer Dank gebührt Bruno Marek, dem wir auch die Räumlichkeiten im Alten Rathaus verdanken. Ich möchte hier jedoch noch Fritz Bock, Hertha Firnberg, Alfred Maleta und Helmut Zilk besonders erwähnen, denen die notwendigen Anliegen des DÖW immer Herzenssache waren. Mit der unmittelbaren Tätigkeit des DÖW identifizierten sich besonders unsere verstorbenen Präsidenten, August Maria Knoll, Otto Benesch und Max Neugebauer. Ihrer und unserer verstorbenen Ehrenpräsidenten, FML Jansa, Adolf Merkl, Felix Hurdes und Heinrich Gleißner, gedenken wir heute mit tiefer Dankbarkeit.

Ihnen zur Seite standen die zahlreichen Mitglieder unseres Kuratoriums, deren Tätigkeit für das DÖW wir stets schätzen.

Im DÖW ist die opferreiche Einsatzbereitschaft tausender Österreicher aus allen Teilen des Landes dokumentiert, die sich aktiv im Kampfe gegen Faschismus und Nationalsozialismus eingesetzt hatten. Sie repräsentieren das "andere Österreich", das Österreich des Widerstandes gegen die Unmenschlichkeit.

Es ist durchaus kein Zufall und erfüllt uns mit Zuversicht, daß viele junge Österreicher sich heute für dieses "andere Österreich" außerordentlich interessieren. In den Schulen und auf den Universitäten konnte ich mit Freude feststellen, daß sich junge Menschen ernsthaft die Frage stellen: Wie konnte es zu den Ereignissen von 1934 und 1938 kommen? Antwort versuchen das DÖW mit seinen Dokumenten, Befragungen und Materialien sowie die noch lebenden Zeitzeugen zu geben. Neben Historikern befassen sich immer mehr Studenten und Wissenschaftler auch anderer Richtungen - Germanisten, Theaterwissenschaftler, Publizisten, Juristen und Soziologen - mit unserer Thematik. Im Gedenkjahr 1988 benützen die reichen Bestände des DÖW viele Mitarbeiter von Radio, Fernsehen und Zeitungen des In- und Auslandes.

Erst die Sammlung und Konzentration der Materialien an einer einzigen Stelle ermöglichte die rationelle Verwertung und eventuelle Veröffentlichung. Ich möchte nur an einige der wichtigsten Aktivitäten des DÖW erinnern: In den letzten Jahren wurden mehrere Buchreihen veröffentlicht. In ihnen ist eine Auswahl der wichtigsten Dokumente zur weiteren Verwendung publiziert. Für Wien, Niederösterreich, Oberösterreich, Tirol und das Burgenland gibt es bereits mehrbändige Werke über Widerstand und Verfolgung. Über die anderen Bundesländer wird noch gearbeitet. Im Zuge dieser Regionalforschung sind auch tausende neue Dokumente in das DÖW gelangt.

Eine andere Buchreihe dokumentiert die Tätigkeit der ins Exil vertriebenen Österreicher. Die Bände über Frankreich, Belgien und Spanien werden erfolgreich vertrieben. Arbeiten über die USA und Großbritannien sind in Vorbereitung.

Eine weitere Buchreihe enthält die wichtige Aussage von Zeitzeugen. Dazu kommen noch mehrere selbständige Publikationen von Mitarbeitern des DÖW.

Eine ganz andere Publikation des DÖW erreichte breites, öffentliches Interesse und damit auch fünf ausverkaufte Auflagen. Es ist dies das Buch über "Rechtsextremismus in Österreich nach 1945". In diesem wissenschaftlich gestalteten Werk wird die verhängnisvolle Tätigkeit rechtsextremer Organisationen und Personen in Österreich aufgelistet. Wir wiesen damit auf die großen Gefahren hin, aber forderten gleichzeitig, daß alle gesetzlichen Möglichkeiten ausgenutzt werden sollten, derartige gegen Österreich gerichtete Aktivitäten wirkungsvoller zu unterbinden. Mit dieser aufklärenden Tätigkeit über den Rechts extremismus wollen wir der Grundsatzklärung des DÖW aus dem Jahre 1963 und dem Vermächtnis aller Freiheitskämpfer "Nie wieder" gerecht werden. Die immer wieder vorkommenden frechen Provokationen, wie wir sie kürzlich gegen unseren Freund Simon Wiesenthal, in der Gedenkstätte des KZ Mauthausen sowie bei der Anne-Frank-Ausstellung erlebten, beweisen nur, wie notwendig

eine derartige Aktivität des DÖW ist.

Wir wollen auch nach dem Gedenkjahr 1988 keinerlei Schlußstrich unter die Vergangenheit ziehen. Die Jahre 1938-1945 waren die opferreichsten in der langen Geschichte Österreichs. Es wäre wünschenswert, daß diese Zeit mit Berücksichtigung ihrer Voraussetzungen und Folgen in die österreichische Geschichtsschreibung voll integriert wird.

Das DÖW hat in diesem Zusammenhang heute und in Zukunft noch manche Aufgaben zu erfüllen. Die Tatsache, daß wir seit einigen Jahren gemeinsam mit der Stadt Wien und der Bundesregierung eine "Stiftung Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes" gegründet haben, verpflichtet uns, alle diese Aufgaben mit Einsatz und neuen Ideen zu erfüllen. Die Stiftung DÖW ermöglichte es, mehrere junge Wissenschaftler für diese wichtige politische und volksbildnerische Tätigkeit zu gewinnen.

Die persönlichen Erfahrungen der Freiheitskämpfer und die von uns allen gewonnenen Erkenntnisse verpflichten uns heute und in Zukunft, den Anfängen des Bösen zu wehren. Wieder erleben wir schmerzvoll, daß man Traditionen und Rechte von Minderheiten mißachtet. Der unselige Antisemitismus hat sich in Österreich neuerdings bemerkbar gemacht. Die mit großen Opfern und Kämpfen erreichten demokratischen Einrichtungen werden von manchen Zeitungen und Gruppen verächtlich gemacht.

Die Aufgaben des DÖW für die Zukunft hat unser Ehrenpräsident Dr. Alfred Maleta vor einigen Jahren folgendermaßen beschrieben: "Als Mitglied des Kuratoriums des DÖW, das sich über alle Schranken politischer und religiöser Bekenntnisse hinweg durch das aufrechte Einstehen für die rot-weiß-rote Fahne verbunden weiß, gebe ich meiner Hoffnung Ausdruck, daß die parlamentarische Demokratie unseres Landes durch wissenschaftliche Einrichtungen solcher Art manch wertvollen Impuls für ihr Selbstverständnis wie ihre Zielgebung in der Zukunft erfahren möge." Mit diesen Worten sind - so scheint es mir - anlässlich des 25. Jahrestages der Gründung des DÖW im Gedenkjahr 1988 Bedeutung und Notwendigkeit des DÖW auch für Gegenwart und Zukunft klar ausgedrückt.

BUNDESMINISTER DR. HEINRICH NEISSER

REDE ANLÄSSLICH DER PRÄSENTATION DER DÖW-DOKUMENTATION
"ANSCHLUSS' 1938" AM 18. MAI 1988 IM ALTEN RATHAUS

Mehr als zwei Monate nach den offiziellen Gedenkfeiern eine Dokumentation vorzustellen, könnte vielleicht als ein verspäteter Beitrag bezeichnet werden. Ich würde dem aber eher symbolische Bedeutung beimessen.

Ich hatte die Gelegenheit, die Entstehung dieser Dokumentation mitzuvollziehen. Es ist mir deshalb vollkommen bewußt, daß eine umfangreiche Sammlung der wichtigsten Dokumente zum "Anschluß" 1938, aber auch die Erschließung neuer Quellen und deren Aufarbeitung seine Zeit dauert. Wie ich von seiten der Autoren gehört habe, hat gerade die Tatsache des 50. Jahrestages dazu geführt, daß so manches Archiv geöffnet bzw. der Zugang erleichtert wurde.

Schließlich kann sich die Besinnung auf eine entscheidende Epoche der österreichischen Geschichte nicht in Gedenkveranstaltungen erschöpfen. Sie bedarf vielmehr einer ständigen geistigen Auseinandersetzung. Denn es ist nicht möglich, mit dem Ablauf der Veranstaltungen, mit den vorübergehenden Daten auch das Problem als erledigt zu betrachten.

Die sicherlich nicht erfreuliche gespannte Situation am Beginn des Jahres mag heute bei manchem im Rückblick auf den März 1988 den Satz hervorrufen: Sind wir froh, daß es vorüber ist! Sich solcherart Gedanken über die Geschichte zu machen ist aber sicher die falsche Vorgangsweise. Die Beschäftigung mit der Geschichte müßte vielmehr für jeden Österreicher eine ständige geistige Auseinandersetzung darstellen. Ich möchte hier vor allem die Mahnung unterstreichen, daß eine Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte nicht nur im März 1988 stattfinden sollte, sondern das ganze Jahr und auch Überlegungen über die Zukunft Österreichs einfließen sollten.

Vorträge, Diskussionen und Beiträge in den vergangenen Monaten waren vielfach von der Frage gekennzeichnet: Ist Österreich als Opfer Hitlers oder als Mittäter des Dritten Reiches anzusehen? In dieser Frage zeigt sich die Polarität der Diskussionen und der zahlreichen Publikationen.

Gedenkjahre sind immer auch literarische Ereignisse. So wird diese Dokumentation nicht nur als Pflichterfüllung, als Nachlese zu den Märzveranstaltungen zu sehen sein, sondern sie soll die Aktualität der Diskussion gewährleisten. Gedenkjahre sind aber vor allem eine Chance; eine Chance für die Politik, für die Wissenschaft, für die Medien.

Die Chance für die Politiker besteht darin, bewußt eine Brücke zwischen den Erkenntnissen über die Vergangenheit und die Herausforderung für die Zukunft zu schlagen. Den Wissenschaftlern obliegt es, einen wesentlichen Beitrag zur Erhellung der Vergangenheit zu leisten, aber auch für kommende Generationen. Den Medien obliegt es, eine breite Öffentlichkeit für Grundfragen der Politik und der Gesellschaft zu sensibilisieren.

Häufig war in letzter Zeit der Satz zu hören: Wir haben in den vergangenen 50 Jahren viel gelernt. Er mag seine Richtigkeit haben, aber wir haben

"Anschluß" 1938

Eine Dokumentation

Herausgeber:

Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes

Auswahl, Bearbeitung und Zusammenstellung:

Dr. Heinz Arnberger, Dr. Winfried R. Garscha,
Dr. Christa Mitterrutzner

Mit Beiträgen von Univ.-Prof. Dr. Rudolf Ardelt, Dr.
Winfried R. Garscha, Univ.-Prof. Dr. Wolfgang Häusler, Mag.
Robert Holzbauer, Univ.-Doz. Dr. Robert Kriechbaumer,
Univ.-Prof. Dr. Anton Pelinka, Univ.-Prof. Dr. Norbert
Schausberger, Dr. Reinhard Schurawitzki, Univ.-Doz. Dr.
Herbert Steiner, Univ.-Prof. Dr. Erika Weinzierl

Das Zustandekommen dieser Dokumentation wurde durch Beratung und Hilfe unterstützt von BM a. D. Dr. Erich Bielka-Karltreu, OR Dr. Peter Broucek, Rat Dr. Gertrude Enderle-Burcel, AR Herbert Exenberger, OR Dr. Lorenz Mikoletzky, Gen.-Dir. i. R. HR Dr. Rudolf Neck, BM Dr. Heinrich Neisser, Gen.-Dir. HR Dr. Kurt Peball, Prof. Ludwig Reichhold, Univ.-Prof. Mag. Dr. Anton Staudinger, Univ.-Doz. Dr. Karl Stuhlpfarrer.

ÖSTERREICHISCHER BUNDESVERLAG, WIEN 1988

nicht nur aus 1938 zu lernen, sondern aus allen geschichtlichen Faktoren, die zu diesem tragischen Datum geführt haben. Es wäre falsch, nur punktuelle Betrachtungen der Ereignisse vorzunehmen. Denn der 11. März 1938 hat eine lange Vorgeschichte. Geschichte ist nie nur ein Datum, sondern bedeutet immer das Erkennen und Verstehen von Zusammenhängen. Der vorliegende Band wird als wissenschaftliche Arbeit einen wertvollen Beitrag dazu leisten.

Spricht man von der Rolle des Politikers und der Rolle des Historikers in diesen geschichtlichen Bewältigungsprozessen, so gilt es, vor allem auf die Verantwortung beider hinzuweisen; das heißt also, in Zukunft einen wesentlich stärkeren Dialog zwischen Politik und Geschichte, vor allem zwischen Politikern und Zeitgeschichtlern, herbeizuführen:

- Politiker sollen hellhörig werden, sensibel für gesellschaftliche Veränderungen und empfindlich für Gefahren, die in jedem politischen System verborgen sind.

- Politiker sollen Historiker nicht vereinnahmen. Es ist nicht Aufgabe des Historikers, dem Politiker die "passenden" Argumente zu liefern. Gerade diese Gefahr ist bei der Zeitgeschichte besonders groß.

- Der Historiker soll sich seiner besonderen Verantwortung bewußt sein. Heute wird oft der leichtfertige Vorwurf des Versagens der Zeitgeschichte erhoben. Vieles kann allerdings erst jetzt erforscht werden; Materialien werden zugänglich. Das Gedenkjahr hat die Erschließung der Archive (Landes- und Gemeindearchive) beschleunigt.

- Aufgabe des Historikers ist es auch, dafür zu sorgen, daß die politischen Diskussionen aus den Klischees herauskommen. Denn es gilt, keine Sprachregelung über die Vergangenheit zu finden, sondern vielmehr Meinungen, die aus einem kritischen und selbstkritischen Prozeß entstehen.

Dem Wort von der "Bewältigung der Vergangenheit" stehe auch ich mit großer Skepsis gegenüber. Der Wortsinn in bezug auf die Geschichte ist mir nicht klar, denn es würde bedeuten, daß die sogenannte Vergangenheitsbewältigung ein Prozeß ist, der mit einer Streitbeilegungserklärung zu beenden, zu bewältigen wäre. Das Problem des gestörten Verhältnisses zur Vergangenheit ist nicht ein österreichspezifisches. Jedes Volk, jede Nation lebt in einem Spannungsverhältnis zur eigenen Geschichte - wenn auch unterschiedlich in Intensität und Umfang.

Die Beziehung zur Vergangenheit kann nie nur Stolz auf die Augenblicke des Lichtes sein, sondern auch Wissen über die dunklen Stunden. Der katholische Publizist Friedrich Heer hat einmal gesagt: "Geschichte tut weh." Sie tut weh, sie tut auch uns weh, sie hat uns auch weh zu tun.

Was haben wir gelernt? Oder besser - erkannt?

- Geschichtliche Prozesse sind nur in Zusammenhängen zu sehen. Das Ergebnis dieser historischen Analyse kann nie totale Einseitigkeit in der Schuldzuschreibung sein. Irrtümer sind in gleicher Weise bei Sozialdemokraten und Christlichsozialen vorgekommen. ("Österreich als zweiter deutscher Staat!" war die Parole nicht nur der ständisch-autoritären Führung, sondern auch von Otto Bauer und Karl Renner.) Ohne Demokratie ist eine nationale Selbstbehauptung

chancenlos. Diese Erkenntnis hat auch eminente Bedeutung für die Zukunft.

- Beim Urteil über die Vergangenheit sollte man berücksichtigen, daß es so etwas wie nicht nachvollziehbare Entscheidungssituationen gibt. Es ist meiner Meinung nach nur eine akademische Diskussion, wenn wir 50 Jahre später über die Frage des Schießbefehls diskutieren, sie ist sicherlich nicht von politischer Relevanz.

- Wir sollten keine Scheu vor Gedenktagen haben, auch wenn manchmal die Atmosphäre davor spannungsgeladen ist. Gedenktage sind eine Chance für Neubesinnung, für Selbstbesinnung und damit vor allem für mehr Selbstvertrauen.

- Wir sollten gemeinsam diesen Selbstfindungsprozeß beschreiten: Nicht die Isolation der Ansichten der einzelnen Parteien darf das Ziel sein, sondern der wechselseitige Dialog. Vorrang hat das gemeinsame Bemühen um Gedenken in Diskussionen um die Vergangenheit. Denn ein Basiskonsens in einem Staat ist ohne Bemühen um ein gemeinsames Geschichtsverständnis nicht möglich.

Die Dokumentation "Anschluß" 1938" ist ein Nachschlagewerk für wissenschaftliche Zwecke, eine Information - auch für einen breiten Leserkreis. Möge sie Impulse für weiterführende Arbeiten geben. An dieser Stelle gilt es noch einmal, den Dank an die Autoren und an die Herausgeber der Dokumentation auszusprechen, aber auch an alle, die diese Publikation gefördert haben.

Gerade den heutigen Zeitungen entnehmen wir das Ergebnis einer Umfrage zum Nationalbewußtsein des Österreicher. Und erfreulicherweise können wir feststellen, daß dieses wächst. Bereits 75 % der österreichischen Bevölkerung bejahen die Frage, ob sie eine gemeinsame Nation bilden. Ein erfreuliches Symptom ist auch darin zu sehen, daß die österreichische Identität und das Selbstbewußtsein dadurch verstärkt werden. Das österreichische Nationalbewußtsein wächst also.

HANS MARSALEK

DER BEITRAG DES INTERNATIONALEN KOMITEES VOM ROTEN KREUZ IN GENF ZUR HÄFTLINGSEVAKUIERUNG AUS DEM KZ MAUTHAUSEN UND DIE ROLLE VON LOUIS HAEFLIGER IN MAUTHAUSEN IN DEN APRIL- UND MAITAGEN 1945 RESP. NACH 1945

Seit 1939 soll das Internationale Komitee vom Roten Kreuz in Genf (IKRK) wegen der Kriegsgefangenen und Konzentrationslagerhäftlinge mit deutschen Stellen in Verbindung zu treten versucht haben. Erst ab Ende 1943 kam es zu einzelnen Lebensmittelpaketensendungen, ab Ende 1944 zu engeren Kontakten, ab Anfang 1945 zu konkreten Vereinbarungen und in der Endphase des Krieges zu Rettungshandlungen von Häftlingen.¹

12. 11. 1943 Kontaktaufnahme eines Delegierten des IKRK mit dem Kommandanten des KZ Oranienburg (Sachsenhausen). Das Häftlingslager durfte nicht betreten werden, die Zusendung von Paketen mit Lebensmitteln und Kleidung war jedoch erlaubt worden.²

12. 3. 1944 Die Delegation des IKRK in Berlin bittet in Genf um Hilfsmittel für 500 im KZ Sachsenhausen befindliche Norweger.³

Am 1. 7. 1944 kamen Lebensmittelpakete des IKRK im KZ Sachsenhausen und am 3. 9. 1944 im KZ Dachau an.⁴

Vom 24. 8. 1944 bis 9. 9. 1944 wurden vom IKRK genau 25.600 Lebensmittelpakete in verschiedene Konzentrationslager versandt.⁵

Im September 1944 (genaues Datum nicht angeführt) besuchte eine Delegation des IKRK im KZ Auschwitz den Kommandanten des dortigen KZ. Das Häftlingslager wurde nicht betreten.⁶ Eine Sendung von Lebensmittelpaketen wurde vereinbart.

9. 12. 1944 Schreiben des Präsidenten des IKRK Prof. Carl Burckhardt an Ribbentrop. Inhalt desselben u. a.: Sendung von Lebensmittelpaketen in die Lager und Repatriierung von Häftlingen aus den Konzentrationslagern wurden vorgeschlagen.⁷

1 Siehe diesbezüglich: Dokumentation des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz in Genf (1939-1945), 3. Aufl., Genf, April 1947, Serie II, Nr. 1, S. 10 ff., deutsche Ausgabe (im folgenden: Dok. IKRK).

2 Dok. IKRK, S. 56.

3 Dok. IKRK, S. 59.

4 Dok. IKRK, S. 65.

5 Dok. IKRK, S. 71.

6 Dok. IKRK, S. 91 f.

7 Dok. IKRK, S. 74 f.

11. 1. 1945 Ein Delegierter des IKRK verhandelte mit dem Chef der Amtsgruppe D (KZ) des SS-Wirtschaftsverwaltungs-Hauptamtes (SS-WVHA), SS-Obergruppenführer Glücks. Es wurde eine Vereinbarung über Paketensendungen in die KZ besprochen.⁸

1. 2. 1945 Die deutsche Regierung entschließt sich, in einem Schreiben an das IKRK Genf zugunsten der (ausländischen) Häftlinge in den KZ weitgehende Zugeständnisse zu machen.⁹

2. 2. 1945 Delegierte des IKRK sprechen im SS-WVHA mit SS-Standartenführer Dr. Enno Lolling (Sanitätswesen/KZ) und SS-Obersturmbannführer Rudolf Höss. Später fanden noch mehrere Aussprachen mit führenden SS-Männern des SS-WVHA statt.¹⁰

12. 2. 1945 Zusammenkunft des Vizepräsidenten des Schwedischen Roten Kreuzes Graf Folke Bernadotte mit dem Führer des Reichssicherheits-Hauptamtes (RSHA), SS-Obergruppenführer Dr. Ernst Kaltenbrunner, und am 18. 2. 1945 mit dem Reichsführer-SS Heinrich Himmler. Thema der Aussprachen u. a.: Repatriierung von Dänen und Norwegern, die während der Monate März und April 1945 nach Schweden überführt wurden.¹¹

Im Februar 1945 (genaues Datum nicht angeführt) stellt die deutsche Regierung für die LKW-Transporte des IKRK kanadische Kriegsgefangene als Kraftfahrer zur Verfügung.¹²

Am 12. und 15. 3. 1945 finden in Berlin Besprechungen des Präsidenten des IKRK Burckhardt mit Kaltenbrunner statt. Zur gleichen Zeit verhandelt ein anderer Delegierter des IKRK mit dem SS-Brigadeführer Dr. Walter Schellenberg (SD-Nachrichtendienst). Das Ergebnis der nicht schriftlich festgelegten Besprechung Burckhardt-Kaltenbrunner lautete: Lebensmittel in die KZ, Repatriierung von französischen und belgischen Häftlingen, jedem KZ solle ein Delegierter des IKRK zugeteilt werden. Burckhardts Vorschlag: Die KZ der Aufsicht des IKRK zu unterstellen.¹³

Am 19. 3. 1945 erhielt Kaltenbrunner von Hitler und Himmler eine polizeiliche Totalvollmacht für das Gebiet der Alpengaue.¹⁴ Vom 28. 3. 1945 bis 15. 4. 1945 hält sich Kaltenbrunner in verschiedenen Orten des österreichischen Gebietes auf, ab 19. 4. 1945 in Linz, dann in Innsbruck, Vorarlberg, Strobl und

8 Dok. IKRK, S. 93 f.

9 Dok. IKRK, S. 77 ff.

10 Dok. IKRK, S. 95.

11 Veröffentlichung des Grafen F. Bernadotte, S. 42.

12 Dok. IKRK, S. 23.

13 Dok. IKRK, S. 95 f.; Nürnberger Prozeß, Bd. XI, S. 317.

14 Nürnberger Prozeß, Bd. XI, S. 336.

zuletzt in Altaussee.¹⁵

23. 3. 1945 Delegierter des IKRK Prof. Burckhardt verhandelt im RSHA mit dem obersten Chef der Gestapo, der Sipo und des SD, SS-Gruppenführer Heinrich Müller.¹⁶

29. 3. 1945 Kaltenbrunner bestätigt schriftlich dem IKRK die mündlichen Vereinbarungen mit Prof. Burckhardt vom 12. und 15. 3. 1945. Die Vereinbarungen über die Durchführungsbestimmungen zu den Verträgen Burckhardt-Kaltenbrunner fanden am 10. 4. 1945 in Konstanz und am 24. 4. 1945 in Innsbruck statt. Zumindest in Innsbruck war Kaltenbrunner anwesend.¹⁷

3. 4. 1945 Delegierte des IKRK verhandeln im Auswärtigen Amt mit den Gesandten Schmidt (Adjutant Kaltenbrunners) und Windecker.¹⁸

5. 4. 1945 Das IKRK evakuiert aus dem KZ Ravensbrück 299 Französischen und Polinnen.¹⁹ Darunter befanden sich mehrere als Französischen getarnte Österreicherinnen.

6. 4. 1945 Eine Delegation des IKRK besichtigt in Begleitung des Chefs SD-Protectorat Böhmen und Mähren, Dr. Weinemann, und des SS-Obersturmbannführers Adolf Eichmann das Ghetto Theresienstadt.²⁰

7. 4. 1945 Gauleiter und Reichsverteidigungskommissar August Eigruber ordnete für Oberdonau (Oberösterreich) an, alle rechtskräftigen Todesurteile am 9. 4. 1945 zu vollstrecken.

19. 4. 1945 Nach einer an diesem Tag von der Lagerschreibstube des Konzentrationslagers Mauthausen (KLM) angefertigten Statistik männlicher "westeuropäischer Häftlinge" lebten am 19. 4. 1945 im KLM 4208 Franzosen, 278 Belgier und 151 Niederländer.

Davon befanden sich in den Lagern:

	Franzosen	Belgier	Niederländer
Gusen I, II, III	961	72	19
Loibl-Paß	539	0	1
Passau	2	0	0
Steyr	89	2	2

15 Nürnberger Prozeß, Bd. XI, S. 336.

16 Dok. IKRK, S. 96.

17 Dok. IKRK, S. 82 ff.

18 Dok. IKRK, S. 98.

19 Dok. IKRK, S. 108 ff.

20 Dok. IKRK, S. 99 ff.

Wels	10	2	3
Gunskirchen	65	11	5
Graz	24	0	1
Klagenfurt	5	0	0
Linz III	286	8	15
Linz II	50	0	0
St. Valentin	26	2	5
Schlier (Redl-Zipf)	14	0	1
Ebensee	702	35	29
Mauthausen	1480	146	70

(Quelle: Archiv Museum Mauthausen, im folgenden: AMM, Sch. 4/1, 2, 4 und 8)

19./20. 4. 1945 In dieser Nacht kam der erste LKW-Transport des IKRK im Hauptlager Mauthausen an.²¹

20. 4. 1945 Die in der vorangegangenen Nacht eingetroffene LKW-Kolonnie fährt von Mauthausen mit 756 westeuropäischen weiblichen Häftlingen ab. Es wurden 489 Französischen, 231 Belgierinnen, 34 Holländerinnen, 1 Engländerin und 1 US-Bürgerin in die Schweiz befördert.

20. 4. 1945 Besprechung des Delegierten des IKRK mit Gestapo-Müller, RSHA.²² Im April 1945 gab es einen sehr regen Schriftverkehr und mehrere Aussprachen der Delegierten des IKRK mit Beauftragten des Reichsaußenministers, des RSHA und SS-WVHA.²³

Vom 20. 4. 1945 bis 1. 5. 1945 versuchten Delegierte des IKRK die Evakuierung der Häftlinge der KZ Sachsenhausen und Ravensbrück zu verhindern. Es gelang nicht. Einzelne Beauftragte des IKRK begleiteten die Evakuierungstransporte. Während des Marsches gab es heftige Kontroversen zwischen Delegierten des IKRK und den SS-Begleitmannschaften.²⁴

Vom 21. 4. 1945 bis 30. 4. 1945 hielt sich im Ghetto Theresienstadt ein Delegierter des IKRK auf.²⁵

Am 23. 4. 1945 kam der zweite LKW-Transport des IKRK nach Mauthausen.²⁶

Am 28. 4. 1945 kam der dritte LKW-Transport mit Louis Haefliger in das Hauptlager Mauthausen.²⁷

21 AMM, Materialien über die Befreiung, Sch. 4/1, 2, 4 und 8.

22 Dok. IKRK, S. 102 ff.

23 Dok. IKRK, S. 102 ff.

24 Dok. IKRK, S. 111 ff.

25 Dok. IKRK, S. 130 ff.

26 Dok. IKRK, S. 134.

27 Dok. IKRK, S. 136.

Die am 19., 23. und 28. 4. 1945 ins Hauptlager einfahrenden LKW-Kolonnen brachten eine unbekannte Anzahl von Lebensmittelpaketen, vermutlich mehrere tausend Stück. Die Pakete mußten außerhalb des Häftlingslagers (im SS-Jargon Schutzhaftlager) abgeladen werden. Die beiden letzten LKW-Kolonnen evakuierten am 24. und 28. 4. 1945 männliche "westeuropäische" Häftlinge in die Schweiz. In den Evakuierungstransporten befanden sich offiziell 531 Franzosen, 40 Belgier, 21 Niederländer, 1 Schweizer und 2 Araber. Zwei Polen und ein Tscheche sind (mit Wissen der illegalen Häftlingsleitung) als Franzosen eingeschmuggelt worden. Die zum Abtransport Bestimmten sind auf dem SS-Sportplatz konzentriert und von dort abtransportiert worden.²⁸

Obwohl damals im Bereich des gesamten KLM etwa 4600 männliche Westeuropäer erfaßt wurden, sind nur 593 Häftlinge evakuiert worden. Vermutlich deshalb, weil die Lagerkommandantur anordnete, lediglich gesunde Häftlinge sowie keine Gefangenen, die in der Rüstungsindustrie eingesetzt waren, dem Roten Kreuz zu übergeben. Rüstungsfertigungsstätten gab es damals noch in den Lagern Gusen I und II, Linz II und III, Steyr, St. Valentin, Schlier/Redl-Zipf, Ebensee, Passau und Mauthausen.²⁹

Ende April 1945 (genaues Datum wurde nicht angeführt) sind laut Prof. Burckhardt über Veranlassung Kaltenbrunners in Lindau und Koblenz Verbindungsstäbe (Grenzübergabe-Stellen) des RSHA und IKRK errichtet worden.³⁰

29. 4. 1945 Schreiben des Präsidenten des IKRK an den Kommandanten des KLM (Ziereis) mit der Forderung, "die Delegierten des IKRK, die für das Lager Mauthausen in Frage kommen, einzusetzen und außerdem darauf zu achten, daß sich diese Delegierten frei im Lager bewegen und mit allen ausländischen Häftlingen Kontakte aufnehmen können".³¹ Ob und wann dieser Brief bei den damaligen postalischen Verhältnissen im KLM ankam, ist unbekannt, denn bereits am 3. 5. 1945 in der Früh verließ die SS-Mannschaft mit Ziereis das Hauptlager Mauthausen.

Zusammenfassung: Von Anfang 1945 an standen die zentralen Stellen der SS - Himmler, Kaltenbrunner, RSHA, SS-WVHA - und das Deutsche Außenministerium in Verhandlung mit dem Schweizer und dem Schwedischen Roten Kreuz. Himmler und Konsorten wollten aufgrund der aussichtslosen Kriegslage mit diesen Unterhandlungen primär für sich und das NS-Regime politische und militärische Zugeständnisse erwirken. Die Vertreter des Internationalen Roten Kreuzes bemühten sich, den Häftlingen humanitäre Hilfe zukommen zu lassen. Über diese Verhandlungen gibt es sehr viele Dokumentationen, eine Vielzahl

28 AMM, Sch. 4/1, 2, 4 und 8.

29 Angaben des in der Lagerschreibstube eingesetzten Verfassers dieser Stellungnahme.

30 Nürnberger Prozeß, Bd. XI, S. 317.

31 Dok. IKRK, S. 85.

von Erlebnisberichten, Burckhardts und Kaltenbrunners Aussagen beim Nürnberger Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher und im "Fall IV", Prozeß gegen das SS-WVHA, Aussagen von O. Pohl und vielen anderen Personen; darüber hinaus in der angeführten Dokumentation des IKRK und der Publikation des Neffen des schwedischen Königs Graf F. Bernadotte.

Aus der angeführten Dokumentation des IKRK geht eindeutig hervor, daß trotz unzähliger Vorsprachen, Interventionen und unter Hinweis auf die schriftliche Vereinbarung Burckhardt-Kaltenbrunner die Delegierten des IKRK in keinem KZ die Bewilligung zum Betreten des Häftlingslagers erhielten. Eine Ausnahme bildete das Ghetto Theresienstadt, welches jedoch nicht als KZ geführt wurde.³² Weiters kann den Berichten entnommen werden, wie die Delegierten trotz unzähliger Gefahren und Schwierigkeiten Massenevakuierungen von Häftlingen zu verhindern suchten³³, sie die Evakuierten während des Marsches versorgten³⁴, bei Mißhandlungen und Erschießungen (Sachsenhausen und Ravensbrück) die SS-Angehörigen zur Rede stellten, vielfach die Erschießung von Häftlingen durch Intervention und Drohung verhinderten.³⁵ Die Delegierten des IKRK bemühten sich, den Häftlingen im Sinne der Vereinbarungen Burckhardt-Kaltenbrunner zu helfen.

Auch in Mauthausen durften die Delegierten der drei Transporte das Häftlingslager nicht betreten. In der Dokumentation des IKRK³⁶ wird ein Auszug eines Berichtes des Delegierten des IKRK - offenbar von Louis Haefliger - über seinen Aufenthalt im KLM vom 27. 4. 1945 (richtig: 28. 4. 1945) bis 8. 5. 1945 publiziert. Dort scheint nicht auf, was in nachfolgenden Jahrzehnten von und über Haefliger in unzähligen in- und ausländischen Publikationen in variabler Form veröffentlicht wurde. Alle diese publikumswirksamen Berichte, Behauptungen, Schilderungen - mit Fotos: Haefliger vor dem Krematorium oder vor den KZ-Türmen - basieren auf einer einzigen Aussage: die des Louis Haefliger. Trotz zahlreicher Widersprüche und Unrichtigkeiten ist nach vierzig oder mehr Jahren schwer zu unterscheiden, was persönliche Annahme, was Fakten, was Mythos und was journalistisch verarbeitete Sensation oder Legendenbildung darstellt.

Am Schluß jenes Teiles des erwähnten IKRK-Berichtes, der sich auf das KLM bezieht³⁷, wird in einem Absatz die Tätigkeit des Berichterstatters in den der Befreiung folgenden Tagen (5. 5. 1945 bis 8. 5. 1945) geschildert. Hier die wörtliche Wiedergabe:

"An folgenden Tagen widme ich mich der Umorganisation des Lagers. Die ehemaligen Häftlinge verwalten sich selbst unter der Leitung von russischen Häftlingen. Ein zentrales Komitee wurde aus Vertretern aller Nationalitäten gebildet. Die Bewachung funktionierte reibungslos. Eine neue Kartei wurde erstellt, nachdem die Kartei der Kommandantur von der SS vernichtet worden war."

32 Dok. IKRK, S. 113 ff., 120 ff., 123 ff. und 149 ff.

33 Dok. IKRK, S. 11 ff.

34 Dok. IKRK, S. 120 und 123.

35 Dok. IKRK, S. 118, 122, 124, 126 f. und 129.

36 S. 136-142.

37 Dok. IKRK, S. 136-142.

Es ist unverständlich, was der Berichtstatter mit seiner "Umorganisation des Lagers" meinte. Es ist richtig, daß sich die Häftlinge ab 5. 5. 1945 allein und ab 7. 5. 1945 mit Hilfe der US-Truppen verpflegten und verwalteten, jedoch niemals "unter der Leitung von russischen Häftlingen". Das "zentrale Komitee" - er meint offenbar das Internationale Mauthausen-Komitee - wurde etwa 14 Tage vor dem Erscheinen des Louis Haefliger gegründet. Leiter des Internationalen Mauthausen-Komitees war der Wiener Dr. Heinrich Dürmayer. In den Tagen ab 4. 5. 1945 wurden nationale Leitungen der Polen, Franzosen, Tschechoslowaken, Österreicher und anderer nationaler Gruppen gegründet. Weiters, welche Bewachung sollte funktionieren? Und schließlich, eine Häftlingskartei der Kommandantur hat es nicht gegeben. Es gab eine Häftlingskartei in der Politischen Abteilung (diese wurde vernichtet) und eine in der Häftlings-Lagerschreibstube. Von keiner Stelle ist nach der Befreiung eine "neue Kartei" erstellt worden, denn es konnte die komplette Häftlingskartei der Lagerschreibstube von Häftlingen dieser Lagerschreibstube vor der Vernichtung gerettet werden. Nach der Befreiung ist diese Kartei benutzt worden und verblieb im Lagerbereich bis Juni 1945. Im Juli 1945 ist sie von polnischen Häftlingen nach Polen transportiert worden und befindet sich derzeit im Archiv des Museums Auschwitz.

Nur vier Sätze, jedoch eine Unmenge von Halbwahrheiten und sogar etwas mehr - sowie die ersten Ansätze der späteren dramatischen Heldendarstellung.

In der vom Schriftsteller Friedrich von Gagern im Agathon-Verlag erschienenen Publikation "Retter von Mauthausen", in verschiedenen Zeitschriften und Zeitungen sowie in den beiden Broschüren der Österreichischen Widerstandsbewegung "Einer aus dem Dunkeln", 1977 (im folgenden: ÖW 1), und "Der verhinderte Friedensnobelpreisträger", 1988 (im folgenden: ÖW 2), werden entscheidende Zusammenhänge von Ereignissen nicht oder unvollständig geschildert, und schließlich werden Behauptungen angeführt, die nur der Schaffung eines zur Selbstherrlichung dienenden Mythos führen und in die Fabelwelt eines Baron von Münchhausen gehören.

Die monatelangen Verhandlungen und die Vereinbarungen zwischen dem IKRK und den zentralen SS-Dienststellen, in deren Folge die Entsendung von IKRK-Delegierten in die Konzentrationslager erfolgte, werden nirgends angeführt. Daß vor dem Erscheinen Haefligers zwei IKRK-Transporte im KLM eintrafen und westeuropäische Häftlinge mit Wissen der SS-Lagerleitung in die Schweiz repatriert wurden, wird nicht erwähnt.

Die Familienangehörigen der SS-Kommandantur haben bereits im Monat April 1945 und die SS-Mannschaften (etwa 6000 bis 8000 Mann) zwischen Mitte April und 3. 5. 1945 die Lagergebiete von Mauthausen und Gusen verlassen. Die Angehörigen des "SS-Regimentes Mauthausen" standen unter dem Befehl des SS-Standartenführers Franz Ziereis. Sie begaben sich in die seit mehreren Wochen von Häftlingen östlich des Ortes Mauthausen und entlang des Flusses Enns ausgebauten Stellungen. Es waren Frontstellungen gegen die in Bereit-

schaft stehende Rote Armee, die sich zu diesem Zeitpunkt etwa 100 km östlich von Mauthausen befand. Im Rücken dieser ausgebauten Verteidigungslinie befanden sich etwa 50 km entfernt die im Vormarsch befindliche 11. Panzerdivision des XII. US-Korps und südlich der Donau die Soldaten des XX. Armeekorps. Am 3. 5. 1945, etwa um 8.00 Uhr, übernahm die Überwachung des Lagers die schon mehrere Wochen im Lagerbereich weilende Wiener Feuerschutzpolizei (Feuerwehr).³⁸ Haefliger läßt Ziereis sagen³⁹: "Es werden noch 2000 Mann zur Bewachung zurückbleiben, einschließlich 400 SS-Leute." Tatsächlich verblieben im Lagerbereich nur die Wiener Feuerwehrlaute als Bewachungsorgan und zwei oder drei desertierte SS-Männer sowie vier desertierte SS-Frauen, die sich in den Werkstätten mit Hilfe der Häftlinge versteckt hielten. Diesen Sachverhalt können heute noch hunderte Häftlinge bestätigen.

Am 2. 5. 1945 nachmittag wurde Haefliger von Ziereis aus St. Georgen nach Mauthausen beordert. Hier erhielt er von Ziereis den Schlüssel zur Ziereis-Villa und die Erlaubnis, mit dem SS-Abwehrbeauftragten SS-Hauptsturmführer Reiner (oder Rainer) in einer SS-Baracke Quartier zu beziehen. Der genaue Zeitpunkt wird von Haefliger nicht angeführt.⁴⁰ Am 3. 5. 1945 rückten die Häftlinge in die im Lagerbereich vorhandenen Arbeitsstellen aus, z. B. in die Häftlingsküchen, in die Magazine, in alle Werkstätten und in die Hallen der Messerschmitt-AG. Außer in den Küchen wurde in Mauthausen nirgends gearbeitet, man wartete die Befreiung ab. In Gusen wurde teilweise gearbeitet, denn die SS verließ erst am 3. 5. 1945 vormittag das Gusener Lagergelände. Am 4. 5. 1945 ließ sich Haefliger in der Fahrbereitschaft mit Wissen der Leitung der Feuerwehrewachung einen Pkw weiß anstreichen, und in der Häftlingsschneiderei wurde für ihn eine Rote-Kreuz-Fahne hergestellt. Zu dieser Zeit stellten viele Häftlinge des Lagers Fahnen her: rote, polnische, tschechische und andere. Haefliger führt an, das Auto sei von Ziereis zur Verfügung gestellt worden.⁴¹

In den Vormittagsstunden des 5. 5. 1945 fuhr Haefliger in Anwesenheit des in Zivil gekleideten SS-Führers Reiner Richtung Westen den US-Truppen entgegen. Den Pkw lenkte ein Angehöriger der Wiener Feuerschutzpolizei. Zu diesem Zeitpunkt marschierten die US-Truppen in die Stadt Linz ein. Die nach Mauthausen marschierenden etwa 4500 Häftlinge des Nebenlagers Linz III (Hermann-Göring-Werke) wurden von den Amerikanern auf der Höhe von Steyregg in ihre Ausgangsstellung zurückgeschickt. Jedoch bereits vor der Rückkehr des Haefliger befand sich in der Zeit zwischen 9.00 und 10.00 Uhr eine US-Armee-Einheit im Ortsgebiet von Mauthausen. Alle östlich der Marktgemeinde Mauthausen in der "Ziereis-Linie" stationierten SS-Einheiten ergaben sich und wurden gefangengenommen. Von diesem Zeitpunkt an befand sich im Bereich des Ortes Mauthausen kein SS-Angehöriger mehr. In den Nachmittagsstunden desselben Tages besetzten US-Truppen die vis-à-vis von Mauthausen befindliche Stadt Enns, nicht jedoch die Ennsener Donau-Auen.⁴² Der Beitrag Haefligers bestand

38 AMM, Sch., St. und U, Materialien über die Befreiung der Häftlinge.

39 ÖW 1, S. 18.

40 ÖW 1, S. 17 ff.

41 ÖW 1, S. 17.

42 AMM, Befreiung der Häftlinge des KLM.

darin, daß er von Mauthausen über Gusen, St. Georgen in den Raum von Steyregg fuhr und dort Kontakt mit amerikanischer Panzerbesatzung aufnahm. Haefliger bewog also zwei amerikanische Panzerbesatzungen nach Mauthausen und Gusen zu fahren. Diese zwei US-Panzerfahrzeuge blieben zuerst beim Krankenlager des KLM stehen und fuhren dann zum Häftlingslager. Dessen Haupttor wurde von Angehörigen der Feuerschutzpolizei geöffnet, und alsbald wurde oberhalb des Eingangstores eine rote, nachher eine spanische Flagge gehißt. Keine weiße Fahne, wie Haefliger behauptet. Schon seit Monaten war im Lagerbereich keine Hakenkreuzfahne mehr gehißt worden.⁴³ Ohne Aufforderung haben alle Bewachungsorgane der Feuerschutzpolizei die Waffen weggeworfen und sich in Reih und Glied auf der Zufahrtstraße zum Häftlingslager aufgestellt. Die US-Panzerbesatzung blieb etwa drei Stunden im Lagerbereich und fuhr dann Richtung Westen (Gusen) ab. Mit ihnen marschierte in geschlossener Kolonne die Wiener Feuerschutzpolizei in die Kriegsgefangenschaft. Laut Angaben der polnischen Häftlinge ist erst nachher, etwa zwischen 16.00 und 17.00 Uhr, das Nebenlager Gusen befreit worden.

Das Eintreffen der IKRK-Transporte, vor allem des ersten am 19. 4. 1945, bedeutete für alle Häftlinge eine zur Befreiung führende Tat. Nun wußten sie, daß die Weltöffentlichkeit von ihrem Schicksal informiert war. Das Erscheinen der Transporte hat die Häftlinge vom Gefühl des Verlassenseins und der Hoffnungslosigkeit befreit. Die Gefangenen nahmen aufgrund des Erscheinens der IKRK-Transporte und der Häftlingsevakuationen an, die jahrelang angedrohte Lager-Liquidierung aller Häftlinge werde nun nicht mehr durchführbar oder zumindest sehr erschwert. Alle waren dem IKRK und somit auch dem Delegierten Louis Haefliger, der nach der Befreiung im Lagerbereich verblieb, mehr als dankbar. Nicht alle waren bereit, dem Delegierten des IKRK Dankschreiben auszustellen, und zwar deshalb, weil nur die Westeuropäer und Norweger evakuiert und die anderen Nationalitäten hiebei nicht berücksichtigt worden waren.

Wenn man die veröffentlichten Dankschreiben genau liest⁴⁴, wird man feststellen: Dank dem IKRK für das Erscheinen im Lager, Dank für die Lebensmittelpakete, Dank für die Evakuierung, Dank dem im Lager anwesenden Vertreter des IKRK. Kein Wort von Rettungshandlungen des Louis Haefliger oder von einer verhinderten Tötung der Häftlinge durch Sprengung der Stollen.

Es ist belanglos und heute nicht feststellbar, ob Dr. Hans Becker, der ehemalige Präsident des Österreichischen Roten Kreuzes Hammerstein oder Louis Haefliger bzw. eine andere Person das angeführte Dankschreiben angeregt haben. Wir alle waren dem Internationalen Roten Kreuz für sein Erscheinen im Lager dankbar. Der Verfasser dieser Stellungnahme kann sich jedoch gut erinnern, daß Dr. Becker unmittelbar nach der Befreiung bei einer im Lager tätig gewesenen US-Kommission den Vertreter des IKRK - Haefliger - kennengelernt hat. Dr. Becker, ehemaliger Funktionär der Vaterländischen Front, wurde als Gestapo-Häftling am 1. 4. 1945 zum zweiten Male in das KZ Mauthausen eingeliefert. Er konnte mit Hilfe des IRK einen Brief an seine in Wien lebende Frau

43 ÖW 1, S. 18.

44 ÖW 1, letzte Umschlagseite; ÖW 2, S. 4 und 7.

befördern lassen. Siehe diesbezüglich den vom Internationalen Roten Kreuz beförderten und von Dr. Becker vom 10. auf den 11. 5. 1945 in Mauthausen verfaßten Brief an Frau Dr. Etta Becker-Donner. (DÖW) In diesem Schreiben wird in einer Kurzfassung unter anderem geschildert: Persönliches, die Überstellung Dr. Beckers von Wien nach Mauthausen, die letzten Tage im KZ, die Möglichkeiten, im Krankenlager zu "verschwinden" (Dr. Becker und Hammerstein wurden im Krankenlager versteckt), das Abziehen der SS aus dem Lager, die Ablöse der SS durch die Feuerschutzpolizei und das Erscheinen einer US-Panzerspitze am 5. 5. 1945.

Kein Wort über irgendeine Rettungsaktion des Herrn Haefliger.

In den Befreiungstagen gab es im Hauptlager 15 nationale Häftlingskomitees und in Gusen 8. Die nationalen Ausschüsse wurden im Internationalen Lagerkomitee zusammengefaßt.⁴⁵ Derzeit existieren in Europa mindestens noch 15 nationale Mauthausen- bzw. Gusener Lagergemeinschaften, und es leben (1988) von den etwa 42.000 Mauthausener sowie Gusener Häftlingen, die im Mai 1945 befreit wurden, höchstens noch 3000 Personen.⁴⁶ Die Befreiten von Linz, Ebensee, Steyr, Lenzing, Passau, Klagenfurt, Loibl-Paß und St. Lambrecht sind in dieser Zahl nicht erfaßt. Als Dachorganisation der nationalen Lagergemeinschaften dient das Internationale Mauthausen-Komitee (Präsident: Joseph Hammelmann, Luxemburg; Kassier: Paul Brusson, Belgien; Generalsekretär: Wilhelm Stasek, CSSR). Mindestens einmal jährlich treffen einander die Vertreter dieses Internationalen Mauthausen-Komitees (IMK) bei den Jahresversammlungen oder bei den Befreiungsfeiern in Mauthausen. 1987 fand die Versammlung in Prato (Italien) statt, 1988 in Warschau, 1989 ist Belgrad und 1990 Linz vorgesehen. Über 40 Jahre rege Tätigkeit der nationalen Lagergemeinschaften und des IMK! Die Lagergemeinschaften bestehen, was ihre Mitgliederstruktur (mit Ausnahme der Deutschen und Österreicher) und ihre gewählten Vertreter betrifft, in ihrer Mehrzahl aus Parteilosen, bürgerlichen und sozialdemokratischen Mitgliedern. Die Lagergemeinschaften waren es, insbesondere die französische Amicale, die in den Vierziger- und Fünfzigerjahren wesentlich dazu beigetragen haben, daß die Gedenkstätte Mauthausen errichtet wurde. Das IMK hat jahrzehntelang für die Errichtung eines Museums in Mauthausen interveniert.

Eigenartigerweise ist weder eine der nationalen Lagergemeinschaften noch das IMK oder zumindest einer der noch lebenden Zeitzeugen zur Wahrheitsfindung über die Behauptungen Haefligers herangezogen und befragt worden. Man argumentiert immer wieder mit der Publikation des Friedrich von Gagern, der selbst weder Mauthausener Häftling noch zufälliger Zeitzeuge in Mauthausen, die Angaben Haefligers und dessen toten Gesprächspartners literarisch verarbeitet hat.

Wem dient eine solche historische Wahrheitsfindung? Was soll damit erreicht werden? Es gab unzählige Prozesse gegen die Mauthausener SS-Angehörigen: vor dem US-Militärgericht in Dachau, vor den BRD-Gerichten, ferner in Frankreich, Polen und Österreich. Außerdem wurden beim Nürnberger Hauptkriegsver-

45 AMM, U 4/1.

46 Schätzung des Verfassers.

brecher-Verfahren die Vereinbarungen und die Aussprachen Burckhardt-Kaltenbrunner behandelt. Unterlagen über die Prozesse liegen in der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung von NS-Verbrechen in Ludwigsburg auf. Des weiteren gab es die Ziereiis-Einvernahme vom 24. 5. 1945 in Gusen. Der schwerverletzte Ziereiis wurde vom Verfasser dieser Stellungnahme und von zwei polnischen Ärzten am 24. 5. 1945 von etwa 10.00 bis 17.00 Uhr über Auftrag des US-Colonel R. Seibel befragt. Haefliger war nicht anwesend.⁴⁷ Der Verfasser weilte außerdem zwölf Tage lang beim ersten Prozeß in Dachau und kurzzeitig auch bei anderen Prozessen gegen Mauthausener SS-Angehörige. Er hat sehr viele Prozeßberichte beschaffen und lesen können. Ihm ist nicht bekannt, daß in einem dieser Prozesse die "rettenden Handlungen" des Haefliger zur Sprache gekommen wären oder daß der Ausspruch von Eigruber in Dachau gemacht worden ist: "Aufhängen" des Louis Haefliger.⁴⁸

Nun zu einigen in den Broschüren angeführten Behauptungen:

ÖW 1, S. 10: "Ziereiis hat täglich 30 bis 40 Gefangene durch Genickschuß erledigt, das war seine Morgenarbeit."

Ziereiis war zweifelsohne ein Mörder, vor allem ein Schreibtischtäter. Er hatte Morde angeordnet, und seine Untergebenen haben sie vollzogen.

Auf der gleichen Seite wird im Text unter dem Foto behauptet, dieses Foto "von historischem Wert" wurde von Haefliger sichergestellt. Unwahr! Alle sogenannten SS-Fotos (in den verschiedenen Publikationen veröffentlicht und im Museum Mauthausen angebracht) stammen aus der Mauthausener SS-Fotostelle. Sie wurden größtenteils vom spanischen Häftling François Boix, 14. 8. 1920 in Barcelona geboren, angefertigt und vom ihm auch gerettet. Er hat einen Teil der vorhandenen Fotonegative im Herbst 1944 einem spanischen Mithäftling, der in den Poschacher Steinbrüchen eingesetzt war, übergeben. Dieser hat die Negative der in der Marktgemeinde Mauthausen, Vormarkt 12, wohnenden Anna Pointner zur Aufbewahrung übergeben. Frau Pointner befindet sich derzeit (Juni 1988) im Linzer Altersheim, Glimpfingerstraße 10. Sie ist dort erreichbar und wird dies bestätigen. Boix hat nach der Befreiung die Negative von Frau Pointner abgeholt, eröffnete in Paris eine Fotostelle und übergab persönlich als Zeuge gewisse Mauthausener Fotos dem Nürnberger Alliierten Militärtribunal und später der französischen Lagergemeinschaft Mauthausen. (Das Aufbewahren der KZ-Fotonegative war im Herbst 1944 eine lebensgefährliche Handlung der Frau Pointner. Trotz Antrags erhielt sie nicht das Ehrenzeichen für die Verdienste um die Befreiung Österreichs. Der im Auftrag des IKRK und aufgrund eines Übereinkommens Burckhardt-Kaltenbrunner handelnde Schweizer Louis Haefliger hat das Ehrenzeichen erhalten.)

ÖW 1, S. 20: "Haefliger begab sich zu seinem Vertrauensmann unter den Häftlingen Kurt Pany", es erfolgte die Übergabe sowie Hissung einer Schweizer und weißen Fahne.

Einer kleinen Schar von Häftlingsfunktionären, die sich außerhalb des Häftlingslagers bewegen konnten, und von Häftlingen in den Werkstätten wurde

⁴⁷ ÖW 1, S. 29 f.

⁴⁸ ÖW 1, S. 32.

am 4. 5. 1945 die Anwesenheit des IKRK-Delegierten in Mauthausen bekannt. Dazu zählte zweifelsohne der tschechische Intellektuelle Kurt Pany. Der Verfasser hat als Häftling in der Zentrale der Prager Gestapo Pany zuerst kennengelernt, in Mauthausen trafen sie einander in der Häftlings-Lagerschreibstube wieder. In der gefährlichen Atmosphäre des Lagerlebens wurden sie Freunde. Im Bewußtsein, daß sie als Schreiber ein Rädchen in der Mauthausener Todesfabrik geworden sind, versuchten sie, in das Getriebe der KZ-Maschinerie mit Hilfe vieler anderer Mithäftlinge Sand zu streuen. Alle Aktionen und viele risikoreiche Intrigen gegen die SS sowie gegen gewisse kriminelle Häftlingsfunktionäre, die zur Ablöse von BV-Häftlingen (Berufsverbrecher) führten, sind allen Häftlingen bekannt. Im Frühjahr 1944 wurde Pany Erster und der Gefertigte Zweiter Lagerschreiber. Etwa ab Mitte April bis um den 10. 5. 1945 war die Lagerschreibstube Tag und Nacht von einzelnen Mitgliedern der illegalen Häftlingsorganisation und von den Schreibern belegt. Das Komitee tagte dort, so beispielsweise am 27. 4. 1945 nachmittag und nachts, als die Flucht der von Gauleiter August Eigruber zum Tode bestimmten Oberösterreicher besprochen, geplant und eingeleitet wurde. Zeugen: Dr. L. Soswinski, Dr. H. Dürmayer, Wien, die Schreiber Juan de Diego, Paris, Dr. P. J. Dobias, London, B. Brichacek, Roudnice/CSSR.

In den Nachkriegsjahren (bis zum Tod Panys 1969) war der Gefertigte mit Pany in kameradschaftlicher Verbindung. Es gab unzählige Zusammenkünfte und begreiflich stundenlange Aussprachen über die letzten Tage in Mauthausen, auch deswegen, weil der impulsive Pany nach den erregten Anstrengungen der April- und Maitage 1945 am 5. 5. 1945 nachmittag "durchdrehte": Er verließ das Lager und ging in Richtung Böhmen, seine Heimat. Am Wege wurde er am 6. 5. 1945 wegen Spionageverdachts von Angehörigen der US-Armee festgenommen. Erst um den 8. oder 9. 5. 1945 kehrte er ins Lager zurück. Niemals ist von Pany eine "Schweizer oder weiße Fahne" verwahrt worden. Dies hätten unbedingt der Gefertigte und die in der Schreibstube Tag und Nacht anwesenden Personen erfahren müssen. Es wurde auch keine Schweizer Fahne, sondern von Spaniern zuerst eine rote und danach eine Fahne des Republikanischen Spanien gehißt. Davon gibt es übrigens Fotos. Pany hat auch nie über eine Verwahrung einer "Schweizer und weißen Fahne" gesprochen.

ÖW 2, S. 2: Haefliger: "Man wollte mich für die Kommunistische Partei mißbrauchen. Ich sollte der KP beitreten. Ich weigerte mich. Also wurde ich aus der Geschichte gestrichen."

Es wird nicht angeführt, und es bleibt Haefligers Geheimnis, wer von ihm den Beitritt zur KP verlangt hat. Dem Verfasser ist bekannt, daß sich Haefliger nach Verlassen der Schweiz in den ÖVP-Kreisen um den Bundeskanzler und späteren Außenminister Ing. Leopold Figl bewegt hat. Die Personen dieser politischen Zugehörigkeit haben ihn bestimmt nicht zur KP geworben. Wer hat ihn geworben, und wer hat ihn zu mißbrauchen versucht?

Der absoluten Mehrzahl der Mauthausener Häftlinge ist es völlig egal, ob Haefliger einen Verdienstorden oder sogar den Friedensnobelpreis erhält. Keiner von ihnen hat dazu positiv oder negativ Stellung bezogen. Dies liegt in der

Kompetenz und in der Verantwortung der verleihenden Organe resp. Stellen. Die ehemaligen Mauthausener Häftlinge sind jedoch zuständig für eine wahre Berichterstattung über den Verlauf der Ereignisse im KLM.

ÖW 1, S. 1: "Er /Haefliger/ wurde für seine 'Pflichtverletzung' seiner bürgerlichen Existenz beraubt", und ÖW 2, S. 2: "Das Rote Kreuz in Genf lehnt ihn ab."

Über diese "Pflichtverletzung" und "Beraubung der bürgerlichen Existenz" gibt nachfolgende Information des Bundesministeriums für Inneres, Abteilung 9, an den Herrn Sektionschef Dr. Fritzer vom 19. 12. 1951 Auskunft, in der wörtlich zitiert u. a. folgendes steht:

"Haefliger behauptet allerdings, daß schweizerischerseits eine Wiedergutmachung für Schäden, die er erlitten hatte, weil er jede Schutzmaßnahme für seine eigene Person durch die ihm gestellte Aufgabe hintanzustellen mußte, deshalb abgelehnt worden sei, weil er auf eigene Initiative und außerhalb der Verantwortung des Internationalen Roten Kreuzes amerikanische Panzer aus der Kampfzone vor Linz herbeigeführt habe. Diese Behauptung erscheint durch ein Schreiben des Internationalen Roten Kreuzes vom 11. 7. 1945 widerlegt, in dem wohl ebenfalls bestätigt erscheint, daß er zur Rettung der Überlebenden der KZ-Lager von Gusen und Mauthausen beigetragen habe, in dem es aber als absurd bezeichnet wird, daß sich das Internationale Rote Kreuz aus den von ihm angeführten Gründen von ihm trennte; in Wirklichkeit sei der Grund hierfür der gewesen, daß Haefliger ein wenig ordentliches Leben führte, sein Mandat nicht mit der erforderlichen Zurückhaltung ausübte und seinen Titel als Delegierter des Internationalen Roten Kreuzes zu ausgesprochen persönlichen Zwecken ausnutzte, weshalb unter 'ärgerlichen Umständen' auf seine weitere Mitwirkung verzichtet werden mußte."

In der folgenden Zeittafel für das Jahr 1945 werden die wichtigsten militärischen Ereignisse in Oberösterreich und einzelne für die damalige Situation symptomatische Anordnungen sowie Vorkommnisse und SS-Morde im KLM angeführt.⁴⁹

19. 3. Hitlers OKW-Weisung, innerhalb des Reichsgebietes alle militärischen Verkehrs-, Nachrichten-, Industrie- und Versorgungsanlagen zu zerstören. Ergänzungen dieses OKW-Befehls: 30. 3. und 4. 4. 1945. In Oberösterreich wurden alle wichtigen Straßen- und Flußbrücken sowie Rüstungsanlagen zur Sprengung vorbereitet. Diese Weisung erwirkte in den Nebenlagern des KLM (Ebensee, Gusen I und II, Hirtenberg, Leibnitz, Lenzing, Linz III, Loibl-Paß, Melk, Passau, Peggau, Schlier/Redl-Zipf, Steyr, St. Aegy, Floridsdorf-Wien, Saurer-Werke Wien und Hinterbrühl) Vorbereitungen zur Sprengung der Stollen bzw. der Betriebe. Vielfach wurden diese Vorbereitungen von Häftlingen eingeleitet, z. B. auch in Gusen I und II, wo Häftlinge die Löcher mit Preßluftschlämmern bohrten und elektrische Leitungen legten.

⁴⁹ Die militärischen Daten stammen von Manfred Rauchensteiner, Der Krieg in Österreich 1945, Wien 1985, S. 341 ff. Alle anderen Vorkommnisse im KLM scheinen in Unterlagen und Dokumenten des AMM, Befreiung der Häftlinge, Berichte der ehemaligen Häftlinge, wie z. B. Heinrich Kodré, Otto Merinsky, Dr. Vratislav Busek, Josef Kohl und Dr. Heinrich Dürmayer, auf. Weiters wurden ausgewertet: Karel Nosek, Die blutige Kaskade, Prag 1978, S. 257; Stanislav Dobosiewicz, Mauthausen - Gusen, oboz zaglady, Warschau 1975, S. 364 ff.; Stanislav Nogaj, Erinnerungen, Archiv des ZBOWID in Katowice, Manuskript, und schließlich IMT (Nürnberger Prozeß), Bd. XI, S. 317 ff.

Kaltenbrunner erhält von Hitler und Himmler eine polizeiliche Totalvollmacht für das Gebiet der Alpengaue.

Mitte März (genauer Tag nicht bekannt) wurden in Mauthausen und Gusen deutsche und österreichische BV-er und politische Häftlinge, etwa 250 Mann, zu einer militärischen Sondereinheit eingezogen.

21. 3. 52 Norweger werden überstellt, tatsächlich über das KZ Neuengamme nach Schweden entlassen. Zwei Norweger, die in Gusen I bei Messerschmitt-AG eingesetzt waren, wurden nicht entlassen. Der Sachverhalt der Entlassung war den Häftlingen der Lagerschreibstube bekannt.

30. 3. Reichsverteidigungskommissar und Gauleiter Eigruber erhielt die Standgerichtsbarkeit. Ab diesem Zeitpunkt regierte er in Oberösterreich mit Hilfe der Standgerichte, der Exekutionskommandos und ordnete Hinrichtungen im KLM an.

31. 3. Ende März werden deutsche, österreichische BV-er und politische Häftlinge zur militärischen Einheit eingezogen. Unter ihnen befinden sich auch 46 Wiener Feuerwehrleute. Insgesamt werden 359, davon 144 politische Häftlinge eingezogen und am 14. 4. resp. am 3. 5. 1945 offiziell aus der Haft entlassen. Die Angehörigen dieser Militäreinheit schlafen bis 3. 5. 1945 in den Häftlingslagern: in Mauthausen in den Baracken 3 und 4, in Gusen I in der Baracke 16.

2. 4. Ab diesem Zeitpunkt arbeiten täglich 2000 bis 3000 Häftlinge am Bau einer gegen die Rote Armee bestimmten Verteidigungsstellung am linken Ufer des Flusses Enns. Ab Anfang April bis 27. 4. 1945 treffen laufend von Gestapo-Stellen Graz, Wien, Iglau, Brünn, St. Pölten und Linz Häftlinge ein, die sofort oder am nächsten Tag in der Gaskammer ermordet werden.

Anfang April (genauer Tag unbekannt) verfügt Ziareis persönlich, der in Baracke 7 untergebrachte ehemalige illegale Nationalsozialist und Ritterkreuzträger Oberst Heinrich Kodré (seit 5. 1. 1945 in KLM-Haft) könne mit 4 oder 5 anderen "Ehrenhäftlingen" freigewordene Bordell-Zimmer beziehen. Sie bekamen Zivilkleidung, mußten nicht arbeiten und konnten sich im gesamten Lagerbereich Mauthausen bewegen. (siehe 1. Mai)

9. 4. Der unter dem falschen Namen Kurt Schneider inhaftierte SS-Sturm-bannführer Kurt Geissler wurde am 9. 4. 1945 aus der Haft entlassen und diente beim Regiment Mauthausen. Angeblich über Auftrag von Ziareis versuchte er Ende April 1945 in der Lagerschreibstube mit den Mitgliedern des Internationalen Mauthausen-Komitees Verbindung aufzunehmen.⁵⁰

⁵⁰ AMM, P. 19/23.

SS-Angehörige und Häftlinge waren über die militärische Lage informiert. Der aktive Teil der Häftlinge war durch Abhören von Radionachrichten genau über den Vormarsch der Alliierten unterrichtet. Etwa ab 25. April wurde den Häftlingen klar, daß sie nicht von den Truppen der Roten Armee, sondern von den westlichen Alliierten befreit würden.

15. 4. Nach der Einnahme von St. Pölten stellt die 3. Ukrainische Front der Roten Armee ihren Vormarsch nach dem Westen ein. Östlich von Mauthausen beginnen Häftlinge, militärische Einheiten der ehemaligen Häftlinge und Angehörige der Lager-SS eine Verteidigungsstellung ("Ziereis-Linie") zu bauen. Eigruber berichtet an Martin Bormann, der Gau sei vorbereitet zu kämpfen.

16. 4. Beginn der Überstellung von jüdischen Häftlingen aus Mauthausen nach Gunskirchen. Die Evakuierten werden aus dem Stand des KLM entlassen. Fast täglich melden Vertrauenspersonen in der Lagerschreibstube die Stimmung innerhalb der SS-Verbände, die getroffenen Maßnahmen und den Abzug von Teilen der SS in die Ennser Stellung. Einer dieser Vertrauensleute war der bei Ziereis als "Schwung" (Diener) eingesetzte politische Häftling Wilhelm Stasek aus Marienbad, Na Pruhonu 356, CSSR. In dieser Zeit erhielten beide Lagerschreiber von SS-Angehörigen der Kommandantur (u. a. von Heinz Bollhorst, Franz Kirsch, Josef Riegler und Karl Giesrigl) mehrere Walther-Pistolen, die dazugehörige Munition und sehr viele französische Eierhandgranaten. Die Waffen sollten den Häftlingsfunktionären als Schutzmittel dienen. Ein Teil davon wurde am 27. 4. 1945 abends den oberösterreichischen Antifaschisten für ihre und vom Internationalen Mauthausen-Komitee vorbereitete Flucht ausgefolgt.

19. 4. Ankunft des ersten Konvois der IKRK. Dieser war für SS-Angehörige und Häftlinge ein sichtbares Zeichen des baldigen Kriegsendes, bestätigte die Annahme, daß es zu keiner Vernichtungsaktion kommen werde, weil die Weltöffentlichkeit über die Existenz des KZ Mauthausen informiert sei. Die Häftlinge nahmen an, die vom IKRK am 20. 4. 1945 repatriierten Frauen würden die Weltöffentlichkeit noch genauer über das Schicksal der Mauthausener Häftlinge informieren.

19. oder 20. 4. Am Donnerstag, dem 19. 4., oder am Freitag wurde im Führerheim der letzte Geburtstag Hitlers gefeiert. Dies war zugleich ein Abschiedstreffen. Dort verlautbarte Ziereis, daß die Häftlinge den Amerikanern oder Briten übergeben werden sollen. In dieser Zeit wird im Lager verbreitet, nur die "Geheimnisträger" im KLM zu liquidieren. Der SS-Standortarzt Dr. Waldemar Wolter verlangt die Verlegung von 3000 Schwerkranken aus dem Krankenlager in das Lager III, damit Platz für "heilbare" Kranke gemacht werde. Krankenlagerpersonal sabotiert. Etwa 1500 Häftlinge, Schwerkranke und Alte, werden im Lager III konzentriert und sollen gruppenweise in der Gaskammer ermordet werden. Beschaffung eines Nachschlüssels für das Tor des Lagers III. Tag und Nacht werden Insassen dieses Lagers von Schreibern her-

ausgeführt; vorübergehend in der Baracke 22 verwahrt und nachher wieder ins Krankenlager zurückgebracht. Bis 25. 4. 1945 werden insgesamt 650 Insassen des Lagers III (22. 4.: 159, 23. 4.: 136, 24. 4.: 239, 25. 4.: 116) in der Gaskammer ermordet. Eine unbekannte Anzahl von kranken Häftlingen ist im Lager III verstorben. Am 25. 4. 1945 nachmittag wird der Rest der Geretteten von 378 Kranken in einem geschlossenen Zug, den der Krankenlager-Schreiber Dr. Vratislav Busek und Schreiber der Lagerschreibstube begleiten, vor den Augen der SS-Angehörigen über den Appellplatz in das Krankenlager rücküberstellt.

20. 4. Ab diesem Zeitpunkt versehen etwa 2000 von Wien nach Mauthausen evakuierte Angehörige der Wiener Feuerchutzpolizei im Hauptlager und in Gusen den Wachdienst. Das Internationale Mauthausen-Komitee wurde unter der Leitung des Wiener Rechtsanwaltes Dr. Heinrich Dürmayer gegründet; die permanenten Sitzungen finden in der Lagerschreibstube oder in einem Nebenraum derselben statt.

23. 4. Ankunft des zweiten Konvois des IKRK in Mauthausen. Männliche Häftlinge, Franzosen, Belgier und Niederländer, werden in die Schweiz evakuiert.

25. 4. Die Evakuierung der im Osten Österreichs befindlichen Nebenlager Mauthausens ist abgeschlossen. In allen Lagern (mit Ausnahme Saurer-Werke Wien) wurden Kranke ermordet, Gehunfähige "auf der Flucht" erschossen. Obwohl in allen Nebenlagern Sprengungen vorbereitet wurden, kam es nirgends zu ihrer Durchführung. Fliegerangriff auf Linz. Fliegeralarm in Mauthausen und Gusen. Gusener Häftlinge der Rüstungsbetriebe begeben sich in die Stollen. Die Bohrlöcher für die Sprengung sowie die entsprechenden elektrischen Leitungen waren bereits installiert. Ob sich Sprengstoff in den Bohrlöchern befand, ist nicht bekannt.

26. 4. Das XII. Korps der 3. US-Armee (Patton) erreicht bei Breitenberg (Mühlviertel) die österreichische Grenze.

27. 4. Eigruber ordnet die Hinrichtung der oberösterreichischen Antifaschisten an, damit die Alliierten "keine aufbauwilligen Kräfte" vorfinden. Ein Gestapo-Beamter überbringt diesen Befehl nachmittags in das KLM. Gewisse SS-Angehörige sabotieren diese Anordnung, und die zweimal versuchte Vorführung der Oberösterreicher wird von Häftlingen der Lagerschreibstube verhindert. Die für die kommende Nacht vorbereitete Flucht mißlingt. Ende April (genauer Tag unbekannt) Entminung der zur Sprengung vorbereiteten Linzer Donaubrücke; vermutlich auch der Mauthausener Eisenbahnbrücke.

28. 4. Ankunft des dritten Konvois des IKRK in Mauthausen. Mit diesem Transport erscheint auch Louis Haefliger, der das Häftlingslager nicht betreten darf. Die Lebensmittelpakete werden außerhalb des Häftlingslagers abgeladen.

Männliche Häftlinge werden evakuiert. Haefliger bezieht Quartier in St. Georgen a. d. Gusen. Etwa ab 10.00 Uhr: der letzte Luftalarm in Gusen I und II. Um die 7000 Häftlinge begaben sich in die unterirdischen Tunnel, obwohl sie wußten, daß Vorarbeiten zur Sprengung durchgeführt worden waren.

30. 4. Vorschlag Eisenhowers an die Rote Armee: Vorstoß der Amerikaner bis zum Fluß Enns und nördlich der Donau bis Freistadt.

General Patton erteilt den Auftrag zum Vormarsch zwecks Vereinigung mit der Roten Armee. Die 11. Panzerdivision des XII. Korps erreicht Wegscheid im Mühlviertel. Hitlers Selbstmord. Großadmiral Dönitz wird Regierungschef. München befreit.

1. 5. Ziareis begleitete persönlich Heinrich Kodré in das Lagergefängnis-Gebäude und begründete die Einweisung, die SS werde in den nächsten Tagen das Lager verlassen, er befürchte Unruhen und Gefahren durch Ausländer für Kodré. Am 1. und 2. 5 werden von Angehörigen der Kommandantur in allen Verwaltungsabteilungen des Hauptlagers schriftliche Unterlagen gesammelt und im Krematorium verbrannt. Den Häftlingen der politischen Abteilung gelingt es, nur wenige Unterlagen zu retten. Häftlinge beim Standortarzt retten mehrere Totenbücher. Die Schreiber der Lagerschreibstube retten drei Zugangsbücher, Namenslisten und die gesamte Kartei der Mauthausener Häftlinge, etwa 200.000 Stück Karteikarten.

Der Kommandoführer des Krematoriums, SS-Hauptscharführer Martin Roth, benachrichtigt gewisse Häftlinge des Krematorium-Kommandos, sie würden als Geheimnisträger am nächsten Tag erschossen. Die Häftlinge dieses Kommandos verstecken sich in Kellerräumen der Apotheke und im Krankenlager.

2. 5. Häftlinge des Gusener Krematoriums und drei Häftlinge vom zweiten Krematorium des Hauptlagers werden als Geheimnisträger erschossen. Südlich der Donau befreien Truppen des XX. Korps der 3. US-Armee Braunau und überschreiten auch bei Passau die österreichische Grenze. Louis Haefliger wird von Ziareis nach Mauthausen beordert: die SS werde das Lager verlassen, Haefliger könne mit dem ehemaligen Abwehrbeauftragten SS-Hauptsturmführer Reiner außerhalb des Häftlingslagers in einem Gästezimmer des Führerhauses Quartier beziehen.

3. 5. Die Soldaten des XII. US-Korps erreichen den Raum nördlich von Linz. Die Angehörigen der Lager-SS verlassen zeitig in der Früh mit der militärischen Einheit das Lager. Die Häftlinge bekommen zu ihren Gewehren 5 bis 20 Stück Patronen. Vor dem endgültigen Verlassen erschießt vor allen Angehörigen des Regiments Mauthausen ein Exekutionskommando einen am Vortag festgenommenen Schwertberger Schuhmacher. Alle Häftlinge in Mauthausen und Gusen erfahren, daß die SS die Lager verlassen hat. Schlagartig wird jede weitere Arbeit verweigert. Eine militärische Einheit der spanischen Häftlinge versucht, die versperrte Tür des Lagerarrestes einzudrücken. Als dies nicht gelingt,

sperren die im Arrest anwesenden zwei Wiener Feuerschutzpolizisten die Tür auf. Kodré und drei oder vier andere Häftlinge verlassen mit den zwei Feuerschutzpolizisten das Gefängnis. Im Hauptlager Mauthausen sind keine Vorbereitungen zur Sprengung der im Wiener Graben untergebrachten Rüstungsbetriebe durchgeführt worden. In Gusen wird in den Rüstungsbetrieben teilweise gearbeitet, weil am 3. 5. 1945 mittag für kurze Zeit eine SS-Einheit im Lager verweilt.

Häftlingsstand im Hauptlager Mauthausen am 3. 5. 1945 (Rapportbuch)

Block	Stand	Block	Stand
1	2	15	341
2	242	16	638
3	246	17	789
4	376	18	718
6	419	19	0
7	386	21	745
8	410	22	762
9	402	23	823
10	354	24	770
11	445	Lager III	0
12	524	Revier	125
13	628	San. Lag.	5435
14	528	Bl. 5	264

4. 5. Truppen des XX. US-Korps erreichen Eferding. Eigruber verläßt Linz und setzt sich nach Kirchdorf a. d. Krems ab. Linzer Parlamentarier überbringen den US-Truppen, XII. US-Korps, das Angebot der Kapitulation. Mit Wissen und über Auftrag der Leitung der Wiener Feuerschutzpolizei (Hauptmann Kern) werden für Haefliger in der Kommandanturgarage ein Auto hergerichtet und in der SS-Schneiderei eine Schweizer oder Rote-Kreuz-Fahne genäht. Haefliger betritt nicht das Häftlingslager. Von seiner Existenz wissen nur bestimmte Häftlingsfunktionäre.

Im KZ Mauthausen werden die Effektenkammer, die Magazine innerhalb und außerhalb des Häftlingslagers gestürmt. Zwei Vertreter des Internationalen Häftlingskomitees verlangen vom Leiter der Bewachungsmannschaft, dem Feuerschutz-Polizeihauptmann Kern, kein Organ der Feuerschutzpolizei dürfe das Kranken- und Häftlingslager betreten.

5. 5. Linz wird von den nördlich der Donau operierenden US-Truppen kampfflos befreit. Ebensee: Vor allen am Appellplatz angetretenen Häftlingen gibt um 9.00 Uhr der Lagerkommandant Anton Ganz mit der Anrede "Meine Herren" den Häftlingen bekannt, daß sich die Front dem Lager nähere, die SS Ebensee verteidigen werde und die Häftlinge in den Stollen Schutz suchen mögen. Die versammelten Gefangenen antworten im vielsprachigen Chor: Nein! Mittags übernehmen Volkssturm-Männer die Bewachung des Lagers. Die SS

verläßt das Lagergebiet.

Am 5. 5. 1945 vormittag fährt Haefliger mit Reiner im Einverständnis mit der Leitung der Feuerschutzpolizei in einem Pkw in Richtung Linz. Dieses Fahrzeug wird von einem Angehörigen der Feuerschutzpolizei gelenkt. Alle tragen Zivilkleidung. Ungefähr zur gleichen Zeit (vormittag) wird die Markt-gemeinde Mauthausen von den von Norden kommenden US-Soldaten befreit. In das Lager kommen sie nicht. Um die Mittagszeit fahren zwei US-Panzerspäh-wagen unter dem Kommando des Albert J. Koziak mit Haefliger zuerst beim Krankenlager vor, dann später zum Häftlingslager. Ohne Aufforderung öffnen Angehörige der Feuerschutzpolizei das Lagertor. Sie werfen spontan die Waffen weg und stellen sich ohne Aufforderung in Reih und Glied auf der Zufahrt-straße auf. Offensichtlich hatten die zuletzt zur Bewachung der Häftlinge bestellten Angehörigen der Feuerschutzpolizei vor Racheakten der befreiten Häftlinge Angst. Etwa 1600 Feuerschutzpolizisten gehen, begleitet von zwei US-Panzerspähwagen, über Gusen in die Kriegsgefangenschaft. Was mit Reiner geschah, ist unbekannt.

Die militärischen Einheiten der Häftlinge, voran die Spanier, bemächtigen sich der Waffen, die von den Feuerschutzpolizisten weggeworfen wurden, und es sind wieder die spanischen Häftlinge, die am Turm oberhalb des Eingangstor-es zum Häftlingslager zuerst eine rote und nachher eine Fahne des Republika-nischen Spanien hißten. Die Häftlinge sind über die militärische Lage rund um das Lager nicht genau informiert. Die Angst vor der Rückkehr der SS erwirkt, daß militärische Häftlingseinheiten (Spanier, Sowjetbürger, Jugoslawen u. a.) sowie einzelne Häftlinge das Lager verlassen. Die Ortschaft Mauthausen und die Eisenbahnbrücke über die Donau werden militärisch gesichert. Ein Nachrichten-dienst wird organisiert; Leiter der militärischen Einheiten ist Oberst Heinrich Kodré, ab 6. 5. 1945, 3.30 Uhr, der Major der Roten Armee Andre Pirogow.

Gusen wird etwa um 16.00 Uhr befreit. Dort beginnt sofort eine Lynchjustiz gegen die Gruppe der deutschsprachigen Häftlinge. Auch in Gusen formiert sich eine militärische Einheit der Spanier.

Es ist dem Verfasser dieser Stellungnahme bekannt, daß eine beabsichtigte Tötung der Häftlinge oder sogar der Bevölkerung der umliegenden Ortschaften in den Gusener Stollen weder von der im Hauptlager eingesetzten Kriegs-verbrecherkommission behandelt noch in den im Lager verfaßten Häftlingsberichten erwähnt wurde. Auch die österreichischen und deutschen Gusener Häftlinge, die am 8. 5. 1945 unter anderem vom Gefertigten von Gusen nach Mauthausen in einer geschlossenen Kolonne begleitet wurden, haben zwar von Sprengvorberei-tungen, jedoch nicht von einer beabsichtigten Massentötung der Häftlinge gesprochen. Auch in der Chronik der 11. US-Panzerdivision wird der von Haefliger behauptete Vorgang nicht erwähnt. Zeugen: Oberst Richard R. Seibel, sein Dolmetscher Dr. P. J. Dobias und all jene Personen, die mit der US-Lagerleitung und dem Internationalen Lagerkomitee zusammengearbeitet haben. Derzeit (Juni 1988) leben noch in Frankreich, Polen, Jugoslawien, Österreich und in der CSSR etwa 30 Zeugen.

Die Nebenlager Wels, Steyr und Gunkirchen werden von US-Truppen be-

freit. Soldaten des XX. Korps erreichen abends die Stadt und den Fluß Enns. Patrouillen der 11. Panzerdivision erreichen an diesem Tag Freistadt, Königswiesen und entlang der Donau die Stadt Grein.

6. 5. Ebensee: Um 14.45 Uhr werden die Ebenseer Häftlinge von US-Truppen der 3. Cavalry Reconnaissance Squadron befreit.

7. 5. Einheiten der 11. US-Panzerdivision treffen in den Lagern Mauthausen und Gusen ein und übernehmen die Lagerverwaltung. Kommandant ist Colonel Richard R. Seibel. Einer seiner Dolmetscher wird Dr. P. J. Dobias.

16. 5. Der letzte Häftlingsappell anlässlich des Abmarsches sowjetischer Häftlinge. Dauer der Kundgebung etwa zwei Stunden. Die Haupttribüne (der ehemalige Boxring im Ausmaß von etwa 10:10 m) stand vor dem Arrest-Gebäude. Es sprach von jeder im Lager anwesenden Nationalität mindestens ein Redner. Haefliger war zu diesem Zeitpunkt im Lager anwesend und hielt sich vorübergehend auf der Tribüne auf. Es wurden unzählige Fotoaufnahmen von einzelnen Personen oder von Personengruppen gemacht.

23. 5. Um etwa 18.00 Uhr forschten in einer Jagdhütte am Pyhrn US-Soldaten unter Mithilfe von Häftlingen, die in der Hütte arbeiten mußten, Franz Ziereis aus und verletzten ihn bei einem Fluchtversuch durch drei Schüsse schwer (Arm-, Rücken- und Bauchschuß). Ziereis wurde in das 131. US-Hospital in Gusen überführt. Er bekam ständig Bluttransfusionen.

24.5. Ziereis war kurzweilig bewußtlos, nach längeren Pausen aber in der Lage, zusammenhängend auf Fragen zu antworten. Als der Verfasser dieser Stellungnahme am 24. 5. 1945 um etwa 10.00 Uhr bei Ziereis über Veranlassung des Colonel Seibel eintraf, befanden sich bei Ziereis zwei polnische Ärzte und glaublich auch ein ehemaliger spanischer Häftling. Die zwei polnischen Ärzte führten die Befragung durch und machten sich in polnischer Sprache Notizen.

Die in den letzten Jahrzehnten in verschiedenen Sprachen sowie Fassungen publizierten "Ziereis-Einvernahmen" sind keine Niederschriften, sondern B e r i c h t e ü b e r e i n e B e f r a g u n g des ehemaligen Kommandan-ten des KLM. Diese Berichte sind mit Kommentaren der Fragenden versehen. Ziereis belastete primär seine Vorgesetzten, die "Berliner Stellen". Er selbst hätte nur Befehle befolgen müssen. Der Gefertigte befragte Ziereis über Vorfälle im Hauptlager Mauthausen, nicht über Vorkommnisse in Gusen I und II. Wegen des Zustandes des Ziereis mußten des öfteren Pausen eingeschaltet werden. Die Befragung des Gefertigten dauerte mehrere Stunden, sie wurde von den Polen fortgesetzt. Gefertigter hat von Ziereis keine Unterschrift verlangt. Ziereis unterschrieb einen Brief an seine Frau mit seinem Vornamen Franz. Im Hauptlager angekommen, hat der Gefertigte über die Befragung des Ziereis einen Bericht verfaßt, der auch Kommentare zu den Antworten des Lagerkommandanten enthielt, und dieses Schriftstück dem Colonel Seibel übergeben. Die in den späteren Publikationen veröffentlichte Ziereis-Erklärung, er habe den Auftrag erhalten, die Gusener Häftlinge im Stollen zu töten, doch er hätte sich geweigert, diesem Befehl Folge zu leisten, hat der Gefertigte erst viele Jahre später gelesen. Vermutlich haben die Polen dem Ziereis diese Frage gestellt.

Ungefähr ein Jahrzehnt später, nach der von Friedrich von Gagern verfaß-

ten Schrift über den "Retter von Mauthausen" und den Anträgen des österreichischen Justizministeriums in den Jahren 1949 und 1950, Haefliger für den Friedensnobelpreis vorzuschlagen, berichteten polnische Häftlinge in Wort und Schrift über einen Versuch der Massentötung der Gusener Häftlinge (nicht der Mauthausener Häftlinge oder sogar der Bevölkerung). So wurde 1967 von Stanislaw Nogaj in Kattowitz behauptet, gewisse SS-Führer und eine Sabotage der Häftlinge hätten den Abschluß der Sprengvorbereitungen verhindert. Stanislaw Dobosiewicz schrieb in seinem Buch "Mauthausen - Gusen", 1976, S. 286, daß Zierys bei seiner Einvernahme angegeben hätte, er habe von Himmler und Kaltenbrunner den Befehl erhalten, Gusener Häftlinge durch Sprengung der Stollen zu töten. Diese Weisung hätte er seiner Frau anvertraut, und weil seine Frau dagegen war, kam es nicht zur Ausführung des Befehls.

Zweifelsohne gab es im KLM SS-Führer, die mit dem Untergang des Dritten Reiches eine Liquidierung aller Häftlinge verbanden. Ohne Zweifel gab es auch bei der Mauthausener Lager-SS diverse Aussprachen über die rationellste Art eines Häftlingsmassenmordes. Im KLM wurden von August 1938 bis 2. Mai 1945 Häftlinge über und ohne Auftrag vorgesetzter SS-Dienststellen ermordet. Der Satz, wonach "das Verlassen des Konzentrationslagers nur durch den Schornstein des Krematoriums möglich sei", gehörte zur stereotypen "Begrüßungsformel" der SS beim Eintreffen von Neuzugängen - deshalb das unbegrenzte Mißtrauen gegenüber und die Angst vor den schwerbewaffneten Totenkopftragern. Sicherlich gab es steigende Angstzustände bei den Gusener und Ebenseer Häftlingen, als sie in der Endphase die vielfach von Mithäftlingen durchgeführten Vorarbeiten zur Sprengung der Stollen wahrnahmen.

Die OKW-Weisung vom 19. 3. 1945 war die alleinige Ursache, weshalb in allen Nebenlagern des KLM, somit auch in Gusen, Vorbereitungen zur Sprengung der Rüstungs- und Kriegsproduktionsstätten eingeleitet wurden. In keinem Nebenlager sind Zerstörungsmaßnahmen ausgelöst worden.

Der Verfasser dieser Stellungnahme befand sich bis 28. 5. 1945 im Lager Mauthausen. Über Ersuchen des Colonel Seibel und auch im Auftrag des Internationalen Lagerkomitees übte er eine Verwaltungstätigkeit im Lager aus (bei den Evakuierungstransporten, beim Arbeitseinsatz, in den Küchen und bei der Reinigung des Lagers usw.). In dieser Eigenschaft folgte er den arbeitswilligen Lagerinsassen als eine Art "Prämie" sogenannte Ausgehsscheine aus. Er hatte das Vertrauen der befreiten Häftlinge, das Vertrauen der verschiedenen Nationalen und des Internationalen Komitees und der amerikanischen Lagerverwaltung. Er kannte zu dieser Zeit Louis Haefliger. Alle befreiten Häftlinge waren dem IKRK für das Erscheinen im Lager dankbar. Da Haefliger ein Repräsentant des IKRK gewesen ist, war es selbstverständlich, auch ihm gegenüber Dankbarkeit zum Ausdruck zu bringen. Doch von niemandem - damals auch nicht von Haefliger - wurde behauptet, eine Gusener Stollensprengung sei durch das Erscheinen der Amerikaner verhindert worden, bzw. Haefliger hätte Zierys bewogen, die Ermordung der Häftlinge nicht durchzuführen.

FLORIAN FREUND

WAS "KOSTET" EIN KZ-HÄFTLING?

Neue Dokumente zur Geschichte des KZ Loibl-Paß

Neuere Darstellungen zur Geschichte der Konzentrationslager beschäftigen sich verstärkt mit dem Arbeitseinsatz von KZ-Häftlingen.¹ Die Beantwortung einiger zentraler Fragen zur Zwangsarbeit von KZ-Häftlingen steht dabei noch aus: Wie sah das Verhältnis von Industrie und SS aus? Wie weit stellt der Häftlingseinsatz einen Einbruch in das System der freien Lohnarbeit dar? Wie wirkte sich der Widerspruch zwischen ökonomischer Rationalität und ideologisch motivierter Menschenvernichtung auf den Komplex der Konzentrationslager aus? Gab es eine "Kosten-Nutzenrechnung" der beteiligten Firmen und staatlichen Stellen, und wie sah diese aus? Ein wesentlicher Streitpunkt ist auch die Frage, ob die KZ-Zwangsarbeiter "billige" Arbeitskräfte für die Firmen waren. Zur Beantwortung dieser letzten Frage soll die vorliegende Dokumentation beitragen.

Bis 1942 war Arbeit in den Konzentrationslagern vorwiegend Mittel der Strafe, "Erziehung" oder "Rache", nicht Ziel der Haft, auch wenn KZ-Häftlinge in verschiedenen, vor allem SS-eigenen Betrieben produktiv tätig sein mußten. Jedoch standen die politischen Aufgaben - Ausschaltung und Vernichtung der politisch ideologischen Gegner des Nationalsozialismus - und nicht Profitmaximierung im Vordergrund.² Erst nach dem Scheitern der Blitzkriegsstrategie in der Schlacht vor Moskau³ und nach den ab Anfang 1943 zunehmenden Schwierigkeiten bei der Rekrutierung ausländischer Arbeitskräfte nahm die unmittelbare ökonomische Bedeutung der Konzentrationslager zu.⁴ Die Häftlinge waren eine der letzten verfügbaren Arbeitskraftreserven. Verstärkt wurden Häftlinge nun auch in kriegswirtschaftlich relevanten Bereichen zur Arbeit gezwungen. Die Eskalation des NS-Terrors in den besetzten Gebieten und die Tatsache, daß eine ununterbrochen wachsende Zahl von ArbeiterInnen nur noch durch KZ-mäßige Disziplinierung zur Arbeit für die Kriegswirtschaft gezwungen werden konnte, führten - trotz Beibehaltung der Vernichtungspolitik gegen Juden und Zigeuner - zu einem starken Anstieg der Häftlingszahlen. Wiesen die Konzentrationslager im ersten Halbjahr 1942 insgesamt eine durchschnittliche

1 Um nur ein Beispiel anzuführen: Dachauer Hefte. Studien und Dokumente zur Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager, Heft 2, Sklavenarbeit im KZ, Hrsg. Wolfgang Benz/Barbara Distel, 2. Jg., 1986.

2 Falk Pingel, Häftlinge unter SS-Herrschaft. Widerstand, Selbstbehauptung und Vernichtung im Konzentrationslager, Hamburg 1978.

3 Zum Übergang von der Blitzkriegsstrategie zu einem langfristigen Abnutzungskrieg siehe: Bernhard R. Kroener, Die personellen Ressourcen des Dritten Reiches im Spannungsfeld zwischen Wehrmacht, Bürokratie und Kriegswirtschaft 1939-1942, in: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 5/1, Organisation und Mobilisierung des deutschen Machtbereichs, Kriegsverwaltung, Wirtschaft und personelle Ressourcen, Hrsg. Militärgeschichtliches Forschungsamt, Stuttgart 1988.

4 Vgl. Miroslaw Kármý, "Vernichtung durch Arbeit". Sterblichkeit in den NS-Konzentrationslagern, in: Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik 5, Sozialpolitik und Judenvernichtung. Gibt es eine Ökonomie der Endlösung?, Berlin 1987, S. 133 ff.

Belegstärke von ca. 95.000 Häftlingen auf⁵, so stieg diese bis August 1943 auf 224.000 Personen. Ein Jahr später befanden sich bereits über 524.000 Personen in den deutschen Konzentrationslagern. Anfang 1945 waren es über 700.000.⁶

Auch auf dem Gebiet des heutigen Österreich erlangte in der zweiten Kriegshälfte die Zwangsarbeit von KZ-Häftlingen eine besondere Bedeutung.⁷ In über 40 Lagern waren Häftlinge vorwiegend für Rüstungs- und Baufirmen tätig. Befanden sich Anfang 1943 ca. 14.000 Personen in Mauthausen und seinen Außenlagern in Haft, so verdoppelte sich diese Zahl bis Anfang 1944. Im Oktober 1944 war die Zahl der Häftlinge auf ca. 73.000 angestiegen. Mit den Evakuierungen der in Polen gelegenen Konzentrationslager vor der heranrückenden Roten Armee erreichte die Belegstärke im März 1945 mit über 84.000 Personen den Höhepunkt.⁸

KZ-Häftlinge wurden nur an jene Firmen "vermietet", die besonders kriegswichtige Produkte erzeugten (Flugzeuge, Raketen⁹, Panzer, chemische Produkte) oder der Zulieferung und Versorgung dieser Produktionen dienten (Kugellager für Panzer und Flugzeuge, Kraftwerke zur Stromversorgung dieser Industrien). Ab Herbst 1943 entstanden KZ-Außenlager vor allem bei Bauvorhaben, die der Errichtung von Stollenanlagen dienten, in denen Teile der Industrie - vor Luftangriffen geschützt - untergebracht werden sollten.

Die "Häftlingsentgelte"

Die Arbeit der KZ-Häftlinge war für die sie beschäftigenden Firmen keineswegs kostenlos.¹⁰ Die sogenannten "Häftlingsentgelte" waren schon 1936 mit der Übernahme der Konzentrationslager in den Reichshaushalt eingeführt worden, damit alle jene Firmen - ob privat, staatlich oder der SS angehörend -, an die Häftlinge vermietet wurden, auch einen Beitrag zum Unterhalt der Konzentrationslager leisteten.¹¹ Mit dem massiven Einsatz von Häftlingen in der Rüstungsproduktion ab 1942/43 näherten sich die "Häftlingsentgelte", die anfangs nur 30 Pfennig pro Tag betragen hatten, den Löhnen in der Industrie

5 Martin Broszat, Nationalsozialistische Konzentrationslager 1933-1945, in: Anatomie des SS-Staates, Bd. 2, München 1979, S. 125.

6 Ebenda, S. 132.

7 Vgl. Florian Freund/Bertrand Perz, Industrialisierung durch Zwangsarbeit, in: Emmerich Tálos/Ernst Hanisch/Wolfgang Neugebauer (Hrsg.), NS-Herrschaft in Österreich 1938-1945, Wien 1988.

8 Hans Marsalek, Die Geschichte des Konzentrationslagers Mauthausen. Dokumentation, Wien 1980, S. 134.

9 Zum Konzentrationslager Wiener Neustadt, das der Raketenrüstung diente, siehe: Florian Freund/Bertrand Perz, Das KZ in der "Serbenhalle". Zur Kriegsindustrie in Wiener Neustadt, Wien 1988.

10 Chef des Amtes DII, Häftlingssätze, 24.2.1944, IMT NO 576.

11 Enno Georg, Die wirtschaftlichen Unternehmungen der SS, Stuttgart 1963, S. 116 ff.

an: vier Reichsmark für Hilfsarbeiter, sechs Reichsmark für Facharbeiter.¹² Diese Angleichung ist einerseits auf den Druck der Industrie zurückzuführen, die einseitige Konkurrenzvorteile ausschalten wollte. Die SS sah andererseits in der Erhöhung der "Häftlingsentgelte" einen Vorteil für die eigenen Betriebe, denn aufgrund der bis dahin billigen Arbeitskräfte hatte sie außerordentliche Gewinne erwirtschaftet, die als sogenannte Übergewinne an das Reich abgeführt werden mußten. Die SS hatte die Vorteile der niedrigen Produktionskosten nicht nutzen können. Eine Erhöhung der "Häftlingsentgelte" bot nun die Möglichkeit, die Preise der Produkte zu erhöhen, um den dann zulässigen Gewinn zur Stärkung der Unternehmen einzusetzen.¹³

Die Erhöhung der "Häftlingsentgelte" sollte aber noch einen anderen Zweck erfüllen. Waren die "Häftlingsentgelte" so niedrig wie vor der Erhöhung, so konnte durch Masseneinsatz von Häftlingen (ohne Rücksicht auf die Überlebensdauer des einzelnen) die niedrige Produktivität ausgeglichen werden. Daß bei einem solchen Arbeitseinsatz ein großer Teil der Häftlinge nach kurzer Zeit starb, kümmerte die Firmenleitungen nicht. Trotz verstärkter Einweisungen in die Konzentrationslager konnte die SS die Zahl der Häftlinge vorerst nicht steigern. Dies führte dazu, daß Glücks, Chef der Amtsgruppe D im SS-Wirtschaftsverwaltungshauptamt, am 20. Januar 1943 einen Befehl ausgab, in dem er die KZ-Kommandanten "für die Erschöpfung jeder Möglichkeit zur Erhaltung der Arbeitskraft der Häftlinge persönlich verantwortlich" machte.¹⁴ Tatsächlich ging es dabei nicht um eine Senkung der Sterblichkeit in den Konzentrationslagern, sondern, wie Miroslaw Kárný überzeugend nachweist, um "die richtige Steuerung der Sterblichkeit in den Konzentrationslagern, mit der man einen hohen Anteil arbeitsfähiger Häftlinge an der Belegschaft bewirkte".¹⁵ Dieses Ziel wurde erreicht durch eine radikale Beseitigung der Kranken und entkräfteten Häftlinge, bei denen die Wiederherstellung der Arbeitskraft als zeitlich zu aufwendig oder zu kostspielig erachtet wurde. Gleichzeitig erhöhte man die "Häftlingsentgelte", näherte die Kosten einer Häftlingsarbeitskraft damit an den Lohn eines "freien" Arbeiters an und zwang so die Firmen, die Häftlingsarbeitskraft auch "qualitativ" optimal zu nutzen. Deutlich geht dies aus einer Anweisung der Wifo hervor, die Bauträger für die Einrichtung und den Betrieb der Stollen bei Nordhausen war, wo Häftlinge des KZ Dora-Mittelbau arbeiten mußten:

"Um den sparsamen Verbrauch der Arbeitskräfte sicherzustellen und unnötige Kosten zu vermeiden, wird, abweichend von der bisherigen Handhabung, grundsätzlich derart verfahren, daß den Firmen die zur Verfügung gestellten Häftlinge berechnet werden. Zur Berechnung kommt ein Satz pro Tagwerk von RM 6.- für Facharbeiter und RM 4.- für Hilfsarbeiter.

12 Broszat vertritt die Meinung, daß "der Häftlingseinsatz kaum noch einen finanziellen Vorteil" für die Firmen bedeutete. Broszat, Konzentrationslager, S. 119; vgl. IMT NO 530; NO 510.

13 Pingel, Häftlinge, S. 137 f.

14 Schreiben Glücks an die Kommandanten der KL vom 20.1.1943, IMT NO 1523.

15 Kárný, "Vernichtung durch Arbeit", S. 137.

Hinzu tritt ein Aufschlag von 6 % für die im Lager beschäftigten Häftlinge.¹⁶

Daß ein Ziel dieser Erhöhung der "Häftlingsentgelte" der "sparsame Verbrauch" der Häftlinge war, wird auch von einer ganzen Reihe anderer Dokumente bestätigt.¹⁷

Entscheidender Verhandlungspunkt zwischen der SS und den Firmen war jedoch nicht die Höhe der "Häftlingsentgelte", sondern die Bewertung der Häftlingsarbeitskraft. Die Firmen trachteten immer danach, die Arbeitsleistung der Häftlinge - im Vergleich zu der von "freien" deutschen Arbeitern - möglichst niedrig anzusetzen, da diese sogenannte "Minderleistung" von den zu bezahlenden "Häftlingsentgelten" abgezogen wurde. Auch von den Kosten für die "Prämien-scheine", die als "Anreiz" zur Leistungssteigerung an Häftlinge ausgegeben wurden und für die sie sich in den Lagerkantinen Zigaretten und andere Güter kaufen konnten, für Zusatznahrung und andere Aufwendungen wurde die "Minderleistung" abgezogen. Die Bewertung der Häftlingsarbeitskraft geschah sehr unterschiedlich. Sie war abhängig vom physischen und psychischen Zustand der Häftlinge und vom Charakter der zugeteilten Arbeit. Einigten sich die Firmen und die SS in Dora-Mittelbau auf einen Satz von 70 Prozent der Leistung eines "deutschen Arbeiters"¹⁸, so wurde z. B. bei der Schlackeverwertung der Hermann-Göring-Werke in Linz, an der die SS beteiligt war, lediglich mit einem Fünftel der Leistung einer deutschen Arbeitskraft gerechnet.¹⁹

Diese finanztechnischen Überlegungen lagen für Häftlinge außerhalb ihrer Wahrnehmung, trotzdem hatten die massiven Erhöhungen der "Häftlingsentgelte" gravierende Auswirkungen auf sie. Durch die Erhöhung des ökonomischen Wertes der Häftlingsarbeitskraft wurden die Kosten der Häftlingsarbeit zu einem wichtigen Kalkulationsfaktor. Dies hatte zur Folge, daß die Firmen von einem rein quantitativen Einsatz der Häftlinge abgingen und versuchten, die Produktivität des einzelnen Häftlings zu steigern. Das geschah jedoch, ohne daß damit unbedingt höhere Überlebenschancen für die Häftlinge verbunden gewesen wären. Alle Versuche, bei den Häftlingen ein Interesse an einer quantitativ wie qualitativ hohen Arbeitsleistung durch andere als terroristische Mittel anzuregen, hatten nur geringfügige Wirkung.²⁰ Die Erhöhung der "Häftlingsentgelte" hatte eine Modifizierung des Terrors in Richtung einer effizienteren Ausbeutung zur Folge. Da die Firmen nur für die tatsächlich arbeitenden Häftlinge zahlten, sollten Kranke und Arbeitsunfähige möglichst schnell wieder

16 Anweisung zur "Abwicklung des Bauvorhabens", 12.6.1944, zit. nach Riese, Die wirtschaftliche Forschungsges.m.b.H. (Wifo) als staatsmonopolistische Organisation und ihre Rolle beim Ausbau des Kohnsteins zu einem unterirdischen Rüstungskomplex. Ein Beitrag zur Vorgeschichte des KZ Dora, Hausarbeit, Berlin 1962, S. 142.

17 Siehe dazu Pingel, Häftlinge, S. 137 f.

18 Anweisung zur "Abwicklung der neuen Bauvorhaben", 12.6.1944, zit. nach Riese, Wifo, S. 142.

19 Schreiben Dr. Hohberg an Pohl, 6.3.1942, IMT NO 1914; vgl. Pingel, Häftlinge, S. 139; in den Nebenlagern soll die Produktivität zwischen 30 und 50 % gelegen sein. Vgl. Christa Naumann, Das arbeitsteilige Zusammenwirken von SS und deutschen Rüstungskonzernen 1942-1945, dargestellt am Beispiel der Außenkommandos des Konzentrationslagers Buchenwald, phil. Diss., Berlin (DDR) 1972.

20 Vgl. Kárný, "Vernichtung durch Arbeit", S. 146.

an die Stammlager abgeschoben werden, um die nichtproduktiven Kosten zu senken. Was dort mit den kranken Häftlingen geschah, lag zwar nicht in der unmittelbaren Kompetenz der Firmen, war aber eine Folge ihres Handelns: Die Arbeitsunfähigen wurden ermordet. Diese Arbeitsteilung im Mechanismus "Vernichtung durch Arbeit" - die SS schaffte immer neue Häftlinge heran und beseitigte die Arbeitsunfähigen, die Firmen besorgten die "erschöpfende" Ausbeutung der Arbeitskraft der Häftlinge - blieb charakteristisch für das System der Konzentrationslager bis zur Schlußphase des Krieges.

Das KZ Loibl-Paß

Die Häftlinge des am 2. Juni 1943 eingerichteten Konzentrationslagers am Loibl-Paß mußten beim Bau eines Stollens für die strategisch wichtige Nord-Süd-Verbindung zwischen Klagenfurt und Ljubljana arbeiten.²¹ Das 1941/42 mit Arbeitern aus Gorenjska und Ungarn begonnene Bauvorhaben wurde stark behindert, als jugoslawische Partisanen in der Nacht vom 29. auf den 30. Juni 1942 das Zivillager in Brand setzten.²² Nach der Einrichtung der Konzentrationslager Loibl-Paß Nord und Süd ging der Bau des Tunnels rasch voran, und am 4. Dezember 1943 fand der Durchschlag des 1500 Meter langen Stollens durch Gauleiter Rainer statt.²³ Um den Endausbau zu beschleunigen, sollte "auf die sonst üblichen Sicherungsmaßnahmen" verzichtet werden²⁴, was für die Arbeitsbedingungen der KZ-Häftlinge schwerwiegende Folgen hatte.

Im Herbst 1944 gab es Bestrebungen, den Bau des Tunnels einzustellen, wie aus einem Fernschreiben Speers an Gauleiter Rainer vom 25. September 1944 indirekt hervorgeht:

"Der Loibl-Tunnel ist von mir ausdrücklich vor kurzem zum Weiterbau bestimmt worden. Ich lasse noch feststellen, wer den Befehl zur Stilllegung gegeben hat. Ich habe angeordnet, dass der Bau selbstverständlich weitergehen muss, da ihm bei der derzeitigen Lage besondere Bedeutung zukommt."²⁵

Die von Speer angesprochene besondere Bedeutung wird klar, wenn man sich vor Augen hält, daß zu diesem Zeitpunkt die Deutsche Wehrmacht auf dem Balkan bereits im Rückzug begriffen war. Die Verkehrswege waren in dieser Situation von entscheidender Bedeutung. Diese strategische Einschätzung zeigte sich nochmals, als Speer in einem Schreiben an SS-Gruppenführer Kammler den Abzug von KZ-Facharbeitern zu verhindern versuchte:

21 Marsalek, Mauthausen, S. 83 f.; ausführlicher zur Geschichte des Außenlagers Loibl-Paß: André Lacaze, Le tunnel, Paris 1978; Mauthausen, Kommando du Loibl-Pass, Hrsg. Amicale de Mauthausen, Paris o. J.; Übersetzung der slowenischen Broschüre "Das Loibler-Lager, Zweigstelle Mauthausen", Archiv Museum Mauthausen (AMM), B 27/6.

22 "Das Loibler-Lager", AMM, B 27/6.

23 Speerchronik, Bundesarchiv Koblenz (BAK), R 3/1777, fol. 268.

24 Schreiben des Generalinspektors für das deutsche Straßenwesen, 13.12.1943, BAK, R 3/1595, fol. 48.

25 Schreiben Speer an Gauleiter Rainer, 25.9.1944, BAK, R 3/1595, fol. 54.

"Lieber Parteigenosse Dr. Kammler, es wird mir gemeldet, daß das SS-Wirtschaftsverwaltungs-Hauptamt die am Loibl-Tunnel zu Mineuren ausgebildeten KZ-Häftlinge - insgesamt 68 Mann - für SS-Baustellen abziehen will. Ich teile hierzu mit, daß diese Mineure bis zur kriegsmäßigen Fertigstellung des vom OKW befohlenen Bauvorhabens auf der Baustelle verbleiben müssen und daß im übrigen über die im Zuge der Fertigstellung freiwerdende Baukapazität einschließlich sämtlicher dort beschäftigter Arbeitskräfte das Amt Bau OT bereits für U/nterirdische/-Verlagerungen, die es selbst durchführt, verfügt hat. Ich bitte Sie daher, den Abzug wieder rückgängig zu machen."²⁶

Die Arbeiten am Tunnel gingen bis Anfang Mai 1945 weiter. Zwar wurde der Tunnel nicht endgültig fertiggestellt, doch die Wehrmacht konnte den provisorisch eingerichteten Tunnel voll für ihren Rückzug nutzen. Heute erinnert kaum noch etwas daran, daß zwischen 600 und 1294 Häftlinge²⁷ diese nach wie vor vielbefahrene Verbindung nach Jugoslawien bauen mußten.

* * *

Die vorliegenden Dokumente stammen aus einem britischen Gerichtsverfahren gegen Angehörige der Bewachungsmannschaft und ehemalige Häftlinge des KZ Loibl-Paß.²⁸ Die Verhandlung fand zwischen dem 2. September und 10. Oktober 1947 in Klagenfurt statt. Die Anklage lautete auf "committing a war crime in that way at the Working Camp of Loibl Pass, Austria, between June 1943 and May 1945, in violation of the laws and usages of war, were concerned in the illtreatment of Allied nationals therein". Einige Angeklagte wurden auch beschuldigt "in the killing of Allied nationals interned". Die zwölf Angeklagten, Josef Winkler, Siegbert Ramsauer, Walter Brietzke, Paul Gruschwitz, Karl Sachse, Otto Bindrich, Friedrich Porschel, (?) Flaig, Hugo Köbernik, Franz Kessner, Max Skirde und Johann Gärtner wurden zu Strafen zwischen drei Jahren Haft und Exekution verurteilt. Die SS-Männer Winkler und Brietzke wurden am 10. März 1948 hingerichtet.

Unter den Beweisdokumenten befindet sich ein "Lagervertrag" vom 24. November 1943, ein Begleitschreiben des Reichsstatthalters in Kärnten an die Universale Bau A.G. vom 29. November 1943 zur Übersendung des "Lagervertrages" und der "Vertrag, abgeschlossen von der Staatlichen Bauleitung für den Bau des Loibltunnels mit der Universale Hoch- und Tiefbau A.G. auf Grund der Ermächtigung des Reichsstatthalters in Kärnten vom 6. 7. 1944", der im folgenden wiedergegeben wird.

Beispielhaft zeigt der Vertrag der Universale Bau A.G. mit der staatlichen Straßenbauverwaltung über die Errichtung des Loiblpaßtunnels die vorprogrammierte restlose Ausbeutung der Häftlingsarbeitskraft und deren tatsächliche Kosten für die Universale Bau A.G. Die Leistung der Häftlinge wurde "aufgrund der Erfahrungen bis zum Vertragsabschluß" - die Universale Bau A.G. hatte bereits vor Vertragsabschluß Häftlinge beschäftigt - bewertet. Demnach erreich-

²⁶ Schreiben Speer an Kammler vom 24.11.1944, BAK, R 3/1585, fol. 36.

²⁷ Marsalek, Mauthausen, S. 84.

²⁸ Microfilm BAK, All. Proz. 8/JAG 355 (DÖW E 20.387).

ten drei Prozent der Häftlinge die volle Durchschnittsleistung der deutschen Zivilarbeiter, 50 Prozent erreichten zwei Drittel, und die übrigen 47 Prozent die Hälfte dieser Leistung. Daraus ergab sich, daß Häftlinge - im Vergleich zu deutschen Zivilarbeitern - eine auf 60 Prozent verminderte Arbeitsleistung erbrachten.

Folgende Faktoren gingen in die Berechnung der tatsächlichen Kosten der Häftlingsarbeit zusätzlich ein:

- * die an die SS abzuliefernden "Häftlingsentgelte" von vier bzw. sechs Reichsmark;
- * die mit der SS vereinbarten Verpflegungszubußen für Häftlinge;
- * ein durchschnittlicher Krankenstand von 7,5 Prozent;
- * das "Lagerpersonal", also Lagerälteste, Blockälteste, Schreiber, Stuben- und Küchendienste;
- * die "Leistungsprämien", die als Motivation für höhere Leistung gedacht waren;
- * die Verluste an Arbeitszeit durch Anmarsch, Appelle, schlechtes Wetter;
- * die nichtarbeitenden Kapos, welche die Häftlinge antrieben;
- * eine Pauschalgebühr für die Bewachung der Häftlinge durch die SS.

Als tatsächliche Kosten der Häftlingsarbeit wurden 5,18 Reichsmark pro Arbeitstag für Hilfsarbeiter und 7,41 Reichsmark für Facharbeiter berechnet, von denen, wie bereits dargelegt, nur 60 Prozent bezahlt wurden. Die Frage, ob die Häftlinge "billige" Arbeitskräfte waren, kann jedoch auch damit nicht beantwortet werden, da die Einschätzung der tatsächlichen Leistung der Häftlinge heute kaum noch möglich ist.

Für die Universale Bau A.G. brachte der Einsatz von KZ-Häftlingen große Vorteile. Ohne die Häftlinge wäre der Bau des Loibl-Tunnels nicht möglich gewesen, da andere Arbeitskräfte nicht zur Verfügung standen. Die Universale hätte ohne die KZ-Häftlinge den Auftrag nicht annehmen, weder Umsatz noch Gewinn machen können. Nach den bisher vorliegenden Informationen erhielten die überlebenden Häftlinge von keiner Seite eine Entschädigung für die geleistete Arbeit.

Vertrag

=====

abgeschlossen von der Staatlichen Bauleitung für den Bau des Loibltunnels mit der Universale Hoch- und Tiefbau A. G. auf Grund der Ermächtigung des Reichsstatthalters in Kärnten vom 6. 7. 1944, Zahl Vb 941/44.

A) Vertragsgegenstand, Vertragsunterlagen, Ausführungsfristen und Gewährleistung.

Gegenstand des Vertrages sind die Arbeiten und Lieferungen für den Bau des Loibltunnels und für die zum Anschluss an die bestehende Reichsstrasse Nr. 333 notwendige Verbindungsstrasse.

Der Vertrag wird auf Grund des Angebotes der Universale Hoch- und Tiefbau

A. G. vom 31. 3. 1944 unter Berücksichtigung der nach eingehenden Verhandlungen einvernehmlich festgelegten Änderungen abgeschlossen. /.../

Im Sinne der Ziffer 8 BVL gelten folgende Ausführungsfristen:

Bis 4. Dezember 1944 ist die Durchfahrt mit mindestens 6,0 m Fahrbahnbreite zu gewährleisten.

Bis 31. Oktober 1945 ist der Tunnel mit Ausnahme der Betonfahrbahn, der Beleuchtungs-, Entwässerungs- und Belüftungseinrichtungen fertigzustellen.

Die Unternehmung verpflichtet sich, alles zu tun, um diese Termine einzuhalten. Andererseits wird mit Rücksicht auf die aussergewöhnlichen Kriegsverhältnisse von der Festsetzung von Vertragsstrafen abgesehen.

Sollte sich die Bauzeit aus Gründen, die die BU nicht zu vertreten hat, verlängern, so werden die sich tatsächlich hierdurch ergebenden Kosten einvernehmlich bestimmt und der BU gesondert vergütet. Im besonderen wird bei einer allfälligen vorübergehenden Einstellung der Bauarbeiten einvernehmlich festgestellt, was zur Sicherung des Vorhandenen nötig ist, und die Zusammensetzung der Restbauleitung und des restlichen Gerätes bestimmt.

Die Ausführung der Betonfahrbahn sowie der Beleuchtungs- und Belüftungseinrichtungen wird vorläufig zurückgestellt. /.../

B) Vorbemerkungen zum Leistungsverzeichnis

1.) Allgemeines.

Die Kalkulation zur Ermittlung der Einheitspreise wurde vom Unternehmer im März 1944 abgeschlossen. Die Vorschriften des Runderlasses 9/44 des Reichskommissars für die Preisbildung vom 25. 3. 1944 erfordern mit Wirkung ab 1. 5. 1944 nebst anderen Änderungen, die im nachfolgenden Vertragstext aufgenommen sind, eine Absenkung der Preisansätze um 3,515 %. Im Leistungsverzeichnis des folgenden Abschnittes C sind die Preisansätze nach der ursprünglichen Kalkulation eingesetzt; sie haben daher nur für die Leistungen bis zum 30. 4. 1944 unveränderte Gültigkeit. Für die Leistungen ab 1. 5. 1944 sind die ursprünglichen und die verminderten Einheitspreise übersichtlich zusammengestellt. Die Ermittlung des Abminderungssatzes von 3,515 % wurde als Anhang der Kalkulation angeschlossen.

2.) Lohn und Leistung.

Den Einheitspreisen liegt die Leistung der Zivilarbeiter zugrunde, wie sie sich an der Baustelle selbst in der Zeit bis zum Vertragsabschluss praktisch ergeben hat, sowie der Sondertarif für den Loibltunnel vom 11. 3. 1943. Die Lohnansätze dieses Sondertarifes betragen ohne Erschwerniszuschläge:

Hilfsarbeiter.....	Rpf	60/Stunde
Helfer.....	"	72/ "
Mineure.....	"	76/ "
Verbaumineure.....	"	80/ "
Facharbeiter.....	"	80/ "
Fach-Vorarbeiter, Drittel-		

Vorarbeiter.....	"	88/ "
Hilfsschachtmeister.....	RM	50/Woche (RM 1,05/Stunde).

3.) Zuschläge für soziale Aufwendungen.

Bis 30. 4. 1944 wird der Zuschlag für soziale Aufwendungen auf Grund des Erlasses des Reichsstatthalters in Kärnten vom 5. 3. 1945, Zahl IVd/Pü-71-1943, einheitlich mit 18 % gerechnet. Ab 1. 5. 1944 ermässigt sich dieser Zuschlag für die Gehälter der Gehaltsempfänger auf 10 % und für die Löhne der Lohnempfänger auf 17,49 %.

Der zuletzt genannte Prozentsatz ergibt sich daraus, dass die für die Alpen- und Donau-Reichsgaue ab 1. 5. 1944 zugebilligten 17 % wegen der Höhe der Beträge für die Berufsgenossenschaft auf 17,49 % zu erhöhen sind. Der Bau des Loibltunnels wurde in die Gefahrenklasse 23 eingereiht, sodass die Beitragshöhe $23 \times 1,3 \% = 2,99 \%$ der Lohnsumme beträgt. Der zulässige Zuschlag für die sozialen Aufwendungen kann jedoch um den gleichen Betrag erhöht werden, um den die Beträge für die Berufsgenossenschaft den Betrag von 2,5 % überschreiten, im vorliegenden Fall somit um 0,49 %.

4.) Häftlingseinsatz.

Da an der Baustelle neben den Zivilarbeitern auch KZ-Häftlinge in massgebendem Ausmass eingesetzt sind, ergeben sich Unterschiede gegenüber dem kalkulierten Aufwand, da die Häftlinge sowohl hinsichtlich ihrer Leistung als auch hinsichtlich ihrer Einsatzkosten wesentlich von den Zivilarbeitern abweichen.

Die Einsatzkosten der Häftlinge sind in Beilage 1 zu diesem Vertrag ermittelt und ausgewiesen. Die durchschnittliche Leistung der Häftlinge im Vergleich zu den an der Baustelle beschäftigten Zivilarbeitern konnte von den beiden Vertragsteilen auf Grund der Erfahrungen bis zum Vertragsabschluss einvernehmlich bewertet werden.

Demnach erreichen 3 % der Häftlinge die volle Durchschnittsleistung		
der Zivilarbeiter:	$0,05 \times 1 =$	0,03
50 % erreichen 2/3 der Durchschnittsleistung		
der Zivilarbeiter:	$0,50 \times 0,667 =$	0,334
der Rest von 47 % erreicht die Hälfte der Durchschnittsleistung		
der Zivilarbeiter:	$0,47 \times 0,5 =$	0,235
daraus ergibt sich als Durchschnittsleistung der Häftlinge gegenüber der Durchschnittsleistung		
des Zivilarbeiters mit.....		0,60
oder 60 %.		

Zum Ausgleich gegenüber der Kalkulationsgrundlage müssen die tatsächlich aufgelaufenen Häftlingsstunden mit der Bewertungszahl 0,6 und dem um die sozialen Aufwendungen vermehrten kalkulierten Mittellohn multipliziert werden. Dadurch ergibt sich der Kostenaufwand, wie er der Kalkulation zugrunde liegt. Sodann ist die Zahl der tatsächlich aufgelaufenen Häftlingsstunden mit den in

der Beilage 1 ausgewiesenen Stundenkosten zu multiplizieren, wodurch sich der tatsächliche Kostenaufwand für den Häftlingseinsatz ergibt. Der Unterschied zwischen dem kalkulierten Kostenaufwand und dem tatsächlichen Kostenaufwand ist bei der Abrechnung von der Verdienstsumme abzusetzen, weil der tatsächliche Kostenaufwand wegen des Überwiegens der Häftlings-Hilfsarbeiter gegenüber den Häftlings-Facharbeitern geringer sein muss als der kalkulierte Kostenaufwand.

Bei dieser Rechnung sind die tatsächlich aufgelaufenen Häftlingsstunden nach Absetzung der Stunden, welche auf den Häftlingslagerdienst und auf die Häftlingsstundenlohnarbeiten entfallen, aus den Abrechnungen des KZ-Lagers zu entnehmen. Der Zuschlag für die sozialen Lasten ist bis 30. 4. 1944 mit 18 %, ab 1. 5. 1944 mit 17,49 % zu errechnen. Der kalkulierte Mittellohn ergibt sich aus der Kalkulation bis 30. 4. 1944 mit 0,98 RM, ab 1. 5. 1944 mit 0,964 RM.

5.) Lohnnebenkosten und Kosten der Beschaffung von Arbeitskräften.

Die vom Unternehmer auf Grund der Tarifordnung an die Arbeiter einschl. der Stammanschaft ausgezahlten Wege- und Trennungsgelder sowie Heimfahrtkosten werden gegen Vorlage der hierfür eingeführten Vordrucke mit einem Zuschlag von 2,04 % für Umsatzsteuer erstattet. Die gleichen Zahlungen werden ab 1. 5. 1944 auch für Angestellte gegen Nachweis mit einem Zuschlag von 2,04 % für Umsatzsteuer vergütet. Für die Zeit vor dem 1. 5. 1944 sind diese Aufwendungen für Angestellte in den Vertragspreisen eingerechnet.

In gleicher Weise werden dem Unternehmer die Kosten für die Hin- und Rückfahrt der Arbeitskräfte zur Baustelle sowie die Kosten für die Beschaffung, Verwendung und Rückführung ausländischer Arbeitskräfte auf Grund von Nachweisen mit einem Zuschlag von 2,04 % für Umsatzsteuer vergütet. Hierher gehören auch die Entschädigungen, welche der Unternehmer auf Grund besonderer Vereinbarungen an italienische Firmen für die Beschaffung und Überlassung italienischer Arbeitskräfte zu leisten hat, wobei die Entschädigung 20,- RM je Arbeitsmonat für einen Facharbeiter und RM 10,- je Arbeitsmonat für einen Hilfsarbeiter beträgt. Ein Arbeitsmonat wird hierbei mit 26 tatsächlichen Arbeitstagen gerechnet. /.../

10.) Unterbringung und Versorgung der Arbeiter.

Die Unterbringung der Arbeiter (Stammgefolgschaft und Zivilarbeiter, Häftlinge usw.) erfolgt kostenlos in den der staatlichen Bauleitung gehörigen Barackenlagern. Ebenso ist in allen der Unternehmung zur Verfügung gestellten Gebäuden des Reichsstatthalters (Strassenwärterhäuser Nord und Süd, Forsthaus Süd) die Unterkunft für Arbeiter und Angestellte des Baues frei. Die Instandhaltung und der Betrieb der Lager wie auch die Vorsorgen für die Verpflegung der gesamten Arbeiterschaft werden durch Beilage 2 dieses Vertrages geregelt. Durch diese Regelung wird der Lagervertrag vom 24. 11. 1943 ersetzt. Der Zusatz zum Lagervertrag vom 15. 11. 1943 samt Anhang bleibt weiterhin aufrecht. Er ist in Abschrift als Beilage 3 diesem Vertrag beigelegt. /.../

12.) Stundenlohnarbeiten.

Für Stundenlohnarbeiten werden in Einhaltung der hierfür vom Reichskommissar für die Preisbildung ergangenen Vorschriften auf die tariflichen Löhne folgende Zuschläge verrechnet:

auf angehängte Stundenlohnarbeiten von Zivilarbeitern.....	40 %
auf angehängte Stundenlohnarbeiten von Häftlingen bis 30. 4. 1944....	19 %
ab 1. 5. 1944....	18,8 %
auf Stoffe, Frachten usw.	10 %
auf Fremdleistungen bis 30. 4. 1944 ab 1. 5. 1944	10 %
	6,1 %

Die Ermittlung dieser Zuschläge ist in der Beilage Nr. 1 nachgewiesen.

Bei der Stammanschaft treten für die Zuschlagsberechnung die vom Reichstreuhänder der Arbeit genehmigten Sonderlöhne einschl. der Stammarbeiterzulage anstelle der tariflichen. /.../

Für die Aufwendungen aus der Schlechtwetterregelung werden die auszuzahlenden Löhne zusätzlich 22 v. H. Zuschlag für lohngebundene Unkosten und Umsatzsteuer vergütet. Dieselbe Verrechnung wird bei Vergütungen von Ausfallstunden vorgenommen, die bei Arbeitsunterbrechungen wegen Stromausfall oder aus ähnlichen Gründen erforderlich werden und vom Reichstreuhänder der Arbeit nachweislich genehmigt sind. /.../

C.) Leistungsverzeichnis

Im nachfolgenden Leistungsverzeichnis sind die bis 30. 4. 1944 gültigen Preisansätze aufgenommen.

Pos. Nr.	Einheitspreis	Betrag
----------	---------------	--------

R e i c h s m a r k :

I) Allgemeines:

1 Erstellung der Arbeiterlager, Abtragung der auswärts stehenden Baracken, soweit sie von der Unternehmung durchgeführt wird. Überstellung samt Bahnfracht, Neuaufstellen, Ergänzen und Reparieren der Baracken und sonstige für die Lager notwendigen Einrichtungen; der Leistungsumfang ist aus dem Verzeichnis der "Erläuterungen" ersichtlich -

a) Südseite -		
Bauschbetrag		
Lohnanteil: 262.500 Stunden:		557.230,-
b) Nordseite -		
Bauschbetrag		
Lohnanteil 215.500 Stunden		442.950,-

/.../

E) Erläuterungen zum LeistungsverzeichnisZu Post 1 Lagererstellung:

Nicht enthalten sind: Alle Auto- und Fuhrwerkskosten auch ausserhalb der Baustelle, die Reisekosten, Quartier- und Kostzulagen der dabei auswärtig beschäftigten Mannschaft und deren Aufsicht, ebenso die Kosten für das Abtragen und Zuschaffen der durch die Unternehmung nicht wieder aufgestellten Baracken. Diese Kosten werden als Tagelohnarbeit bzw. in den Lohnnebenkosten verrechnet. Ebenso sind alle Kosten für jene Arbeitskräfte nicht enthalten, die beim Abbruch der Lager an Ort und Stelle von der Staatlichen Bauleitung zusätzlich beigelegt worden sind. Alle im nachfolgenden Verzeichnis angeführten Baulichkeiten und Herstellungen bleiben nach Baubeendigung im Besitz des Bauherrn. Die Verrechnung der notwendigen Lagerinstandhaltungsarbeiten ist in Beilage 2 geregelt.

<u>V e r z e i c h n i s</u>	
<u>S ü d</u> Zivillager:	5 Mannschaftsbaracken 1 Wirtschaftsbaracke 2 Aborte 1 Waschbaracke und Kohlenbunker 1 Holzhütte 1 Kartoffelkeller u. Magazinsbaracke
Polizeilager:	3 Offiziers- u. Mannschaftsbaracken 2 Garagen 1 Stall Sicherungsanlagen
Häftlingslager:	6 Mannschaftsbaracken 2 Aborte 1 Wirtschaftsbaracke 1 Badebaracke 2 Holzhütten Einzäunung und Wachtürme
SS-Lager:	2 Mannschaftsbaracken 1 Badebaracke 1 Abort 1 Wirtschaftsbaracke 1 Offiziersbaracke 1 Hundezwinger 1 Waschbaracke 1 Sanitätsbaracke 1 Klärgrube 1 Trafohaus 1 Stall
Allgemeines:	Zufahrtsstrassen Stiegen, Wege, Geländer, Brücken, Stege Appellplätze

Grundbau, Humusierungen, Trockenmauern
Quellfassung, 2 Wasserbehälter,
Wasserleitung
Kanalisation
Elektr. Einrichtung
Ergänzungen der Inneneinrichtung

Anderweitige Baulichkeiten: 2 Lastwagengaragen (Baustelle u. Neumarktl.)
1 Kuhstall
1 Arztwohnung

N o r d Zivillager:

Notquartier St. Anna
behelfsmässige Aborte
1 Wirtschaftsbaracke
3 Wohnbaracken
1 Waschbaracke
1 Kohlenbunker, Keller

SS-u. Polizeilager: 3 Wohnbaracken
1 Wirtschaftsbaracke
1 Waschbaracke
1 Abort
1 Schweinestall
1 Magazinsbaracke

Häftlingslager: 6 Wohnbaracken
1 Wirtschaftsbaracke
2 Abortbaracken
1 Waschbaracke
Einzäunung

Allgemeines: Wie Süd
Andere Baulichkeiten: Waschhütte

Holzhütte
Notquartier bei Deutsch-Peter u.
Schneeräumerhütte
Behelfsmässige Aborte
2 Lastwagengaragen (Baustelle u.
Unterbergen)

/.../

Geschlossen und gefertigt in Klagenfurt, am 25. August 1944

Der Staatliche Bauleiter

Für die "Universale" Hoch- und
Tiefbau Aktiengesellschaft:

/Unterschrift/

/Unterschrift/

Beilage 1 Verrechnung der Stundenlohnzuschläge
für angehängte Stundenlohnarbeiten beim Bau des Loibltunnels.

- I) Angehängte Stundenlohnarbeiten, die von Zivilarbeitern geleistet werden:
Gemäss Runderlass des R.K.f.Pr.B. Nr. 20/43 vom 19. 4. 1943 (Akt.Z.V.
- 215 - 7189/42) betragen die Zuschläge auf Löhne..... 38 %
Gemäss Abänderungserlass des R.K.f.Pr.B. vom 26. 7. 1943 Akt.Z.V. - 215
- 6061/43 beträgt der Zuschlag für die Ostmark..... 2 %
insgesamt ... 40 %

- II) Angehängte Stundenlohnarbeiten, die von KZ-Häftlingen geleistet werden:
Ermittlungen der tatsächl. Kosten für Häftlingsarbeiten.

	Häftlings- facharbeiter	Häftlings- hilfsarbeiter
--	----------------------------	-----------------------------

1. Grundlohn, der von der Unternehmung für jede
Häftlingsarbeiterschicht der Lagerkommandantur
abzuführen ist. 6.000 4.000

2. Verpflegungszubusse, die von der Unternehmung
lt. Vereinbarung v. 15. 11. 1943 zu zahlen ist.
Verpflegungszubusse je Schicht 0.350 0.350
Verpflegungszubussenanteil des Häftlings-
krankenstandes.

Der durchschnittliche Krankenstand ist mit 7,5 % anzunehmen. Von 100
Häftlingen sind demnach 7.5 Häftlinge als krank anzusehen.

Weitere 10 Häftlinge bilden das Lagerpersonal, sodass von 100 Häftlingen im
Durchschnitt 82.5 Häftlinge für den Arbeitseinsatz zur Verfügung stehen.
Auf diese Häftlinge verteilen sich 9/10 der Verpflegungszubussen für die
Kranken, während 1/10 auf das Lagerpersonal entfällt. Beim Häftlingseinsatz
entfällt somit auf einen Häftling als Anteil für die Verpflegungszubussen der
Kranken

$0.9 \times 7.5 \times 0.35 =$	0.029	0.029
82.5		

3. Leistungsprämien.

Zur Aneiferung der Häftlinge werden vom Unternehmer Prämien­scheine
ausgegeben, für die die Häftlinge im Lager Zigaretten usw. erhalten können.
Prämien­scheine werden hauptsächlich für Arbeiten an Samstagen und Sonn-
tagen ausgegeben.

Je Samstag auf jeder Tunnelseite

50 Mann = 100 Mann

Je Sonntag auf beiden Seiten

zusammen 250 Mann = 150 "

250 Mann

250 Schichten wöchentlich zu je

RM 1,- = RM 250,-

Ausserdem wird im Durchschnitt jedem Häftling monatlich ein Prämien­schein
für RM 0.50 verabreicht.

Der durchschnittliche Gesamtstand an Häftlingen wird mit 800 angenommen.
Dieser Annahme sind folgende Häftlingsstände zugrundegelegt:

Juni 43 bis Jänner 44 700 H

Febr. 44 " Nov. 44 1000 H

Dez. 44 " März 45 500 H

Der Durchschnittsstand beträgt daher

$1/22 \times (700 \times 8 + 1000 \times 10 + 500 \times 4) = (5.600 + 10.000 + 2000) : 22 =$
 $17.600 : 22 = 800 \text{ H}$

Die Kosten für die Prämien­scheine erfordern somit $800 \times 0.50 = 400 \text{ RM}$ im
Monat, d.i. je Woche rd. " 100,-

wöchentlich RM 350,-

In der Woche werden $800 \times 6 = 4.800$ Häftlingsschichten geleistet, daher
entfällt für Prämien­scheine je Schicht

$350 : 4.800 =$	0.073	0.073
-----------------	-------	-------

4. Verluste an Arbeitszeit

Es müssen folgende Arbeitszeitverluste eingerechnet werden:

- a) Anmarschweg der Häftlinge von der Südseite auf die Nordseite bis Ende
Oktober 1943, da erst von diesem Zeitpunkte an die Unterbringung der
Häftlinge auf der Nordseite möglich war. Für insgesamt 13.300 Häft-
lingsschichten, die in dieser Zeit an der Nordseite eingesetzt wurden,
entfallen je 1 1/2 Stunden auf Fahrdauer, Transportstörungen und
Wartezeiten, somit insgesamt $13.300 \times 1.5 = \text{rd. } 20.000$
Stunden.

- b) Bei den Arbeiten auf der Südseite ist jeweils ein Weg innerhalb der
Arbeitszeit zu leisten. Die dadurch entstandenen Arbeitszeitverluste
werden bei der Ermittlung der durchschnittlichen Arbeitszeit berück-
sichtigt.

- c) Vom Beginn des Häftlingseinsatzes bis Mitte August wurden täglich auf
der Baustelle zwei Appelle abgehalten, bei denen je 1/2 Stunden Zeit-
verlust entstand, somit je Häftlingsschicht 1 Stunde. Es wurden folgen-
de Häftlingsschichten geleistet:

Im Juni 1943 7.253

Im Juli " 10.332

Im August " 6.816

zusammen 24.401

Es ergibt sich somit ein Verlust von rd. 24.400 Stunden.

- d) Wegen Schlechtwetter und Nebel muss vielfach die Arbeit abgebrochen
werden. Da für ausgerückte Häftlinge mindestens die halbe Schicht
seitens der SS-Leitung angerechnet wird, ergeben sich hieraus folgende
geschätzte Ausfälle:

Während der 6 Sommermonate im Jahr je eine Schicht = 6 Schichten

Während der 6 Wintermonate im Jahr je 2 1/2 Schichten 15 "

zusammen im Jahr 21 Schichten

daher durchschnittlich im Monat $21 : 12 = 1.75$ Schichten. Bei 25 Nor-

malschichten im Monat ergibt sich somit ein Zeitverlust von $1.75 : 25 = 7 \%$.

7 % von 7.41 (Facharbeiter) bzw. 5.18 (Hilfsarbeiter).

0.519 0.363

Die unter a) und c) ausgewiesenen 44.400 Stunden ergeben folgenden Anteil für eine Häftlingsschicht.

Bei einer durchschnittlichen Arbeitszeit je Tag von $9 \frac{1}{2}$ Stunden (siehe weiter unten) ergeben sich $44.400 : 9.5 = \text{rd. } 4.680$ Schichten. Diese verteilen sich auf die Zeit vom Juni 1943 bis März 1945 abzüglich zwei Monate Feiertag = $22 - 2 = 20$ Monate, also auf $20 \times 25 \times 800 = 400.000$ Schichten. $4.680 : 400.000 = 0.0117$ Schichten. Hievon wird ein Anteil von 0.0020 auf Facharbeiterschichten und 0.0097 auf Hilfsarbeiterschichten verrechnet.

0.0020 x 7.41 = 0.015
0.0097 x 5.18 = 0.050

5. Leistungsverlust, der dadurch entsteht, dass der Häftlingscapo nicht mitarbeitet, aber auch die fachmännische Aufsicht nicht ersetzt. Da auf je 20 Häftlinge ein solcher Capo entfällt, erhöhen sich durch ihn die Kosten um $1/20 = 5 \%$

5 % von 7.41 = 0.371
5 % " 5.18 = 0.259

6. Auslagen für die SS-Bewachung:

Laut Verfügung des Reichsstatthalters in Kärnten Zl. 5417/V I/43 sind RM 1.000 je Monat aufzuwenden. Bei einem Durchschnittsstand von 800 Häftlingen bei einem Krankenstand von $7 \frac{1}{2} \%$ sind diese Kosten auf 740 Häftlinge umzulegen. Die Durchschnittszahl der Schichten im Monat beträgt $740 \times 25 = 18.500$ Schichten. Auf eine Schicht entfällt daher $1000 : 18.500 =$

0.054 0.054
Summe: 7.411 5.178

Die tatsächlichen Kosten betragen somit für eine Häftlingsfacharbeiterschichte

RM 7.41

für eine Häftlingshilfsarbeiterschichte

RM 5.18

Die durchschnittliche Arbeitszeit je Häftlingsschicht wird wie folgt ermittelt:

Bei Arbeiten über Tag umfasst eine Schicht:

an 3 Monaterim Jahr je 7 Stunden = 21 Stunden
" 2 " " " " 8 " = 16 "
" 2 " " " " 9 " = 18 "
" 5 " " " " 10 " = 50 "

daher je Übertagschicht im Jahresdurchschnitt $105 : 12 = 8.75$ Stunden

Unter Tag wird je Schicht 10 Stunden gearbeitet. Unter der Annahme, dass über 65 % des Häftlingsstandes unter Tag und 35 % über Tag arbeiten, ergibt sich eine durchschnittliche Arbeitszeit je Häftlingsschicht mit

$0.35 \times 3.75 + 0.65 \times 10 = 9.5$ Stunden

Es ergibt sich somit als Stundenlohn für einen

Häftlingsfacharbeiter 7.411 : 9.5 = RM 0.78 und für einen
Häftlingshilfsarbeiter 5.178 : 9.5 = RM 0.55.

Mit den hier entwickelten Schicht- bzw. Stundenkosten des Häftlings ergibt sich folgende Ermittlung des Stundenlohnzuschlages nach Enderlein:

I. Umrechnung der auf den Umsatz bezogenen Zuschläge:

1. Umsatzsteuer 2 %
2. Gewinn 4 %
3. Bauzinsen 0.5 %
4. Allg. Geschäftskosten 3 %

Gesamtzuschlag "Z". 9.5 %

Umrechnung U $\frac{Z.100}{100-Z} = \frac{950}{90.50} = 10.5 \%$

II. Zuschlagsberechnung

a) Schicht- bzw. Stundenkosten 100 %
b) Grundzuschläge auf die oben ermittelten Schicht- bzw. Stundenkosten bezogen
1. Soziale Aufwendungen 0.0 %
2. Besondere Gehälter für die Stundenlohnarbeit 2.0 %
3. gesetzliche und tarifliche soziale Aufwendungen für die besonderen Gehälter (18 %; ab 1.5.44 10 %) 0.4 % ab 1.5.44 0.2 %
4. Werkzeug und Kleinmaterial (vorwiegend im Tunnelbau, wobei Verbrauch und Abnutzung wegen der Unachtsamkeit grösser ist als bei Zivilarbeitern) 3.8 %
5. Besondere Bürokosten für die Stundenlohnarbeiten 0.6 % ab 1.5.44

zusammen Y = 106.8 % 106.6 %

6. Anteil an den allg. Geschäftskosten, den Bauzinsen, dem Gewinn und der Umsatzsteuer

106.8×10.5 , ab 1.5.44 $106.6 \times 10.5 = 11.2 \%$
100 100 ab 1.5.44

G =	118.0%	117.8 %
7. Schicht- bzw. Stundenkostenzuschlag		ab 1.5.44
G - 100 =	18.0 %	17.8 %
c) <u>Sonderzuschläge</u>		
1. Ausgleichsumlage	0.0 %	
2. Lohnsummensteuer	1.0 %	
Gesamtzuschlag für Stundenlohn-		
arbeiten der Häftlinge bis 30. 4. 1944	19.0 %	
desgl. ab 1. 5. 1944	18.8 %	

Wenn sich die Stundenarbeiten der Häftlinge auf die volle Schicht erstrecken, werden die vorher ausgewiesenen Schichtkosten mit dem Zuschlag vom 19 % bzw. ab 1. 5. 1944 mit dem Zuschlag von 18.8 % verrechnet, andernfalls die vorher ausgewiesenen Häftlingsstundenkosten mit dem gleichen Zuschlag. Im allgemeinen werden bei Stundenlohnarbeiten die Ansätze für Häftlingsfacharbeiter nur dann vergütet, wenn tatsächlich Facharbeit geleistet werden musste. Nur wenn Häftlinge in geschlossenen Gruppen in Stundenlohnarbeit eingesetzt werden müssen, wie z. B. beim Schneeräumen, dürfen auch für Hilfsarbeiten Häftlingsfacharbeiter eingesetzt werden und verrechnet werden, weil dem Unternehmer seitens der SS-Leitung die Facharbeitergebühren ohne Rücksicht auf die tatsächliche Arbeitsleistung angerechnet werden. Die Verwendung von Häftlingscapos darf jedoch auch bei Stundenlohnarbeiten im Gruppeneinsatz nicht gesondert in Rechnung gestellt werden, weil die Kosten der Capos bei der Ermittlung der Häftlingskosten berücksichtigt worden sind. /.../

Beilage 2: Lagervorhaltung.

- 1.) Die Lagervorhaltung richtet sich nach den sozialpolitischen Bedingungen mit den Zusatzbedingungen, der Dienstanweisung für Lagerführer und den ergänzenden Erlässen des Generalinspektors für das deutsche Strassenwesen.
- 2.) Der Unternehmer übernimmt die Vorhaltung der Reichsstrassenwohnlager Loibltunnel Süd und Nord einschliesslich der Baracken und Einrichtungsgegenstände für die Unterbringung und Verpflegung von Wachmannschaften und Häftlingen und verpflichtet sich das ihm lt. Übergabenachweis anvertraute Inventar schonend zu behandeln und nur für den Bau des Loibltunnels zu benutzen. Inventargegenstände, die durch normale Abnutzung unbrauchbar geworden sind, werden nur dann abgeschrieben, wenn sie der Staatlichen Bauleitung abgegeben werden. Den Wachmannschaften wird das für ihre Lager nötige Inventar gegen ordnungsgemässe Bestätigung ausgefolgt. Die bei ordnungsgemässer Rückübernahme durch die Bauunternehmung als fehlend festgestellten Gegenstände sind durch die Wachmannschaften zu ersetzen. Die Staatliche Bauleitung wird sich wegen dieser Ersatzansprüche unmittelbar mit den Wachmannschaften auseinan-

- dersetzen.
- 3.) Der Unternehmer hat die reichseigenen Baracken und Inventargegenstände gegen Brandschaden zu versichern. Bei Brandschäden haftet er in der Weise, dass er die vom Versicherungsinstitut im Schadensfalle nach den gesetzlichen Vorschriften geleistete Vergütung an die Staatliche Bauleitung abführt. Ausserdem haftet der Unternehmer bei Brandschaden auch für eingelagerte Vorräte aller Art und für das Eigentum der Zivilarbeiter.
 - 4.) Die Lagervorhaltung umfasst im wesentlichen
 - a) Die ordnungsgemässe Erhaltung aller Baulichkeiten, Einrichtungsgegenstände und Nebenanlagen der Lager;
 - b) die Behebung aller Schäden, die während der Benutzungszeit entstehen;
 - c) die rechtzeitige Beschaffung der notwendigen Materialien und Lebensmittel und ihre Zufuhr;
 - d) die Beistellung der für den Betrieb und die Instandhaltung der Lager notwendigen Arbeitskräfte und ihre Entlohnung;
 - e) die Beleuchtung und Beheizung der Lager, einschliesslich der Lieferung des Brennmaterials;
 - f) die Reinhaltung der Lager und Reinigung der Wäsche; Beseitigung der Abfälle und Entleerung der Abortanlagen;
 - g) die regelmässige Bevorschussung der Küchen- und Kantinenbetriebe und die regelmässige Überprüfung der Wirtschaftsführung hinsichtlich der einwandfreien Abrechnung der Lagerführer über die Kantinen- und Lagergelder und die Haftung für alle entsprechenden Fehlbeträge;
 - h) die Ausschmückung der Lager, Beistellung von Zeitungen, Zeitschriften und Büchern sowie die gesamte Freizeitgestaltung, soweit es die Kriegsverhältnisse gestatten. /.../
 - 9.) Von den jeweils in den Lagern untergebrachten Häftlingen gelten 10 % als Lagerpersonal. Für jede Tagschicht derselben wird ein Betrag von RM 4.83 nach Pkt. 5) mit 10 % bzw. ab 1. 5. 1944 mit 9.3 % Zuschlag verrechnet. In diesem Betrage sind die zugehörigen Zuschüsse der Zusatzverpflegung etz. inbegriffen, wie aus der Aufstellung unter Punkt 17 dieser Vereinbarung ersichtlich ist.
 - 10.) Zusätzliche bauliche Arbeitsleistungen in den Lagern werden mit dem normalen Regiezuschlag nach dem Bauvertrag vergütet. /.../
 - 12.) Der Unternehmer ist verpflichtet, Gefolgschaftsmitglieder anderer Unternehmer auf Anweisung der Staatlichen Bauleitung jederzeit in den Lagern unterzubringen, soweit in diesen Platz vorhanden ist. /.../
 - 17.) Dem Lagerkommandanten stehen jeweils 10 % vom augenblicklichen Gesamtstand an Häftlingen für den Lagerdienst zur Verfügung. Für diese Verwendung kommen sowohl Häftlingsfacharbeiter als auch Häftlingshilfsarbeiter in Betracht. Für die Vergütung des Lagerpersonals ist daher ein Mittelwert zwischen dem Entgelt für Häftlingshilfsarbeiter (RM 4,- je Tag) und dem Entgelt für Häftlingsfacharbeiter (RM 6,- je Tag) zugrunde zu legen.

Im Durchschnitt besteht der Gesamtstand aus 20 % Facharbeitern und 80 % Hilfsarbeitern.

Als Durchschnittsentgelt ist einzusetzen

20 % von RM 6,- + 80 % von 4,- = 1.20 + 3.20 = 4.400 RM

Zum Entgelt kommt die Vergütung für Verpflegungszubussen

a) Anteil für einen Häftling des Lagerpersonals je Schicht lt. absonderter Vereinbarung 0.350 RM

b) Verpflegungszubussenanteil des Krankenstandes:

Der durchschnittliche Krankenstand ist mit 7 1/2 anzunehmen. 1/10 der Zubusse des Krankenstandes belastet das Lagerpersonal, somit entfällt auf einen Häftling des Lagerpersonals im Tag

0.075 x 0.35 = 0.026 "

Weiters ist noch der auf das Lagerpersonal entfallende Anteil für die Aufwendungen zur Betreuung der SS-Mannschaft zu berücksichtigen.

Die Kosten der Betreuung betragen RM 1.000,- im Monat. Im Durchschnitt sind 800 Häftlinge an der Baustelle. Hievon sind 7.5 % = 60 als krank in Abzug zu bringen. Es wären somit durchschnittlich 740 Häftlinge täglich, im Monat somit 740 x 25 = 18.500 Häftlingsschichten verrechnet. Die monatlichen Kosten der SS-Betreuung betragen somit 1000 : 18.500 = 0.054 " je Häftlingsschicht.

Die Kosten eines Häftlings des Lagerpersonals betragen somit im Tag 4.83 RM

Beilage 3: Abschrift des Zusatzes zum Lagervertrag Loibltunnel.

Hinsichtlich des Einsatzes von KZ-Häftlingen beim Bau des Loibltunnels wird zwischen der Staatlichen Bauleitung, der mit der Baudurchführung betrauten "Universale" Hoch- und Tiefbau A.G. (im folgenden kurz "der Unternehmer" genannt) und dem SS-Lagerführer in St. Anna folgende Vereinbarung geschlossen:

- 1.) Die beim Loibltunnel beschäftigten Häftlinge werden vom Konzentrationslager Mauthausen an den Unternehmer abgestellt. Das tägliche Entgelt für die zum Einsatz kommenden Häftlinge, u. zw. RM 6,- für einen Häftlingsfacharbeiter und RM 4,- für einen Häftlingshelfer wird demnach vom Unternehmer dem Lager Mauthausen bezahlt.
- 2.) Auf den Lagerdienst entfallen jeweils 10 % der Gesamtzahl der an der Baustelle anwesenden Häftlinge. Die Regelung des Lagerdienstes obliegt ausschliesslich dem Lagerführer, der Rückersatz der hierauf entfallenden Kosten wird zwischen der Staatlichen Bauleitung und dem Unternehmer im Lagervertrag geregelt.
- 3.) Für die Unterbringung der Häftlinge und der Bewachungsmannschaft werden reichseigene Baracken und Inventargegenstände zur Verfügung gestellt. Die Inventargegenstände werden vom Lagerführer oder seinem

Beauftragten jeweils gegen Bestätigung vom Unternehmer übernommen und sind, wenn sie nicht mehr benötigt werden oder unbrauchbar geworden sind, wieder an den Unternehmer zurückzustellen, der seinerseits der Staatlichen Bauleitung gegenüber für sämtliche reichseigenen Lagerinventargegenstände verantwortlich ist.

- 4.) Die Verpflegung der Häftlinge und der Bewachungsmannschaft wird vom Lagerführer im eigenen Wirkungskreis geführt. Für die Zufuhr der Lebensmittel und des Brennstoffbedarfes sorgt der Unternehmer durch Autobeistellung, der seinerseits von der Staatlichen Bauleitung auf Grund des Lagervertrages entschädigt wird.
- 5.) Zur Erhöhung der Leistungsfähigkeit der Häftlinge ist eine Zusatzverpflegung zu gewähren. Zur Deckung der Kosten hat der Unternehmer für jeden an der Baustelle anwesenden Häftling je Kalendertag 35 Rpf dem Lagerführer auszuführen. Zur Ermöglichung der richtigen Auszahlung übergibt der Lagerführer dem Unternehmer monatlich eine genaue Aufstellung, in der der tägliche Stand an Häftlingen ausgewiesen wird. Für die bereits abgelaufene Zeit werden die vom Unternehmer bisher geleisteten Zahlungen auf den Tagessatz von 35 Rpf umgerechnet. Die Ermittlung dieses Tagessatzes wird als Anhang zu dieser Vereinbarung in einer eigenen Aufstellung nachgewiesen werden.
- 6.) Die Staatliche Bauleitung ist ermächtigt, sich durch Einsichtnahme in die Aufzeichnungen des Lagerführers von der bestimmungsgemässen Verwendung der für die Zusatzverpflegung aufgewendeten Gelder zu überzeugen.
- 7.) Der Unternehmer wird die Aufwendung für die Zusatzverpflegung in seinen Unterlagen für die Erstellung des Bauvertrages einkalkulieren.
- 8.) Meinungsverschiedenheiten zwischen Unternehmer und Lagerführer sind der Staatlichen Bauleitung vorzutragen.

Geschlossen und gefertigt in St. Anna, am 15. November 1943.

Der Staatliche Bauleiter Schmid e.h. Staatliche Bauleitung f. d. Bau des Loibl- tunnels Klagenfurt, Tarviserstr.30	Für die "Universale" Hoch- u. Tiefbau A.G. Göbl e.h. "Universale" Hoch- und Tiefbau A.G. Bau des Loibltunnels	Der Lagerführer Winkler e.h. SS-Obersturmführer u. Komp.Führer der Waffen-SS
---	---	--

BERTRAND PERZ

STEYR-MÜNICHHOLZ,
EIN KONZENTRATIONSLAGER DER STEYR-DAIMLER-PUCH A.G.Zur Genese der KZ-Zwangsarbeit in der Rüstungsindustrie¹

Die von der SS ab Anfang 1942 forcierte Übernahme rüstungswirtschaftlicher Aufgaben für die Konzentrationslager, die Heranziehung der Häftlinge für zentrale Sektoren der deutschen Kriegsproduktion, war für die SS mit einem Scheitern verbunden. Versuche, mit der Verlegung von Waffenfertigungen in die Lager von der Wehrmacht unabhängiger zu werden und damit die Position der SS im nationalsozialistischen Staat zu stärken, wurden Ende 1942 auf Druck der Industrie praktisch aufgegeben. Die SS stellte in der Folge ihre KZ-Häftlinge der Industrie leihweise zur Verfügung, die von dieser in den bestehenden Produktionsprozeß integriert wurden.²

Die SS hatte bis dahin nur in wenigen Fällen einem Arbeitseinsatz von KZ-Häftlingen direkt in den Industriebetrieben zugestimmt.³ Die Firmen, von denen bekannt ist, daß sie schon vor einer Orientierung des Häftlingseinsatzes auf die Rüstungsproduktion mit KZ-Häftlingen arbeiteten, waren neben den IG-Farben in Auschwitz die Flugzeugfirma Heinkel in Oranienburg und das Volkswagenwerk in Wolfsburg.⁴

Kaum bekannt ist, daß auch die Steyr-Daimler-Puch A.G. (SDPAG) sich unter den ersten Rüstungsfirmen befand, die KZ-Häftlinge beschäftigten. In diesem Zusammenhang ist zu fragen, warum Steyr über KZ-Arbeitskräfte zu einem Zeitpunkt verfügen konnte, an dem die SS in der Regel nicht dazu bereit war, ihre Häftlinge an Industriebetriebe zu "verleihen". Zu fragen ist auch nach dem Interesse des Steyr-Konzerns, KZ-Häftlinge beim Aufbau der Betriebe und in der Produktion einzusetzen.

Um diese Fragen zu klären, muß zunächst auf die besondere Entwicklung der österreichischen Industrie nach 1938 hingewiesen werden. Die Expansion der Industrie setzte in der "Ostmark" zu einem Zeitpunkt ein, an dem die deutsche Industrie schon an die Grenzen ihrer Kapazitäten stieß. Der Aufbau

1 Dieser Aufsatz versteht sich als Vorarbeit zu einer Studie über die "Steyr-Daimler-Puch A.G. 1938-1945".

2 Vgl. Ulrich Herbert, Arbeit und Vernichtung. Ökonomisches Interesse und Primat der "Weltanschauung" im Nationalsozialismus, in: Dan Diner (Hrsg.), Ist der Nationalsozialismus Geschichte? Zu Historisierung und Historikerstreit, Frankfurt/M. 1987, S. 223.

3 Die SS war an einem Arbeitseinsatz der KZ-Häftlinge in der Rüstungsindustrie in jenen Fällen interessiert, in denen sie sich daraus direkte Vorteile versprach. So hatte sich der Chef des SS-Führungshauptamtes, SS-Gruppenführer Jüttner, Ende 1941 bereit erklärt, "unter gewissen Voraussetzungen KZ-Häftlinge für Arbeiten der Heeresfertigung einsetzen zu wollen, besonders dann, wenn diese Fertigungen für die Waffen-SS bestimmt seien". WaA, Arbeitseinsatz von KZ-Häftlingen, 30.12.1941, Bundesarchiv/Militärarchiv (BA MA), RH 8/1020.

4 Vgl. Dietrich Eichholtz, Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft, Bd. 2, 1941-1943, Berlin 1985, S. 220 ff.; Klaus-Jörg Siegfried, Rüstungsproduktion und Zwangsarbeit im Volkswagenwerk 1939-1945, Frankfurt-New York 1986, S. 56 ff.

der Industrie in Österreich fiel fast zur Gänze in die Kriegszeit mit ihren spezifischen politischen, militärischen und ökonomischen Rahmenbedingungen. Die Industrie in Österreich expandierte in diesem Nachholprozeß stärker als die im Deutschen Reich insgesamt.⁵

Die unter Kriegsbedingungen aufgebauten neuen Industrien in Österreich hatten kaum die Möglichkeit, für die Expansion inländische Arbeitskräfte in ausreichender Zahl zu erhalten. Der Ausbau der Industrie war folglich in höherem Maß von der Heranziehung ausländischer Arbeitskräfte abhängig. Der Anteil der ausländischen ZwangsarbeiterInnen an der Industrialisierung Österreichs war deshalb größer als im sogenannten "Altreich". Dies ist schon an der Tatsache abzulesen, daß die Zahl der Beschäftigten in der österreichischen Industrie wesentlich anstieg (während sie im Deutschen Reich trotz der Heranziehung von Ausländern stagnierte) und dieser Anstieg fast ausschließlich auf den zwangsweisen Einsatz von Ausländern zurückzuführen ist.⁶

Diese Hinweise auf die strukturellen Hintergründe des "Ausländereinsatzes" beim Aufbau der neuen Industrien und in der Produktion können aber noch nicht erklären, wieso Firmen wie Steyr an der Beschäftigung von KZ-Häftlingen besonderes Interesse zeigten.

Die neu errichteten oder vergrößerten Betriebe hatten nicht nur prinzipiell mit der kriegsbedingten Arbeitskräftknappheit zu kämpfen, das Hauptproblem war der Mangel an Facharbeitern. Während die bereits etablierten Rüstungsfirmen im "Altreich" versuchten, ihre Facharbeiter-Stammebelegschaften vor den Einziehungen zur Wehrmacht zu schützen, gelang es den neu errichteten Betrieben in der "Ostmark" nicht, derartige Facharbeiterstämme überhaupt zu bilden.

Verschärft wurde dieser Mangel durch die gerade in der ersten Zeit nach dem "Anschluß" erfolgte Verpflichtung und Abwerbung von ca. 100.000 meist geschulten Arbeitskräften in das "Altreich".⁷ Schon die Errichtung der neuen Firmen war deshalb von einem permanenten Facharbeitermangel gekennzeichnet. Die Abhängigkeit von Facharbeitskräften war auch bei jenen neuen Betrieben gegeben, die, wie etwa die Flugmotorenwerke Ostmark in Wiener Neudorf, hochrationalisierte Fließbandfertigungen planten, so daß die Produktion fast ausschließlich mit angelernten Arbeitskräften durchgeführt werden konnte. Zumindest für die Anfangszeit waren Facharbeiter notwendig, die diese zu Taktstraßen verbundenen Werkzeugmaschinen "einrichten" konnten.⁸

Vor diesem Hintergrund wird erklärbar, wieso die ersten Überlegungen, mit Häftlingen des KZ Mauthausen Rüstungsgüter zu produzieren, bereits im Februar 1940 auftauchen. Das Rüstungskommando Linz berichtete über Planungen zur

5 Vgl. Florian Freund/Bertrand Perz, Industrialisierung durch Zwangsarbeit, in: Emmerich Tálos/Ernst Hanisch/Wolfgang Neugebauer (Hrsg.), NS-Herrschaft in Österreich 1938-1945, Wien 1988, S. 95-114.

6 Ebenda, S. 104.

7 Vgl. Norbert Schausberger, Rüstung in Österreich 1938-1945, Wien 1970, S. 31.

8 Vgl. Bertrand Perz, Die Errichtung eines Konzentrationslagers in Wiener Neudorf. Zum Zusammenhang von Rüstungsexpansion und Zwangsarbeit von KZ-Häftlingen, in: DÖW, Jahrbuch 1988, Wien 1988, S. 101.

Verlegung einer Munitionsfertigung in das KZ Mauthausen:⁹

"Auf eine Anweisung über Heranziehung von Strafgefangenen für Munitionsfertigung wurde an Rüstungs[In]spektion über KZ Mauthausen berichtet. Dort sind 132 Facharbeiter vorhanden, jedoch keine Maschinen und keine Räume. Im Lager selbst ist aus Transportgründen eine Fertigung nicht möglich, jedoch könnte eine Fertigungsbaracke in der Nähe des Lagers aufgestellt werden." ¹⁰

Welche Firma diese Planungen betrieb, die in einem offensichtlichen Zusammenhang mit der Knappheit am Munitionssektor¹¹ standen, ist nicht bekannt.¹² Zu dieser Munitionsfertigung im KZ Mauthausen kam es vermutlich nur deshalb nicht, weil im Sommer 1940 die Herstellung von Munition keine Priorität mehr hatte.¹³

Die Expansion der Steyr-Daimler-Puch A.G.

Unmittelbar nach dem "Anschluß" gelang es dem Hermann-Göring-Konzern, die wichtigen im Besitz der Creditanstalt befindlichen Steyrwerke den Reichswerken anzugliedern. Steyr war die größte österreichische Firma im späteren "Waffen- und Maschinenbaublock" des Göring-Konzerns.¹⁴

Mit der Übernahme durch den Göring-Konzern kam es zu einer raschen Expansion der SDPAG. Während der Automobilsektor eher stagnierte, wurde der Rüstungsbereich großzügig ausgebaut. In Steyr-Münichholz entstand, gegen die Interessen der Schweinfurter Kugellagerfirmen, mit Geldern des Reichsluftfahrtministeriums ein Wälzlagerwerk, das den Konzern in nur drei Jahren zum drittgrößten Kugellagerproduzenten des Deutschen Reiches werden ließ, in St. Valentin, in Zusammenarbeit mit der Montan-Verwertungsgesellschaft, einer Finanzierungsfirma des OKH, eine Panzerfabrik, das "Nibelungenwerk", das 1944 neben Krupp zum größten Panzerproduzenten des Deutschen Reiches werden sollte. Im Hauptwerk Steyr wurden neben dem Ausbau der Gewehrfabrikation ab Frühjahr 1941 ein Flugmotorenwerk für die Lizenzfertigung von Daimler-Benz-Motoren eingerichtet (mit Prüfständen in Steyr-Münichholz) und dazu in Graz

9 Kriegstagebuch Rüstungskommando Linz, 4.2.1940, National Archives, Mikrofilm (NA MF), T 77/744/1975472.

10 "Auf Rückfrage der Rüstungs/In]spektion/ wird für KZ Mauthausen eine Planung für Bearbeitung von 25000 Stck/Monat 10 cm Gr. 19 ausgearbeitet. Die Fertigung ist in einer Baracke, die in der Nähe des Lagers aufgestellt werden soll, vorgesehen. Es würden 77 Drehbänke, 9 Gewindefräsmaschinen, 4 Fräsmaschinen, 2 Exzenterpressen, 2 Bohrmaschinen zugeführt werden müssen. Für Einsatz der Strafgefangenen ist die Genehmigung des Inspektors der KZ SS-Oberführer Glücks in Berlin, Oranienburg, erforderlich." KTB RükO Linz, 5.3.1940, NA MF, T 77/744/1975483.

11 Vgl. Norbert Schausberger, Rüstung in Österreich 1938-1945, Wien 1970, S. 68.

12 Im Zusammenhang mit diesen Eintragungen wird im Kriegstagebuch die Firma Glas- und Metallhütte Schneegatterm A.G. genannt, die Munition produzierte. Diese Firma "hat von sich aus eine Anzahl von Drehbänken und anderen Maschinen in Polen sichergestellt, die für Munitionsfertigung eingesetzt werden sollen!" Ebenda. Ein direkter Bezug zu den Planungen für Mauthausen ist jedoch aus diesen Vermerken nicht ablesbar.

13 Vgl. Alan S. Milward, Die deutsche Kriegswirtschaft 1939-45, Stuttgart 1966, S. 39.

14 August Meyer, Das Syndikat. Reichswerke "Hermann Göring", Braunschweig-Wien 1986, S. 214 ff.

ein Werk zur Erzeugung von Flugmotorenteilen, Panzergetrieben und Kurbelwellen. Nach der Besetzung Polens konnten die Steyrwerke noch Ende 1939 die beiden großen polnischen Gewehrfabriken in Warschau und Radom unter ihre kommissarische Verwaltung bringen.

Die Expansion läßt sich eindrucksvoll an der Entwicklung der Beschäftigungszahlen zeigen. Waren 1937 zirka 7000 Personen im Steyr-Konzern tätig gewesen, so stieg die Anzahl der Beschäftigten bis 1944 auf fast 50.000 Personen.¹⁵ Nicht berücksichtigt sind in dieser Zahl die bei Steyr eingesetzten KZ-Häftlinge. Ungefähr die Hälfte der Beschäftigten waren AusländerInnen aus ganz Europa, von denen nur wenige freiwillig gekommen waren. Die rasche Expansion machte Steyr im besonderen Maße von den Erfolgen der Rekrutierungspolitik der deutschen Arbeitseinsatzbehörden abhängig.

Die ersten KZ-Häftlinge für Steyr

Der genaue Zeitpunkt, ab dem KZ-Häftlinge zur Arbeit bei Steyr herangezogen wurden, ist nicht bekannt. Nach Aussagen ehemaliger Häftlinge dürften im Frühjahr 1941 erstmals KZ-Häftlinge zu Bauarbeiten für die neuen Steyr-Betriebe aus dem KZ Mauthausen gebracht worden sein.¹⁶ Das erste Kommando soll sich aus 49 Spaniern und einem Rumänen, von Beruf Maurer und Eisenbahnarbeiter, zusammengesetzt haben. Der Transport erfolgte anfänglich in Autobussen, später mit der Bahn. Es war das erste KZ-Arbeitskommando für einen Rüstungsbetrieb auf dem Gebiet Österreichs. Offensichtlich stand der Einsatz der KZ-Häftlinge mit dem 1941 begonnenen Aufbau der Flugmotorenfertigung in Zusammenhang. Das zweite Großbauprojekt, die Errichtung des Wälzlagerwerkes in Münichholz, war zu diesem Zeitpunkt praktisch abgeschlossen.

Über den Entscheidungsablauf, der zur Heranziehung von KZ-Häftlingen für den Aufbau der neuen Betriebe des Steyr-Konzerns führte, ist nichts bekannt. Es können nur Vermutungen darüber angestellt werden, wieso es gerade die Steyr-Daimler-Puch A.G. war, die als erster Rüstungsbetrieb in Österreich KZ-Häftlinge beschäftigte. Zum einen spielte dabei sicher die räumliche Nähe eine Rolle, Steyr war der größte Rüstungsbetrieb in Oberösterreich und lag knapp 30 Kilometer vom KZ Mauthausen entfernt. Zum anderen dürften enge persönliche Beziehungen und regionale Interessen der an der Entscheidung Beteiligten Einfluß gehabt haben. Eine Schlüsselfigur war Georg Meindl, der, von Göring 1938 als Generaldirektor für die Steyrwerke bestellt, über ausgezeichnete Beziehungen zur SS verfügte und sich auch später für die Abstellung von KZ-

15 In der Literatur finden sich für den Steyr-Konzern unrichtige Beschäftigungszahlen, so bei Schausberger, Rüstung, S. 193; Harry Slapnicka, Oberösterreich - als es "Oberdonau" hieß. 1938-1945, Linz 1978, S. 151; Helmut Retzl, Münichholz - ein Stadtteil im Wandel der Zeit. Veröffentlichungen des Kulturamtes der Stadt Steyr, Heft 37, Juni 1986, S. 18. So werden für das Jahr 1944 nur 23.552 Beschäftigte angegeben. Die tatsächliche Beschäftigtenzahl betrug zu diesem Zeitpunkt 49.915, war also mehr als doppelt so hoch.

16 Erinnerungsbericht des ehemaligen spanischen Häftlings Patricio Cruz, veröffentlicht in: Christian Bernadac, Des jours sans fin - Mauthausen, Paris 1976, S. 207.

Häftlingen an die Steyrwerke persönlich engagierte.¹⁷ Meindl war der Motor der Expansion des Steyr-Konzerns mit allen Mitteln. Eine wichtige Vermittlungsfunktion dürfte auch Gauleiter Eigruber eingenommen haben, der Aufsichtsrat bei den Steyrwerken war und engen Kontakt zu Ziereis, dem Kommandanten des KZ Mauthausen, pflegte. Die engen Kontakte zwischen Ziereis, Eigruber und Meindl dürften letztlich den Ausschlag dafür gegeben haben, daß das KZ Mauthausen von den übergeordneten SS-Ämtern die Genehmigung erhielt, Häftlinge an Steyr abzustellen.

Der "Kampf um die Strafanstalt Garsten"

Mehr läßt sich über den weiteren Entscheidungsablauf sagen, der zur Einrichtung eines Konzentrationslagers in Steyr führte. Die ersten Erfahrungen mit dem Einsatz von KZ-Häftlingen dürften die SDPAG dazu bewogen haben, weitere Häftlinge anzufordern und diese aus Gründen der Arbeitseffizienz in Steyr direkt unterzubringen, also ein eigenes Konzentrationslager zu errichten. Auf der Suche nach einem geeigneten Standort für ein KZ fiel die Wahl auf die nahegelegene Justizstrafanstalt Garsten, aus der Sträflinge seit 1940 u. a. bei den Steyrwerken beschäftigt waren.¹⁸

Bis zur Klärung der Unterbringung sollten die KZ-Häftlinge in Baracken im Stadtteil Münchenholz untergebracht werden. Ab 5. Jänner 1942 kamen 300 Häftlinge (vorwiegend Spanier und einige Deutsche als Funktionshäftlinge) und 22 SS-Männer zum Aufbau dieses Barackenlagers nach Steyr-Münchenholz.¹⁹

Am selben Tag wandte sich der Generaldirektor der SDPAG Meindl in seiner Eigenschaft als SS-Standartenführer und Wehrwirtschaftsführer an den Höheren SS- und Polizeiführer SS-Gruppenführer Kaltenbrunner in Wien mit der Bitte, ihn bei der Freimachung der Strafanstalt Garsten von Strafgefangenen und deren Verlegung in die Strafanstalten Stein und Karlau für die Unterbringung von KZ-Häftlingen beim Reichsjustizministerium sowie bei der Anforderung weiterer Häftlinge zu unterstützen. Meindl legte Kaltenbrunner dar, daß

"infolge kriegsentscheidender Rüstungsaufgaben, welche den Steyrwerken vom OKH und dem RLM erteilt wurden, [...] die Arbeitseinsatzlage derart angespannt [sei], daß trotz Heranziehung von ausländischen Facharbeitern nicht mehr das Auslangen gefunden werden kann. Durch den Anlauf des neu errichteten Flugmotorenwerkes werden innerhalb der nächsten 1-2 Jahre insgesamt ca. 5000 Facharbeiter zusätzlich benötigt. Schon ab Jänner 1942 müssen monatlich ca. 500 Mann neu eingestellt werden. Vom KL Mauthausen wurden uns derzeit 300 Häftlinge als Bauarbeiter beigestellt, welche täglich mit der Bahn nach Steyr und zurück gebracht werden. Ich bitte Sie nun um weitere Beistellung von einigen hundert Häftlingen, welche wir als Produktionsarbeiter einzustellen beabsichtigen. Bei den Letztgenannten soll es sich möglichst um Metallfacharbeiter oder um solche Kräfte handeln,

17 Siehe dazu: Perz, Konzentrationslager in Wiener Neudorf, S. 103 f.

18 Am 10.2.1940 war zwischen der SDPAG und der Strafanstalt Garsten eine Vereinbarung über die Heranziehung von vorerst 25 Mann für Instandsetzungsarbeiten an Maschinen und Geräten, Herstellung von Werkzeugen und andere geeignete Arbeiten" getroffen worden. Am 25.7.1942 wurde der Vertrag auf die Abstellung von 500 Strafgefangenen ausgeweitet. Verträge Steyr-Daimler-Puch mit Strafanstalt Garsten, DÖW 14.686.

19 Christian Bernadac, Des jours sans fin - Mauthausen III, Paris 1976, S. 331.

welche sich für Maschinenarbeit anlernen lassen.

Das tägliche Zurückbringen dieser Häftlinge nach Mauthausen erfordert nicht nur einen größeren Einsatz von Bewachungsmannschaften, sondern mindert auch die Arbeitsleistung der Häftlinge.

Aus diesem Grunde habe ich den Herrn Regierungspräsidenten von Oberdonau gebeten, von sich aus an das Reichsjustizministerium den Antrag zu stellen, die Strafanstalt Garsten für die Unterbringung der Häftlinge freizumachen.²⁰

Regierungspräsident Palten wandte sich am Tag darauf zunächst an den Generalstaatsanwalt in Linz, der die Freimachung von Garsten umgehend mit der Begründung, daß die dortigen Sträflinge mit gewerblichen Arbeiten beschäftigt seien, ablehnte. Paradoxiertweise waren diese Sträflinge ohnedies zum Teil in den Steyrwerken beschäftigt, vermutlich waren es aber keine Facharbeitskräfte. Mittlerweile hatte sich auch der um Hilfe gebetene Kaltenbrunner in dieser Angelegenheit engagiert.

In Kaltenbrunners Antwort an Meindl zeigt sich, daß sein besonderes Engagement sich aus dem Interesse erklärt, mit dieser für ihn eher nebensächlichen Angelegenheit der SS generell mehr Mitsprache beim Justizvollzug und damit den Zugriff auf Justizhäftlinge zu verschaffen. Die SS hatte seit 1939 laufend versucht, sogenannte Sicherungsverwahrte aus den Justizanstalten in die Konzentrationslager einzuweisen, was aber bis 1942 am Widerstand der Justiz gescheitert war, die eine Schmälerung ihrer Kompetenzen nicht zulassen wollte. Reichsjustizminister Gürtner konnte sich anfänglich mit seinem schlagenden Argument, daß die "Sicherungsverwahrten" mehrheitlich ohnedies in der Kriegsproduktion beschäftigt seien, bei Hitler, der Himmlers Bestrebungen anfänglich positiv gegenüberstand, durchsetzen.²¹

Dieses übergeordnete Interesse Kaltenbrunners erklärt auch den Umfang und die Ausführlichkeit des Briefes, der in Abschrift auch an Ziereis und Eigruber ging, mit der Bitte, die "darin enthaltenen internen Beurteilungen der Stellungnahme der Reichsjustizverwaltung als geheim zu behandeln".²² Wie Kaltenbrunner Meindl mit Brief vom 7. Jänner 1942 mitteilte, hatte er schon am Vortag mit dem Regierungspräsidenten in Linz und am 7. Jänner mit Ziereis wegen der Verlegung der Garstener Justizhäftlinge Gespräche geführt. So teilte er Meindl mit, daß man sich nur deshalb zunächst an den Generalstaatsanwalt gewendet hätte, da "in der weiteren Verfolgung der Sache sonst Einwendungen formeller Natur zu erwarten gewesen wären".²³ Er habe nach dessen erwarteter Absage den Regierungspräsidenten veranlaßt, sich im Namen des Reichsstatthalters an das Reichsjustizministerium zu wenden.

Tatsächlich hatte sich Regierungspräsident Palten am 6. Jänner an das

20 Schreiben Meindl an Kaltenbrunner vom 5.1.1942 betr. Arbeitseinsatz der Häftlinge aus dem KL Mauthausen in den Steyr-Werken, DÖW 11.211 (Hervorhebung im Original).

21 Siehe dazu Korrespondenz zwischen Reichskanzlei, Kanzlei des Führers der NSDAP, Reichsminister der Justiz und Reichsführer-SS ab Frühsommer 1939, Bundesarchiv Koblenz (BAK), R 22/1429.

22 Schreiben Kaltenbrunner an Ziereis bzw. an Eigruber vom 8.1.1942 (im Brief an Eigruber steht statt "geheim zu behandeln" "vertraulich zu behandeln", DÖW 11.211.).

23 Schreiben Kaltenbrunner an Meindl vom 7.1.1942 betr. Arbeitseinsatz der Häftlinge aus dem KL Mauthausen in den Steyr-Werken, DÖW 11.211.

Reichsjustizministerium gewandt:

"Der Oberbürgermeister der Stadt Steyr und die Steyr-Daimler-Puch Aktiengesellschaft in Steyr beabsichtigen in allerhöchster Zeit, kriegsgefangene Russen und Häftlinge aus dem Konzentrationslager Mauthausen in großer Zahl für kriegsentscheidende Produktions- als auch für vordringliche Bauarbeiten in der Stadt Steyr einzusetzen. Ein Teil dieser Häftlinge wird bereits seit 5. ds. Mts. eingesetzt und muß vorläufig mangels geeigneter Unterkünfte täglich mit Sonderzug transportiert werden."²⁴

Zwecks Unterbringung unterstütze er den Versuch Meindls und des Oberbürgermeisters, die Strafanstalt Garsten als Unterkunft für die Kriegsgefangenen und KZ-Häftlinge zu bekommen. Dies wäre seiner Ansicht nach leicht möglich, da

"nach Ansicht des Kommandeurs des Konzentrationslagers, SS-Obersturmführers Zierys, die Garstener Sträflinge ohne weiteres während dieser Zeit im K.Z. Lager Mauthausen untergebracht werden könnten und auch der Gauleiter sowie SS-Obergruppenführer Dr. Ernst Kaltenbrunner diesen Vorschlag wärmstens unterstützen."²⁵

Palten teilte dem Ministerium weiters mit, daß er schon mit dem Generalstaatsanwalt in Linz gesprochen habe, dieser aber wegen der Verlegung der Strafgefangenen Bedenken hätte und "eine Unterbringung der K.Z. Häftlinge und kriegsgefangenen Russen in zu errichtenden Baracken vorschlägt".²⁶

Unabhängig davon, daß bereits an der Errichtung von Baracken in Steyr-Münichholz gearbeitet wurde, kam also auch von der Linzer Justiz der Vorschlag, sich doch ein eigenes Konzentrationslager in Steyr einzurichten.

Kaltenbrunner hatte von vornherein damit kalkuliert, daß auch das Ministerium ablehnen würde, er schien sogar darauf zu hoffen, weil er darin eine Möglichkeit sah, die Kompetenzen der Justiz bei der NS-Führung prinzipiell in Frage zu stellen:

"Ich sehe voraus, daß auch dort eine Ablehnung erfolgen wird. Dann ist der Weg für das persönliche Einschreiten des Reichsstatthalters bei der Reichskanzlei offen, und erscheint es mir ziemlich sicher, daß den dringenden Bedürfnissen Ihrer Werke dort Verständnis entgegengebracht wird und die vom Reichsstatthalter und mir aufgezeigten Möglichkeiten der Verlegung der Garstener Häftlinge in die Strafanstalten Karlau, Stein und Suben verfügt wird, ein weiterer erheblicher Teil könnte ja auch in das Konzentrationslager Mauthausen umgesiedelt werden.

Aber gerade wegen dieser letztgenannten Umsiedlungsmöglichkeit wehrt sich ja die Justizverwaltung, die darin einen Versuch des Reichsführer-SS erblickt, den Strafvollzug an sich zu ziehen. Hier muß mit großer Vorsicht vorgegangen werden, um Ihre vordringlichen Interessen nicht zu stören."²⁷

Gauleiter Eigruber als Reichsstatthalter hätte ihm in dieser Angelegenheit Unterstützung zugesagt.

"Der Kommandeur des Konzentrationslagers Mauthausen, der Ihnen ja selbst Anregung seiner-

²⁴ Schreiben Reichsstatthalter in Oberdonau, Regierungspräsident Palten, an Reichsjustizministerium vom 6.1.42, DÖW 11.211.

²⁵ Ebenda.

²⁶ Ebenda.

²⁷ Schreiben Kaltenbrunner an Meindl vom 7.1.1942 betr. Arbeitseinsatz der Häftlinge aus dem KL Mauthausen in den Steyr-Werken, DÖW 11.211.

zeit gab, wird wegen der Unterbringung das Seine tun. Vorläufig ist er ja dabei, Baracken für Steyr zu sichern, von denen meines Wissens bereits 3 stehen, um den leidlichen täglichen An- und Abtransport der Häftlinge mit der Bahn zu vermeiden."²⁸

Offensichtlich stammte die ganze Idee der Umwandlung der Strafanstalt Garsten in ein Konzentrationslager vom Kommandanten des KZ Mauthausen, der nun daran ging, für Steyr zunächst ein nur als Provisorium gedachtes Konzentrationslager einrichten zu lassen.

In seinen Ambitionen, die Interessen der SS gegen die Justiz durchzusetzen, war Kaltenbrunner jedes Argument recht. So erblickte er auch in der Reichsbahn einen Verbündeten in der Frage Garsten, die er drastisch als "Kampf um die Strafanstalt" bezeichnete, da diese "ihrerseits ein Interesse hat, sich täglich 9 Waggons und 1 Lokomotive auf 2 Fahrten zu ersparen. Hiezu kommt der hygienische Faktor, daß nämlich die Waggons jedesmal vor Überlassung an Zivilpersonen desinfiziert werden mußten, und schließlich der nicht mehr zu verantwortende Mehrverbrauch an Bewachungsmannschaften."²⁹ Das Argument, daß die Waggons nach dem Transport mit KZ-Häftlingen desinfiziert werden müßten, hatte vermutlich keinerlei realen Hintergrund. Diese "medizinisch-hygienische" Pseudobegründung war jenem rassistischen Diskurs entnommen, der im Nationalsozialismus häufig dazu verwendet wurde, die Verfolgung und Vernichtung von Gegnern mit "rationalen" Argumenten zu begründen. Kaltenbrunner konnte sich mit dem Versuch, mit dem Anlaßfall der Strafanstalt Garsten eine prinzipielle Entscheidung bezüglich der Verfügungsgewalt über Justizhäftlinge zugunsten der SS herbeizuführen, offensichtlich zu diesem Zeitpunkt nicht durchsetzen. Erst im September 1942 gelang es der SS mit dem bekannten Abkommen zwischen Justizminister Thierack und Himmler, das die "Auslieferung asozialer Elemente aus dem Strafvollzug an den Reichsführer-SS zur Vernichtung durch Arbeit" vorsah, Zugriff auf einen Teil der Justizhäftlinge zu bekommen. Der SS wurde damit der Zugriff auf Justizgefangene ermöglicht, die unter dem Terminus "Vernichtung durch Arbeit" praktisch "auf Lebenszeit" in die KZ eingewiesen wurden.³⁰

Paradoxe waren die von Meindl geforderten KZ-Facharbeitskräfte, die die ganze Diskussion um Garsten erst ausgelöst hatten, in Mauthausen gar nicht vorhanden, wie aus dem zitierten Schreiben Kaltenbrunners an Meindl hervorgeht. Im KZ Mauthausen, so Kaltenbrunner, seien Facharbeiter

²⁸ Ebenda.

²⁹ Ebenda.

³⁰ Himmler war an dieser Personengruppe auch interessiert, um die Zahl an KZ-Häftlingen für die Rüstungsindustrie zu vergrößern. Die Realität sah aber anders aus. Etwa zwei Drittel dieser Justizgefangenen wurden ins Lager Mauthausen eingeliefert, davon wiederum der größte Teil in das Außenlager Gusen. Für die Lagerkommandanten stand der Gesichtspunkt der Vernichtung im Vordergrund. In den ersten vier Monaten nach der Einlieferung war bereits ein Drittel der Häftlinge verstorben. Vgl. Falk Pingel, Häftlinge unter SS-Herrschaft. Widerstand, Selbstbehauptung und Vernichtung im Konzentrationslager, Hamburg 1978, S. 128 f. bzw. 186 f.; Miroslav Kárný, "Vernichtung durch Arbeit". Sterblichkeit in den NS-Konzentrationslagern, in: Sozialpolitik und Judenvernichtung. Gibt es eine Ökonomie der Endlösung? Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik 5, S. 135.

"derzeit nicht vorhanden. SS-Sturmbannführer Zierys verhandelt aber über meine Anregung sofort mit den zuständigen Wehrmachtsdienststellen, um Facharbeiter aus den Reihen der russischen Kriegsgefangenen zu gewinnen. Diese müßten allerdings noch für kurze Zeit zur Disziplinierung nach Mauthausen kommen. Hierüber bitte ich selbst mit Sturmbannführer Zierys zu verhandeln".³¹

Deutlich zeigt sich hier, wie sich die Funktion der Konzentrationslager von der Gegnerbekämpfung zu wirtschaftlichen Zielen verschob. Die Facharbeiter unter den sowjetischen Kriegsgefangenen sollten nur deshalb ins KZ eingewiesen werden, um über sie als Arbeitskräfte verfügen zu können. Die angesprochene notwendige "Disziplinierung", das Herausstreichen einer Erziehungsfunktion, die die Konzentrationslager in der Realität nie hatten, sollte der Legitimation dieser Einweisungspolitik dienen.³² Die Steyrwerke hätten sich ja auch direkt um sowjetische Kriegsgefangene bemühen können. Offensichtlich waren diese mit Hilfe der SS leichter zu bekommen und in ihrem Status als KZ-Häftlinge in höherem Maße ausbeutbar.³³

Die Niederlage in der Frage Garsten bedeutete nicht, daß die SDPAG auf ihr Konzentrationslager verzichten mußte. Da die Gebäude der Justizanstalt nicht zur Verfügung standen, wurde das in Münchenholz errichtete provisorisch gedachte Barackenlager als Konzentrationslager eingerichtet und ab 14. März 1942 offiziell als Außenlager des KZ Mauthausen geführt.³⁴

Die Vorteile des Einsatzes von KZ-Häftlingen lagen für die SDPAG nicht nur in der Behebung des Facharbeitermangels, sondern in der Möglichkeit, sie ohne Rücksicht auf ihre Gesundheit zu Arbeiten heranzuziehen. So konnte bei der SDPAG im strengen Winter 1941/42 durch den Einsatz der KZ-Häftlinge am Bau des Flugmotorenwerkes weitergearbeitet werden, während bei anderen Baustellen der "Ostmark" die Arbeit wegen der extremen Kälte eingestellt werden mußte. Die vom RLM in Auftrag gegebenen Ausbauvorhaben in Steyr und in Graz würden, berichtete Meindl stolz an Voss, den Chef des Reichswerke-Waffen- und Maschinenbaublocks,

31 Ebenda.

32 Himmler selbst hat wenig später diesen Gedanken ausgesprochen, indem er darauf bestand, daß trotz des großen Bedarfs an Häftlingen für die neuen Aufgaben die prinzipielle Möglichkeit der Entlassung von Häftlingen aufrechterhalten werden müßte, um nicht den Eindruck zu erwecken, "daß wir Menschen verhaften, oder wenn sie verhaftet sind, drinnen behalten, um Arbeiter zu haben". Vgl. Martin Broszat, Nationalsozialistische Konzentrationslager 1933-1945, in: Anatomie des SS-Staates, Bd. 2, München 1979², S. 125.

33 Gegenüber den sowjetischen Kriegsgefangenen war seit dem Überfall auf die Sowjetunion eine Vernichtungspolitik praktiziert worden. In den Lagern der Wehrmacht waren insgesamt 60 Prozent der 3,3 Millionen sowjetischen Kriegsgefangenen des Jahres 1941 verhungert oder sind im Zuge der Durchführung des "Kommissarbefehls" erschossen worden, nachdem ein Arbeitseinsatz der sowjetischen Kriegsgefangenen anfänglich nicht vorgesehen war. Ab August 1941 wurden auch in den Konzentrationslagern sowjetische Kriegsgefangene massenhaft getötet. Vgl. Christian Streit, Keine Kameraden. Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen 1941-1945, Stuttgart 1978, S. 128 ff., bzw. Pingel, Häftlinge, S. 119 ff. Für Mauthausen siehe Hans Marsalek, Die Geschichte des Konzentrationslagers Mauthausen. Dokumentation, Wien 1980, S. 147.

34 Vgl. Marsalek, Mauthausen, S. 85.

"mit einem Tempo und einem Nachdruck behandelt, der kaum mehr größer sein kann. Ich kann wohl feststellen, daß gerade die Hallen in Graz in einer bisher noch nicht dagewesenen kurzen Frist durch Tag- und Nachtbau erstellt wurden, so daß die beiden fertigen Hallen auch bereits geheizt werden können und mit den Installationsarbeiten begonnen werden konnte. Im Werk Steyr wurde trotz des eisigen Winters der Bau der Montagehalle (Eisenkonstruktion-Behelfsbauweise) vorgetrieben, und auch die Prüfstände sind voll im Programme. Auch hier wurde unter Einsatz von KZ-Gefangenen im strengsten Winter gearbeitet."³⁵

Zeitweise waren im Lager Steyr-Münchenholz fast 2000 Häftlinge untergebracht.³⁶ Das Lager wurde am 5. Mai 1945 durch amerikanische Truppen befreit.³⁷ Über die Todesrate in diesem Lager liegen keine Angaben vor.

Steyr-Münchenholz sollte nicht das einzige Lager bleiben, in dem KZ-Häftlinge für die Zwecke des Steyr-Konzerns arbeiten mußten. Insgesamt konnte die SDPAG im Lauf des Krieges Häftlinge aus sieben Konzentrationslagern für ihre Zwecke ausbeuten. In den Gewerfabriken Warschau und Radom waren jüdische Zwangsarbeiter beschäftigt.

Die Tatsache, daß Arbeitskräfteknappheit und der mögliche hohe Ausbeutungsgrad Motive für den Steyr-Konzern waren, KZ-Häftlinge anzufordern, kann nicht allein erklären, was eine Firma dazu bewog, ihre Expansion auf außerökonomischen Zwang und Terror gegenüber Beschäftigten aufzubauen. Die Entscheidung zum Einsatz von ausländischen Zwangsarbeitern, Kriegsgefangenen und KZ-Häftlingen war kein unausweichlicher ökonomischer Sachzwang. Die prinzipielle Entscheidung, Menschen zwangsweise in der Produktion einzusetzen, lag in der Eigenverantwortung der jeweiligen Firmenleitungen, die für die Expansion ihrer Betriebe bereit waren, auch den Tod von KZ-Häftlingen in Kauf zu nehmen, sofern er diesen Bestrebungen diene. Die Industrie war am Schicksal der Häftlinge nur unter dem Gesichtspunkt der Produktivität interessiert. Voraussetzung für eine derartige Haltung war, daß der Rassismus der nationalsozialistischen Gesellschaft auch in die Industrie Eingang gefunden hat. Ulrich Herberts Hinweis, daß der Rassismus "kein 'Irrglaube', hinter dem sich die 'eigentlichen', nämlich wirtschaftlichen Interessen verbargen", sondern ein "rational" begründeter Fixpunkt des Systems war, gilt auch für die Industrie.³⁸ Untersuchungen über die Formen, die dieser Rassismus in der betrieblichen Arbeitswelt einnahm, stehen noch weitgehend aus.

35 Schreiben Meindl an Voss vom 17.3.1942 betr. Bauten und Produktion, NA MF, T 83/77/3449401.

36 Vgl. Marsalek, Mauthausen, S. 85.

37 Vgl. Marsalek, Mauthausen, S. 331.

38 Herbert, Arbeit und Vernichtung, S. 236.

HUBERT PFOCH

DOKUMENTATION ZUR JUDENDEPORTATION

Wie viele andere Österreicher und Deutsche mußte auch Hubert Pfoch zur Deutschen Wehrmacht einrücken. Über seinen Einsatz als Soldat im Zweiten Weltkrieg führte der jetzige Präsident des DÖW Tagebuch, außerdem trug er einen Fotoapparat mit sich.

Ende August 1942, auf dem Weg an die Ostfront, trifft seine Einheit in Siedlce, östlich von Warschau, auf einen Transport von - aller Wahrscheinlichkeit nach - Warschauer Juden, deren Zielpunkt das Vernichtungslager Treblinka ist. Die Wehrmachtsangehörigen werden Zeugen unmenschlicher Behandlung der Juden seitens der den Transport begleitenden SS-Männer und ukrainischen Bewachungsmannschaften. Hubert Pfoch schreibt darüber in seinem Tagebuch, hat ferner den Mut und die Voraussicht, vier Aufnahmen an Ort und Stelle zu machen, die Jahre später, beim Prozeß gegen den Lagerkommandanten von Treblinka, Franz Stangl, in Düsseldorf als Belastungsmaterial dienen sollten.

Das DÖW veröffentlicht hier die zentralen Textstellen des Tagebuchs sowie die diesen Text ergänzenden vier Fotos. In einer kurzen Nachschrift zum Tagebuch geht Hubert Pfoch im Jahre 1980 noch detaillierter auf die geschilderten Ereignisse ein.

* * *

Mit längerem Aufenthalt zeitweise u. gutem Essen, das meist aus Speck, Butter, aus Schok. u. Zigaretten besteht, geht es am 21. VIII. /1942/ über Mährisch-Ostrau, Zauchtel, Kattowitz u. durch die ganze Industriegegend Ob. Schlesiens, weiter geht es dann über Radom, Lukow nach Siedlce, wo wir am Abend ankommen u. noch Suppe bekommen. Von Zeit zu Zeit krachen immer Schüsse. Da sehen wir auch schon zirka 7.000 Juden, u. sooft einer oder eine aufsteht, sinkt sie auch schon mit einem Kopfschuß zusammen. Wir gehen dann bald schlafen, u. ich werde am 23. gerade munter, als wir ganz knapp vor den Juden vorbeifahren. Es sind lauter Ostjuden, abgemagert, zerlumpt. Sie haben schon 2 Tage kein Essen u. Wasser erhalten. Es kommt da öfter ein Lastauto, das mit jüdischer Polizei besetzt ist, u. die fahren dann die Toten weg. Entsetzliche Szenen gab es beim Verladen in die Viehwaggons. 180 Juden in einem Waggon. Die Eltern in dem einen, die Kinder in dem anderen, u. ständig krachen die Schüsse der Wachmannschaft, die aus ukrainischen Freiwilligen besteht. Als glücklich alles verladen ist, schreit man aus jedem Waggon um Wasser "prosim wodi, bitte Wasser für meinen goldenen Ring für 5000 Zloty" (2.500 RM). Uhren etc. werden uns angeboten für ein Glas Wasser. Als dann die ersten durch die Luken der Waggons klettern u. erschöpft im Sande liegen, werden sie erschossen, so daß dort ein Massaker entstand, daß es jeden von uns ekelte, u. /ein/ Blutbad, wie ich es noch nie gesehen habe. Die Mutter springt mit dem Kinde /vom Waggon/ runter u. sieht ganz ruhig in den Ge-

wehrlauf, der auch bald ihr das erlösende Geschoß durch den Kopf jagt. Aus den Waggons wird der Ruf nach Wasser immer hysterischer. Frauen rufen uns zu "Bitte erschießen Sie mich!" "Bitte hierher schießen!" Als dann endlich der Zug die Station verläßt, liegen mindestens 50 Tote, Frauen, Männer, Kinder, teils vollkommen nackt, am Bahnhof, die dann die jüdische Polizei wegräumt. Wertgegenstände aller Art verschwinden in den Taschen der Wegräumer. Als dann unser Zug denselben Weg nimmt, liegt noch so manches Kind u. andere am Bahnkörper. Auf der Fahrt nach Treblinka, wo das jüdische "Entlausungslager" liegt, holen wir den Zug ein. Ein Leichengeruch liegt in der Luft, daß uns das Brechen ankommt. Wieder liegen wir neben dem Judentransport, wo noch heißer der Ruf nach Wasser erklingt. Noch immer schießen die Posten wahllos in die Juden. 300.000 hat man hier zusammengesammelt, u. täglich werden 10.000 - 15.000 mit Gas vergiftet u. verbrannt. Jeder Kommentar zu dieser Sache ist vollkommen überflüssig. Man hat in den Ghettos Waffen gefunden, u. das war Gegenmaßnahme.

Nachtrag von Hubert Pfoch im Jahre 1980

Hier ist einzufügen, daß am 23. 8. 42 die Schießerei sich uns so zeigte, daß entlang auf einem Bahnkörper eine große Zahl von Menschen nur undeutlich erkennbar war, und sie hatten den Befehl sitzen zu bleiben, und wenn jemand aufstand, eröffneten die Posten das Feuer. Ich ging zu einem der schießenden Posten und fragte ihn, was hier los sei. Er antwortete mir: "Ne pone maju, jasem Ukrainsky", das heißt: Ich verstehe nicht, ich bin ein Ukrainer. Mir war sofort klar, daß es sich hier um einen Judentransport handelte, und ging aufgeregt zu unserem Zugführer, einem Leutnant, um ihn aufzufordern, gegen diese schrecklichen Maßnahmen einzuschreiten. Er erklärte mir, er sehe keine Chance, hier mit Erfolg zu intervenieren. Wir kamen dann überein, daß wir zu dritt, also der Leutnant, ich und noch jemand, den ich nicht mehr kenne, zu dem SS-Offizier gehen mögen, um gegen das Massaker zu protestieren. Der Protest sollte in der Form vorgetragen werden, das war auch dann so, daß wir erklärten, wir fühlten uns von einem solchen Vorgehen demoralisiert, es wäre unmenschlich, es ist deutschen Soldaten nicht zuzumuten, /bei/ einem solchen Massaker zusehen zu müssen, und wir fordern die Abstellung. Kaum hatte der Leutnant diesen Protest vorgebracht, wurden wir von dem SS-Offizier angebrüllt, wir ostmärkischen Schweine mögen so bald als möglich verschwinden, sonst würde er einen Waggon anhängen lassen, der uns nach Treblinka brächte. Dort habe ich das erste Mal das Wort Treblinka gehört, und mir war dann schon bewußt, daß es sich um ein Vernichtungslager handeln würde. Auschwitz als Konzentrationslager, Dachau war uns als Anhaltelager bekannt, es hat sich aber auch durchgeredet, wir wußten davon, daß die Nazi begonnen haben, Menschen zu vernichten, das haben sie auch schon gegen Nervenranke im Jahr 1939 und 1940 unternommen. Eine Balda-Präzisa-Kamera, die ich meist mit hatte, wenn es an die Front ging, und eine große Zahl von Aufnahmen gibt noch Zeugnis davon. Unter großer Aufregung meinerseits und mit verdeckter

Kamera habe ich 4 Aufnahmen hergestellt. Dieses Erlebnis war viele Jahre später, 1965, Gegenstand einer Gerichtsverhandlung gegen die Lagermannschaft von Treblinka in Düsseldorf, wo ich dem Staatsanwalt von meinem Erlebnis Mitteilung machte und sowohl Ablichtungen meiner Tagebucheintragung als auch die 4 Fotos übermittelte. Ich wurde gebeten, als Zeuge auszusagen, und auf diese Weise wurde noch einmal festgehalten, daß in Treblinka rund 600.000 Juden vergast worden sind.

Die mich / Litten für die Kinder
 als ich mit der Kamera
 in Polen ankam, liegen
 mindestens 50 tote Männer
 Kinder mit Ballkugeln
 markiert an Bahnhöfen. Die
 die in die Polier vergraben
 sind, sind alle dort
 in den Bahnhöfen der
 als dann mußte für die
 Berg nimmt liegt dort
 manche Kind in einem
 Bahnhöfen. Auf der Fahrt nach
 Treblinka war das
 "Kleinkindlager" liegt
 hier die für die im
 ganz liegt in der Luft
 mit das Luft ankommt.
 Kinder liegen hier
 die für das pol war
 für die der pol war
 notwendig war
 die pol war

Aus dem Tagebuch von Hubert Pfoch, August 1942.



Bahnhof Siedlce, Polen, 23. August 1942: Verladung von Juden in Viehwaggons, Abtransport der zurückgebliebenen Leichen nach Abfahrt des Zuges ins Vernichtungslager Treblinka.





ERNST DEGASPERI

ZYKLON B

Gott

Mensch
Entmensch
Untermensch
Entuntermensch
Menschentier
Entmenschentiert
Ungeziefer
Verungeziefert

Desinfektion

Betonwanne
Turnübung
Schmuckverlust
Brausewasser
Leibesfeucht
Menschendampf
Zusammenpressung
Wanzenmenschenverdichtung

Gaskammer

Ungeziefervertilgung
Schädlingsbekämpfung
Ineinanderverkrallung
Plafondzerkratzung
Erstickungsverdampfung
Blauverfärbung
Zyklonlähmung
Todeserstarrung

Sonderkommando

Leichenbauchöffnung
Diamantsuche
Gliederabtrennung
Leiberverbrennung
Glühroste
Aschehaufen

Schädelreste
Menschenknochen
Knochenmühle

Menschenknochenzermahlung
Menschendünger
Pflanzenpracht
Prachtpflanzen
Mensch
Untermensch
Menschentier
Ungeziefer...

Weitermachen

21. Oktober 1979

PFLICHT

Mörder haben es schwer
Um Massenmörder zu werden
bedarf es der Bereitschaft zum Martyrium
Eine schwere Pflicht
für eine untermenschenfreie Welt

Konzentrationslageratmosphäre

Wer hält das schon aus
die harte Pflicht
als anständiger Mensch
Einzelerschießung
Massenexekutionen
Frauenschreie
Kindertränen
Vergasungen
Leichenhaufen
Leichenverbrennungen
Wer erträgt den Gestank
Die Hitze in den Krematorien

Wer tut schon gerne
mit der Reitpeitsche Menschen erschlagen

Fünzig Stockhiebe verabreichen
 Blut rinnen sehen
 ständiges Brüllenmüssen
 Stiefeltritte austeilen
 Frauen auf nackte Brüste schlagen
 und zugleich ein anständiger Mensch bleiben
 Wer hält das durch
 Wie wird der Blick der Mutter sein
 Wird sie die Frucht ihres Leibes aushalten
 die einst keinem Käfer ein Leid zufügen konnte

Das aufschreiende Gewissen
 heult durch den Schlaf
 niedergehalten mit Alkohol
 Das Spiel mit dem Tod
 läßt diese Drecksarbeit
 als Kulturpflicht erscheinen
 Totenköpfe als Kulturträger
 im After der Welt
 Der Lagerkommandant
 Die SS-Offiziere
 Die SS-Wachmannschaften
 Die Capos

Du
 Jüdin mit der schönen Stimme
 sing für uns
 mach uns die Arbeit erträglich
 sing Arien
 von Beethoven
 von Mozart
 von Mendelssohn
 Für ein Stück Brot
 sing um dein Leben
 Jüdin sing

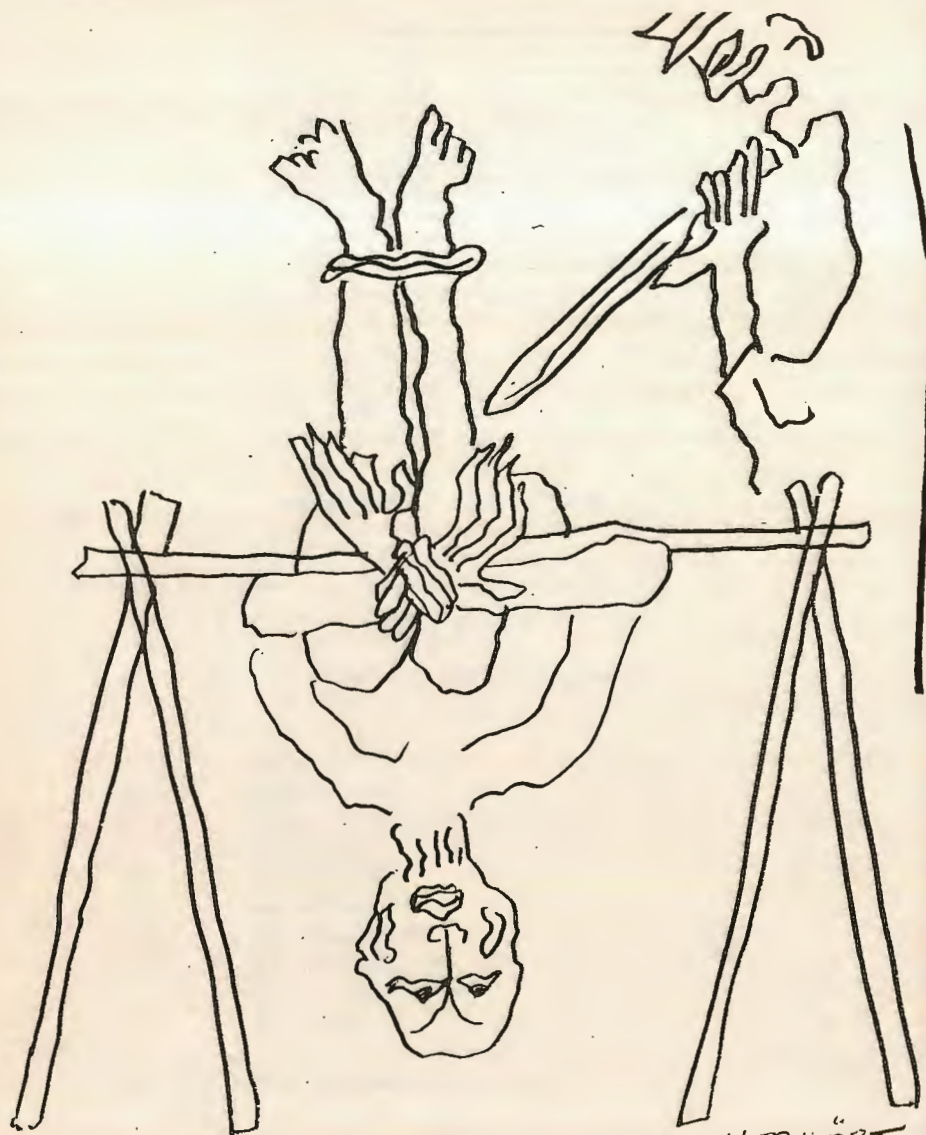
Eine Boxveranstaltung hilft
 Polnischer Capoprofi
 gegen Amateur aus Krakau
 Diese Schläge
 sind eine wahre Erholung
 für die Vernichter
 Der Amateur rettet mit einem Schlag
 sein eigenes Leben
 im Schatten

der menschenrauchenden Schlote

Das Lagerorchester spielt Brahms
 um das Erhängen am Seriengalgen
 erträglich zu machen
 Wer denkt hier
 an' die Opfer
 die die Mörder bringen
 Nach dem Krieg
 spielt ein vornehmer Herr in Zivil
 Klavier
 Schumann
 Eine Erbauung aus tiefstem Herzen
 Unter Hitler hatte er nur seine Pflicht
 als General getan

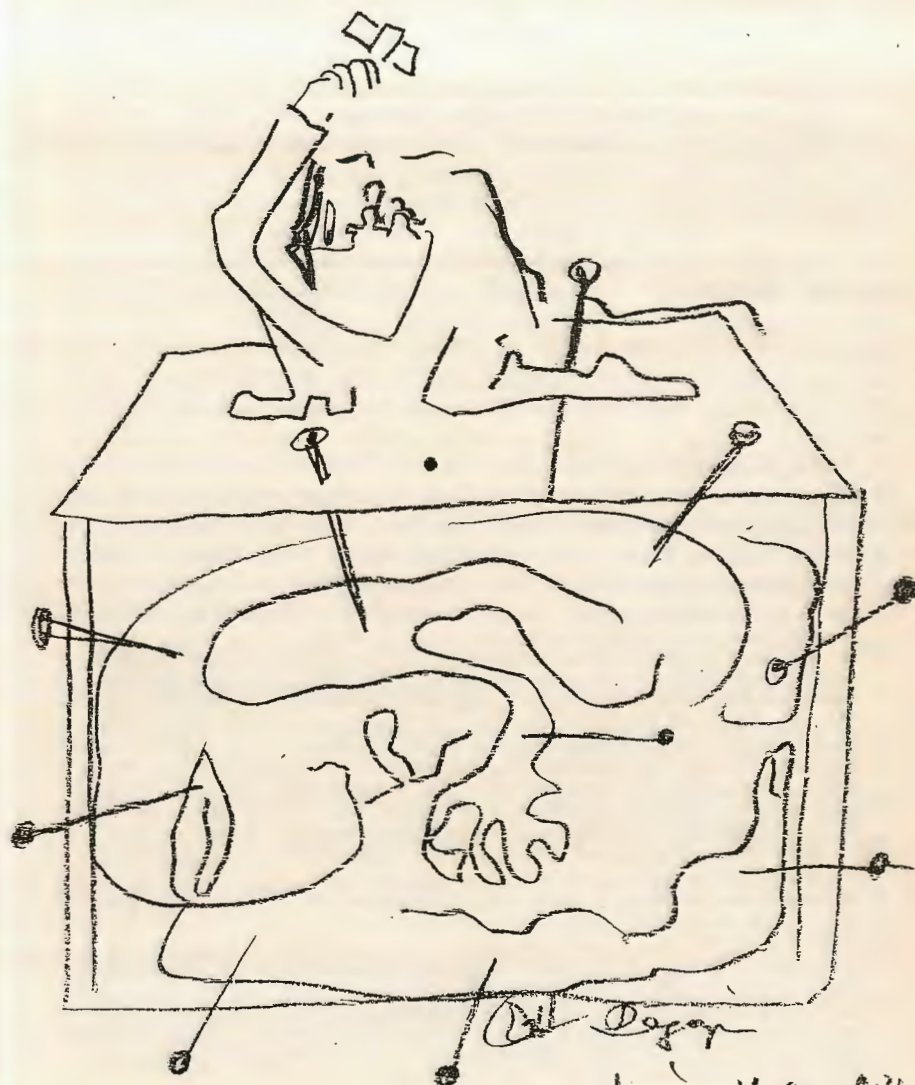
Die Pflicht aushalten - durchhalten
 das ist es
 was stark macht
 für zarte Musik
 Mir schwinden die Sinne.

30. September 1983



JESUS WIRD AUF DER SCHAUKEL VERHÖRT

Ernst Degasperi
Wien, 23. XII. 1984



Ernst Degasperi
Wien 1. XII. 1984

WINFRIED R. GARSCHA

EIN VERSUCH ZUR VEREINIGUNG VON REVOLUTIONÄREN
SOZIALISTEN (RS) UND KOMMUNISTEN (KPÖ) IN DER
STEIERMARK IM AUGUST 1938

Trotz tiefgehender Differenzen über die Frage der Wiederherstellung der österreichischen Unabhängigkeit¹ beschlossen die Exilleitungen der Revolutionären Sozialisten und der KPÖ auch nach dem März 1938 noch eine ganze Reihe gemeinsamer Aufrufe: Zur NS-Volksabstimmung am 10. April², zur Krise, die Hitlerdeutschland im September rund um die Tschechoslowakei entfacht hatte³, sowie im März 1939 zum deutschen Einmarsch in Prag.⁴

Darüber hinaus initiierte die KPÖ die Koordinierung der illegalen Tätigkeit der beiden Parteien in Österreich; als Ziel wurde die Bildung einer einheitlichen Kampforganisation der österreichischen Arbeiterklasse angesehen. So forderte das Manifest des ZK der KPÖ vom Juli 1938 "Für Österreichs Freiheit und Unabhängigkeit"⁵ die Revolutionären Sozialisten zur Bildung einer Einheitspartei auf, was im übrigen nicht ohne Auswirkungen auf die gespaltene deutsche Arbeiterbewegung bleiben würde. Der "Totalität des Hitlerregimes" müsse die "Einheit der revolutionären Kräfte des Proletariats" gegenübergestellt werden.⁶

Im Lande selbst bemühte sich die Leitung der KPÖ im Sommer 1938 intensiv um Kontakte zu Sozialisten, unter ihnen dem ehemaligen niederösterreichischen SDAP-Landtagsabgeordneten Laurenz Genner.⁷ Auch der Leiter der Grazer KPÖ-Organisation, August Pirker, wurde bei seinem ersten Besuch in Maribor /Marburg am 1. November 1938 vom Leiter der dortigen Verbindungsstelle der Partei aufgefordert, besonders "zu den Revolutionären Sozialisten Österreichs

- 1 Zur Haltung der Revolutionären Sozialisten, die auf eine Revolution gegen Hitler im gesamten "Großdeutschen Reich" orientierten, siehe: Peter Pelinka, Erbe und Neubeginn. Die Revolutionären Sozialisten in Österreich 1934-1938 (=Materialien zur Arbeiterbewegung Nr. 20), Wien 1981, S. 251 f.; Rudolf G. Ardelt, Die Sozialdemokratie und der "Anschluß", in: "Anschluß" 1938. Eine Dokumentation, Hrsg. DÖW, Wien 1988, S. 60-68. - Zur Haltung der KPÖ, die weiterhin eine Volksfront aller Antihitlerkräfte zur Wiederherstellung der österreichischen Unabhängigkeit anstrebte, siehe: Die Kommunistische Partei Österreichs. Beiträge zu ihrer Geschichte und Politik, Wien 1987, S. 272 f., 287 f.; Herbert Steiner, Die Kommunistische Partei Österreichs und die nationale Frage, in: "Anschluß" 1938, a. a. O., S. 77-84. - Die entsprechenden Dokumente sind abgedruckt in: Ebenda, S. 350-356.
- 2 "Anschluß" 1938, a. a. O., S. 465 f.
- 3 Widerstand und Verfolgung in Wien. Eine Dokumentation, Hrsg. DÖW, 2. Aufl., Wien 1984, Bd. 2, S. 30; siehe auch S. 231.
- 4 Ebenda, S. 33 ff.
- 5 Die nationale Frage und Österreichs Kampf um seine Unabhängigkeit. Ein Sammelband, Paris 1939, S. 214-236 (Tarnbroschüre unter dem Titel "Friedrich Schiller, Kleine historische Aufsätze. Gräfers Sammlung von Textausgaben deutscher Klassiker, Heft 8/9, DÖW 1082); die Resolution wurde auch separat als Tarnbroschüre verbreitet: "Worte des Führers" (Siehe Urteil des VGH gegen Hermine Sagneister, 10. 4. 1940, DÖW 481).
- 6 Zit. nach: Die nationale Frage und Österreichs Kampf um seine Unabhängigkeit, Paris 1939, S. 228.
- 7 Urteil des OLG Wien gegen Laurenz Genner wegen Vergehens gegen § 139 StGB (Nichtanzeige drohender Verbrechen), Widerstand und Verfolgung in Wien, a. a. O., Bd. 2, S. 15 f.

Beziehungen anzuknüpfen und mit ihnen eine Einheitsfront zu bilden"⁸, wobei Pirker ausdrücklich auf den im folgenden abgedruckten "Plattformentwurf" hingewiesen wurde.

Jugendliche Revolutionäre Sozialisten konnten vereinzelt auch nach der Verhaftung der RS-Leitung unter Frieda Nödl und Karl Holoubek⁹ und nach der Zerschlagung der RS-Studentenorganisation¹⁰ Gruppen aufbauen. Verschiedenenorts arbeiteten sie mit den jungen Kommunisten zusammen. Ein gemeinsames Anliegen war vor allem die Solidarität mit der bedrängten spanischen Republik im Kampf gegen die faschistischen Putschgenerale. So meldete die Gestapo Wien in ihrem Tagesrapport vom 8.-10. Oktober 1938 im Zusammenhang mit der Verhaftung von zwei RSJ-Mitgliedern Zusammenkünfte sozialistischer und kommunistischer Jugendlicher in einer Höhle bei Ternitz in Niederösterreich, es seien "auch 81 Stück bolschewistischer Spendenmarken 'Es lebe die Internationale Brigade' /.../ gefunden und beschlagnahmt"¹¹ worden.

Die in Neunkirchen geschaffene Nachfolgeorganisation der RS-Jugend, die sich "Revolutionärer Jugendverband" nannte und bereits im Frühjahr 1938 über Stützpunkte in Grünbach und Puchberg am Schneeberg verfügte, bemühte sich intensiv, die KJVler in Ternitz zum Beitritt zu bewegen.¹²

Auf dem von der Kommunistischen Jugendinternationale mitvorbereiteten Weltjugendkongreß für den Frieden in Poughkeepsie bei New York war die Sozialistische Jugendinternationale als Beobachterin vertreten. Der vom Kongreß beschlossene "Vassar-Pakt"¹³ für die Verteidigung des Friedens wurde von den österreichischen Jungkommunisten als Aufforderung zum Zusammengehen mit den Sozialisten aufgefaßt: Durch seinen Züricher Verbindungsmann wurde Bruno Dubber, der damals den Wiederaufbau der KPÖ im Inland leitete¹⁴, von einem "Abkommen" zwischen Kommunistischer und Sozialistischer Jugendinternationale in Kenntnis gesetzt.¹⁵

Die organisatorische Entwicklung der beiden Parteien verlief nach dem März

- 8 Urteil des VGH gegen August Pirker, Johann Janeschitz und Nikolaus Wenky wegen Vorbereitung zum Hochverrat, 18. 3. 1940, DÖW 19.793/133.
- 9 Siehe: Anklageschrift des Oberreichsanwaltes beim VGH gegen Friederike Nödl und andere wegen Vorbereitung zum Hochverrat, 1. 4. 1939, in: Widerstand und Verfolgung in Wien, a. a. O., Bd. 2, S. 46-50.
- 10 Ebenda, S. 49. Siehe auch: Maria Sporrer/Herbert Steiner, Erwin Scharf - Zeitzeuge, Wien-München-Zürich 1986, S. 25 ff.; Erwin Scharf, Ich hab's gewagt mit Sinnen... Entscheidungen im antifaschistischen Widerstand - Erlebnisse in der politischen Konfrontation, Wien 1988, S. 36 ff.
- 11 Widerstand und Verfolgung in Niederösterreich. Eine Dokumentation, Hrsg. DÖW, Wien 1987, Bd. 2, S. 25.
- 12 Urteil des OLG Wien gegen Karl Bous aus Neunkirchen und andere wegen Vorbereitung zum Hochverrat, 27. 4. 1939, ebenda, S. 219.
- 13 Siehe: Horst Schumacher (Leiter des Autoren- und Redaktionskollektivs), Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung in Daten, Hrsg. Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED, Berlin 1986, S. 335.
- 14 Siehe: Herbert Steiner, Bruno Dubber, in: Aus der Vergangenheit der KPÖ, Wien 1961, S. 105-113; Willi Weinert, Bruno Dubber - zum 70. Geburtstag, in: Weg und Ziel, 38 (1980) 12, S. 151-154.
- 15 Urteil des VGH gegen Bruno Nikolaus Hermann Dubber aus Baden bei Wien wegen Vorbereitung zum Hochverrat, 13. Mai 1941, DÖW 1365 c.

1938 in entgegengesetzter Richtung. Während die RS-Führung die vorübergehende Stilllegung und später überhaupt die Auflösung der illegalen Gruppen im Lande anordnete¹⁶, unternahm das Zentralkomitee der KPÖ, das seinen Sitz in den ersten Monaten nach der Annexion noch in Prag hatte, große Anstrengungen zur Koordinierung des Wiederaufbaues der illegalen Organisationen. Bereits im Mai begann - nach "Abhängen" der jüdischen Genossen¹⁷ - diese Rekonstruktionsphase auf örtlicher Ebene, bis zum Sommer hatten sich Dutzende KPÖ-Gruppen von den Verhaftungen der ersten Wochen "erholt" und mit der Verbreitung von illegalem Propagandamaterial sowie dem Sammeln von Unterstützungsgeldern für die Familien Verhafteter begonnen. Die Vernetzung der Gesamtorganisation und ihre ideologische Ausrichtung auf die vom Zentralkomitee festgelegte politische Linie war Aufgabe zentraler Instruktoressen, unter denen in dieser frühen Phase vor allem drei hervorgehoben werden müssen: Willy Frank, der im April/Mai erste Fäden knüpfte (er fiel 1945 in den Reihen des 1. Österreichischen Freiheitsbataillons in Jugoslawien); Karl Zwifelhofer¹⁸, der von Mitte Juni bis zum September 1938 den Wiederaufbau der Organisation koordinierte (er fiel 1941 in die Hände der Gestapo, der es gelang, ihn zum Spitzel zu machen - nach der Befreiung 1945 kam er unter ungeklärten Umständen ums Leben); Bruno Dubber, der schon zur Zeit des deutschen Einmarsches führende Funktionen bekleidet, im April Österreich verlassen hatte und im Sommer 1938 von Baden bei Wien aus den weiteren Aufbau der illegalen Partei leitete (er wurde 1941 zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt und starb 1944 im Zuchthaus Bremen). Bei Dubbers Verhaftung im November 1938 konnte die Gestapo eine Reihe belastenden Materials sicherstellen, darunter den hier abgedruckten Plattformentwurf.

Maßgeblich für die politische Linie der KPÖ zu jener Zeit war die Resolution "Der Kampf für die Befreiung Österreichs von der Fremdherrschaft", die das Zentralkomitee auf seiner ersten Plenartagung nach der Annexion Anfang August 1938 in Prag beschloß.¹⁹ Für die Niederlage der patriotischen Kräfte am 11. März wurden in erster Linie "die reaktionären Kreise der österreichischen Bourgeoisie" verantwortlich gemacht, "welche durch ihre Politik der Unterdrückung des österreichischen Volkes dem Hitlerfaschismus den Weg" geebnet

16 Gustav Richter (=Joseph Buttinger), Die neuen Kampfbedingungen, in: Der sozialistische Kampf/La lutte socialiste, Nr. 3, 2. 7. 1938, S. 53 f.; siehe auch: Joseph Buttinger, Am Beispiel Österreichs. Ein geschichtlicher Beitrag zur Krise der sozialistischen Bewegung, Köln 1953, S. 538 und S. 543 f.

17 Zu den großen menschlichen Problemen, welche die durch die neuen Bedingungen erzwungene "Arisierung" der illegalen Organisationen mit sich brachte, siehe: Marie Tidl, Die Roten Studenten. Dokumente und Erinnerungen 1938-1945 (=Materialien zur Arbeiterbewegung Nr. 3), Wien 1976, S. 46 ff.

18 Auch: Zwifelhofer. Er selbst hat seine Verhörprotokolle mit "Zwifelhofer" unterschrieben: DÖW 994.

19 Abgedruckt in: Die nationale Frage und Österreichs Kampf um seine Unabhängigkeit, a. a. O., S. 237-252; als Tarnbroschüre in Österreich vertrieben unter dem Titel "Schmücke dein Heim", DÖW Bibliothek 4031a/2. Auszugsweise wiedergegeben in: "Anschluß" 1938, a. a. O., S. 354 ff. - 1000 Exemplare der Resolution wurden von der Gestapo bei einem Kurier beschlagnahmt, siehe: Tagesrapport der Gestapo Wien Nr. 11 (24. - 25. 11. 1938), in: Widerstand und Verfolgung in Wien, a. a. O., Bd. 2, S. 231.

hätten. Weitere Gründe für die Niederlage seien das Fortleben des großdeutschen Gedankens in der Sozialdemokratie, aber auch Fehler der KPÖ gewesen:

"Die Partei hat eine Zeitlang die Gefahr eines militärischen Überfalls und einer Besetzung Österreichs durch Hitlerdeutschland außer acht gelassen und bis zu den Ereignissen in Berchtesgaden die Möglichkeit eines Zusammengehens der Arbeiterbewegung mit Teilen des Schuschniggglagers und der Vaterländischen Front im Kampfe gegen diese Gefahr unterschätzt."²⁰

Ein Bündnis mit Teilen der Vaterländischen Front hätte "die Isolierung der faschistischen Kräfte im Regierungslager gefördert und die Kapitulationspolitik erschwert".²¹

Es ist bemerkenswert, daß der steirische Plattformentwurf diese Orientierung auf eine breitestmögliche Front aller Antihitlerkräfte über die Klassengrenzen hinweg ausdrücklich ablehnt, wenn er sich nicht nur allgemein gegen "jede Klassengemeinschaft mit der Bourgeoisie" ausspricht, sondern die künftige Einheitspartei auch hinsichtlich des antifaschistischen Kampfs ausdrücklich auf diese Haltung verpflichtet: Die Partei

"setzt der Blockpolitik/Koalitionspolitik mit den Parteien der Kapitalisten /.../ das Klassenbündnis zwischen Arbeitern, Bauern, werktätigen Mittelschichten und fortschrittlicher Intelligenz entgegen. Im werktätigen Volke sieht die Partei die Kraft, die befähigt ist, den Sturz des Faschismus herbeizuführen, und nicht in irgendeinem Bündnis mit irgendwelchen reaktionären Gruppen und Cliquen."

Bündnispolitische Zugeständnisse macht der Plattformentwurf nur, was die Herstellung einer internationalen Allianz gegen Hitlerdeutschland betrifft: Die revolutionäre Arbeiterbewegung müsse die "von Hitler bedrohten demokratischen Länder" unterstützen, im Falle des Krieges mit den faschistischen Mächten wurden auch klassenübergreifende Bündnisse für zulässig erachtet.

Der Plattformentwurf stellt in wesentlichen Fragen einen Kompromiß zwischen KP- und RS-Positionen dar: Die deutsche Okkupation wird (im Gegensatz zur damals üblichen RS-Diktion) als "die nationale Vergewaltigung des österreichischen Volkes" gebrandmarkt, doch die Forderung nach "Wiederherstellung des freien Selbstbestimmungsrechtes des österreichischen Volkes" wird mit dem Nachsatz "bis zur Lostrennung" versehen und nicht (wie in KP-Dokumenten) "Wiederherstellung der österreichischen Unabhängigkeit" genannt. An die Stelle der RS-Losung der gesamtdeutschen Revolution tritt die Formulierung, der österreichische Unabhängigkeitskampf stärke "auch am besten die antihitlerischen Kräfte im III. Reich und fördert gerade dadurch im entscheidenden Maße die Revolution in Deutschland selbst". Direkt gegen Vorstellungen, die besonders unter Sozialisten weit verbreitet waren, wandte sich der Plattformentwurf mit seiner Warnung "vor der Illusion, daß im Verlauf des Krieges", den das NS-Regime früher oder später vom Zaun brechen werde, "der Faschismus zusammenbricht". Im Gegenteil: "In der Erhaltung des Friedens liegen die wesent-

20 "Anschluß" 1938, a. a. O., S. 356.

21 Die nationale Frage und Österreichs Kampf um seine Unabhängigkeit, a. a. O., S. 242.

lichen Elemente des Zusammenbruchs und Vernichtung des Faschismus." Das war im wesentlichen die damalige Haltung der Kommunistischen Internationale.

Interessant ist die Stellungnahme zentraler Funktionäre der KPÖ zu diesem Plattformentwurf. Bruno Dubber hat sich in der Hauptverhandlung ausdrücklich "zu seinem Inhalt bekannt".²² August Pirker hingegen bezeichnete dem Volksgerichtshof gegenüber den Plattformentwurf als "die Privatarbeit eines illegalen Revolutionären Sozialisten". Er distanzierte sich davon, "weil darin zum Kampf für ein selbständiges Österreich aufgerufen wurde".²³ Ob Pirker die vom Gericht hervorgehobene positive Haltung zum "Anschluß" aus Überzeugung vorgebracht hat oder in der Hoffnung auf ein milderes Urteil, ist nicht mehr festzustellen. Die aus dieser persönlichen Stellungnahme abgeleitete Verdrehung der Haltung von RS und KP zur Frage der österreichischen Unabhängigkeit in der Urteilsbegründung hat ihren Grund möglicherweise im Versuch des Gerichts, auch Pirkers revolutionäre Tätigkeit vor 1938 als ein gegen das nationalsozialistische Deutschland gerichtetes Verbrechen hinzustellen: Es sei klar, "daß das Reich in dem benachbarten Bruderland Österreich keinesfalls eine Sowjetherrschaft dulden würde. Der Kampf /.../ mußte also /.../ zugleich darauf gerichtet sein, dem Kommunismus auch im Reich zum Sieg zu verhelfen", wobei "auch von Bedeutung" sei, "daß er nach seinen Angaben immer den Anschluß Österreichs an das Reich gewünscht hat".²⁴

Die einzige, bisher bekannte vollständige Fassung des Plattformentwurfs ist im VGH-Urteil gegen Bruno Dubber vom 13. Mai 1941 enthalten. Das Exemplar Nr. 4 der vom Volksgerichtshof ausgegebenen hektografierten Abschriften des Urteils liegt im Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW 1365 c). Der Plattformentwurf bildet einen eigenen Punkt der Urteilsbegründung und ist auf den Seiten 13 bis 17 des Akts wiedergegeben. Er wird hiemit zum erstenmal vollinhaltlich publiziert.

²² Urteil des VGH gegen Bruno Dubber, a. a. O.

²³ Urteil des VGH gegen August Pirker u. a., a. a. O.

²⁴ Ebenda.

Abschrift.
7 J 70/40
2 H 42/41.

Im Namen des Deutschen Volkes

In der Strafsache gegen
den Metallarbeiter Bruno Nikolaus Hermann Dubber aus
Baden bei Wien, Welzergasse 11a, geboren am 11. November 1910
in Hamburg, zur Zeit in dieser Sache in gerichtlicher Unter-
suchungshaft,
wegen Vorbereitung zum Hochverrat
hat der Volksgerichtshof, 2. Senat in der Sitzung vom 13. Mai
1941 auf Grund der Hauptverhandlung vom 12. und 13. Mai 1941, an
welcher teilgenommen haben

als Richter:

Präsident des Volksgerichtshofs Ern

IV.

Der Plattform - Entwurf.

Der unter Ziffer III b besprochene Plattform-Entwurf hatte nachstehenden Wortlaut:

"Im Geiste der Worte des Vorsitzenden der Sozialistischen Arbeiter-Internationale Gen. Broukère "Einheit oder Untergang", der Erklärung des Generalsekretärs der Kommunistischen Internationale Gen. Di-

mi-

1365c



- 14 -

mitroff von der Notwendigkeit der Einheit des Proletariats und sich stützend auf den Willen der revolutionären Arbeiter von Steiermark, erkennen die Vertretenden beider Organisationen KP. und RS. Steiermarks in der politischen und organisatorischen Einheit der Arbeiterklasse eine der wichtigsten Voraussetzungen für den Sieg über den Faschismus und den erfolgreichen Kampf zur Verhinderung des Krieges, sowie der endgültigen Befreiung der Menschheit von der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, was Rettung vor dem drohenden Untergang bedeutet.

Eine einheitliche Partei beseitigt die Doppelgeleisigkeit in der Führung der Arbeiterschaft, die, solange sie vorhanden ist, die Verstärkung und Führung des einheitlichen Kampfes für Arbeit und Brot, für Freiheit und Frieden, für Wohlstand und eine bessere Zukunft erschwert. Eine einheitliche revolutionäre proletarische Partei wird aber auch eine mächtige Anziehungskraft auf die Verbündeten der Arbeiterklasse, auf die Bauern, die Mittelschichten und das ganze werktätige Volk ausüben. Die Bildung einer einheitlichen revolutionären Arbeiterpartei ist nicht zuletzt auch eine der entscheidendsten Lehren, die die steirischen Arbeiter aus ihrem bisherigen Kampf gegen den Faschismus gezogen haben. Ausgehend von der Überzeugung, daß eine solche einheitliche konsequent revolutionäre Arbeiterpartei dem Freiheitskampf der österreichischen Arbeiterklasse und der antifaschistischen Volksschichten größte Stoßkraft und vielmehr Schwung verleihen würde, haben sich die Vertreter der steirischen Revolution gern /geeignet/, um allen klassenbewußten antifaschistischen Arbeitern zu empfehlen, in der Steiermark sofort mit dem Aufbau der einheitlichen revolutionären Arbeiterpartei zu beginnen und damit der unseligen gefährlichen die Arbeiterschaft zermürbenden Spaltung ein Ende zu setzen. Sie sind überzeugt, daß dieser Schritt nach vorwärts bei den Arbeitern und bei den Antifaschisten in ganz Österreich freudige Zustimmung und rascheste Nachahmung finden wird.

Die politische und organisatorische Einheit der steirischen Arbeiter soll auf folgender Grundlage geschaffen werden.

1. Das Endziel ist die kommunistische Gesellschaftsordnung, in der auf Grund des gesellschaftlichen Eigentums jeder Mensch nach seinen Bedürfnissen leben kann. Der Weg zur Erreichung dieses Endzieles ist der revolutionäre Sturz der Herrschaft der Kapitalistenklasse und die Aufrichtung der Diktatur des Proletariats.

2.

- 15 -

2. Die Partei lehnt jede Klassengemeinschaft mit der Bourgeoisie, wie auch die sogenannte faschistische " Volksgemeinschaft " im Krieg wie im Frieden ab. Sie setzt der Blockpolitik / Koalitionspolitik mit den Parteien der Kapitalisten und Volksausbeuter die Politik der Volksfront, das Klassenbündnis zwischen Arbeitern, Bauern, werktätigen Mittelschichten und fortschrittlicher Intelligenz entgegen. Im werktätigen Volke sieht die Partei die Kraft, die befähigt ist, den Sturz des Faschismus herbeizuführen und nicht in irgendeinem Bündnis mit irgendwelchen reaktionären Gruppen und Cliquen.

3. Die Partei führt einen konsequenten Kampf gegen den imperialistischen Krieg, für die Erhaltung des Friedens. Sollte es dennoch zum faschistischen Raubkrieg kommen, dann tritt die Partei mit allen Mitteln für die Niederlage Hitlers ein. Sie kämpft für die Wiederherstellung des freien Selbstbestimmungsrechtes des österreichischen Volkes bis zur Lostrennung, sie unterstützt die von Hitler bedrohten demokratischen Länder, sie stellt sich vorbehaltlos auf die Seite der S.U. Die Partei kämpft gegen die Auffassung, daß der Faschismus nur durch den Krieg zerschlagen werden kann und warnt vor der Illusion, daß im Verlauf des Krieges ohne vorherigen täglichen mühsamen und konsequenten Kampf für die Erhaltung des Friedens der Faschismus zusammenbricht. Die Partei lehnt die defaitistische Einstellung, daß der Krieg nicht verhindert werden kann, ab; sie ist überzeugt, daß durch die Vereinigung der Arbeiterparteien in den zum Kriege treibenden faschistischen Ländern selbst, durch die Mobilisierung der Massen für den Frieden und Freiheit in allen Ländern der Krieg verhindert werden kann. In der Erhaltung des Friedens liegen die wesentlichen Elemente des Zusammenbruchs und Vernichtung des Faschismus.

4. Die Partei bekennt sich rückhaltslos zur Sowjetunion, dem Bollwerk der internationalen Arbeiterklasse, zu dem Lande, wo der Sozialismus gesiegt hat und Triumphe feiert, und das den festen Hort gegen den Faschismus darstellt. Jede Verleumdung und Herabsetzung der S.U., unter welcher Maske immer sie betrieben wird, bedeutet eine aktive Zersetzungsarbeit innerhalb der Arbeiterschaft im Dienst des Faschismus. Die Partei warnt die Arbeiter vor den bewußten und unbewußten Agenten des Faschismus, sie warnt besonders vor dem Trozkismus, der sich in allen Ländern zu einem Vortrupp des räuberischen, blutgierigen Faschismus entwickelt hat.

5.

1365c

- 16 -

5. Österreich wurde am 11. März 1938 von Hitler gewaltsam annektiert. Die Okkupation bedeutet die vollkommene Versklavung und Entrechtung der Arbeiter und die nationale Vergewaltigung des österreichischen Volkes, sie brachte die drückende Fremdherrschaft. Der Kampf gegen diese Fremdherrschaft und für die Aufhebung der Annexion ist in Österreich der Kampf für das freie Selbstbestimmungsrecht des Volkes. Durch diesen Kampf stärkt Österreich auch am besten die antihitlerischen Kräfte im III. Reich und fördert gerade dadurch in entscheidendem Maße die Revolution in Deutschland selbst. Die Partei sammelt deshalb alle die von Hitler unterdrückten und geknechteten Arbeiter, Bauern, Mittelständler, Intelligenzler für diesen Kampf, sie wendet sich an alle Sozialisten, Kommunisten und kath. Werktätigen sowie an die bereits vom nationalsozialistischen Staat enttäuschten Nationalsozialisten und mobilisiert und organisiert zum Kampf für die Durchsetzung dieser Ziele.

6. Die Partei sieht ihre Hauptaufgabe im täglichen Kampf gegen die Antreiberei in den Betrieben, gegen Lohnraub und Verteuerung der Lebenshaltung, gegen die Verschikung von Österreichern wie Kolonialsklaven ins III. Reich, gegen die Ersatzwirtschaft und den Mangel an dem zum Leben Notwendigen, gegen die neuen Steuerlasten, gegen das Zugrunderrücken der Gewerbetreibenden, gegen die Zwangswirtschaft in der Landwirtschaft, die besonders die kleinen und mittleren Bauern trifft, gegen die unerhörte Kriegsrüstung, die das Land ruiniert, gegen die gewalttätige nationale, politische und wirtschaftliche Unterdrückung und den blutigen Terror, die die Fronvögte Hitlers gegen Österreich und sein Volk anwenden.

7. Die im Land herrschenden Bedingungen machen es notwendig, daß die Kampfformen der Arbeiter und ihrer Partei den gegebenen Verhältnissen angepasst werden. Deshalb hält die Partei es für notwendig, die Hauptarbeit in die bestehenden Massenorganisationen zu verlegen. Der Verzicht einer Einflussnahme auf die in den faschistischen Massenorganisationen zusammengewängten Mitgliedermassen wäre eine gefährliche Isolierung der revolutionären Bewegung von diesen und würde den braunen Machthabern nur die Durchsetzung ihrer Ziele erleichtern. Wir arbeiten in den faschistischen Massenorganisationen zu dem Zweck, die Mitglieder dieser Organisationen gegen die faschistischen Bedrücker zu mobilisieren.

8.

- 17 -

8. Der Aufbau der einheitlichen revolutionären Partei erfolgt auf der Grundlage des demokratischen Zentralismus, der die Einheit des Willens in der Aktion gewährleistet.

9. Die Partei erklärt ihre Bereitschaft bis zur Klärung und Entscheidung über die österreichische Einheitspartei des revolutionären Proletariates in das EK. der RS. und der KPÖ. ihre Vertreter zu entsenden. Die Frage der Internationale kann zu einem späteren Zeitpunkt geklärt werden.

10. Die Zeitung der steirischen Einheitspartei ist der Arbeiterwille. Bis zur Annahme dieser Plattform und Durchführung der organisatorischen Einheit der Parteien halten es beide für notwendig, schon jetzt eine feste und ehrliche Aktionsgemeinschaft zu schließen im Kampfe für die konkreten Tagesaufgaben und Ziele, die in dieser Plattform enthalten sind."

V.

Einlassung des Angeklagten und Beweiswürdigung.

Der Vertreter des Oberreichsanwalts in der Hauptverhandlung hat die Anklage nur in dem Umfange aufrechterhalten, welcher den tatsächlichen Feststellungen unter III entspricht. Insbesondere hat er die Anschuldigung fallen lassen, daß Dubber Leiter der KPÖ. gewesen sei. Der Angeklagte selbst hat zu diesem Punkte folgendes erklärt. Generalsekretär der KPÖ. sei vor dem Anschluß der Ostmark Koplenig gewesen; er habe dieses Amt beibehalten und nach dem Anschluß vom Auslande her weiter verwaltet. Einen Leiter der KPÖ. gäbe es nicht; die Landesleitung liege in mehreren Händen. Diese letztere Anführung ist nicht zu widerlegen und hat sogar eine gewisse innere Wahrscheinlichkeit für sich, da die KP. im allgemeinen mehrgliedrige Köpfe bevorsugt. Auch die Anschuldigung des Zersetzungs Hochverrats im Sinne des § 83 Abs. 3 Ziff. 2 StGB. hat der Vertreter des Oberreichsanwalts nicht aufrechterhalten, da die Hauptverhandlung eine tatsächliche Grundlage dafür nicht geliefert hat.

Im übrigen hat der Angeklagte lediglich zugegeben, daß er

Funk-

13652

HANS SCHAFRANEK

ÖSTERREICHISCHE SPANIENKÄMPFER IN DEN GEFÄNGNISSEN UND KONZENTRATIONSLAGERN DES FRANCO-REGIMES

Die individuellen und kollektiven Schicksale jener 800-900 Interbrigadisten (einschließlich der internationalen Kombattanten in regulären Einheiten der republikanischen Volksarmee), die im Verlaufe des Bürgerkrieges von den Franco-Truppen bzw. ihren Verbündeten gefangengenommen wurden und Haft sowie Internierung überlebten¹, sind von der historischen Forschung in recht unterschiedlichem Ausmaß aufgegriffen und analysiert worden. Die gründlichste und materialreichste Untersuchung liegt über die entsprechende Gruppe der amerikanischen Freiwilligen vor², und auch über die gefangenen Engländer sind wir relativ gut informiert.³

Hingegen ist dieser Aspekt in Hinblick auf österreichische oder deutsche Freiwillige in der wissenschaftlichen Literatur bislang nur am Rande gestreift worden⁴, ergänzt durch einige wenige Erlebnisberichte in Erinnerungsbänden ehemaliger Interbrigadisten.⁵

Bis Sommer 1937 dürften Interbrigadisten, wenn sie faschistischen Verbänden in die Hand fielen, mit wenigen Ausnahmen⁶ an Ort und Stelle erschossen oder erschlagen worden sein. Daß es sich dabei nicht um Exzesse einzelner Truppenteile handelte, sondern um eine von der militärischen Führung gezielt eingeschlagene Vernichtungsstrategie, enthüllte Franco in bemerkenswerter Offenheit, als er am 9. März 1937 eine Proklamation veröffentlichte, worin er allen mit der Waffe in der Hand angetroffenen Ausländern auf republikanischer Seite den Tod durch Erschießen androhte. Das britische Außenministerium sandte daraufhin eine Note an Franco und kündigte "the strongest possible reaction on the part of H.M. Government" an, falls die Bestimmungen der Genfer Konvention von 1929 bei der Behandlung britischer Kriegsgefangener mißachtet würden.⁷

1 Die Betonung liegt hier deshalb auf überlebenden Spanienkämpfern, weil über die bei der Gefangennahme oder unmittelbar danach getöteten Interbrigadisten keine verlässlichen Zahlenangaben möglich sind - mit Ausnahme der amerikanischen Freiwilligen.

2 Carl Geiser, *Prisoners of the Good Fight. Americans against Franco Fascism*, Westport 1986; Cecil Eby, *Between the Bullet and the Lie. American Volunteers in the Spanish Civil War*, New York-Chicago-San Francisco 1969, S. 250, 265.

3 Bill Alexander, *British Volunteers for Liberty; Spain 1936-1939*, London 1986, S. 183, 195.

4 Hans Landauer, *Weg und Blutzoll der österreichischen Spanienkämpfer in den Jahren 1939-1945*, in: DÖW, *Jahrbuch 1988*, S. 157; Patrik von zur Mühlen, *Spanien war ihre Hoffnung. Die deutsche Linke im Spanischen Bürgerkrieg 1936 bis 1939*, Berlin-Bonn 1985, S. 302 f.

5 Österreicher im Spanischen Bürgerkrieg. Interbrigadisten berichten über ihre Erlebnisse 1936 bis 1945, Wien 1986, S. 201-205; *Spanien 1936 bis 1939. Erinnerungen von Interbrigadisten aus der BRD*. Herausgegeben und eingeleitet von Max Schäfer, Frankfurt 1976, S. 259-264; *Brigada Internacional ist unser Ehrenname... Erlebnisse ehemaliger deutscher Spanienkämpfer*. Ausgewählt und eingeleitet von Hanns Maaßen, Bd. 2, Berlin/DDR 1974, S. 207 ff.

6 Siehe die Broschüre "Sur la situation des prisonniers en Espagne. Document N° 2. 27 Fevrier 1939", Hrsg. Comité de Secours aux Prisonniers de la Guerre d'Espagne, Liste von 250 ausländischen Gefangenen aus 19 Ländern (Stand: 14. 2. 1939).

7 Vgl. Geiser, *Prisoners*, S. 16.

Die grundsätzlichen Richtlinien der Republik gegenüber der franquistischen Armee sowie den deutschen und italienischen Interventionstruppen unterstrichen hingegen die Bereitschaft, das Leben feindlicher Gefangener zu schonen. So wurde in einem von Präsident Azana und Ministerpräsident Largo Caballero am 11. April 1937 unterzeichneten Dekret unter anderem festgehalten:

"Article 1. That the lives of the insurgent combattants, whether Spaniards or foreigners, shall be respected and they will be delivered without loss of time to the competent authorities, it being forbidden to bring them to trial without previous decision of the Council of Ministers."⁸

Diese unterschiedliche Haltung war wohl nicht in erster Linie von humanitären Erwägungen diktiert, sondern trug eher dem Umstand Rechnung, daß trotz der Eindämmung bzw. Zerschlagung der sozialrevolutionären Ansätze im republikanischen Lager und der sukzessiven Umwandlung des revolutionären Bürgerkrieges in einen "konventionellen" Krieg zumindest punktuell der Aspekt einer beabsichtigten ideologischen Zersetzung des militärischen Gegners praktische Bedeutung erlangte. Dies manifestierte sich z. B. im "Propagandakrieg", den die italienischen Interbrigadisten des "Garibaldi-Bataillons" während einer kurzen Phase der Schlacht um Guadalajara (März 1937) entfachten, indem sie die gegenüberliegenden italienischen Legionäre mittels Lautsprecherwagen, Flugblättern etc. nicht ganz erfolglos zur Desertion aufforderten und immer wieder an die "Klasseninstinkte" der "proletarischen Brüder" auf der anderen Seite appellierten.⁹

Soweit sich aus einer Reihe von Befragungen mit österreichischen Spanienkämpfern ersehen läßt, erhielten die Interbrigadisten von ihren Offizieren keine speziellen Anweisungen, wie sie sich im Falle einer Gefangennahme zu verhalten hätten. Anders war die Situation bei denjenigen Internationalen, die in Spezialeinheiten der spanischen Armee zu Aufgaben herangezogen wurden, bei deren Mißlingen man unter keinen Umständen mit Pardon rechnen konnte, etwa in Partisaneneinsätzen. Der aus Gmunden gebürtige Matthias Hitzberger, der mit einer solchen Gruppe im Hinterland des Gegners agierte¹⁰, berichtete darüber:

"Jeder in unseren besonderen Einsatzabteilungen hatte den Eid geschworen, sich nicht gefangennehmen zu lassen. Auch in diesem Fall konnten wir feststellen, daß es in 99 von hundert Fällen von den Kameraden auch so gehalten wurde. Jeder Partisan hatte neben der üblichen Bewaffnung auch noch die sogenannte persönliche Waffe, eine Pistole für den letzten Aus-

8 Ebenda.

9 Vgl. Pierre Broué/Emile Témime, *Revolution und Krieg in Spanien. Geschichte des spanischen Bürgerkrieges*, Bd. 1, Frankfurt 1975, S. 319-323; Hugh Thomas, *Der spanische Bürgerkrieg*, Berlin-Darmstadt-Wien 1964, S. 300; Willi Bredel, *Spanienkrieg. Zur Geschichte der 11. Internationalen Brigade*, Bd. 1, Berlin-Weimar 1977, S. 264-293; Albert Utiger, *Die internationalen Brigaden im spanischen Bürgerkrieg 1936-1939*, unveröff. Lizentiatarbeit, Zürich 1980, S. 154-170.

10 Diese Partisanengruppe operierte nicht ständig im faschistischen Hinterland, sondern jeweils nur zur Durchführung spezieller Aufgaben (Aufklärungs- und Nachrichtendienste, Zerstörung von Brücken und Straßen an militärisch wichtigen Verkehrspunkten, Unterbrechung von Bahnlagen usw.).

weg. Hatten wir doch selbst gesehen, was der Feind mit denjenigen von uns jeweils gemacht hat, die ihm lebend in die Hände gefallen waren: Nach grauenhaften Folterungen wurden ihnen die Köpfe abgeschnitten und diese an öffentlichen Plätzen oder vor Stadttoren zur Schau gestellt.¹¹

Die Zahl der in Gefangenschaft geratenen und anschließend getöteten Österreicher läßt sich beim derzeitigen Stand der Quellenforschung nicht feststellen (und wird vielleicht auch nie feststellbar sein).

Immerhin verfügen wir über einige Hinweise auf derlei Kriegsverbrechen: Am 8. Juli 1937, d. h. in der Anfangsphase der republikanischen Brunete-Offensive, geriet beim Sturm auf Romanillos ein Zug der überwiegend aus Österreichern zusammengesetzten MG-Kompanie des "Tschapajew"-Bataillons in einen Hinterhalt der gefürchteten "Moros" (marokkanische Söldner) und konnte sich nicht mehr verteidigen. Sieben Soldaten dieses Zuges, darunter einige Österreicher, fielen den Faschisten lebend in die Hände. Sechs davon wurden später entsetzlich verstümmelt aufgefunden. Die "Moros" hatten sie kastriert, ihnen die Augen ausgestochen und die Gliedmaßen abgehackt. Einige waren mit Benzin übergossen und dann angezündet worden.¹²

Am 9. März 1938 eröffnete Franco mit vier spanischen Armeekorps, unterstützt von einem italienischen Armeekorps und der "Legion Condor", eine Großoffensive in Aragón, der ein vernichtendes Artillerie- und Luftbombardement vorausging. Unter den zahlreichen Internationalen, die seit den ersten Tagen dieser Offensive verschollen sind, befanden sich auch zehn Österreicher (Franz Schweiger, Karl Harand, Adolf Halla, Ferry Horvath, Karl Rehsler u.a.).¹³ Zumindest zwei davon, beide Offiziere, die am 12. März beim Rückzug um Alcañiz zusammen mit einem überlebenden Spanienkämpfer in Gefangenschaft gerieten, dürften mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit liquidiert worden sein: Mannschaften und Offiziere wurden vorläufig in einer Kirche eingesperrt; nach einigen Stunden wurden alle 11 Offiziere herausgeholt; trotz intensiver Nachforschungen meines Gewährsmannes konnte dieser nichts mehr über seine zwei Landsleute eruieren, die auch in keinem Gefangenenlager auftauchten.¹⁴

Oswald Mathias, der im April 1937 mit seinem Freund Josef Kraxner von Graz nach Spanien fuhr, kam an die Cordoba-Front, wo er nach kurzer Zeit spurlos verschwand.¹⁵

Ungeklärt ist auch das Schicksal der Österreicherin Sofia Mach. Sie verließ Wien im Jahre 1924 und wanderte mit ihrem Mann nach Argentinien aus. 1932 ließen sich beide in der Sowjetunion nieder. Sie arbeitete als Verkäuferin in einem Möbelgeschäft. Mit ihrem Mann überwarf sie sich vollständig, da sie im Gegensatz zu ihm keinerlei Interesse für Politik aufbrachte. Sie war deshalb auch bereit, im Ausland ihre Spanischkenntnisse für eine sechsmonatige Arbeit

11 Matthias Hitzberger, 'Wir kämpften im Hinterland Francos', in: Österreicher, S. 178.

12 Interview Laurenz Hiebl, Wien, Teil (T) 3, S. 36 f.

13 Hans Landauer, Der Blutzoll der Österreicher in der spanischen Volksarmee, in: DÖW, Jahrbuch 1987, S. 98.

14 Interview Josef Hochauer, Wien, T 2, S. 8 f.

15 Interview Josef Kraxner, Wien, T 2.

einzusetzen, die ihr unter reichlich mysteriösen Umständen am 22. Dezember 1936 in Moskau von einem gewissen Abranowitsch angeboten worden war. Ohne recht zu wissen, was man mit ihr vorhatte, fuhr sie nach Sebastopol und verließ mit dem Dampfer "Mar Blanca" am 4. Februar 1937 die Sowjetunion. Nach zehn Tagen erreichte sie die spanische Hafenstadt Cartagena und wurde anschließend nach Albacete gebracht, wo man sie einem "Kommandanten Nello", der eine spanische Brigade führte, jedoch nur über Russischkenntnisse verfügte, als Übersetzerin zuteilte. In dieser Funktion war sie auch bei den Stabsbesprechungen zugegen, die Oberstleutnant Lister vor und während der Brunete-Offensive abhielt. Zu Beginn der nationalistischen Gegenoffensive verlor sie aufgrund des allgemeinen Chaos den "Kommandanten Nello" aus den Augen und wurde am 24. Juli 1937 gefangenengenommen.¹⁶

Sofia Mach wurde im Gefängnis von Talavera de la Reina inhaftiert und am 30. September 1937 zum Tod verurteilt. Das Urteil wurde einige Monate später in eine Haftstrafe umgewandelt. Sofia Machs Spur verliert sich 1938 im Frauengefängnis von Saturrarán Mohico, das in der baskischen Provinz Guipuzcoa liegt.¹⁷

Für den aus Gösting stammenden Fritz Riegler dauerte der Fronteinsatz nur wenige Tage. Der 17jährige Steirer war nach einer kurzen militärischen Ausbildung in Madrigueras der MG-Kompanie des "Tschapajew"-Bataillons (XIII. Brigade) zugeteilt worden und erhielt im Juli 1937 bei Villanueva de la Cañada seine Feuertaufe. Als er sich, um für die Einheit Proviant zu fassen, von dieser entfernte, standen plötzlich mit schußbereiten Gewehren "Moros" vor ihm, die ihn zu einem spanischen Offizier führten. Er hörte immer wieder ein erstauntes "rubio, rubio!" und mußte es sich gefallen lassen, daß ihm die blonden Haare büschelweise ausgerissen wurden. Die erste Station einer langjährigen Gefangenschaft begann mit einem einwöchigen Gefängnisaufenthalt in Toledo. Ein Jugoslawe und ein Franzose, die bei der gleichen Gelegenheit gefaßt worden waren, teilten mit ihm die Zelle, bis man die drei nach Talavera de la Reina brachte, wo bereits 14 Interbrigadisten (unter ihnen Lou Ornitz, der erste überlebende amerikanische Gefangene) und hunderte Spanier in einer leerstehenden, vorübergehend zu einem Gefängnis umfunktionierten Fabrikhalle untergebracht waren. Hier hatten Fritz Riegler und seine Genossen ein unvergeßliches Erlebnis: Im Hof wurde ein provisorischer Altar errichtet, und man zwang die Spanier, an der Messe teilzunehmen. Als die Reihe auch an die Internationalen kam, weigerten sich diese zunächst, ließen sich aber schließlich doch dazu bewegen, um Repressalien zu vermeiden. Sie konnten sich aber nicht vorstellen, daß man sie auch zwingen würde niederzuknien. Als sie aus Protest in stehender Haltung verharren, eilte sofort die Guardia Civil herbei und

16 DÖW E 19.711, Dossier Sofia Mach: Undatiertes Verhörprotokoll (Unter der Signatur E 19.711 befinden sich im DÖW über 1000 alphabetisch geordnete Dossiers österreichischer Spanienkämpfer. Diese Sammlung wurde von Hans Landauer erstellt, dem für die uneingeschränkte Benutzungsmöglichkeit dieser Kollektion besonders gedankt sei.)

17 DÖW E 19.711, Dossier Sofia Mach: Telegramm "Comandante Militar" von Talavera an den "Coronel Inspector Campos de Concentración Prisioneros" in Burgos; 30. 9. 1937; Undatiertes Schriftstück (1938) betr. Sofia Machs Gefängnisaufenthalt in Saturrarán Mohico.

knüppelte sie mit Ochsenziemern brutal nieder.

In der zweiten Septemberhälfte 1937 verlegte man einen Teil der Insassen nach Trujillo (Provinz Caceres). Manchen mochte das als Unterkunft dienende Areal - die Stierkampfarena - schon beim Betreten Entsetzen eingeflößt haben: Nach der Einnahme von Badajoz (14. August 1936) hatten die faschistischen Truppen ein tagelanges Gemetzel unter der Zivilbevölkerung veranstaltet; tausende Republikaner wurden in der Stierkampfarena von MG-Salven niedergemäht, was sich in anderen Orten wiederholte - die Publizität, die diese Massaker weltweit erlebten, ließ fortan die spanischen Arenen häufig in der Assoziation mit Massenmord erscheinen.

In Trujillo herrschte für Interbrigadisten, die wie die Spanier Monate in den finsternen Ställen zubringen mußten, eine fast totale Kommunikationssperre. Die medizinische Versorgung war gleich Null. Ein Arzt inspizierte einmal die Arena. Auf den Zustand des schwerkranken Deutschen Albert Winter aufmerksam gemacht, stieß er diesen mit dem Fuß und meinte, es sei besser, wenn er sterbe. Wochenlang von Malaria-Anfällen geschüttelt, wurde Fritz Riegler von seinen Kameraden betreut, soweit dies unter den gegebenen Umständen möglich war.

Im Jänner 1938 kam ein Teil der ausländischen Gefangenen überraschend nach Santander. Die weite Reise an den Golf von Biskaya diente wahrscheinlich der Vorbereitung eines Gefangenen austauschs, der jedoch nie zustande kam. Die drei am Meer gelegenen, solide gebauten Baracken waren zwar ebenso überfüllt wie die vorherigen "Quartiere", aber Riegler und seine Gefährten genossen einen seit Juli 1937 nicht mehr gekannten "Luxus": Zum erstenmal konnten sie sich wieder waschen.¹⁸

Die summarischen Erschießungen internationaler Kombattanten wurden ab Sommer 1937 seltener, hörten aber nie ganz auf. Anfang April, während der zweiten Phase der Aragón-Offensive, ordnete Franco an, Internationale am Leben zu belassen.¹⁹

Diese zum Teil geänderte Haltung entsprang aber aller Wahrscheinlichkeit nach nicht den Drohungen der Westmächte, die im übrigen folgenlos blieben, sondern einer Kombination von Faktoren, die zu unterschiedlichen Zeiten größere oder geringere Wirksamkeit erlangten:

1) Franco stand unter einem starken Druck Mussolinis, der nach der Gefangennahme zahlreicher "Schwarzhemden" (während der Guadalajara-Schlacht und bei anderen Gefechten) darauf drängte, diese gegen Mitglieder der Internationalen Brigaden auszutauschen.

2) Ebenfalls im April 1938 verkündete Franco, der Krieg sei gewonnen. Das war eine reichlich prahlerische und voreilige Meldung, die durch fast ein Jahr erbitterten Widerstandes Lügen gestraft wurde. Dennoch bedeutete der Zusammenbruch der aragonesischen Front für die Republik eine militärische und politische Katastrophe. Am 15. April 1938 erreichte die 4. navarrische Division

18 Interview Fritz Riegler, Graz. - Über die anderen Interbrigadisten in Talavera de la Reina, Trujillo und Santander informiert Geiser, Prisoners, S. 25-27.

19 Ebenda, S. 98.

unter General Alonso Vega bei Vinaroz das Mittelmeer, wodurch das republikanische Gebiet in zwei Teile zerschnitten wurde. Die Base der Internationalen Brigaden mußte von Albacete nach Barcelona verlegt werden.

In dieser Situation hoffte die franquistische Führung, die diplomatische Anerkennung einer Reihe europäischer Staaten zu erringen, und dabei war ihr eine größere Anzahl von Internierten (aus den betreffenden Ländern), die man als "Tauschobjekt" verwenden konnte, sehr willkommen: "Unfortunately for the men being held, they had become commodities whose value could be determined only after a long period of diplomatic horse-trading and haggling."²⁰

3) Um der fortdauernden Präsenz des deutschen und italienischen Expeditionskorps eine hauchdünne Scheinlegitimation zu verleihen, bedurfte es aus propagandistischen Gründen der Präsentation "leibhaftiger" Internationaler auf der anderen Seite.²¹ Bis dahin war das Schreckgespenst des internationalen Bolschewismus wohl unzählige Male an die Wand gemalt worden, doch hatten die "Nationalisten" regelmäßig abgeleugnet, daß sich in ihren Gefängnissen Internationale befanden.²² Ihre Existenz öffentlich zuzugeben, bedeutete ein, wenn auch nur winziges Minimum an Interventionsmöglichkeiten seitens der am Schicksal "ihrer" Staatsbürger interessierten Regierungen. Umgekehrt startete die Führung in Burgos angesichts der geänderten politischen Konstellation im April 1938 eine propagandistische Kampagne, deren konkrete Formen und Auswirkungen uns noch beschäftigen werden.

Mit Ausnahme von Fritz Riegler, Sofia Mach und Franz Hahs gerieten alle namentlich eruierten²³ Österreicher zwischen dem 12. März und dem 2. April 1938 in Gefangenschaft, d. h. während des verlustreichen und teilweise chaotischen Rückzuges aus Aragón, als zahlreiche kleinere Gruppen von ihren Einheiten versprengt wurden. Fiel man den "Moros", der Falange oder auch den "Requetes" in die Hände, so hing das Überleben oft nur von - mitunter grotesken - Zufällen ab²⁴, während die italienischen Truppen auch schon in früheren Phasen des Krieges von Massakern Abstand genommen hatten. Vereinzelt Österreicher und eine kleine Gruppe (u. a. Josef Maas, Franz Kasteiner, Josef Hochauer) wurden am 12. und 13. März bei Pueblo de Hiar, Belchite und Alcañiz aufgegriffen²⁵, während eine etwas größere Gruppe (u. a. Emil Kostrouch, Josef Posch, Alexander Bielewicz, Josef Kraxner) in den ersten Apriltagen bei Villalba de los Arcos dasselbe Schicksal erlitt.²⁶

20 Eby, Bullet, S. 250.

21 Interview Hochauer, T 2, S. 20.

22 Cecil Eby, Voluntarios Norteamericanos en la Guerra Civil Española, Barcelona 1974, S. 342.

23 Eine 35 Personen umfassende Namensliste der österreichischen Franco-Gefangenen wurde mir freundlicherweise von Hans Landauer zur Verfügung gestellt.

24 Geiser, Prisoners, S. 77.

25 DÖW E 19.279: Protokoll der Einvernahme Franz Kasteiners bei der Gestapo Wien, 10. 12. 1941; Interview Hochauer, T 2, S. 7 ff.; telefonische Auskunft von Josef Maas (Graz).

26 DÖW E 19.711, Dossier Emil Kostrouch: Protokoll der Zeugeneinvernahme Emil Kostrouchs beim Magistrat Graz, Wohlfahrtsamt, 18. 5. 1954; Dossier Alexander Bielewicz: Bestätigung der KPÖ, Stadtleitung Wien, 13. 2. 1947; Dossier Johann Haas; Dossier Josef Jerolitsch: Zeugeneinvernahme Josef Jerolitsch beim Magistrat Graz, Wohlfahrtsamt, 20. 5. 1954; Inter-

Josef Kraxner zufolge vollzog sich die Gefangennahme

"nach wahrer Banditenart: Das Abnehmen des Gewehrs und der Armbanduhr ging in einem Atemzug, das Durchsuchen der Taschen nach weiteren Wertgegenständen erfolgte genauest, aber die darin befindlichen Eierhandgranaten wurden mir (was mich stutzig machte) belassen, ich konnte mich aber noch rechtzeitig und unauffällig ihrer entledigen. Es folgten noch weitere Leibesvisitationen, abwechselnd von Falangisten, Requetes und Moros vorgenommen, und als es Morgen wurde, standen wir (ein Däne, ein Schweizer, einige Spanier und ich) in Unterhosen da, und selbst diese mußten wir gegen schmutzige Fetzen /.../ eintauschen. /.../ Wir wurden in einen Wagen und Geräteschuppen eingepfercht, die Zahl der gefangenen Internationalen ging schon in die Hunderte, und es wurden immer mehr. Darunter waren außer uns Österreicher, Deutsche, Schweizer, Skandinavier usw. In diesem Schuppen verbrachten wir vier Tage /.../. Der Hunger machte sich bei manchen bemerkbar, die Verwundeten aber hatten es am schwersten. Aber während dieser Tage erlebten wir auch zwei angenehme Vorkommnisse /.../: Ein Truppenarzt mit einem Sanitäter kam herein und befaßte sich zunächst mit den Verwundeten, entließ aber bald seine Begleitung, um allein mit uns zu sein. /.../ Die Worte, die er mit einer kleinen Gruppe der Kameraden sprach, wogen mehr als alles Bisherige. Es waren Worte der Aufmunterung und der echten antifaschistischen und republikanischen Gesinnung sowie der Solidarität. In der folgenden Episode dürfte diese Annahme ihre Bestätigung finden: Gegen Abend war eine Debatte außerhalb des Schuppens zu vernehmen. Das Tor wurde aufgerissen, ein Bauer trat herein und verlangte von uns, daß wir Platz machen sollten (der Ton, den er anwendete, war absichtlich barsch). Ein Maultier-Karren wurde daraufhin hereingefahren und entspannt. Dieser war /.../ mit Säcken und sonstigem Hausrat beladen. Schon in der Nacht und besonders im Morgengrauen gab es um den Karren herum eine emsige Bewegung, der von uns zum Teil wenig Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Mit der Zeit aber konnte man schon einen deutlichen Geruch nach Wein und nach etwas Eßbarem vernehmen. Es stellte sich heraus, daß im Fond des Karrens unter allem möglichen Gerümpel Tongefäße verstaubt waren (etwa 50 - 60 l Inhalt), in denen sich in bescheidenen Mengen Brot, Fleisch, Haselnüsse, Mandeln und Wein befanden (Fleisch in Form von feingeschnittenem Schinken, in Rotwein eingelegt) /.../. Es mußte eine unauffällige und möglichst gerechte Verteilung des Vorhandenen durchgeführt werden, weil, wie schon erwähnt, die Zahl der Gefangenen in die Hunderte ging und der Hunger sich bei jedem bemerkbar machte."²⁷

Die Gesamtzahl der zwischen 30. März und 14. April 1938 gefangengenommenen und überlebenden Internationalen betrug über 500. An der Spitze rangierten die Engländer, gefolgt von Amerikanern, Deutschen, Franzosen, Polen, Portugiesen, Österreichern, Holländern, Jugoslawen usw.²⁸ Während es für diese Phase keine Anzeichen gibt, daß Österreicher exekutiert wurden, war der Blutzoll, den die Amerikaner zu entrichten hatten, immens hoch: mindestens 99 wurden ermordet, und lediglich 59 traten den Marsch in ein Lager an.²⁹

Einige der bereits im März in die Hände der Italiener gefallen Österreicher wurden an spanisches Militär übergeben, das einen größeren Transport zusammenstellte und die Begleitmannschaft nach Bilbao stellte, wo die Interbrigadisten - ein Lastwagen voll - in ein Gefängnis eingeliefert wurden. Schon am nächsten Tag war die Gestapo zur Stelle und begann mit den Verhören, bei denen allerdings noch kein Druck ausgeübt wurde.³⁰

Die einige Wochen später in Gefangenschaft geratenen Österreicher gelang-

-view Kraxner, T 1, S. 23-25.

27 Manuskript Josef Kraxner, S. 8 f.

28 Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Bonn (im folgenden: PAAA), Politik Spanien 5, Pol. III 66, Innere Politik, Parlaments- und Parteiwesen, Bd. 36.

29 Siehe Anhang von Geiser, Prisoners, S. 261 f. und S. 264 ff.

30 Interview Hochauer, T 2, S. 12.

ten per Lastwagen nach Zaragoza, wo sie zwei Nächte in einer Kaserne verbrachten. In Viehwaggons verladen, traten sie sodann eine insgesamt 60 Stunden dauernde, häufig unterbrochene Fahrt an, ohne über das Reiseziel Bescheid zu wissen. Ein längerer Zwischenaufenthalt in Miranda de Ebro war wiederum mit einem unerwarteten Solidaritätsakt der spanischen Bevölkerung verbunden:

"Wir erhielten die Erlaubnis, die /Vieh/Waggon-Türen zu öffnen und gruppenweise - unter strenger Bewachung natürlich - die Bedürfnisanlage aufzusuchen. Bei diesem Hin und Her sind wir der Zivilbevölkerung aufgefallen, und die Folge war, daß sich immer mehr Neugierige, und unter ihnen auch solche, die uns besonders gut gesinnt waren, ansammelten. Plötzlich flogen - wie auf Kommando - einige Dutzend Brotlaibe aus der Ansammlung zu uns herüber /.../. Daß /daraufhin/ nichts Ernstere geschah, beweist, daß es sich um eine gut organisierte Aktion gehandelt hat, denn ganz plötzlich war das Arsenal wieder leer."³¹

In Burgos, dem Hauptquartier der faschistischen Militärjunta, wurden die Spanienkämpfer neuerlich in Viehwaggons verladen und an ihren endgültigen Bestimmungsort gebracht, ins "Campo de Concentración San Pedro de Cardeña", 13 Kilometer südöstlich von Burgos. Fast gleichzeitig, am 10. April 1938, langte dort auch die aus Bilbao kommende Gruppe ein, worüber wir durch einen Brief Franz Kasteiners unterrichtet sind.³² Hier gab es auch ein Wiedersehen mit dem seit Juli 1937 verschollenen Fritz Riegler.³³

San Pedro war ein altes, 1922 aufgelassenes Benediktinerkloster.³⁴ Nach dem militärischen Fall der spanischen Nordprovinzen (Oktober 1937) wurde aus diesem Konvent ein "Umerziehungslager" für tausende baskische und asturische Republikaner. Das Resultat der "Umerziehung" bestand darin, sie in den faschistischen Militärdienst zu pressen, was wohl auch der Grund gewesen sein dürfte, daß es ihnen strikt untersagt war, mit den ausländischen Neuankömmlingen irgendwelche Kontakte zu pflegen. Diese wurden im Westtrakt von San Pedro untergebracht; um Platz zu schaffen, waren die Wände zwischen den Zellen durchbrochen worden, so daß in den zwei Stockwerken Hallen entstanden, in denen das Gros der Interbrigadisten, auf engstem Raum zusammengepfercht, dahinvegetierte. Im oberen Stockwerk lagen - zuerst auf dem blanken steinernen Fußboden, später auf Strohsäcken - Österreicher, Deutsche, Belgier, Polen, Franzosen, Italiener, Tschechen, Jugoslawen usw., im unteren hauptsächlich ehemalige Angehörige der XV. Brigade (Amerikaner, Engländer, Kanadier, Argentinier, Kubaner usw.).³⁵ Die zwei täglichen Appelle waren regelmäßig von Prügelorgien begleitet, denen man kaum entgehen konnte, da die Sergeanten und Cabos sich links und rechts vor dem Ausgang der ersten und zweiten Etage postierten und auf die Gefangenen mit Ochsenziemern und Holzprügeln einschlugen. Einen besonders schlechten Ruf erwarben aufgrund dieser und

31 Manuskript Kraxner, S. 9 f.

32 DÖW E 19.711, Dossier Franz Kasteiner: Brief Franz Kasteiner an seine Angehörigen, San Pedro de Cardeña, 20. 2. 1939.

33 Fritz Riegler war - zusammen mit Lou Ornit u. a. - aus Santander nach San Pedro überstellt worden, wo er am 5. 4. 1938 eintraf.

34 Eine Beschreibung San Pedros bei Eby, Bullet, S. 253.

35 Interview Kraxner, T 2; Geiser, Prisoners, S. 102.

einer Vielzahl ähnlicher Schikanen³⁶ der im Herbst 1938 abgelöste Sergeant Castaño³⁷ sowie seine Nachfolger Navarro und "Tanquista".³⁸ Die sanitären Verhältnisse konnten nur als katastrophal bezeichnet werden. Für die etwa 300 Insassen der zweiten Etage standen lediglich drei Toiletten - ohne Türen, nur mit Seitenwänden - und einige primitive Waschgelegenheiten zur Verfügung. Unvorstellbare Ausmaße nahm die Läuseplage an, die mangels Desinfektion nie behoben werden konnte. Angesichts dieser prekären Situation, die sich durch die eintönige und mangelhafte Ernährung noch zusätzlich verschärfte (im Herbst 1938 wurde die tägliche Brotration von 500 Gramm auf ein Drittel reduziert), erkrankten zahlreiche Häftlinge; vor allem Dysenterie, Rheumatismus und Hautkrankheiten waren an der Tagesordnung. Die drei Ärzte (ein Pole, ein Peruaner und ein Kubaner) konnten - außer durch präventive Ratschläge - kaum Hilfestellung leisten, da sie fast keine Medikamente erhielten. Wer unvorsichtig genug war, sich an den Lagerarzt zu wenden, ohne in akuter Lebensgefahr zu schweben, erhielt jene "Medizin", mit der die italienischen Faschisten vor allem in den Jahren 1920 bis 1922 tausende ihrer politischen Gegner traktiert hatten, nämlich Rizinusöl.³⁹ Der 21jährige Wiener Paul Wanzel erlag am 4. Juni 1938 als erster Interbrigadist den Entbehrungen des Lagers San Pedro de Cardeña.⁴⁰

Seitens der Lagerverwaltung initiierte "Umerziehungsversuche" dürften ihre beabsichtigte Wirkung fast immer verfehlt haben. Zumeist unter der Assistenz von Priestern durchgeführt, lösten sie dank ihrer Plumpheit eine Heiterkeit unter den Adressaten aus - oder aber nur noch stärkere Haßgefühle, sobald sich klar abzeichnete, daß hier reiner Gesinnungsterror sich austoben durfte.⁴¹ Ernster nahm man die vermeintliche Infiltration von Spitzeln⁴², wobei auch ein Österreicher (Josef Wiesmayer) ins Zwielficht geriet. Er hätte versucht, von der Front zu desertieren, munkelte man unter den Deutschen und Amerikanern im Lager. Es wurde ihm angekreidet, daß er sich - zusammen mit einem Kubaner - freiwillig als eine Art Blockältester gemeldet und dabei ausschließlich die Interessen des Bewachungspersonals, nicht aber die seiner Mitgefangenen vertreten habe. Die Amerikaner, die ihn "Rin Tin Tin" nannten, übten passive Resistenz, indem sie vorgaben, ihn aufgrund mangelhafter Sprachkenntnisse nicht zu verstehen, wodurch seine Ablöse erzwungen worden sei. Für Carl Geiser, den Politikommissar des amerikanisch-kanadischen "Mackenzie-Papi-

36 Dazu gehörten z. B. der zeitweilig ausgeübte Zwang zum Absingen der faschistischen Hymne "Cara al Sol" u. a. Vgl. Eby, *Bullet*, S. 259 f.

37 Josef Kraxner, in *Francos KZs und Arbeitslagern*, in: Österreicher, S. 203.

38 Interview Kraxner, T 1, S. 31.

39 Geiser, *Prisoners*, S. 107; Eby, *Bullet*, S. 261; Alexander, *Volunteers*, S. 188; Gerold Gino Baumann, *Extranjeros en la Guerra Civil Espanola. Los Peruanos*, Lima 1979, S. 120.

40 Geiser, *Prisoners*, S. 126.

41 Ebenda, S. 140 f.

42 Laut Kraxner erhielten die Gefangenen bei der Abwehr von Spitzeln eine unerwartete Schützenhilfe; demnach wurden sie von dem Chef der Bewachungsmannschaft, einem Kavallerie-Leutnant, der "Naderer" nicht mochte, vor einem polnischen Mitgefangenen ausdrücklich gewarnt. Ob es sich dabei um eine echte Warnung oder um ein Täuschungsmanöver handelte, muß freilich dahingestellt bleiben.

neu"-Bataillons, "it was clear he had decided to work for the fascists".⁴³ Diese Vorwürfe und einige ähnliche Beschuldigungen sind in sich unschlüssig und insgesamt - unter Berücksichtigung des weiteren Lebenswegs Wiesmayers - äußerst unglaubwürdig.⁴⁴

Neben der Gestapo, die dem Lager bereits im April einen ersten Besuch abgestattet hatte, um sich vor allem über die internierten Deutschen und Österreicher zu informieren, schalteten sich auch andere deutsche Dienststellen ein, die mit unterschiedlichen Methoden unterschiedliche Zielsetzungen erkennen ließen, aber auch den bürokratischen Dschungel einer Vielfalt sich gegenseitig überlagernder Kompetenzen.

Ein österreichischer Spanienkämpfer erinnert sich, bereits während des zweitägigen Aufenthalts in einer Kaserne von Zaragoza von Mitgliedern der "Legion Condor", die in der Nähe einen Fliegerhorst unterhielt, nebst einer Reihe von Mitgefangenen zur Einvernahme geholt worden zu sein. Die ganze Angelegenheit hatte einen eher "inoffiziellen" Anstrich, und die vor den Verhören kollektiv beschlossene Weigerung, irgendwelche Aussagen zu machen, blieb völlig folgenlos.⁴⁵ Hingegen waren die in San Pedro durchgeführten Verhöre und die damit verbundenen Intentionen offensichtlich Gegenstand eines Tauziehens zwischen verschiedenen Instanzen. Die Abteilung Ic/AO der "Legion Condor" drängte darauf, 47 Spanienkämpfer (darunter die Österreicher Alexander Bielewicz, Rudolf Kumhera, Johann Haas, Franz Kasteiner, Josef Maas, Josef Fischer, Fritz Riegler, Rudolf Ossinger, Josef Jerolitsch, Franz Berger, Franz Fritz und Heinrich Griesmayer) nach Deutschland zu überstellen, und bat das deutsche Generalkonsulat, "wegen der Heimschaffung, die in kleinen Gruppen erfolgen soll, das weitere zu veranlassen". Während sich aber das Konsulat in Burgos außerstande sah, eine Entscheidung zu fällen, und deshalb einen solchen Transport durch das Auswärtige Amt, das Reichskriegsministerium und die Gestapo absegnen lassen wollte⁴⁶, hatte die deutsche Botschaft in San Sebastian drei Wochen zuvor bereits eine schärfere Gangart eingelegt. Die Internierten hatten sich mit der Bitte um materielle Hilfe an den Vertreter des Internationalen Roten Kreuzes in San Sebastian gewandt. Dr. Jean d'Amman kam dieser Bitte anfänglich in bescheidenem Ausmaß nach, konnte oder wollte sich aber nicht längerfristig engagieren und fragte daher an, "ob er in Zukunft auf die Mitarbeit der deutschen Botschaft rechnen könne und die deutschen Gefangenen an diese verweisen dürfe".⁴⁷ Damit hatte er den Bock zum Gärtner gemacht, wie ein Schreiben an das Auswärtige Amt unmißverständlich dokumen-

43 Geiser, *Prisoners*, S. 103.

44 Wiesmayers Charakterisierung als "faschistischer Kollaborateur" ist äußerst unplausibel. Siehe Geiser, *Prisoners*, S. 105; Alexander, *Volunteers*, S. 189 f; DÖW E 19.711, Dossier Wiesmayer: Brief Rudolf Wunderlich an Berlin/DDR, 18. 10. 1986.

45 Interview Hochauer, T 2, S. 11.

46 PAAA, Strafverfolgungen, Pol. III 246, Spanien 52 - 2, Deutsches Generalkonsulat für Spanien an das Auswärtige Amt, 15. 6. 1938; Aufstellung der nach Bericht der Deutschen Botschaft in San Sebastian vom 25. 5. 1938 vernommenen gefangenen deutschen Mitglieder der Internationalen Brigaden.

47 PAAA, Strafverfolgungen, Pol. III 246, Spanien 52 - 2, Deutsche Botschaft in Spanien an das Auswärtige Amt, 23. 5. 1938.

tierte:

"Wie sich aus den der Botschaft vorliegenden 37 Protokollen ergibt, sind die meisten dieser deutschen Gefangenen fanatische Kommunisten, bei denen kaum eine Hoffnung auf Besserung besteht und die offensichtlich für das nationalsozialistische Deutschland verloren sind. Meines Erachtens kann keine Rede davon sein, diese Gefangenen in irgend einer Weise zu unterstützen. Vielmehr dürfte zu prüfen sein, inwieweit eine Ausbürgerung der Betroffenen oder ihre Auslieferung nach Deutschland in die Wege zu leiten wäre."⁴⁸

Das Auswärtige Amt entschied schließlich, daß die betreffenden Personen auszubürgern seien; eine "Heimschaffung" nach Deutschland komme jedoch, "von begründeten Einzelfällen abgesehen", nicht in Betracht.⁴⁹

Etwa zwei Monate später herrschte große Aufregung im ganzen Lager, als die Gestapo erneut ihren langen Arm ausstreckte. Diesmal begnügte sie sich aber nicht mit den Deutschen und Österreichern, sondern nahm auch die Angehörigen anderer Nationen ins Visier, sofern sie ihr als wichtig erschienen. Dazu zählten in erster Linie kommunistische Funktionäre, Offiziere, Politikommissare. Der Druck bei den Vernehmungen war merklich stärker geworden. Einigen besonders Gefährdeten gelang es, ihre wirkliche Identität zu verschleiern. Aussageverweigerungen, erfolglose Täuschungsmanöver usw. zogen bei einzelnen Gefangenen, sofern sie die Gestapo-Beamten als "gefährliche" politische Kader einstufen, unmittelbare Konsequenzen nach sich. In solchen Fällen "empfahlen" die deutschen Besucher dem spanischen Bewachungspersonal, die "renitenten" Rädelsführer in den "calabozo", d. h. in den Bunker zu werfen, was umgehend geschah und fast immer mit schweren Mißhandlungen verbunden war.⁵⁰ Eine solche "Bestrafung" widerfuhr z. B. Alexander Bielewicz ("Gandhi"), der in der österreichischen Gruppe eine - informelle - Führungsposition einnahm. Bei Personen, denen die Gestapo geringere Bedeutung beimaß, ließ sie es mit Drohungen und Beschimpfungen bewenden, die mit demagogischen Beschreibungen des deutschen "Sozialismus" abwechselten. Für diese "Zuckerbrot und Peitsche"-Variante liefert z. B. das mit Josef Hochauer durchgeführte Verhör interessante Hinweise.⁵¹

Mitte September 1938 kehrten zehn Interbrigadisten nach Deutschland zurück - ob freiwillig oder zwangsweise, ließ sich nicht eruieren. Francos Vorhaben, im Mai 1939 82 Deutsche (die Österreicher vermutlich eingeschlos-

48 Ebenda.

49 PAAA, Strafverfolgungen, Pol. III 246, Spanien 52 - 2, LR. Grf. Du Moulin (AA) an das Deutsche Generalkonsulat in Burgos, 30. 6. 1938.

50 Über den zweiten Gestapobesuch in San Pedro siehe Geiser, Prisoners, S. 144-147; Kraxner, Interview, T 1, S. 39-46, T 2, T 3.

51 Bzgl. Alexander Bielewicz' führende Rolle innerhalb der österreichischen Gruppe siehe Kraxner, Interview, T 1, S. 35, und Riegler, Interview.

sen) auszuliefern⁵², kam nicht zustande. Ob dieser Plan in erster Linie dank der Proteste in London zunichte wurde⁵³, ist zumindest fraglich. Eher darf vermutet werden, daß eine g e s c h l o s s e n e Rückführung damals den deutschen Intentionen zuwiderlief, wie anhand eines Vergleichs mit den deutschen Insassen französischer Internierungslager aufgezeigt werden kann.

Als erster Österreicher verließ Ernst Jöbstl im Oktober 1938 San Pedro, möglicherweise unmittelbar nach der dritten Gestapo-Inspektion. Nach dem Zeugnis eines Mithäftlings faßte Jöbstl den Entschluß zur Rückkehr in schwerem Zustand.⁵⁴ Ihm folgten im Juli/August 1939 Franz Primus und Josef Wiesmayer - beide wurden ins KZ Sachsenhausen überstellt.⁵⁵ Eine Eingabe der Großeltern von Leopold Gründonner um seine "straffreie Heimkehr"⁵⁶ wurde unbearbeitet ad acta gelegt. Für die Jahre 1938 und 1939 läßt sich demnach seitens der deutschen Behörden keine allgemein verbindliche Linie in ihrer Haltung gegenüber den Gefangenen in Spanien nachweisen, sondern individuell unterschiedliche ad-hoc-Entscheidungen, deren jeweiliges Zustandekommen noch durch die erwähnte Kompetenzvielfalt eine generelle Beurteilung erschwert.

Eine Zeitlang hofften die Österreicher in San Pedro, durch einen Gefangenen austausch die Freiheit zu erlangen. Jeder Austausch, jede Freilassung von größeren und kleineren Gruppen nährte aufs neue Hoffnungen und gab den im Lager kursierenden Gerüchten neuen Auftrieb. Im Juni 1938 verließen 100 Engländer San Pedro, mußten jedoch mehrere Monate in anderen Gefängnissen zubringen, bevor sie die Heimat erreichten.⁵⁷ In Toulouse arbeitete unter dem Vorsitz des Feldmarschalls Philip Chetwoode eine Kommission, die auf zwei rührige Mitarbeiter zählen konnte, Mosley in der nationalistischen Zone, Cowan in der republikanischen.⁵⁸ Sie konnten in der Austauschfrage einige Erfolge erzielen, ebenso das in Paris ansässige "Comité de Secours de la Guerre d'Espagne"; dieses Komitee, dessen Bemühungen 95 Franzosen und 11 Schweizer die Freilassung verdankten, veröffentlichte im Dezember 1938 ein "Weißbuch", das durch einen im Februar 1939 erschienenen Zusatz ergänzt wurde.⁵⁹ Das Gros des starken amerikanischen Kontingents nahm im April 1939 von seinen Leidensgenossen Abschied, und im gleichen Monat schlug für 31 Kanadier die Stunde der Freiheit.⁶⁰

Auch wenn der Status der internierten bzw. in Haft befindlichen ausländischen Kombattanten formell nicht definiert wurde, läßt sich an der Häufung

52 Siehe dazu "Franco will 82 deutsche Spanienkämpfer der Gestapo ausliefern!", in: Deutsche Volks-Zeitung, Paris, Nr. 21, 21. 5. 1939.

53 Geiser, Prisoners, S. 238.

54 Interview Riegler.

55 Telefonische Auskunft von Franz Primus (St. Gertraud); DÖW E 19.711, Dossier Josef Wiesmayer: Schreiben an die Magistrats-Abteilung XII, Wien, 6. 8. 1953.

56 PAAA, Heimschaffungen, Übernahme, Behandlung von Flüchtlingen, Politik Spanien 58, Bd. 6, Eingabe Barbara Rinder, Wien, 11. 7. 1939.

57 Alexander, Volunteers, S. 191.

58 Andreu Castells, Las Brigadas Internacionales de la guerra de España, Barcelona 1974, S. 374 f.

59 Vgl. Anm. 6.

60 Geiser, Prisoners, S. 255-257.

der Entlassungen kurz nach Beendigung des Bürgerkrieges und der Tatsache, daß die in San Pedro de Cardeña befindlichen Interbrigadisten keine Zwangsarbeit verrichten mußten, partiell eine de-facto-Anerkennung als Kriegsgefangene ablesen. Dieser informelle Status blieb allerdings, verallgemeinert gesagt, auf die Freiwilligen aus den bürgerlich-demokratischen Ländern beschränkt, während Deutsche, Österreicher und Personen aus den von Diktaturregimes beherrschten Staaten Ost- und Südosteuropas weitaus unangenehmere Perspektiven zu gewärtigen hatten. Jene - nicht ganz scharf zu ziehende - Trennlinie implizierte jedoch 1938/39 keine oder doch nur sehr marginale Unterschiede in der Behandlung der Gefangenen durch die spanischen Behörden und die Bewachungsmannschaften. Eine über Leben und Tod entscheidende Hierarchisierung der Häftlingskategorien aufgrund der nationalen Zugehörigkeit, typisch für alle deutschen Konzentrationslager, existierte in Franco-Spanien nicht. Der militante Antikommunismus war und blieb eine entscheidende ideologische Triebfeder des Regimes, wohingegen chauvinistische und rassistische Elemente einen vergleichsweise untergeordneten Stellenwert hatten und gegenüber gefangenen Interbrigadisten nur in seltenen Ausnahmefällen virulent wurden.⁶¹

Bevor wir San Pedro de Cardeña verlassen, sind noch einige Worte über die Anzahl der ausländischen Gefangenen zu verlieren. Exakte statistische Werte über den gesamten Zeitraum von April 1938 bis November 1939 sind nicht zu eruieren. Zwar existieren ziemlich genaue Daten über die ab Juni 1938 einsetzenden Abgänge, doch liegt nur sehr spärliches Material über die Neuzugänge vor; es ist z. B. unbekannt, wieviele Interbrigadisten während der Ebro-Offensive (25. Juli - 23. September 1938) in Gefangenschaft gerieten bzw. wieviele davon nach San Pedro verbracht wurden. Es ist jedoch anzunehmen, daß ihre Zahl (bis Anfang September) um einiges geringer war als die der im Juni 1938 aus San Pedro verlegten Engländer. Der Höchststand wurde im Mai 1938 erreicht und dürfte etwa 700 betragen haben. Über detaillierte Angaben aller in San Pedro befindlichen Ausländer verfügen wir für den Stichtag 10. September 1938. Eine von den spanischen Militärs an diesem Tag erstellte Liste enthält die Namen, Geburtsdaten und Geburtsorte von 653 Personen. Außerdem ist die Zugehörigkeit zur jeweiligen militärischen Einheit vermerkt.⁶² Von diesen 653 Internationalen, die aus 42 verschiedenen Ländern stammten, hatten 479 den Internationalen Brigaden und weitere 130 der republikanischen Armee angehört, 44 waren Zivilisten. Die 28 Österreicher kamen aus der 11., 12. und 13. Brigade.

Beim Zusammenbruch der katalanischen Front im Jänner 1939 und dem Fall Madrids, der Ende März das Schicksal der spanischen Republik besiegelte, gerieten hunderttausende Spanier in die Mühlen der faschistischen Militärjustiz. Eine unbekannte, aber sicher nicht gering zu veranschlagende Anzahl ausländischer Franco-Gegner wurde im Zuge der militärischen und politischen "Säube-

⁶¹ Im Zuge der schon erwähnten propagandistischen Kampagnen des Franco-Regimes kamen relativ viele ausländische Besucher in offizieller oder inoffizieller Mission nach San Pedro (z. B. Jacques Doriot, der Führer der faschistischen PPF).

⁶² Kopie dieser Liste im DÖW.

rungsaktionen" aufgespürt. Nur wenige davon kamen in Gefangenenlager. Wir können diesen Punkt vielleicht mit den Bemerkungen abschließen, die der italienische Außenminister Graf Galeazzo Ciano am 22. Februar 1939 in sein Tagebuch notierte:

"Die Situation in Katalonien ist gut. Franco verbessert sie mit Sorgfalt und strenger Reinheit. Er hat auch viele italienische Anarchisten und Kommunisten verhaftet. Dies habe ich dem Duce gesagt, der mir den Befehl erteilt hat, sie alle zu erschießen. Und er fügte hinzu: Die Toten erzählen die Geschichte nicht." (Aus dem Spanischen)⁶³

Im Sommer 1939 stieß zu den Östreichern noch Franz Hahs, der am 2. Februar 1939, während des sog. "2. Einsatzes" der Internationalen Brigaden, bei La Bisbal (Katalonien) mit einer lebensgefährlichen Schußverletzung in Gefangenschaft geriet. Ein kurzer Auszug aus seinem Bericht sei hier wiedergegeben:

"Ich habe auf einmal einen Schlag verspürt und bin dagelegen. Ich habe noch einen Zivil-Wintermantel angehabt, den habe ich ausgezogen, das Maschinengewehr habe ich liegenlassen müssen. Ich habe noch zwei Handgranaten im Brottascherl gehabt und habe mich versteckt. Da war so spanisches Rohr, Schilfrohr, gebündelt auf dem Feld. /.../ Dann habe ich einen Stock gesehen, so einen Knüppel im Feld. Da habe ich mir gedacht: 'Den hole ich mir. Bis zur Grenze sind es 70 Kilometer, das müßte ich schaffen'. /.../ Ich war ausgesprochen zäh, und das war mein Glück. /.../ Ich bin gelegen, will aufstehen und habe gespürt, daß ich von da ab gelähmt war. Das war alles tot. /.../ Da höre ich Stimmen. Es waren Italiener, die das (Feld) abgesehen haben. Ich habe dann gerufen: 'Ayuda me! Ayuda me!' - Helft mir! - Da sind sie gekommen, da war ein Sanitäter, der hat mich gefragt, wer ich bin. /.../ 'Ich bin ein Österreicher'. Und das waren nicht 'Schwarzhemden', das war normal eingezogenes Militär /.../. Der Sanitäter hat darauf bestanden, daß eine Tragbahre kommt. Er hat mir noch einen Cognac eingeflößt. /.../ Wie sie zur Straße gekommen sind, ist eine Patrouille von der Falange vorbeigekommen. Die Patrouille hat gefragt, wer das ist, und der Italiener hat gesagt: 'Un chico espanol' - ein spanischer Junge. Wenn er gesagt hätte, ich bin ein Österreicher oder ein Ausländer, hätten die gesagt: 'Abladen!' - Zwei, drei Schüsse, und ich wäre weg gewesen."⁶⁴

Im Krankenhaus von Girona erfuhr Franz Hahs von einem Arzt, daß er in ein Lager müsse. Ein Hauptmann von der "Legion Condor" kündigte ihm die baldige Auslieferung nach Deutschland an. Um eine solche, als lebensbedrohlich angesehene Entwicklung hinauszuzögern, verschlimmerte er absichtlich seinen Gesundheitszustand, indem er die Mauer abkratzte und den Verputz aß. Als er transportfähig war, brachte man ihn nach Barcelona. Im dortigen Militärspital für Gefangene erschien über Wochen hindurch tagtäglich die Militärpolizei und verlas Namenslisten von Patienten, die sich anziehen mußten, nichts mitnehmen durften und nicht mehr zurückkehrten. Eines Tages, als er die Krücken nicht mehr benötigte und mit Stöcken zu gehen versuchte, wurde Hahs aufgerufen. Seine nächste Station war ein etwa 2000 Personen fassendes, provisorisches Konzentrationslager am Tibidabo, dem "Hausberg" von Barcelona. Anschließend, nach etwa 4 Wochen, wurde er nach San Pedro überstellt.⁶⁵

Ende 1939 wurde das Lager San Pedro aufgelöst und aus den ca. 250 ver-

⁶³ Castells, Brigadas, S. 377.

⁶⁴ Interview Franz Hahs, Wien, T 1, S. 39 f.

⁶⁵ Interview Hahs, T 2, S. 1-6.

bliebenen Ausländern das "Disziplinar- und Arbeitsbataillon" Nr. 75 gebildet. Ende November oder Anfang Dezember 1939⁶⁶ mußten dessen Angehörige eine Reise ins Ungewisse antreten, die sie über Burgos, Miranda de Ebro und Zaragoza nach Belchite führte, einer Kleinstadt im mittleren Aragón, die während der schweren Kämpfe im August 1937 bzw. im Frühjahr 1938 stark in Mitleidenschaft gezogen war. Als Unterkunft diente ein halbzerfallenes, etwas außerhalb von Belchite gelegenes Priesterseminar. Da es nur spärliche Heizmöglichkeiten gab und kein Fenster in dem etwa 12 x 20 m großen Saal, der als einziger überhaupt für einen Aufenthalt in Frage kam, unbeschädigt geblieben war, litten die 250 Männer stark unter der winterlichen Kälte. Ein Teil der Wachmannschaften von San Pedro - strafversetzte Soldaten der regulären Armee - versah denselben Dienst in Belchite. Diese Soldaten wurden von ihren Vorgesetzten nicht viel besser behandelt als die Menschen, die sie zu bewachen hatten: Eine Zeitlang erhielten sie die gleiche Verpflegung, und auch die Prügelstrafe war durchaus gang und gäbe. In die Kommandantur rückten einige Falange-Mitglieder nach; und auch das Bewachungspersonal wurde zum Teil mit Falangisten aufgefüllt, was eine Verschärfung der ohnedies schwierigen Lebensverhältnisse mit sich brachte. Waren die Arbeiten, die die Gefangenen in San Pedro zu verrichten hatten, im wesentlichen ein Bestandteil ihrer eigenen Reproduktionsbasis, so mußten sie nunmehr Zwangsarbeit leisten, vor allem im nahegelegenen Steinbruch. Die dort abgebauten Steine waren für den Wiederaufbau Belchites bestimmt. Andere Arbeitskommandos wurden beim Straßenbau eingesetzt; als besonders erschöpfend erwiesen sich die Vorarbeiten für den geplanten Bau einer Wasserleitung von Azuara nach Belchite (8 km), wofür ein metertiefer Graben in teils sehr hartem Boden ausgehoben werden mußte.⁶⁷

Die Militärzensur machte es natürlich unmöglich, die tatsächlichen Arbeits- und Lebensbedingungen zu schildern. "Jetzt arbeiten wir in einem Steinbruch. Hier gefällt es mir viel besser als in San Pedro. Man stärkt sich beim Arbeiten den ganzen Körper. Auch die Wache ist sehr anständig zu uns"⁶⁸, schrieb Fritz Riegler am 5. Februar 1940 an seine Eltern. Die "anständige Wache" erhielt eine Prämie, wenn sie einen Gefangenen bei einem Fluchtversuch erschoss. Karl Heckhausen, ein deutscher Interbrigadist, lehnte sich etwas zu weit aus dem Fenster und bezahlte dies mit seinem Leben.⁶⁹ Trotz der eingeschränkten brieflichen Kommunikationsmöglichkeit konnte zumindest die materielle Not eindeutig dokumentiert werden. So hieß es in dem zuvor zitierten Brief an anderer Stelle:

"Jetzt hätte ich eine Bitte, liebe Mutter. Möchtest Du mir Briefpapier mit Kuvert, Bleistifte, Schreibfedern, Nähnadeln, eine Zahnpasta, Rasierklingen, Rasierseife, einige Kämmen /-/, eine Turnhose und 2 Polohemden /-/ schicken."⁷⁰

⁶⁶ Laut Kraxner (Manuskript, Anhang S. 4) fand der Abtransport am 10. 12. 1939 statt, während Geiser, *Prisoners*, S. 238, den 29. 11. 1939 angibt, was eher zutreffen dürfte.

⁶⁷ Interview Hochauer, T 2, S. 17 f.; Interview Kraxner, T 2; Manuskript Kraxner, Anhang S. 4 ff.

⁶⁸ DÖW E 19.711, Dossier Riegler: Brief Riegler an seine Eltern, Belchite, 5. 2. 1940.

⁶⁹ Geiser, *Prisoners*, S. 238.

⁷⁰ Vgl. Anm. 68.

Dem Wiener Josef Stadler gelang (in Begleitung eines Deutschen) die Flucht aus Belchite, obwohl er an einer Schußverletzung laborierte und sich auf einen Stock stützen mußte. Beide kamen bis Lissabon, wo sie die Polizei aufgriff. Das deutsche Konsulat teilte mit, daß sie ausgebürgert worden seien. Da ihnen zunächst anheimgestellt wurde, Portugal in beliebiger Richtung zu verlassen, wandten sie sich an den Amerikaner Bob Steck mit der Bitte, ihnen Visa für die USA zu verschaffen. Als das State Department dies ablehnte, lieferten die portugiesischen Behörden sie der Gestapo aus. Am 14. Juni 1941 wurde Stadler von Karlsruhe an die Stapoleitstelle Wien überstellt.⁷¹

Nach 1 1/2 jährigem Aufenthalt in Belchite wurde das "Disziplinar- und Arbeitsbataillon" Ende Mai 1941 verlegt. Diesmal ging die Fahrt weit westwärts, nach Palencia. Hier gab es zunächst überhaupt keine Unterkünfte. In einen Berg waren Stollen hineingetrieben worden (für ein Munitionsdepot), und diese Stollen, in denen die Gefangenen schliefen und ihre Notdurft verrichteten, mußten erweitert werden. Aufgrund der akuten Seuchengefahr gingen die Interbrigadisten dazu über, aus eigener Initiative eine gewisse Infrastruktur aufzubauen, was die spanischen Offiziere umso eher tolerierten, als es sie nichts kostete und direkt oder indirekt dazu beitrug, die extrem niedrige Arbeitsproduktivität zu heben. So wurde zunächst eine Latrine errichtet und Ziegel aus Lehm hergestellt, mit denen Alexander Bielewicz (er war von Beruf Maurer) und seine Helfer eine große Baracke errichteten. Nach und nach ging auch der Verwaltungsbetrieb des Bataillons großteils in die Hände der Österreicher und Deutschen über. Franz Hahs führte das Lebensmittelmagazin und die Küche, aus der auch die Bewachungsmannschaft mitverpflegt wurde.

Im Sommer 1941 brach eine Typhusepidemie aus, die zahlreiche Menschenleben forderte. Von der österreichischen Gruppe starb Heinrich Griesmayer.⁷² Eine Verzweiflungsstimmung griff um sich, und auch mit der "politischen Moral" (genauer gesagt, dem grenzenlosen Zweckoptimismus, der bei den meisten KP-Mitgliedern einen Gutteil dieses Begriffes praktisch umschrieb) scheint es nicht mehr zum Allerbesten bestellt gewesen zu sein, standen doch die deutschen Armeen tief in der Sowjetunion. In dieser Situation gewann bei den meisten Deutschen und Österreichern eine Haltung die Oberhand, die von einem Spanienkämpfer mit den folgenden Worten beschrieben wurde: "Wir gehen lieber nach Hause. Lieber zu Hause verrecken als hier."⁷³

Trotz der äußerst spärlichen Kommunikationsmöglichkeiten⁷⁴ gaben sich jedoch die in Palencia internierten Spanienkämpfer weitaus geringeren Illusionen darüber hin, was sie zuhause erwartete, als etwa die in Argelès und Vernet befindlichen österreichischen Kommunisten, die sich bereits im Herbst 1940 zur

⁷¹ DÖW E 19.711, Dossier Josef Stadler: Staatspolizeileitstelle Wien, Tagesrapport Nr. 7 vom 16.-17. 6. 1941; Interview Hochauer, T 2, S. 39; Geiser, *Prisoners*, S. 240.

⁷² Interview Hochauer, T 2, S. 21 f., 26; Interview Hahs, T 2, S. 9 ff.; Interview Kraxner, T 3; Manuskript Kraxner, S. 11.

⁷³ Interview Hahs, T 2, S. 11.

⁷⁴ Dies läßt sich zumindest indirekt daraus erschließen, daß aus Palencia keine Briefe erhalten geblieben sind.

freiwilligen Repatriierung entschlossen hatten.⁷⁵

Leider konnte keine Korrespondenz zwischen deutschen und spanischen Dienststellen ermittelt werden, die z. B. darüber Aufschluß geben würde, welche Instanz im Herbst 1941 als treibende Kraft für das Konzept einer geschlossenen zwangsweisen Repatriierung agierte, ob es von spanischer Seite Widerstände dagegen gab usw.⁷⁶ Mangels einer entsprechenden Dokumentation bürokratischer Entscheidungsprozesse müssen wir uns daher mit der Rekonstruktion jener Optik begnügen, mit der die O p f e r diese Entwicklung wahrnahmen. So berichtet Josef Hochauer, über den militärischen Dienstweg sei - gemäß einer Vereinbarung zwischen der deutschen und spanischen Regierung - ein Befehl an den Bataillonsstab übermittelt worden, der kurz und bündig besagte: "Alle Deutschen nach Hause" (damit waren natürlich auch die Österreicher gemeint). Einige kommunistische Spanienkämpfer waren dem Bataillonsstab als Dolmetscher oder technische Hilfskräfte zugeteilt. Diesen sei es gelungen, die betreffende Order soweit "umzubiegen", daß sie auf die ohnedies Rückkehrwilligen - das war die Mehrheit - beschränkt wurde, wozu natürlich das stillschweigende oder auch ausgesprochene Einverständnis des Bataillonsstabes erforderlich gewesen sei. Diese Entscheidung sei dann von der Führung des "Parteikollektivs" weitergegeben worden.⁷⁷ So unplausibel die Möglichkeit einer solchen Einflußnahme wirken mag (wir lassen dabei die nicht mehr zu klärende Frage beiseite, ob es sich bei der angeblichen "Akzeptanz" der freiwilligen Repatriierung durch den Rest des Kollektivs um eine ex post-Konstruktion handelt), so scheint sie durch die nachfolgenden Ereignisse bestätigt zu werden: Die erste Gruppe von Östreichern, die im Oktober 1941 Palencia verließ und einige Wochen später im Durchgangslager Miranda de Ebro von der deutschen Sicherheitspolizei übernommen wurde, um auf dem Schubweg in die jeweils zuständigen Stapo-Leitstellen (Wien, Graz usw.) transportiert zu werden, bestand aus freiwilligen Heimkehrern. Sieben Österreicher (Alexander Bielewicz, Rudolf Berger, Franz Hahs, Josef Hochauer, Josef Jerolitsch, Fritz Riegler, Max Strommer) und etwa zehn Deutsche weigerten sich; was ihren Abschied jedoch nur um etwa vier Wochen verzögerte. Danach wurden sie zwangsweise repatriert.⁷⁸ Während des Auslieferungstransportes flüchteten Strommer und der

75 Aus allen einschlägigen Befragungen ergab sich übereinstimmend der Eindruck, daß die in Palencia internierten Österreicher bei einer Überstellung nach Deutschland mit einer Einweisung ins KZ rechneten, während bei den Spanienkämpfern in den französischen Internierungslagern diesbezüglich erhebliche Unsicherheit herrschte und selbst bei vielen politischen Kadern die Überzeugung verbreitet war, eine Repatriierung nach Deutschland würde die persönliche Bewegungsfreiheit und damit die politischen Betätigungsmöglichkeiten - verglichen mit der Situation in den französischen Lagern - eher verbessern.

76 Hinweise auf solche Vorbehalte oder Widerstände von spanischer Seite liegen lediglich hinsichtlich nicht-deutscher Gefangener in Miranda de Ebro vor, wobei es sich jedoch nur zu einem kleinen Teil um Spanienkämpfer, in der Mehrzahl dagegen um politisch oder "rassisch" gefährdete Flüchtlinge aus Vichy-Frankreich gehandelt haben dürfte.

77 Interview Hochauer, T 2, S. 22 ff.

78 DÖW E 19.711, Dossier Josef Jerolitsch: Zeugeneinvernahme beim Magistrat Graz, Wohlfahrtsamt, 20. 5. 1954; Interview Riegler; Interview Hahs, T 2, S. 11; Interview Hochauer, T 2, S. 22-25, 33. "No pasaran" - "Sie werden nicht durchkommen". Ein dokumentarisches Hörbild mit dem Spanienkämpfer Alois Posch (gesendet am 14. 12. 1976 um 20 Uhr in Ö 1).

Deutsche Hermann Streit, indem sie - von den Wachen, deren Aufmerksamkeit in der Nacht nachgelassen hatte, unbemerkt - aus dem Güterwaggon sprangen. Streit wurde wieder gefaßt. Strommer gelang es, sich nach Portugal durchzuschlagen, wo er unter mysteriösen Umständen seit August 1943 verschollen ist.⁷⁹

Abschließend wollen wir uns einigen Östreichern zuwenden, die erst nach dem Bürgerkrieg in franquistische Gefangenschaft gerieten und zum Teil lange Jahre in Konzentrationslagern und Gefängnissen zubringen mußten.

Erwähnenswert ist hier vor allem der Fall des aus Maribor stammenden Ingenieurs Hubert Schwarzbeck.⁸⁰ Schwarzbeck studierte an der Technischen Hochschule in Graz und geriet hier mit dem anarchistischen "Bund herrschaftsloser Sozialisten" in engeren Kontakt, und zwar über die Brüder Bartoschek, die in Graz Vasektomien, also temporäre Sterilisationen an Männern, durchführten. Im Zuge dieser "Vasektomie-Affäre", die 1932 eine große Publizität erlangte, wurden zahlreiche österreichische Anarchisten verhaftet und angeklagt.⁸¹ Um sich der drohenden Verhaftung zu entziehen, flüchtete Dr. Hans Bartoschek gemeinsam mit Schwarzbeck im Sommer 1932 nach Spanien, wo sie der CNT beitraten.⁸² Schwarzbeck fand als Ingenieur eine Beschäftigung in der Madrider Schiffsbaufirma Boetticher & Navarro, für die er von März 1933 bis November 1936 arbeitete.⁸³ Gleichzeitig stellte er sich der CNT als Berater in technischen Angelegenheiten zur Verfügung. Als nach dem Ausbruch des Bürgerkrieges der Firmenchef von Boetticher & Navarro in Lebensgefahr schwebte, stellte er sich schützend vor ihn. Im November 1936 trat er der republikanischen Armee bei und wurde einem "Batallón de Obras y Fortificaciones" zugeteilt, in dem er sofort den Rang eines Hauptmanns, später Majors bekleidete. In der Folge widmete er sich hauptsächlich der Planung und Konstruktion von Eisenbahnbrücken. Schwarzbeck verließ beim Zusammenbruch der republikanischen Front seine Einheit und versuchte zunächst bei anarchistischen Freunden Unterschlupf zu suchen, was jedoch mißlang, so daß er in seine Madrider Wohnung zurückkehrte, die aber bereits durchsucht worden war. Er stand nun vor der Alternative, entweder als U-Boot unterzutauchen oder sich Personalpapiere zu verschaffen. Er entschied sich für letzteres, und bei diesem Versuch wurde er am 6. April 1939, eine Woche nach Beendigung der Kampfhandlungen, verhaftet. Gestapo-Beamte gingen in der Madrider Polizeidirektion ein und aus, und Schwarzbeck hatte in diesen Tagen den Eindruck, daß sie bei den Verhören mit Ausländern die spanischen Vernehmungsspezialisten zeitweilig fast in eine Statistenrolle drängten. Es folgte eine Odyssee durch zahlreiche Haftanstalten:

79 Landauer, Weg, S. 157; Interview Hahs, T 2, S. 11; Kraxner, Interview, T 4.

80 Für die folgenden Ausführungen zum "Fall Schwarzbeck" bin ich Reinhard Müller (Graz) zu Dank verpflichtet, der an einer Studie über den Anarchismus in Österreich arbeitet.

81 LG Graz, 15 Vr 2842/32/645, Anklageschrift gegen Dr. Klemens Bartoschek u. a.; Reinhard Müller, Der aufrechte Gang am Rande der Geschichte. Anarchisten in der Steiermark zwischen 1918 und 1934, in: R. Hinteregger/K. Müller/E. Staudinger (Hrsg.), Auf dem Weg in die Freiheit (Anstöße zu einer steirischen Zeitgeschichte), Graz 1984, S. 185 f.

82 Anklageschrift (s. o.), S. 18 ff.

83 Historial de la estancia en España de ingeniero Huberto Schwarzbeck Gribits.

von der Polizeidirektion am 12. April ins Madrider Gefängnis "Porlier" überstellt, kam Schwarzbeck bereits drei Tage später in das Provinz-Gefängnis "Torrijos" (ebenfalls in Madrid). In einem summarischen Schnellgerichtsverfahren ("sumarísimo de urgencia" Nr. 15.771) zu zwanzig Jahren und einem Tag Gefängnis verurteilt (über die 20 Mitangeklagten wurde die Todesstrafe verhängt), mußte Schwarzbeck seine Zelle am 30. März 1940 mit einer neuen tauschen, diesmal im Zentral-Gefängnis in Ocana, dessen Mauern den österreichischen Häftling fast drei Jahre von der Außenwelt abschlossen. Mehr als ein weiteres Jahr (10. Jänner 1943 - 17. Februar 1944) brachte er im Zentralgefängnis Guadalajara zu, um anschließend bedingt entlassen zu werden ("libertad condicional"). Die Firma Boetticher beschäftigte ihn in derselben Position, die er vor dem Krieg innegehabt hatte, bis er am 29. April 1944 einen Ausweisungsbescheid erhielt. Es sollten aber noch zweieinhalb Jahre bis zur Befreiung verstreichen, denn am 20. Mai 1944 wurde neuerlich eine Polizeihaft verhängt. Zu den weiteren Stationen zählten u. a. das KZ in Nanclares de la Oca (22. 1. 1945 - 19. 3. 1945) und das KZ in Herrera de la Mancha (20. 3. 1945 - 25. 9. 1946). Todkrank und bis zum Skelett abgemagert, konnte Schwarzbeck am 28. September 1946 Spanien über den Seeweg verlassen. Auf der "Ciudad de Valencia" fuhr er nach Italien und kehrte anschließend nach Österreich zurück.⁸⁴

Wir wollen dieses Kapitel nicht abschließen, ohne die außergewöhnliche Lebensgeschichte Josef Orlitschs zu streifen. Der gebürtige Kärntner, der vor 1934 als Gemeinderat in St. Ruprecht gewirkt hatte, fuhr 1937 nach Spanien, überschritt nach zweijährigem Einsatz wie die meisten übrigen Spanienkämpfer die französische Grenze und wurde interniert. Orlitsch flüchtete aus dem Lager und schloß sich der Résistance an.⁸⁵

Während der genuin französische Widerstand - entgegen den patriotischen Mystifikationen der KP-Historiographie⁸⁶ - erst im Gefolge des von der Vichy-Regierung am 17. Februar 1943 eingeführten "Service du Travail Obligatoire" (d. h. der Verpflichtung zur Zwangsarbeit für die Besatzungsmacht) einen stärkeren Zulauf erhielt, hatten ausländische, vor allem spanische Flüchtlinge und Emigranten den bewaffneten Kampf gegen die Deutschen und die französischen Kollaborateure frühzeitig aufgenommen. 1944 bildeten spanische Guerrillagruppen, die teils in völlig selbständigen Einheiten eher dezentral operierten (vor allem die Anarchisten), teils in die kommunistisch dominierten FTP (Franc-Tireurs et Partisans) integriert waren, mit einer Stärke von etwa 60.000 bewaffneten Kämpfern fast die Hälfte der aktiven französischen Résistance. Im Massif Central, in den Alpen, im Süden und im Südosten Frankreichs lagen die

⁸⁴ Bestätigung der "Representation in Spain of American Relief Organizations", Madrid, 20. 9. 1946; Bestätigung der Firma Boetticher und Navarro, Madrid, 28. 3. 1944 (Abschrift); Urteil des "Consejo de Guerra" vom 8. 2. 1940 (beglaubigte Übersetzung); Bestätigung des "Intergovernmental Committee on Refugees, Austria (British Zone)", Graz, 8. 3. 1947; Aufstellung der in spanischen Gefängnissen und KZ verbrachten politischen Haftzeiten.

⁸⁵ Wiener Tagebuch, Nr. 9, September 1986.

⁸⁶ Siehe Habilitationsvortrag von Hartmut Mehringer, Nationale Front oder Gründungsmythos der IV. Republik? Die französische Résistance im Lichte neuerer Forschung, München 1987 (unveröff. Mskr.).

wichtigsten Operationszonen des spanischen "Maquis", der bei der Befreiung von 49 Städten eine bedeutende oder sogar dominierende Rolle einnahm.⁸⁷ Aber während für die französischen Widerstandskämpfer der aktive Kampf mit der "Libération" beendet war, bedeutete der Partisanenkrieg in Frankreich für die spanischen Guerilleros "nur" eine - allerdings bedeutsame - Etappe ihres Einsatzes gegen die faschistischen Mächte und ihre Trabanten. Bei Kriegsende war das Franco-Regime trotz seiner Schaukelpolitik in den vergangenen Jahren international geächtet (was sich mit der Zuspitzung des "Kalten Krieges" 1949/1950 drastisch ändern sollte), und dies verlieh einerseits der innerspanischen Opposition einen leichten Auftrieb, andererseits nährte es die Hoffnungen hunderttausender spanischer Emigranten. Die Erwartung, daß mit der Befreiung Frankreichs und dem vorhersehbaren Ende Nazi-Deutschlands auch der Franco-Diktatur der vermeintliche Todesstoß zu versetzen sei, bildete eine wesentliche Grundlage für die Aufstellung von Guerilla-Formationen, die ab Sommer 1944 in größeren oder kleineren Gruppen nach Spanien einsickerten; sie griffen "Guardia-Civil"-Kasernen an, sprengten Elektrizitätswerke, blockierten Eisenbahnlinien und verübten eine Vielzahl sonstiger Sabotageakte. Die bedeutendste dieser Aktionen fand im Dezember 1944 mit der Invasion von 2000 bewaffneten Widerstandskämpfern (die Ausrüstung stammte aus alliierten Beständen) ins Aran-Tal (Baskenland) statt, wo sie 16 Dörfer befreiten und zehn Tage lang hielten. Franco konzentrierte eine Streitmacht von 45.000 Mann gegen die Partisanen, und nach blutigen Kämpfen mußten sich die Überreste über die tief verschneiten Pyrenäen nach Frankreich zurückziehen, wo sie zu ihrer Erbitterung von der französischen FFI (Forces Françaises de l'Intérieur), an deren Seite sie jahrelang gekämpft hatten, entworfen und in Internierungslager gesteckt wurden.⁸⁸

Mit einer dieser Gruppen überschritt auch Josef Orlitsch die Grenze, wurde jedoch sofort verhaftet und ins "Prisión Provincial" von Zaragoza eingeliefert. Aus dieser Zeit ist ein Brief des amerikanischen Generalkonsulats in Barcelona erhalten geblieben, das seine Bitte um materielle Unterstützung an das "American Joint Distribution Committee" weiterleitete.⁸⁹ Orlitsch wurde zu 30 Jahren Zuchthaus verurteilt und kam ins Zentralgefängnis von Burgos. Die Vertreter des Alliierten Kontrollrates versprachen ihm Ende 1946, alles in ihrer Macht Stehende zu unternehmen, um seine Freilassung und Ausreise zu ermöglichen.⁹⁰ Aber es sollten noch über neun Jahre vergehen, bis es soweit war. Der Kärntner Landeshauptmann schrieb am 15. Juni 1955, er werde "keine Gelegenheit

⁸⁷ Louis Stein, *Beyond Death and Exile. The Spanish Republicans in France, 1939-1955*, Cambridge-London 1979, S. 147-180. Siehe Miguel Angel, *Los guerrilleros españoles en Francia 1940-1945*, La Habana 1971.

⁸⁸ Stein, *Death*, S. 227; "El Voluntario de la Libertad. Mitteilungsblatt der ehemaligen republikanischen deutschen Spanienkämpfer", Nr. 25, Juli/August 1959, S. 8.

⁸⁹ DÖW E 19.711, Dossier Josef Orlitsch: Brief American Consulate General an José Orlitsch Marco, Barcelona, 25. 5. 1945.

⁹⁰ Dossier Orlitsch: Brief "The Representatives in Spain of the Allied Control Council" an Josef Orlitsch, Madrid, 20. 12. 1946.

verabsäumen, um im Auswärtigen Amt für Ihre Freilassung zu intervenieren".⁹¹ Für Orlitsch setzten sich u. a. Christian Broda und Hermann Langbein ein, dem er in einem Brief am 3. Dezember 1955 - immer noch in Burgoş inhaftiert - überschwänglich für die vielfältigen Unterstützungen dankte. Erst die diplomatische Anerkennung Spaniens durch Österreich rückte den Termin seiner Freilassung in sichtbare Nähe.⁹² Bald danach kehrte er, durch die lange Haft körperlich sehr geschwächt, nach Österreich zurück. Orlitsch starb im Februar 1967 in Klagenfurt.⁹³

91 Dossier Orlitsch: Brief des Landeshauptmanns von Kärnten an Orlitsch, Klagenfurt, 15. 6. 1955.

92 Dossier Orlitsch: Brief Orlitsch an Hermann Langbein, Burgos, 3. 12. 1955.

93 Wiener Tagebuch, Nr. 9, September 1986.

HANS LANDAUER

ÖSTERREICHER IM SANITÄTSDIENST DER SPANISCHEN VOLKSARMEE
1936-1939

Wie bei den mit der Waffe kämpfenden Freiwilligen waren es auch bei den Ärztinnen und Ärzten vorerst im Lande ansässige Emigranten aus faschistischen oder halbfaschistischen Ländern, welche sich sofort nach dem Putsch der eidbrüchigen Offiziere den loyal gebliebenen Verbänden und den Milizen der Volksfrontparteien anschlossen. Hierbei spielte für einige von ihnen nicht einmal die parteipolitische Bindung als vielmehr der natürliche Wunsch eines jeden Arztes, ganz einfach helfen zu wollen, eine Rolle.

Ohne Zweifel war der erste Österreicher, der sich dieser Rolle verpflichtet fühlte, der altösterreichische Arzt Dr. Osias Sigall. Am 31. Dezember 1889 in Tarnopol geboren, promovierte er an der Prager Deutschen Universität zum Doktor der Medizin. In den Jahren 1922 bis 1926 in Linz wohnhaft, wurde ihm durch das Dekanat der medizinischen Fakultät der Universität Wien die Nostrifikation seines erworbenen Doktordiploms aus rein formalen Gründen - keine Reziprozität - verweigert.¹ Aus seinen Eingaben ist ersichtlich, daß er in diesen Jahren versucht hat, in Linz eine ärztliche Praxis zu eröffnen. Wann er Österreich verließ, um sich in Barcelona niederzulassen, konnte nicht festgestellt werden. Nach einem Bericht des Österreichischen Konsulates in Barcelona vom 2. August 1936 ist er "als Arzt mit einer der von Barcelona aus organisierten Kolonne mitgegangen. Diese Kolonne wurde von der hiesigen Regierung und den Arbeiterformationen gebildet, um an dem Kampfe gegen die Rebellen vor Zaragoza teilzunehmen."

In weiteren Berichten heißt es: "Sigall hat sich hier in Barcelona stets als äußerst hilfsbereiter und doch wieder sehr eigenwilliger Mensch gezeigt."² "Heute /17. Jänner 1937/ erschien Dr. O. Sigall im hiesigen Konsulat, und aus seinen Mitteilungen geht hervor, daß er sich als Leiter eines großen Spitals hinter der Aragonfront befindet. Er gibt an, er habe es vorgezogen, in einem Spital seinem Beruf als Arzt nachzugehen, als nach Österreich zurückzukehren und dort der Heimat zur Last zu fallen."³ Aus einigen Dokumenten ist ersichtlich, daß Dr. Osias Sigall-Schwarzenberg - wie er, nach spanischer Gepflogenheit, auch mit mütterlichem Namen angeführt wurde - als Arzt bei verschiedenen Einheiten an der Aragonfront eingesetzt war - nach einem Status des Sanitätspersonals des Landheeres Chef eines Militärsitals in Caspe im Range eines Major-Arztes.⁴

Er war einer der Ärzte, die auch nach der Gründung der Internationalen Brigaden und der damit verbundenen Schaffung des Internationalen Sanitätsdienstes bei rein spanischen Einheiten blieben. Über sein Schicksal nach der

1 DÖW E 19.711, Osias Sigall.

2 AdR, NPA, Karton 689, Zl. 41.053-13/36.

3 AdR, NPA, Karton 689, Zl. 35.003-13/37.

4 DÖW E 19.711, Osias Sigall.

Niederlage der Spanischen Republik ist nichts bekannt.

Der nächste österreichische Arzt in den Reihen der spanischen Regierungstruppen dürfte zweifellos der aus dem 19. Wiener Gemeindebezirk stammende Dr. Ernst Aman gewesen sein. Bereits während seiner Mittelschulzeit war er eine treibende Kraft bei den Sozialistischen Mittelschülern in Wien-Hietzing. Am 2. September 1936 war er nach Spanien gekommen und Arzt der legendären "Centuria Thälmann" geworden, lange bevor der organisierte Zustrom von Freiwilligen einsetzte. Zu dieser Einheit kam auch schon einige Tage nach der Ankunft Dr. Amans der damalige Medizinstudent Josef Schneeweiss, der in Spanien jedoch nie in seinem späteren Arztberuf tätig war. Nach dem Verlust von zwei Fingern der rechten Hand beim Nachtangriff auf die von Requetés besetzte Eremitage Santa Quiteria bei Tardienta am 24. Oktober 1936 hatte er im Zentralspital von Benicasim die kulturelle Betreuung der deutschsprechenden Patienten zu besorgen. Dort traf ich ihn im September 1937 nach meiner Verwundung bei Mediana zum erstenmal. Wir sollten eine lange Wegstrecke unseres Lebens, und nicht den einfachsten Teil davon, gemeinsam gehen: Gefängnis Maison d'arrêt de la Santé in Paris, Polizeigefangenenhaus Elisabethpromenade in Wien und als Schlußpunkt KZ-Dachau, wo er mich als Revierpfleger in den letzten Tagen vor der Befreiung versteckte, mir so den Todesmarsch in die geplant gewesene "Alpenfestung" ersparte und vielleicht das Leben rettete.

Dr. Ernst Aman wechselte am 1. November 1936 zu der in Aufstellung begriffenen und am 8. November 1936 im Universitätsviertel und Casa de Campo in Madrid zum Einsatz gekommenen 11. Internationalen Brigade, die eigentlich die erste und in den aufliegenden Dokumenten auch als solche bezeichnet war. Diese Brigade hatte zwei deutsche und ein französisches Bataillon und einen Mannschaftsstand von 1650 Mann. Am 5. Jänner 1937⁵ wurde Aman, als Frontarzt tätig, verwundet. Seine weiteren Stationen waren Spitalsarzt in Benicasim und Vich. Die Dienstbeschreibung bezeichnet ihn als "qualifiziert, guten Arbeiter mit großem Interesse, ausgezeichnete Dienstleistung auf allen Posten, die er innehatte".⁶

Mit der Gründung der Internationalen Brigaden gab es naturgemäß auch bei der medizinischen Betreuung das Problem der Sprachbarrieren. Nach der Bereinigung des Sprachwirrwars in den Brigaden, die im wesentlichen im Mai 1937 als abgeschlossen bezeichnet werden kann, stand auch der Internationale Sanitätsdienst. Interessant ist ein nicht datierter, aber zweifellos nach dem Juli 1937 abgefaßter Bericht des Chefs dieses Dienstes, des bulgarischen Major-Arztes Dr. Telge: Unter 27 Nationen scheint Österreich, was die Anzahl der Ärzte in diesem Dienst betrifft, mit 16 Medizinern an fünfter Stelle hinter Polen, Deutschland, den Vereinigten Staaten von Amerika, Jugoslawien, aber noch vor der Tschechoslowakei, vor Ungarn und England auf. Nach diesem Bericht verfügte der Internationale Sanitätsdienst zu diesem Zeitpunkt über 224 Ärztinnen und Ärzte, 177 Krankenpflegerinnen und 439 Krankenpfleger. Über

5 DÖW E 19.716.

6 Servicio Historico Militar Espanola, Armario 77, Legajo 1263.

das ganze Gebiet der Republik verteilt, gab es 28 Spitäler, die teilweise ganz vom Internationalen Sanitätsdienst verwaltet und betreut wurden oder in denen dieser eine oder mehrere Abteilungen zur Verfügung hatte.

Das Spital mit der größten Bettenanzahl war Benicasim. Hier standen in den diversen Villen des ehemaligen Nobelbadeortes 1200 Betten. Es gab Villen für Kopf-, Arm-, Bein- und Bauchverletzungen, Amputierte, Typhusranke etc. In allen Spitälern zusammen waren bis zum Berichtsabschluß 25.000 Patienten versorgt worden. Zu keiner Zeit gab es jedoch in diesen Spitälern nur Internationale als Patienten. Auch in der kurzen Zeit von November 1936 bis Mai 1937, in der die Internationalen Brigaden keine Spanier in ihren Reihen hatten, wurden auch kranke und verwundete Spanier medizinisch versorgt. Ab Frühsommer 1937, als in den meisten dieser Brigaden schon um die 25 Prozent Spanier waren und immer mehr wurden, wurde dieser Anteil logischerweise immer größer.⁷ In der zweiten Hälfte 1937 waren im Zentralspital von Benicasim von 1550 Patienten, die eine medizinische Kommission zu passieren hatten, bereits 502 Spanier.⁸ Zum Transport der Verwundeten und Erkrankten standen 123 Ambulanzen zur Verfügung, und in neun mobilen chirurgischen Stationen konnten unmittelbar hinter der Front sofort notwendige Operationen durchgeführt werden.

Einmalig bei diesem Sanitätsdienst dürfte auch die Tatsache gewesen sein, daß sich die von diesem Dienst betreuten Soldaten, manchmal geringschätzig und übelwollend als "Söldner" bezeichnet, einen Teil der Versorgung selbst bezahlten. Bis zur Berichtserstellung hatten nämlich die Angehörigen der Internationalen Brigaden vier Millionen Peseten für den Sanitätsdienst gespendet. Die beiden anderen finanziellen Säulen waren die Internationale Rote Hilfe und private Spenden aus dem Ausland, die über ein Hilfskomitee mit dem Sitz in Paris nach Spanien kamen. Zum großen Teil waren dies Sachspenden wie Ambulanzen und Spitalsausrüstungen.

Zum Internationalen Sanitätsdienst, der nach obigem Bericht in neun Abteilungen gegliedert war, gehörte auch eine Abteilung für Hygiene und Desinfektion. Diese entstand dem Grazer Chemiker Dr. Ferdinand Bilger, dem Sohn des gleichnamigen Grazer Universitätsprofessors. Bilger wurde wegen seines Einsatzes auf seiten der rechtmäßigen spanischen Regierung durch die Steiermärkische Landesregierung ausgebürgert. Sein Vater betrieb 1947 mit Erfolg die Wiedereinbürgerung. Bilger selbst befand sich zu diesem Zeitpunkt in Frankreich.⁹

Siegfried Badian kam im Juni 1937 nach Spanien und arbeitete in der Zahnstation des Spitalzentrums Murcia. Im Frühjahr 1938 übersiedelte er nach Barcelona und setzte dort seine Tätigkeit bis zur Evakuierung nach Frankreich am 1. August 1938 in der Zahnstation des Internationalen Sanitätsdienstes in Barcelona, in der Calle Anglesola, fort. Während des Zweiten Weltkrieges war er gemeinsam mit anderen österreichischen Spanienkämpfern Angehöriger einer

7 DÖW E 19.724.

8 DÖW E 19.729.

9 DÖW E 19.711, Ferdinand Bilger.

Spezialeinheit der Roten Armee. Ein Gedicht seiner Kameraden zum Jahreswechsel 1941/42 erinnert an seine spanische Vergangenheit und damals aktuelle Aufgaben:

Um den Zähnen zu entfliehen
 Mußte ich zu Felde ziehen
 Kleidete mich gern ich ein
 Doch siehe da: ich war zu klein
 Wie auch immer ich mich mühte
 Meine Tat doch niemals blühte
 Und landete - o hört es nur
 Wieder bei der Gebißkultur
 Konnte schwer mich nur entwinden
 Und einen Sanitärposten finden
 Trag die Pistole mit Glorienschein
 Und binde gefrorene Zehen ein¹⁰

Der erste österreichische Arzt, der mit Hilfe der durch die KPÖ ins Leben gerufenen Vermittlungsstelle für Spanienfreiwillige nach Spanien kam, war Dr. Fritz Jerusalem, der sich in Spanien Jensen nannte. Er war schon vor 1934 Mitglied der KPÖ, Aktivist und daher schon mehrmals in Österreich inhaftiert. Im Juli 1934 wurde er zu einer dreimonatigen Polizeistrafe verurteilt und anschließend in das Anhaltelager Wöllersdorf gebracht.¹¹ Nach seinem Einsatz als Frontarzt bei der 13. Internationalen Brigade wurde er Chefarzt in Benicassim. Nach der Niederlage der Spanischen Republik ging er mit Dr. Walter Freudmann, Dr. Edith und Heinrich Kent nach China und setzte dort seinen Kampf gegen den japanischen Aggressor bis zu dessen endgültigen Niederlage im Jahre 1945 fort. Dann wechselte er seinen Beruf. Er wurde Journalist und Korrespondent und blieb in China. Am 11. April 1955 wollte er in dieser Eigenschaft zusammen mit anderen chinesischen und ausländischen Berichterstattern von Peking aus zur afro-asiatischen Konferenz nach Bandung fliegen. Da man in diesem Flugzeug den chinesischen Ministerpräsidenten Tschu En Lai vermutete, wurde bei einer Zwischenlandung durch einen CIA-Agenten eine Bombe an Bord geschmuggelt und das Flugzeug zum Absturz gebracht. Fritz Jensen-Jerusalem und andere Opfer dieses Sabotageakts wurden auf dem Heldenfriedhof von Babaoshan bei Peking beigesetzt.

Dr. Walter Freudmann kam im Jänner 1937 nach Spanien. Nach einem Jahr als Frontarzt, unter anderem in Colmenar de Oreja, kam er im Februar 1938 in das Hauptquartier nach Albacete und von dort in das Spital von Sagaró, nördlich von Barcelona. Nach seiner Rückkehr aus China eröffnete er eine Praxis in Wien, und er ist heute noch Arzt im zehnten Wiener Gemeindebezirk. Seiner in Spanien erstellten und heute noch aufliegenden Dienstbeschreibung "guter Kamerad, ruhig, niemand weiß etwas Nachteiliges über ihn, als Arzt exakt und

10 DÖW E 19.711, Siegfried Badian.

11 DÖW E 19.711; AdR, BKA 318.057/StB.

zuverlässig" ist eigentlich nichts hinzuzufügen.¹² So ist er heute noch!

Wäre noch zu erwähnen, daß er während der Fahrt nach China seine Zeit in Spanien in einem Gedicht verewigte:

Vorbei an Spanien
 Aber wenn ich sehe diese Küste
 Spaniens, wo wir nun vorüber-
 fahren auf der großen Fahrt,
 und wir sehen von der Ferne
 Häuser und den Kirchturm
 eines Dorfes am Bergeshang
 und die Friedhofsmauer,
 wo der Wald beginnt -
 ach, dann schmerzt so frisch die Wunde,
 und die Heimat jener Jahre
 sehen wir vorüberziehen,
 jener Jahre, die wir lebten,
 kämpfend, hoffend in dem Lande,
 das wir kämpfend mußten lassen -
 auf der neuen großen Fahrt.

Dr. Heinrich Kent kam am 20. Juni 1937 nach Spanien. Er fand vorerst in den Spitälern Benisa und Denia als Röntgenarzt Verwendung. Ab dem 14. April 1938 war er im Spital von Mataró beschäftigt. Nach seiner Rückkehr aus China im Jahre 1947 wirkte er bis zu seinem Tod im Jahre 1963 als Arzt in Wien. Seine nachmalige Gattin Dr. Edith Kent, geborene Marens, mußte aus "rassischen" Gründen ihr Medizinstudium in Deutschland abbrechen. Über Jugoslawien und Frankreich erreichte sie Spanien und war dort bei der amerikanischen Gruppe des Internationalen Sanitätsdienstes tätig; ob als Krankenschwester oder "Practicante" - ein Begriff, den es im spanischen militärischen Sanitätsdienst gibt und der im Langenscheidt als "Feldscher" übersetzt wird - konnte nicht festgestellt werden. Nach ihrer Rückkehr aus China, durch ihre Heirat mit Heinrich Kent österreichische Staatsbürgerin geworden, beendete sie in Wien ihr Medizinstudium.¹³

Ebenfalls als "Practicante" arbeitete Ignaz Bauer, der im November 1936 nach Spanien gekommen war.¹⁴ Als Sohn eines städtischen Oberarztes studierte er an der medizinischen Fakultät der Universität Wien von 1930 bis 1936, ohne jedoch zu promovieren. Vom 11. November 1936 an arbeitete er in den Spitälern von Albacete, Mahora, Mataró und Farnés de la Selva "mit Fleiß und Eifer auf allen Posten".¹⁵ Nach der Niederlage der Spanischen Republik wurde er in Frankreich vorerst interniert. Über Intervention seines Onkels in Straß-

12 DÖW E 19.711, Walter Freudmann.

13 DÖW E 19.711, Edith und Heinrich Kent.

14 DÖW E 19.717.

15 DÖW E 19.711; SHM, Armario 77, Carpato 6, Legajo 1263.

burg konnte er das Internierungslager verlassen und in der Nähe von La Rochelle in einem Kindererholungsheim für spanische Flüchtlingskinder arbeiten. Bei Kriegsbeginn wurde er neuerlich festgenommen und in ein Lager bei Libourne gebracht.

Am 9. Oktober 1941 wurde er in Montauban nach Artikel 179 des französischen Militärstrafgesetzbuches angeklagt, "daß er sich zwecks kommunistischer oder anarch. Tätigkeit auf französischem National Territorium aufhält".

Nach diesem Artikel zu 15 Jahren Zwangsarbeit verurteilt, blieb er vorerst im Gefängnis von Montauban, wurde jedoch dann den deutschen Behörden ausgeliefert. Über das Gefängnis von Toulouse kam er am 20. Juni 1944 in das KZ Dachau, wo er als französischer Schutzhäftling unter der Häftlingsnummer 73.059 bis zur Befreiung am 29. April 1945 inhaftiert war. Nach seiner Rückkehr nach Österreich im Jahre 1946 wurde ein Gesuch um "Weiterzulassung" abgelehnt. Am 25. November 1936 reiste Max Vyhledal, Jahrgang 1913, aus Wien-Ottakring, über die Schweiz nach Spanien.¹⁶ Laut "Certificación Académica Personal" der medizinischen Fakultät der Universität Valencia hat er im Kurs 1937/38 den Grad eines "Practicante de Guerra" (Kriegspraktikant) erreicht. Über seinen Einsatz als solcher liegen jedoch keine Erkenntnisse auf.¹⁷

Durch reichliches Bildmaterial bestätigt ist der Einsatz von Dr. Fritz Brauner, geborene Riesel, aus Wien-Neubau. Sie kam im Februar 1937 nach Spanien. Als Assistentin Bedrich Kischs, des Bruders von Egon Erwin Kisch, des "Rasenden Reporters", war sie in Benicasim an unzähligen Operationen beteiligt. Nach der Auflösung dieses Spitals arbeitete sie als Saalärztin in Mataró. Schon in Benicasim jedoch nahm sie sich gemeinsam mit ihrem Gatten, dem Elsaß-Lothringer Psychologen Alfred Brauner, den sie bereits vor ihrer Abreise nach Spanien in Wien kennengelernt hatte, kriegsgeschädigter Kinder an, welche in einem Heim in Benicasim untergebracht waren. Diese Arbeit setzten sie auch nach dem Zweiten Weltkrieg, in dem beide in der französischen Résistance tätig waren, fort. Filme und Bücher über geistig geschädigte Kinder sind die Krönung ihrer jahrzehntelangen Arbeit. Die Brauners leben heute in Paris.¹⁸

Dr. Emanuel Edel kam im Februar 1937 nach Spanien und wurde noch während der Schlacht am Jarama der französisch sprechenden 14. Internationalen Brigade als Frontarzt zugeteilt. Mit dieser machte er alle Kämpfe bis zum Rückzug der Freiwilligen im September 1938 mit. Nach dem Übertritt der Spanischen Volksarmee nach Frankreich, im Februar 1939, war er in den Internierungslagern Saint Cyprien und Gurs als Lagerarzt tätig. Sein Einsatz in China - er hätte am 12. August 1939 in Marseille zu Jensen, Freudmann und den beiden Kents stoßen sollen - wurde durch persönliche Umstände verhindert. Im Juni 1940 wurde er mit einer Gruppe von ehemaligen Angehörigen der Internationalen Brigaden in das Straflager von Le Vernet verlegt und über das Gefängnis von Montauban nach Castres gebracht, wo ihm vor einem Militärgericht der damaligen Vichy-Regierung ein Prozeß gemacht wurde. Mit Hilfe der

16 AdR, NPA, Karton 690, Zl. 34461/15.1.37.

17 DÖW E 19.711, Max Vyhledal.

18 DÖW E 19.711, Dr. Fritz Brauner.

französischen Widerstandsbewegung gelangte ihm gemeinsam mit anderen politischen Häftlingen im September 1943 die Flucht aus diesem Gefängnis. Durch die Widerstandsbewegung mit falschen Papieren auf den Namen Roger Dumain ausgestattet, arbeitete er im Stabe der FTP (Franc-Tireurs et Partisans) in Lyon. Anfang 1945 ging er mit einigen österreichischen Spanienkämpfern, die teilweise ebenfalls in der französischen Widerstandsbewegung tätig oder in der Schweiz in Emigration gewesen waren, nach Jugoslawien, wo er als Arzt im Stabe der Österreichischen Freiheitsbataillone tätig war. Nach seiner Rückkehr nach Österreich war er bis zu seiner Pensionierung Chefarzt-Stellvertreter der Polizeidirektion Wien.

Seine Gattin Anny Edel, bis zu ihrer Abreise aus Wien zahnärztliche Assistentin der Wiener Gebietskrankenkasse, kam im Herbst 1937 nach Spanien und arbeitete in ihrem Beruf im Rahmen des Internationalen Sanitätsdienstes.¹⁹ Sie kam 1939 über Frankreich nach England und war während des Zweiten Weltkrieges in diesem Lande.

Über die in Drohobycz geborene und derzeit in Israel lebende Dr. Anja Perilman, verehelichte Hammermann, gibt es wohl mehrere Bilder, jedoch nur ein Dokument. Nach diesem war sie im November 1937 im Genesungsspital von Orihuela im Range eines Capitan-Arztbesetzt. Wann sie nach Spanien gekommen ist, konnte nicht exakt eruiert werden. Ihr Einsatz in den Spitälern von Murcia und Benicasim ist verbürgt. Nach 1945 kam sie mit ihrem Mann einer Einladung des damaligen Chefarztes der Jugoslawischen Armee, des ehemaligen Spanienkämpfers Gojko Nikolis, nach und in der Folge in den Strudel der Ereignisse, die dem Bruch Jugoslawiens mit den Kominform folgten. Zuerst verhaftet und später in Montenegro in Verbannung lebend, konnten sie erst nach größten Schwierigkeiten Jugoslawien verlassen.

Wenig Information gibt es über Dr. Hans Kaiser aus Wien-Alsergrund. Er kam zu Beginn 1937 nach Spanien und war Arzt in Murcia. Ihm gelang es 1939, gemeinsam mit seiner Gattin Dora Kaiser, geborene Haut, welche als Krankenschwester in Murcia beschäftigt war, nach England zu emigrieren. Hans Kaiser verstarb 1941 in England. Dora Kaiser war während ihres Aufenthaltes in Oxford im "Free Austrian Movement" tätig.²⁰

Durch einen Brief Julius Deutschs vom 31. Jänner 1937 an die Auslandsorganisation der Österreichischen Sozialisten (ALÖS) wissen wir, daß Dr. Friedrich Hautmann, Zahnarzt aus Wiener Neustadt, als solcher in einem Spital der Republik tätig war. Bei ihm handelt es sich um einen überzeugten und kämpferischen Sozialdemokraten, der im Februar 1934 in Wiener Neustadt Obmann-Stellvertreter des Republikanischen Schutzbundes und Sanitätsreferent desselben war. Im Zusammenhang mit den Februarereignissen in Wiener Neustadt wurde er wegen Hochverrats zu 15 Monaten schweren Kerkers, verschärft durch ein hartes Lager monatlich, verurteilt. Als Hobby-Museumskustos hatte er zwei Kisten, in denen sich ein Maschinengewehr und dazugehörige Munition befanden und die Eigentum des Republikanischen Schutzbundes waren, als historische

19 DÖW E 19.711, Anny und Emanuel Edel.

20 DÖW E 13.161.

Fundstücke getarnt und im Stadtmuseum verwahrt. Seine Gattin Maria Hautmann war in Wiener Neustadt sozialistische Gemeinderätin und für den Wahlkreis Wiener Neustadt Abgeordnete zum Nationalrat. Nach der Niederlage der Spanischen Republik durfte Friedrich Hautmann zu seiner Gattin, die bereits in England lebte, gekommen sein. Von dort erfolgte die Emigration nach den USA, wo beide nach Kriegsende verstorben sein sollen.²¹

Der Bruder des Staatssekretärs für Volksaufklärung, Unterricht, Erziehung und Kulturangelegenheiten in der provisorischen Staatsregierung Renner, Dr. Walter Fischer, war in Spanien unter dem Namen Dr. Alexander Langer vom 28. November 1936 bis zur Niederlage der Spanischen Republik im Internationalen Sanitätsdienst tätig, die längste Zeit davon als Frontarzt bei der englisch sprechenden 15. Internationalen Brigade. Auch er hatte eine kämpferische Vergangenheit. Nach den Februartkämpfen 1934 wurde er zu sechs Monaten Kerker verurteilt und anschließend in das Anhaltelager Wöllersdorf gebracht. Nachdem er auch seines Arzttitels für verlustig erklärt worden war, emigrierte er 1935 über Prag nach Moskau, von wo er nach Spanien gelangte. Interessant ist vielleicht eine "Wahrnehmungsmeldung" der Bundessicherheitswache, Abteilung Favoriten, Wachzimmer Theodor-Sickel-Gasse, vom 12. Juli 1934, in der angeführt wird, daß Frauen am 16. Juli 1934, dem Tag der Verhandlung gegen Dr. Walter Fischer, beim Landesgericht Wien II beabsichtigen, sich dafür einzusetzen, daß er freigesprochen würde. Dr. Walter Fischer verbrachte den zweiten Weltkrieg in Moskau und war dort beim sowjetischen Rundfunk als Radiosprecher für deutsche Sendungen tätig.²²

Bataillonsarzt des österreichischen Bataillons "12. Februar 1934" war im Herbst 1937 ein gewisser Lenhart, von den Bataillonsangehörigen scherzhaft "Höllershansl" genannt; er war allerdings deutscher Staatsbürger, der aber vor seiner Reise nach Spanien in Graz gelebt hatte und mit einer Steirerin verheiratet war. Von dieser Verbindung dürfte auch sein Spitzname herkommen. Auch er war kein fertiger Mediziner und daher in Spanien nur Practicante de Guerra. Mir war er persönlich bekannt, verfügte er doch am 6. November 1937 in Torralba de Aragon meine Einlieferung in das in der Dorfschule eingerichtete Isolationskrankenhaus für Typhusfälle der 11. Internationalen Brigade. Sein weiteres Schicksal nach 1939 konnte nicht nachgezeichnet werden.²³

Belegt ist der Einsatz von Dr. Heinrich Karner im Spital von Murcia. Er kam im Juli 1937 nach Spanien. Neben dem oben erwähnten Spital arbeitete er in jenen von Albacete, Benisa und Denia sowie nach der Evakuierung nach Katalonien in Mataró. In seinem Dienstbeschreibungsbogen ist als Gattin die Spanierin Maria Lopez angeführt. Sie war im Spital von Murcia als Krankenschwester tätig.²⁴

Dr. Hans Landesberg aus dem zweiten Wiener Gemeindebezirk dürfte unmittelbar nach seiner Promotion am 28. Juni 1937 an der Universität Wien nach

21 DÖW E 19.711, Friedrich Hautmann.

22 DÖW E 19.711, Dr. Walter Fischer.

23 DÖW E 19.711, Lenhart, Foto.

24 DÖW E 19.711, Dr. Heinrich Karner.

Spanien gegangen sein. Er scheint in einer Liste des "Servicio Sanitario Frente" als Leutnant-Arzt des Sanitätsdienstes der 35. Division auf. Zum Zeitpunkt der Demobilisierung der Internationalen Freiwilligen im September 1938 war er in der gleichen Eigenschaft beim XV. Armee-Korps. Nach dem Zusammenbruch der Spanischen Republik kam er in das Lager Gurs, von wo ihm die Ausreise in die USA gelang.²⁵

Dokumentarisch nicht belegt, jedoch durch Dr. Emanuel Edel und andere Spanienkämpfer bezeugt, ist der Einsatz von Dr. Karl Langer aus Wien-Erdberg. Seine polizeiliche Abmeldung aus Wien 3, Erdbergerstraße 67, nach Paris erfolgte am 12. Mai 1938. Eine Abmeldung muß jedoch nicht unbedingt mit dem Zeitpunkt der Abreise übereinstimmen.²⁶

Dr. Maria Langer und ihr späterer Gatte Dr. Max Langer kamen über Intervention und mit Hilfe der englischen Labour Party nach Spanien. Dies dürfte jedoch nach den Memoiren Maria Langers "Von Wien bis Managua" noch vor Jahreswechsel 1936/37 gewesen sein. Sie arbeiteten gemeinsam - Max als Chirurg und Maria als Anästhesistin - im Spital des Internationalen Sanitätsdienstes in Murcia. Ihr weiterer Weg führte sie nach der Niederlage der Spanischen Republik nach Südamerika, wo sie in den Ländern Chile, Argentinien und zum Schluß in Nicaragua lebten. Maria Langer verstarb 1988. Ob, wann und wo Max Langer verstorben ist, konnte nicht festgestellt werden.²⁷

Dokumentarisch belegt und/oder durch Zeugenaussagen und Fotos bestätigt ist der Einsatz von nachstehend angeführten Krankenschwestern, wobei gesagt werden muß, daß nicht alle von ihnen Diplomkrankenschwestern waren.

Stefanie Bauer, Schwester des Spanienkämpfers Dr. Sigmund Kanagur, des Schöpfers der Aktion "Der gute Film", Gründers und Leiters der "Viennale", war ausgebildete Röntgenassistentin und arbeitete als solche in den Spitälern von Albacete und Mataró. Während des Zweiten Weltkrieges lebte sie in Frankreich, die Zeit der deutschen Besatzung verbrachte sie in einem Kloster und konnte so, als "rassisch" Verfolgte, dem Holocaust entkommen.²⁸

Paule Draxler, geborene Ebner, kam im Februar 1937 nach Spanien und machte im Spital von Vich ihr Schwestern-Examen. Zwischendurch arbeitete sie vom Dezember 1937 bis April 1938 als Schreibkraft beim SIM (Servicio Investigación Militar). Als Mitglied des französischen Widerstands wurde sie in Paris ein Opfer der Gestapo. Während sie in den abgelegten Meldeunterlagen des Wiener Stadt- und Landesarchivs als "im Jahre 1944 in Paris erschossen" angeführt ist, soll sie nach anderen Meldungen entweder im Gefängnis oder bei der Verhaftung aus einem Fenster gesprungen und so umgekommen sein.²⁹

Renée Dürmayer war ab Februar 1937 in der Zentralapotheke des Internationalen Sanitätsdienstes in Albacete und später in Vich beschäftigt. Auch sie war Mitglied des französischen Widerstands, wurde jedoch zusammen mit ande-

25 DÖW E 19.711, Dr. Hans Landesberg.

26 DÖW E 19.711, Dr. Karl Langer.

27 DÖW E 19.711, Dr. Maria und Dr. Max Langer.

28 DÖW E 19.711, Stefanie Bauer.

29 DÖW E 19.711, Paule Draxler.

ren ehemaligen Spanienkämpfern 1941 von einem Militärgericht in Montauban vom 11. April 1941 bis 25. Jänner 1943 in Haft genommen.³⁰

Wo und in welchem Spital Elisabeth Gavric, geborene Bechmann, in Spanien gearbeitet hat, konnte weder dokumentarisch noch durch Zeugen festgestellt werden. Sicher ist jedoch, daß sie im Internationalen Sanitätsdienst beschäftigt war. Auch sie arbeitete vorerst im französischen Untergrund und kam im Oktober 1943, als französische Zivilarbeiterin getarnt, nach Österreich, wo sie am 11. Juli 1944 in Wien 17, Dornerplatz 9, festgenommen und ins Frauenkonzentrationslager Ravensbrück eingeliefert wurde. Am 23. April 1945 wurde sie durch das Schwedische Rote Kreuz nach Schweden gebracht.³¹

Gisela Steinmetz kam im Mai 1937 nach Spanien, nachdem sie vorher in Paris, wo sie seit 1935 lebte, einen Krankenschwesternkurs gemacht hatte. Nach ihrem Dienstbeschreibungsbogen war sie in den Spitälern Albacete und Mataró "mit gutem Erfolg und als fleißige Arbeiterin" eingesetzt. Auch sie war im Zweiten Weltkrieg im Widerstand tätig. Wegen dieser Tätigkeit wurde sie am 22. Juli 1944 in Brüssel verhaftet und bei einem Fluchtversuch durch einen Angehörigen der Geheimen Feldpolizei angeschossen. Über das Brüsseler Militärspital, in das sie als Häftling eingeliefert wurde, kam sie in die Universitätsklinik nach Bonn. Am 19. Oktober 1944 erfolgte - nach einem Bombenangriff auf Bonn - ihre Verlegung in ein anderes Krankenhaus. Infolge der damals bereits herrschenden chaotischen Zustände wurde sie so dem weiteren Zugriff der Gestapo entzogen. Während ihrer Verhaftung und dem Aufenthalt in den oben angeführten Spitälern führte sie den Namen Helene Fischer.³²

Juliane Baranyai, geborene Holy, kam im Jahre 1937 über England nach Spanien und war im Spital von Albacete beschäftigt. In welcher Eigenschaft konnte allerdings weder durch Zeugen noch an Hand von Dokumenten festgestellt werden. Während des Krieges war sie bis 1944 in verschiedenen Internierungslagern in Frankreich trotz Schwangerschaft und Entbindung inhaftiert.³³

Von Rudolfine Köstler ist ebenfalls nur bekannt, daß sie im Spital von Albacete tätig war. Nach 1945 lebte sie bis zu ihrem Tode in Wien-Döbling.³⁴

Eva Korçak kam am 1. April 1937 nach Spanien. Sie war in den Spitälern von Murcia und Huete Diplomkrankenschwester im Range eines Sergeanten. In ihrem Personalbogen, in dem sie als "gute Arbeiterin mit guter Moral" bezeichnet wird, wird besonders auf ihre Sprachkenntnisse in Deutsch, Russisch, Französisch, Rumänisch, Italienisch und Spanisch hingewiesen.³⁵

Für die Röntgenschülerin Anny Moldauer war ihr Einsatz in Spanien nur die konsequente Fortsetzung ihres Kampfes gegen den Faschismus, den sie bereits als Schülerin in Österreich geführt hatte. Wegen dieser Tätigkeit war sie bereits 1935 mit den nachmaligen Spanienkämpfern Othmar Fenzl und Nikolaus Gal sowie mit Dr. Engelbert Broda, dem Bruder des späteren Justizministers,

30 DÖW E 19.711, Renée Dürmayer.

31 DÖW E 19.711, Elisabeth Gavric.

32 DÖW E 19.711, Gisela Steinmetz.

33 DÖW E 19.711, Juliane Baranyai.

34 DÖW E 19.711, Rudolfine Köstler.

35 DÖW E 19.711, Eva Korçak.

vor dem Jugendgericht angeklagt. Nach Spanien kam sie Ende 1937 und arbeitete in den Spitälern von Mahora und Benicasim. Wo und wie sie den Zweiten Weltkrieg verbrachte, ist nicht bekannt. Nach 1945 heiratete sie den österreichischen Spanienkämpfer Michael Wildner und lebte in Wien.³⁶

Auguste Gutmann, geb. 4. August 1894, war laut Dienstbeschreibungsbogen bereits im Jahre 1914 Diplomkrankenschwester. Sie kam am 14. August 1937 nach Spanien und fand im Spital von Villanueva de la Jara bis zur Evakuierung nach Katalonien Verwendung. Im April 1938 erkrankt, war sie für eine Repatriierung vorgesehen. In Serge Klarsfelds Buch "Le Mémorial de la Déportation des Juifs de France" ist mit Convoi Nummer 75 vom 30. Mai 1944 eine Auguste Gutmann, geb. 4. August 1893, nach Auschwitz abgegangen. Dadurch werden Zeugenaussagen erhärtet, nach denen sowohl Auguste Gutmann als auch ihr Gatte Siegfried, welcher ebenfalls Spanienkämpfer war, im Zuge des Holocausts umgekommen sind.³⁷

Anna Peczenik, Jahrgang 1911, arbeitete als Krankenschwester in Benicasim. Außer Bildern aus dieser Zeit sind keine Dokumente vorhanden. Auch sie arbeitete während des Krieges im Widerstand, zuerst in Lyon, zusammen mit den Spanienkämpfern Max Goldberger und Dr. Emanuel Edel, später, als französische Zivilarbeiterin getarnt, in Österreich. Nach ihrer Verhaftung durch die Gestapo wurde sie dem KZ Ravensbrück überstellt. Sie wußte um ihr Schicksal, da die meisten illegal und unter falschem Namen zurückgekehrten Widerstandskämpfer früher oder später der "Sonderbehandlung" - sprich: Exekution ohne Urteil - zugeführt wurden. Nach einem Gedächtnisprotokoll von Christl Wagner aus Leoben wurde Anna Peczenik vor Weihnachten 1944 aus dem Außenlager "Munitionsfabrik Polte" bei Magdeburg ins KZ Buchenwald, zu dessen Bereich das Außenlager gehörte, gebracht und dort exekutiert. Ihren Gatten Hermann Peczenik, von 1936 bis 1939 in Spanien, Mitglied der KPÖ-Leitung im Lager Gurs, ereilte dasselbe Schicksal. Seine Spur verliert sich im KZ Auschwitz.³⁸

Bleibt noch die sicherlich älteste noch lebende österreichische Spanienkämpferin Gertrude Santiago, geborene Greisinger. Die 93jährige lebt heute im Ferienabendheim "Ludwig Renn" in Berlin, DDR. Sie hatte ihr Krankenschwesterndiplom bereits 1919 in Wien abgelegt. Ihre Stationen waren die Krankenhäuser in Baden bei Wien und in Waidhofen an der Ybbs, dann in Steyr und Voitsberg. Nach dem Februar 1934 ging sie in die Tschechoslowakei und 1937 nach Spanien, wo sie im Spital des Internationalen Sanitätsdienstes von Ontoniente als Oberschwester tätig war. Im Juli 1938 heiratete sie den spanischen Gewerkschafter Enrique Santiago. Nach 1945 war sie bis zu Santiagos Tod im Jahre 1954 seine Sekretärin beim Weltgewerkschaftsbund in Wien, Paris und Prag.³⁹

Zum Zeitpunkt der Demobilisierung und des Rückzugs der Internationalen Freiwilligen, im September 1938, waren noch Adolf Griedl und Laurenz Mráz als

36 DÖW E 19.711, Anny Moldauer.

37 DÖW E 19.711, Auguste Gutmann.

38 DÖW E 19.711, Anna und Hermann Peczenik.

39 DÖW E 19.711, Gertrude Greisinger.

Politkommissare sowie Vinzenz Paar als Chefsekretär im Internationalen Sanitätsdienst tätig.⁴⁰

Der Kampf gegen den Faschismus wurde auf Spaniens Boden nicht nur mit der Waffe in der Hand ausgefochten. Der relativ hohe Anteil von österreichischen Ärztinnen und Ärzten sowie Krankenpflegepersonal war aliquot dem Anteil der Kämpfer, die aus Österreich kamen.



Gertrude Santiago, geb. Greisinger, während des Spanischen Bürgerkrieges im Sanitätsdienst der spanischen Volksarmee; im Bild zweite von rechts, stehend, mit Diplomkrankenschwestern in einem Wiener Spital (1919).

40 DÖW E 19.720 und E 19.730. Zum technischen Personal (Chauffeure, Köche, Handwerker etc.) des Internationalen Sanitätsdienstes gehörten: Alois Schuschitz, Alfred Kondler, Alfred Plechata, Walter Heller, Josef Armer, Franz Krasa, Rudolf Mandl, Franz Ohnheiser, Alois Maierhofer, Rudolf Repas, Alois Schwarzer, Franz Malek, Vinzenz Seiser, Karl Schwarz und Karl Montag.

HELMA SCHMOLL

EXILPUBLIZISTIK ODER EXILPUBLIZISTIK
ÖSTERREICHISCHE JOURNALISTEN IN PALÄSTINA 1933 BIS 1948

Die Vorgeschichte

Als Theodor Herzl 1897 am ersten Zionistischen Weltkongreß in Basel von der Gründung eines "Judenstaates" sprach, reagierten die meisten Zuhörer mit Begeisterung. Jene Juden, die sich im deutschsprachigen Raum niedergelassen hatten, begegneten dem idealistischen Ziel der Zionisten jedoch nur mit geringem Interesse. Sie waren weitgehend in die bürgerliche Gesellschaft integriert. Anders die jüdische Bevölkerung in Osteuropa: Sie lebte nicht nur räumlich in den Randgebieten der k. u. k. Monarchie, wenig geachtet und großteils in ärmlichen Verhältnissen. So ist es nicht erstaunlich, daß vor allem einige Ostjuden Herzls Gedanken mit Engagement übernahmen und ausführten.

Die ersten Siedler kamen aus Galizien, aber auch aus Polen und Rußland in jenes Gebiet, das die Engländer den Türken in den Jahren 1917 und 1918 abgewonnen hatten. 1921 setzte der Völkerbund die britische Regierung als Mandatsmacht ein. Der Konflikt, der heute zwischen Juden und Arabern schwelt, geht weitgehend auf die unkonsequente Politik der Briten zurück, die beide Völker nicht verärgern wollten: 1915 hatten sie den Arabern nationale Unabhängigkeit in Aussicht gestellt, zwei Jahre später versprachen sie den Juden in der Balfour-Deklaration eine "nationale Heimstätte"¹ in Palästina.

Die Zionisten aus Osteuropa sahen in dem Mittelmeerstaat ihr ursprüngliches, nunmehr aber auch ihr "neues" Zuhause. Neuankömmlinge wurden als "Heimkehrer" begrüßt. Die Journalistin Alice Schwarz-Gardos, die 1940 ins "Heilige Land" kam, weist noch auf ein weiteres sprachliches Merkmal der zionistischen Weltsicht hin: "Man spricht in Israel /.../ immer von Einwanderung hierher, nie von Auswanderung dorthier."² Von diesem Standpunkt gesehen gab es in Palästina keine EXILpublizistik.

Verfolgt oder aus Überzeugung

Erst als die Nationalsozialisten die Juden verfolgten, setzte die große Völkerwanderung aus dem deutschsprachigen Raum ein. Im britischen Mandatsland grassierte damals ein bissiger Witz "Kommen Sie aus Deutschland oder aus Überzeugung?"³

Die meisten flüchteten aus purer Existenzangst in das Land im Nahen Osten - auch aus Österreich. So schätzt der Autor und Maler Willy Verkauf,

1 Vgl. Hans-Albert Walter, Deutsche Exilliteratur 1933-1950, Bd. 2, Stuttgart 1984, S. 263.
2 Alice Schwarz-Gardos, Die Einsamkeit deutschsprachiger Schriftsteller in Israel, in: Heimat ist anderswo. Deutsche Schriftsteller in Israel. Erzählungen und Gedichte, Hrsg. A. Schwarz-Gardos, Freiburg-Basel-Wien 1983, S. 11.
3 Zit. nach Herbert Freedon, Requiem für die Jekkes, in: Ebenda, S. 19.

daß von den nach 1938 Geflohenen nur 20 Prozent aus ideologischen Gründen nach Palästina gegangen wären. Nach den Recherchen von Herbert Rosenkranz wanderten zwischen Mai 1938 und Dezember 1940 insgesamt 8900 Österreicher aus. In der Statistik, die Gerda Luft in ihrem Buch "Heimkehr ins Unbekannte" veröffentlicht hat, ist "nur" von 4100 österreichischen Palästinaauswanderern die Rede. Zu diesen - keineswegs gesicherten - Zahlen kommt noch die unüberschaubare Masse der illegalen Einwanderer.

In der Flüchtlingswelle, die ab März 1938 von Österreich in das "Heilige Land" schwappte, schwammen jedoch nur wenige bekannte Schriftsteller und Journalisten mit. Einer war der "Presse"-Redakteur Theodor Friedrich Meysels. Er hatte zwar seinen Vornamen nach dem Begründer der zionistischen Bewegung erhalten, zu dessen Idealen aber keinen Zugang gefunden.⁴

Abstieg statt "Aufstieg"

Die Massenwanderung kam der jüdischen Gemeinde im britischen Mandatsland gerade recht, denn an der Bevölkerungszahl gemessen war sie den arabischen "Ureinwohnern" weit unterlegen: 1932 wohnten 1.080.000 Menschen in Palästina. Davon waren 18 Prozent Juden. Bis zum Jahr 1941 soll die Zahl der Einwohner um rund eine halbe Million gestiegen sein, der Anteil der Juden angeblich auf ein Drittel. Der "Optimismus" der jüdischen Siedler aus Osteuropa fand wiederum in der Sprache seinen Niederschlag: Sie nannten die Einwanderungsschübe "Alija" - zu deutsch "Aufstieg".

Die Einwanderung brachte dem ursprünglich "zurückgebliebenen Agrarland"⁵ einen bescheidenen wirtschaftlichen Aufschwung. Als zwischen 1932 und 1935 der Zustrom aus Mitteleuropa allmählich zunahm, setzte auch verstärkter Kapitaltransfer nach Palästina ein. Jüdische Fonds im Ausland sammelten Geld für Bodenkäufe. Doch die Mehrheit der Flüchtlinge, vor allem jene, die 1933 nach dem Machtantritt Hitlers aus Deutschland sowie 1938 aus Österreich kamen, hatten mit denselben finanziellen Sorgen zu kämpfen wie Asylanten in Frankreich, Belgien oder England.

Im "Heiligen Land" war jedoch manches anders: Die ansässigen Juden lebten vorwiegend von der Arbeit ihrer Hände. Sie hatten ehemals versumpfte oder versandete Gebiete in Ackerboden umgewandelt. Für "Kopfarbeiter" zeigten sie kaum Verständnis. Der Großteil der Einwanderer aus dem deutschsprachigen Raum verstand aber von Ackerbau wenig, da die meisten der Kaufmanns- oder der Intellektuellenschicht angehört hatten.

So lebte in Palästina erneut die alte Rivalität auf zwischen den in der früheren Heimat assimilierten Juden aus Mitteleuropa und jenen aus dem Osten - diesmal aber unter umgekehrten Vorzeichen: Die ehemals als "Kaftanjuden" Verspotteten trugen die "neue palästinensische Kultur".⁶ Sie waren den

⁴ Gespräch mit Lucian O. Meysels (Sohn) am 4.9.1987.

⁵ Gerda Luft, Heimkehr ins Unbekannte. Eine Darstellung der Einwanderung von Juden aus Deutschland nach Palästina. Vom Aufstieg Hitlers zur Macht bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges 1933-1939, Wuppertal 1977, S. 29.

⁶ Ebenda, S. 124.

Glaubenstraditionen sowie der hebräischen Sprache von jeher eng verbunden gewesen. Auf diesem "alten" Wertsystem bauten die Zionisten die "neue" Kultur auf. Sie wollten die Vielfalt der Muttersprachen überwinden, indem sie das Hebräische als Landessprache forcierten.

Die Einwanderer paßten sich dem ungewohnten kulturellen Umfeld nur schwer an, weil sie zumeist weder die religiösen Bräuche ausgeübt noch Hebräisch gelernt hatten. Das Deutsche duldeten die radikalen Zionisten jedoch weniger als das Jiddische, war es doch die Sprache Hitlers.

Zionistische Journalisten deutscher Sprache bekamen diese Ablehnung scheinbar nicht so zu spüren: Julius Löwy, der nach dem "Anschluß" aus Wien nach Tel Aviv gekommen war⁷, durfte im Metier bleiben. Er hörte in der Redaktion von "Davar", dem Organ der Arbeitergewerkschaft, ausländische Sender ab. Deren Meldungen und Kommentare übersetzte er ins Deutsche. Seine Übersetzungen wurden hierauf wiederum in die hebräische Sprache übertragen.

Das "weiße Papier" der Regierung Chamberlain

Nahezu jedes halbe Jahr stritten die Vertreter der Mandatsregierung und der Jewish Agency, die von Abgesandten der ansässigen jüdischen Gemeinde beschiedigt wurde, darüber, wie viele Einreisezertifikate ausgegeben werden sollten: Die britische Palästinaregierung, die dem Kolonialministerium unterstand, ließ jeweils nur so viele Flüchtlinge einreisen, als der Arbeitsmarkt ihrer Meinung nach verkraften konnte.

Da im Frühjahr 1936 zwischen Arabern und Juden der Bürgerkrieg ausgebrochen war, beschränkten die britischen Kolonialherren die Zahl der Einwanderer im folgenden Jahr auf 12.000 Personen. Auf diese Weise wollte die Mandatsmacht die arabische Bevölkerung beschwichtigen.

1939 veröffentlichte die Regierung Chamberlain das "White Paper" - einen Zehnjahresplan, wonach Palästina Schritt für Schritt zur Selbständigkeit gelangen sollte. Vorgesehen waren die Koexistenz von Arabern und Juden sowie die Beschränkung der jüdischen Landbevölkerung auf ein Drittel. Das führte abermals zu einer Herabsetzung der Einwanderungsquote: In den folgenden fünf Jahren sollten nur mehr 75.000 Menschen Zertifikate bekommen. Das jährliche Kontingent war mit jeweils 10.000 Bewilligungen angesetzt und einer Zusatzquote von insgesamt 25.000 erstellt worden. Über deren etwaige Inanspruchnahme durfte die Jewish Agency alleine entscheiden. Nach dem Ablauf dieser fünf Jahre mußte sie im Falle der Erteilung von Einreisegenehmigungen allerdings die arabischen Volksvertreter um Zustimmung fragen. Daraufhin protestierten beide Völkerschaften gegen das "White Paper": Die Araber forderten den totalen Stopp des jüdischen Immigrantenzustroms, die Jewish Agency rief zum zivilen Ungehorsam auf. Die ansässigen Juden ignorierten die White-Paper-Politik, indem sie massenweise illegale Flüchtlinge ins Land schleusten.

⁷ Vgl. Brief von Meir M. Faerber vom 3.9.1987. Alle zitierten Briefe sind an die Verfasserin dieses Artikels gerichtet.

Die österreichische Selbsthilfeorganisation

Als Ende 1937, Anfang 1938⁸ die ersten illegalen Menschentransporte an der palästinensischen Küste landeten, wurde die Selbsthilfeorganisation der österreichischen Einwanderer - die Hitachduth Olej Austria (HOA) - wieder aktiv. Der Journalist Meir Faerber, der 1934 als Tourist aus Mährisch-Ostrau nach Palästina gekommen war und vorerst illegal dort gelebt hatte, schilderte die Hilfsorganisation des ehemaligen Gesellschaftsvereins:

"Die HOA übernahm die Ankömmlinge von den Schiffen nachts, an offenem Strande, versteckte sie vor Polizei und Militär der Engländer, besorgte ihr Untertauchen in der Landesbevölkerung, besonders in den Städten, und sorgte für ihre erste Einordnung - und das ohne Unterschied des Herkunftslandes und der politischen Orientierung und der Parteizugehörigkeit. Natürlich arbeiteten wir alle freiwillig, unbezahlt und auf eigene Kosten."

Meir Faerber, selbst engagierter Zionist, übernahm die Kulturarbeit: Mit Hilfe von Publikationen und Hebräischkursen sollten die Neuankömmlinge in die jüdische Gemeinde eingegliedert werden. Faerber gab zu diesem Zweck monatlich die "Nachrichten der Hitachduth Olej Austria" heraus. Dabei erledigte er die redaktionellen Arbeiten weitgehend allein. Rund zweieinhalb Jahre lang erhielten die Mitglieder der HOA gratis die Monatsschrift. Während die deutsche Selbsthilfeorganisation die erste Ausgabe ihres "Mitteilungsblattes der Hitachduth Olej Germanica" bereits im März 1933 veröffentlicht hatte, erschien das Organ der Österreicher erst seit Beginn der illegalen Zuwanderung. Finanziert wurden die "Nachrichten" durch Mitgliedsbeiträge. Am regulären Zeitungsmarkt erschien das Blatt jedoch nicht. Wie die Publikation der Deutschen diente es ausschließlich der internen Information. Eine richtige Zeitung in deutscher Sprache lag nach Meinung von Liselotte Maas nicht im Sinne der zionistischen Deutschen⁹ - und wohl auch nicht der österreichischen Vereinsmitglieder. Denn angeblich respektierten sie das Hebräische als Landessprache.

Die Hitachduth Olej Austria nutzte jedoch noch ein weiteres - unkonventionelles - Informationsmittel, um die Einwanderer mit der Kultur der neuen Heimat vertraut zu machen: Drei bis vier Jahre lang gab es laut Meir Faerber "Die Tribüne des Oleh" - eine "Gesprochene Zeitung". Das Besondere daran war, daß auf einem kleinformatigen Vordruck Vorträge angeboten wurden. In einem freien Feld in der Blattmitte wurden all jene Themen aufgelistet, über die an einem Abend gesprochen werden sollte. Unter diesem Kasten mit der "Inhaltsangabe" stand in blauen Lettern der volle Titel: "Die Tribüne des Olej ist die 'Gesprochene Zeitung' der Hitachduth Olej Austria". Und gleich darunter deren "Blattlinie": "Sie ist ihr Sprachrohr und dient der Information, der Klärung von Problemen, der Weiterbildung und der Unterhaltung." All diese Angaben wiederholten sich am Kopf des Zettels in hebräischer Sprache, wie es damals journalistischer Brauch war.

8 Brief von Meir M. Faerber vom 3.9.1987, der für diesen Abschnitt die wesentlichste Quelle war.

9 Vgl. Liselotte Maas, Jüdische Exilpresse. Sonderdruck aus den Neuen Deutschen Heften, o. O. u. J., S. 312.

Nach den Erinnerungen Meir Faerbers bekam das Publikum jeweils rund zwei Stunden lang Unterhaltung und Information vorgesetzt.

Die "Freien Österreicher" in Palästina - Gründung und Organisation des Free Austrian Movement

Jene Österreicher, die mit dem Ziel nach Palästina gekommen waren, sobald als möglich wieder zurückzukehren, stießen in ihrer vorübergehenden Heimat auf massive Ablehnung. Der Publizist und Künstler Willy Verkauf schilderte die damalige Situation in seiner Autobiographie:

"Als österreichische Antifaschisten standen wir in Palästina unter doppeltem Druck: Auf der einen Seite die Zionisten, die uns als Immigranten und nicht als Emigranten betrachteten, auf der anderen Seite Kolonialengland, das uns als 'Germans' einstufte und uns erst im Laufe der Zeit widerwillig als Austrians akzeptierte. Es handelte sich um das Phänomen einer doppelten Emigration."¹⁰

1942, in seinem neunten Jahr im Mandatsland, kontaktierte der damals 25jährige Willy Verkauf trotz des Widerstandes gegenüber "bewußten", politisch aktiven Österreichern die Londoner Zentrale des Free Austrian Movement (FAM). Diese überparteiliche Bewegung war im Dezember 1940 in der britischen Hauptstadt gegründet worden. Ihr Ziel war, die öffentliche Meinung in den alliierten Staaten für ein unabhängiges Nachkriegs-Österreich zu gewinnen.

In Palästina zählte außer Verkauf der Musikwissenschaftler Dr. Kurt Blaukopf, die Juristen Dr. Ernst Ceiss, Dr. Herbert Stein, Dr. Josef Friedmann und Dr. Ludwig Biro, der Dentist Ernst Klein sowie der Arzt Georg Fuchs zum harten Kern der Gründungsmitglieder. Sie bauten vorerst drei Ortsgruppen auf - in Jerusalem, Tel Aviv und Haifa. Um den Anfeindungen vor allem von seiten der Tel Aviver Zionisten aus dem Wege zu gehen, tarnten sie die Ortsgruppen als Kulturvereine der "Friends of Austria and Austrian Society in Palestine". Diese hätten sich ihre Aggressionen jedoch sparen können: Hinter der kulturellen Fassade verbarg sich zwar eine rund 480 Mitglieder starke Vereinigung mit eminent politischen Interessen. In die örtliche Politik mischte sie sich aber kaum ein, zumindest solange österreichische Belange nicht betroffen waren. Im nachhinein schätzt Verkauf-Verlon, daß nur fünf Prozent aller Einwanderer "bewußte Österreicher" waren.

Bei den Zusammenkünften des FAM of Palestine setzten sich Personen unterschiedlichster Parteizugehörigkeit zusammen: Nach einem Bericht über die Organisation wären 25 Prozent Sozialisten und zehn Prozent Kommunisten gewesen. Weitere zehn Prozent hätten vor der Emigration konservativen Gruppierungen nahegestanden. Die Mehrheit der Mitglieder hatte sich zuvor angeblich noch nie einschlägig politisch engagiert.¹¹

Die leitenden Köpfe der Bewegung formulierten für die Mitgliedserklärung

10 Willy Verkauf-Verlon, Situationen. Eine autobiographische Wortcollage, Wien 1983, S. 63.
11 Als Quelle für diesen Abschnitt diente vor allem DÖW 2/40, Drucksachen und Briefe der Freien Österreichischen Bewegung in Palästina 1942-1946.

nur vage Ziele: die in Palästina lebenden Österreicher sollten

- ohne Rücksicht auf Rasse, Glaube und politische Ansichten auf demokratischer Basis und zum allgemeinen ökonomischen Nutzen zusammengeschlossen werden;

- zum Kriegsdienst in H. M. Forces oder zum Engagement in "Civil Defence Organisations" ebenso ermutigt werden wie zur Mitarbeit in der Waffenerzeugung.

Als Leitspruch stand ein Zitat von Churchill: "In the victory of the Allies free Austria shall find her honoured place."

Ähnliches wurde schließlich auch in der Moskauer Deklaration niedergeschrieben, welche Außenminister der alliierten Staaten am 1. November 1943 unterzeichneten:

"Die Regierungen Großbritanniens, der U.S.S.R. und der U.S.A. sind übereingekommen, daß Österreich, das erste Land, das der Naziaggression zum Opfer fiel, von der deutschen Herrschaft befreit werden soll."

Die Deklaration schloß ein, daß die Österreicher zu ihrer Ablösung vom Dritten Reich sowie zu ihrer Selbständigkeit aus eigener Kraft beitragen müßten. Um diese Problematik sowie die Frage der Verantwortung kreisten auch die Diskussionen und Aktivitäten des FAM. Diesem ging es seit der Gründung in London hauptsächlich darum, daß Österreich nach dem Krieg als ein eigenständiger demokratischer Staat mit den Grenzen der Ersten Republik wieder erstehe. So ist es nicht weiter erstaunlich, daß Willy Verkauf die zentralen Aussagen der Moskauer Deklaration als Belohnung für die Anstrengungen der österreichischen Exilorganisationen bewertet.¹²

Im Jahr nach dem Alliierten-Treffen in Moskau - präzise am 11. März 1944 - verlautbarte die Londoner Zentrale die Gründung des "Free Austrian World Movement". Dieses umfaßte alle außerhalb Englands geführten Filial-Bewegungen des FAM, unter anderem jene in Palästina und in Bari. Diese Ortsgruppe in Italien hatte Captain Fuchs, der Präsident der Jerusalemer Organisation, auf die Beine gestellt. Als er mit der 8. Brigade der Britischen Armee in Italien war, machte er die Bekanntschaft von Hermann Hakel, Theodor Csokor und Alexander von Sacher-Masoch. Alle drei Schriftsteller ließen sich für das FAWM gewinnen, Sacher-Masoch übernahm den Vorsitz der neuen Ortsgruppe. Sie war in der Verbindung zwischen dem Nahen Osten und Österreich eine Schlüsselstelle.

In Palästina war Willy Verkauf zum Generalsekretär der dortigen überregionalen Bewegung, dem Middle East Koordinationskomitee, avanciert. Dieses hatte zwei zentrale Stützpunkte: In Kairo arbeitete F. E. Goldscheider für diese Organisation, in Jerusalem Willy Verkauf. Weiters soll es einen Verbindungsmann im Libanon sowie einen bei den österreichischen Soldaten der 8. Brigade gegeben haben, die in Ägypten, Italien und Palästina stationiert war. Im Middle East Komitee waren in elf Ortsgruppen über 400 Menschen organisiert.

¹² Vgl. Willy Verkauf-Verlon, Die politische und kulturelle Tätigkeit der freien Österreicher im Nahen Osten in den Jahren 1933-1945, in: Österreicher im Exil 1934-1945, S. 226.

Öffentlichkeitsarbeit für Österreich

Nicht nur über die Exilantengruppe in Bari wurden Rundschreiben und Mitteilungsblätter des Free Austrian Movement of Palestine auf illegalem Weg in die Alpen- und Donaugau gebracht. Auch in der deutschen Botschaft in Ankara arbeiteten zwei als Nazi getarnte Angestellte den "Freien Österreichern" zu.¹³ Die beiden schmuggelten bei ihren Heimaturlauben nicht nur Publikationen, sondern einmal sogar einen Kurzwellensender nach Österreich. Durch Verkaufs Freund Herbert Feuerlöcher - er hatte eine Widerstandsgruppe innerhalb der Deutschen Wehrmacht angehört, bevor er desertiert war - bestanden Kontakte zu einer Widerstandsgruppe in der Steiermark. Angeblich sendete diese Nachrichten nach Ankara. Dort hörten die beiden Botschaftsräte den Sender ab. Die Informationen spielten sie dann Verkauf und Kollegen zu. Diese stellten wiederum Stempel mit Antinazi-Parolen her, mit denen die steirischen Widerstandskämpfer die Propagandaplakate der Nationalsozialisten versahen.

Willy Verkauf legale Tätigkeit als Generalsekretär des Middle East Koordinationskomitees wurde durch seine Kontakte zur tschechischen Exilregierung in London wesentlich erleichtert. Auf deren Geheiß stellte die Jerusalemer Botschaft der Tschechen dem Österreich-Politiker ihre Kurierdienste zur Verfügung. Dadurch konnten die Beziehungen zur Londoner FAWM-Zentrale sowie zu sämtlichen diplomatischen Vertretungen in Jerusalem effizienter gestaltet werden. Besonders als das FAM nach Kriegsende die Auslandsösterreicher aufrief, sich registrieren zu lassen, war der Kurierdienst von Nutzen. Durch diese Aufrufe sollten Verwandte wieder zusammengeführt und Personen mit Anspruch auf Pensionen oder Wiedergutmachungen gesammelt werden.

Zur bürokratischen Arbeit des FAM gehörte auch die Organisation der Rückkehr: Bei den Sitzungen sei - so die ehemalige Schauspielerin Stella Kadmon - oft vom Zurückkehren die Rede gewesen.¹⁴ Während sie enttäuscht bemerkte, daß sich nur wenige Mitglieder dem ersten Transport angeschlossen hätten, erzählt Willy Verkauf - er war bereits 1946 nach Wien gekommen - eine andere Version: Er erinnert sich, daß er Schwierigkeiten hatte, die vielen Heimkehrer des ersten Transportes in Wien unterzubringen. Allerdings weist er darauf hin, daß die Rückkehr nur langsam erfolgte: Seiner Schätzung nach wären zwischen 1947 und 1953 zwei Drittel der FAM-Aktivisten zurückgekommen.

Im Mittelpunkt aller Bemühungen standen die publizistischen Tätigkeiten der "Freien Österreicher": Diese können größtenteils unter dem heute gebräuchlichen Begriff "Öffentlichkeitsarbeit" zusammengefaßt werden. Die Freunde Österreichs nützten alle möglichen Anlässe - den Jahrestag der Gründung der Republik sowie jenen des "Anschlusses" und andere -, um ein "Österreich-Bild" zu vermitteln, das ihrer Zielsetzung entsprach. So schickten sie zum Beispiel

¹³ Interview mit Willy Verkauf-Verlon, 11.11.1987. Diesem sowie obigem Abschnitt liegen DÖW 2740 und die Augenzeugenberichte von Willy Verkauf-Verlon zugrunde.

¹⁴ Interview mit Stella Kadmon, 3.11.1987.

zum 24. Jahrestag der Gründung der Ersten Republik ein Rundschreiben aus, in dem sie den Widerstand der Österreicher gegen das Hitler-Regime besonders hervorhoben. Diese Solidaritätserklärung des FAM of Palestine ging an "alle offiziellen Persönlichkeiten" - wie die Überschrift verrät. Dazu zählten auch Institutionen wie die Britische Rotkreuz-Gesellschaft in Palästina.

In einem Dankschreiben bitten ihre Vertreter Willy Verkauf unter anderem um Exemplare von "Young Austria" und der Wochenzeitschrift "Zeitspiegel", die das kommunistische Austrian Center in London herausgab. Außer für diese beiden Exilpublikationen schrieb der damals kommunistische Publizist für das Londoner Blatt "Jugend voran" und die New Yorker "Austro American Tribune" Artikel über literarische Belange. Durch seine Korrespondenz mit Exilanten in Moskau sowie seine Mitarbeit an der Zeitschrift "Das Wort" erhielt er auch ständig Informationen über die österreichischen Kommunisten im Exil. Außerdem verfaßte er für einige russische Zeitschriften Beiträge über Palästina.

Mit Flugblättern agierte ebenso das Middle East Koordinationskomitee. Für die Pressearbeit hatte sich das Komitee bei der 1. Arbeitskonferenz im August 1944 ehrgeizige Ziele gesetzt: Ein "Pressefonds" sollte gegründet werden und ein "Pressebulletin in englischer, französischer, arabischer und hebräischer Sprache" die Presse des Mittleren Osten mit Nachrichten versorgen. Durch die Herausgabe einschlägiger Publikationen wollten die Middle East-Aktivistinnen in stärkerem Maße Katholiken ansprechen. Im "Mitteilungsblatt" vom November 1944 ist "Ein Brief der Ortsgruppe Nazareth" an das FAWM in London abgedruckt. Darin teilen die Mitglieder - nach eigener Aussage hauptsächlich Geistliche und Ordensleute - der Zentrale in London mit, daß am 15. September des Jahres erstmals ein Gottesdienst für alle Katholiken stattgefunden habe, die im Nahen Osten leben. Bei diesem Anlaß wäre die Ortsgruppe Nazareth gegründet worden. Weiters legen die geistlichen Herren das Programm des Zweigvereines dar, dessen organisatorische Leitung bei Sekretär Monsignore Ludwig Strobl lag: Sie wollten den Einfluß der Kirche auf die Bevölkerung - den sie scheinbar als ziemlich stark einschätzten - diesmal dazu nutzen, die österreichischen Kirchgeher zum Widerstand gegen die Nationalsozialisten zu motivieren. Bereits im September 1944 hatten sich die Patres zu diesem Zweck mit einem Zeitungsartikel an die Katholiken Österreichs gewandt.¹⁵

Am 22. Oktober sollen dann - wie in einer Notiz des "M. E.-Mitteilungsblattes" vom folgenden Monat zu lesen ist - in der österreichischen Sendung des Kairoer Kurzwellessenders vier Aufrufe an die österreichischen Katholiken ergangen sein. Anders die Version von Willy Verkauf. Er habe im November 1944 gemeinsam mit den Geistlichen einen Aufruf verfaßt, der über "Radiosender in Palästina, England und in dem von Tito befreiten jugoslawischen Gebiet"¹⁶ nach Österreich gesendet worden wäre. Wie aus Verkauf's Korrespondenz hervorgeht, versorgte der junge Politiker wahrscheinlich auch das Jerusalem Studio des britischen Militärsenders mit Agitationsmaterial und Informations-

15 DÖW 2740. Vgl. den Artikel "Katholiken im österreichischen Widerstandskampf" vom September 1944, ohne Quellenangabe und Autorennennung.

16 Verkauf-Verlon, Situationen, S. 58.

schriften des FAM of Palestine.

In einem Bericht über das Wirken der Organisation nehmen die Publikationen ein eigenes, kurzes Kapitel ein. Als erste wird das "Mitteilungsblatt" genannt:

"Dieses erscheint seit November 1942 als Mitteilungsblatt des Free Austrian Movement in Palestine, seit Mai 1944 als Mitteilungsblatt des Koordinationskomitees Mittlerer Osten, zuerst hektographiert, jetzt gedruckt."

Die einzelnen Exemplare des "Mitteilungsblattes", die vom Middle East Koordinationskomitee herausgegeben wurden¹⁷, sahen aber keineswegs gleich aus. Die Ausgabe vom November 1944 ist zur Gänze hektographiert und umfaßt zwölf Seiten. Die beiden gedruckten Hefte der Monate Februar und Mai 1945 sind ebenfalls kleinformatig, jedoch von unterschiedlicher Größe. Beide bieten lediglich vier Seiten Information. Einzige Gemeinsamkeit aller drei: Der Blattkopf trägt den Vermerk "Intern". Die Empfänger der Vereinsnachrichten lebten nicht nur in Palästina, sondern auch in Ägypten, Italien, im Libanon, in Nordafrika und Syrien. Im Impressum stehen lediglich die Adressen der beiden Redaktionen, wobei die Jerusalem Niederlassung scheinbar wichtiger war als jene unter Goldscheider in Kairo. Die Artikel handelten zumeist vom Leben der unfreiwilligen Auslandsösterreicher, vom Wirken der FAM sowie der Österreichischen Freiheitsfront. Außerdem enthielten die Blätter Veranstaltungsnachrichten.

In der Mai-Ausgabe ist auch von einer "Kulturellen Schriftenreihe der F.A.M." die Rede. Sie soll von einem gewissen Herrn Dr. H. Ullrich herausgegeben worden sein. Deren Zweck war angeblich, mit Publikationen zu Themen wie "Das Wien unserer Großeltern" oder "Österreich vor Jahrhunderten" die Leser an das kulturelle Erbe ihrer früheren Heimat zu erinnern.

Zur weiteren Information der Mitglieder wurden den Ortsgruppen schließlich noch die "Funktionärblätter" des Middle East Koordinationskomitees zugesandt - eines davon anläßlich der ersten Arbeitskonferenz des Komitees. Auf den vier hektographierten Seiten standen außer den Ergebnissen der Beratung die obligaten Veranstaltungstips.

Um sich nicht allzu sehr als "bewußter" Österreicher zu exponieren und gröbere Konflikte mit den Zionisten zu vermeiden, delegierte Willy Verkauf des öfteren Artikel an den Schriftsteller Manfred Vogel. Letztendlich gab der Österreich-Politiker sogar den sprachlichen Zwängen nach: In hebräischer Sprache verfaßte er eine Broschüre über die österreichischen Widerstandskämpfer - damit die gesamte jüdische Gemeinde von den Informationen profitieren könne und das Thema breite Aufnahme finde.

Die Abenteuer des Meir Marcell Faerber

Von den politischen Ereignissen in Europa erfuhren die Einwanderer aus

17 Der Verfasserin standen lediglich drei Exemplare aus dieser Periode zur Verfügung, so daß keine allgemeingültige Aussage möglich ist.

dem deutschsprachigen Raum meist erst eine Woche nach dem aktuellen Ereignis. Manche von ihnen lasen das "Pariser Tageblatt", das nach Palästina importiert wurde. In diesem Informationsmangel sah der Altösterreicher Meir Faerber eine Marktlücke. Außerdem störte das den überzeugten Zionisten, daß die Redakteure des "Tageblattes" nicht einschlägig ideologisch orientiert waren.¹⁸

Er wußte aber auch, daß die Hebräisch-Fanatiker die Produktion eines deutschsprachigen Blattes im "Heiligen Land" nicht dulden würden. Deshalb plante er, seine Tageszeitung in Beirut herauszugeben - als Beilage der französischsprachigen "La Syrie". Die Verhandlungen mit dem Eigentümer Georges Vayssie mußte er allerdings Oskar Herlinger überlassen, einem Freund aus Mährisch-Ostrau. Denn dieser war im Gegensatz zu Faerber legal eingewandert. Oskar Herlinger nahm in Beirut einen Redakteur namens Herbert Klopstock auf. Dieser übersetzte die wichtigsten Tagesmeldungen der französischen Presseagentur Havas ins Deutsche. Die Lokalnachrichten und jene Artikel, die insbesondere die jüdische Gemeinde betrafen, schickte Meir Faerber täglich per Taxi nach Beirut. Dasselbe Taxi brachte die Tagesauflage der Zeitung am frühen Morgen zur Vertriebsfirma nach Haifa. Das Blatt mit dem treffenden Titel "Orient-Express" war die erste deutschsprachige Zeitung, die die Leser an den Kiosken kaufen konnten.

Im Februar 1935 startete dieses Unternehmen auf Probe. Nach den Angaben von Liselotte Maas kam der "Orient-Express" anfangs dreimal in der Woche auf den Markt.¹⁹ Am 9. April war der Vertrag mit dem Eigentümer von "La Syrie" perfekt und der 27jährige Faerber Chefredakteur mit einem fixen Monatsgehalt von 18 palästinensischen Pfund. Daraufhin übersiedelte die Redaktion von Haifa nach Jerusalem.

Wie Meir Faerber berichtet, erschien das Blatt täglich. In großen Lettern prangte der Titel "Orient-Express" am Zeitungskopf und darunter etwas kleiner "Deutschsprachige Ausgabe der 'La Syrie'". Gleich daneben war ein kurzes Inhaltsverzeichnis plaziert. Demnach enthielt die Zeitung sowohl informative als auch unterhaltende Beiträge. Auf vier Seiten brachten die Redakteure Berichte aus "allen Sparten einer normalen Tageszeitung". Der Fortsetzungsroman "Wandernde Seelen" stammte kurioserweise von einem arabischen Autor, der deutsch schrieb und zionistisch eingestellt war.

Als seine Mitarbeiter nennt der damalige Chefredakteur vor allem den deutschen Journalisten Erich Gottgetreu, der in der Presseszene Palästinas besonders bekannt war, sowie den Wiener Juristen und Historiker Dr. Paul Diamant. Was diesen betrifft, steht die Erinnerung Meir Faerbers gegen die von Diamants Tochter Ruth Alon. Sie glaubt, daß ihr Vater Österreich erst 1938 verlassen hat.²⁰ So lange hat der "Orient-Express" jedoch nicht überlebt.

Nach zehn Wochen boykottierte der Hebräische Journalistenverband, dem

¹⁸ Als Quelle diente im folgenden ein Artikel Meir Faerbers, den dieser mir ohne Erscheinungsvermerk zusandte.

¹⁹ Vgl. Maas, Jüdische Exilpresse, S. 312.

²⁰ Vgl. dazu Archiv Desider Stern, Fragebogen zu P. Diamant für die 2., bedeutend erweiterte Auflage von Desider Stern, Werke jüdischer Autoren deutscher Sprache, München 1969.

pikanterweise auch Meir Faerber angehörte, das neue Zeitungsprojekt. Die Vertreter der Vereinigung führten die damals gängigen Argumente gegen die deutsche Sprache ins Treffen. Die Verteidigung des jungen Altösterreichers, daß auch die Verfolgten deutsch sprächen und daß die Einwanderer zionistischer Information bedürften, kam bei den Sprachfanatikern nicht an. Meir Faerber mußte sein erstes journalistisches Experiment in Palästina aufgeben. Ein Redaktionsmitglied - der Berliner Journalist Hans (Cheskel Zvi) Klötzel - ließ sich jedoch nicht davon abhalten, das Unternehmen weiterzuführen. Darauf reagierte der Hebräische Journalistenverband aggressiv.

"In Autobussen, Cafehäusern und auf der Straße wurde Leuten die Zeitung aus der Hand gerissen. Kloake, die das Blatt führten, wurden überfallen, es gab auch Brandstiftungen an Kiosken."

Von Provisorien zu professionellen Produkten

Als der Deutsche Siegfried Blumenthal 1936 eine in seiner Muttersprache geschriebene Tageszeitung gründete²¹, hatten sich die Fanatiker bereits wieder beruhigt. Allerdings durften "Blumenthal's Neuste Nachrichten" nur an Abonnenten verschickt werden. Nach Blumenthals Tod übernahm angeblich dessen Frau den Zeitungsbetrieb und somit die Herausgeberfunktion. Später sollen die Töchter das Blatt weitergeführt haben, bis es Ende 1973 eingestellt wurde. Alice Schwarz-Gardos - zu dieser Zeit Redakteurin bei Blumenthals Zeitung - erzählt, daß dessen Nachkommen beschlossen hatten, das Zeitungsunternehmen aufzugeben. Nach den Erinnerungen des Chefredakteurs Iwan Lilienfeld ging "Jediot Chadaschot", wie die Zeitung später benannt wurde, in Konkurs. Bereits am 1. Jänner 1974 erschien jedoch das deutschsprachige Nachfolgeorgan "Chadaschot Israel", zu deutsch "Israel Nachrichten". In der Redaktion arbeiteten die Journalisten des Blumenthal-Blattes.

Zwischen der Gründung von "Jediot Chadaschot" und deren Ende fand eine kleine "technische Revolution" statt: In der ersten Zeit verkauften Blumenthal und Kollegen hektographierte Blättchen, die nur geringe Gemeinsamkeiten mit den europäischen Tageszeitungen aufwiesen. Die radikalen Zionisten duldeten den deutschen Zeitungspionier auch, weil er hauptsächlich Übersetzungen aus den hebräischen Zeitungen brachte.

Die Unstimmigkeiten flammten erst wieder auf, als Blumenthal das Aussehen der "Jediot Chadaschot" dem europäischen Niveau anpaßte und das Blatt drucken ließ.

Von 1939/40 an waren nicht mehr "Übersetzer, Korrektoren und Kopiermaschinenmechaniker"²² gefragt, sondern Journalisten im eigentlichen Sinn. So stieg Siegfried Blumenthal langsam, aber endgültig in den nationalen Zeitungsmarkt ein. Das publizistische Provisorium wurde zu einer Institution in der Presseszene Palästinas.

²¹ Vgl. Brief von Alice Schwarz-Gardos vom 6.11.1987.

²² Gabriel Ilan (d. i. Iwan Lilienfeld), Gelebt im Journalisten-Paradies, in: MB 53 (1985), H. 11/12, S. 9.

Willy Verkauf weiß davon zu berichten, daß "Jediot Chadaschot" in fetten Zeiten angeblich 80 Prozent des Inseratenaufkommens für sich gewinnen konnte. Die restlichen 20 Prozent blieben der zweiten größeren Tageszeitung deutscher Sprache - "Jediot Hayom".²³ Diese war von einem deutschen Rechtsanwalt namens Friedrich Reichenstein gegründet worden und erschien von 1936 bis 1965. Der "Jediot Chadaschot" attestiert Verkauf im nachhinein höheres Niveau als der Konkurrenz, obwohl Reichensteins Redakteurstab eine Wochenendausgabe produziert haben soll, die 40 bis 50 Seiten stark war. Während ihrer Blütezeit erreichte "Jediot Hayom" eine Auflage von 15.000 Stück, "Jediot Chadaschot" 26.000 Exemplare. Wann es den beiden Zeitungen derart gut ging, erzählt Alice Schwarz-Gardos allerdings nicht.²⁴ In der politischen Orientierung unterschieden sich die beiden Blätter angeblich nicht: Die weitgehend liberale Weltanschauung der meisten Redakteure entsprach jener der Leser.

Allmählich zeigten die hebräischsprachigen Verleger Toleranz gegenüber ihren Kollegen aus Deutschland und Österreich. Als die britische Exekutive 1943 des öfteren die Kibbuzim gewaltsam nach Waffen durchsuchte, planten die hebräischen Zeitungsmacher ein gemeinsames Vorgehen gegen die Mandatsmacht. Zu dieser Aktion zogen sie - erstaunlich genug - auch die Redakteure der "Jediot Chadaschot" hinzu.

Wie es schien, hatten die Journalisten aus dem deutschsprachigen Raum den langwierigen, zähen Kampf um Anerkennung bestanden.

Porträts österreichischer Publizisten

THEODOR FRIEDRICH MEYSELS, Redakteur bei der "Neuen Freien Presse", nützte seine beruflichen Kontakte, um nach dem "Anschluß" so rasch als möglich aus dem Land zu kommen²⁵: Der britische Konsul verhalf der dreiköpfigen Familie zu Touristenvisa nach Palästina. Meysels' wesentlichstes Argument für dieses Reiseziel: Man werde dort nicht als Flüchtling behandelt. Im Mai 1938 ging es auf einem Donaudampfer Richtung Preßburg, wo Verwandte wohnten. Diesen gelang es nicht, den Journalisten zum Bleiben zu bewegen. Denn Meysels meinte, daß fünfzig Kilometer zwischen ihm und Hitler nicht genug wären. Im Juni begann die Familie ihre Odyssee über Triest nach Jerusalem, wo sie sich vorerst niederließ. Die damalige Situation seines Vaters beschreibt Lucian O. Meysels im nachhinein folgendermaßen: "Er war ein bekannter Journalist. - Und dann kommt er nach Palästina und wird praktisch ein Schnorrer."

Der ehemalige "Presse"-Redakteur hatte große Schwierigkeiten, in seinem ursprünglichen Metier Arbeit zu finden: Knapp nach der Einwanderung schrieb er als Auslandskorrespondent für das "Prager Tagblatt". Diese Verdienstmöglichkeit entfiel, als Hitler im März 1939 die Tschechoslowakei besetzte und die traditionsreiche Tageszeitung zu existieren aufhörte. Weiters versuchte sich

23 Gespräch mit Willy Verkauf-Verlon, 11.11.1987.

24 Vgl. Brief von Alice Schwarz-Gardos vom 6.11.1987.

25 Gespräch mit Lucian O. Meysels vom 4.9.1987.

Meysels als Fotoreporter für ein ausländisches Magazin. Das Honorar für die Bilder deckte gerade die Kosten für Entwicklung und Luftfracht.

Bei den beiden deutschsprachigen Zeitungen bewarben sich ständig Journalisten aus Deutschland oder Österreich. Der Arbeitsmarkt war übersättigt. Trotzdem gelang es Theodor Meysels hie und da, einen Artikel an "Jediot Chadaschot" zu verkaufen. An die hebräischen Tagesblätter "Haaretz" und "Maariv" sandte er Übersetzungen aus dem Deutschen. Diese Manuskripte erhielt er jedesmal zurück. Anstatt des Hebräischen lernte Meysels Englisch und versuchte, seine Artikel in der "Palestine Post" unterzubringen. Anfangs mußte er sein Honorar noch mit einer Übersetzerin teilen.

Nach Kriegsbeginn 1941 konnte der Wiener seine journalistische Tätigkeit wieder in stärkerem Maße aufnehmen. Denn bei der "Palestine Post" bestand größere Nachfrage nach politischen und Kriegskommentaren. Theodor Meysels bekam aufgrund seiner Kenntnisse von Mitteleuropa sogar eine eigene Kolumne. Sie hieß "Warstudent's Notebook". Um immer am neuesten Stand zu sein, hörte er BBC. Lucian O. Meysels über die Qualität der Nachrichten: "Natürlich waren sie gefärbt - aber es war die Seite, auf der man stand."

Durch die Unruhen in Jerusalem, die auch 1939 noch andauerten, hatte sich der Journalist nicht davon abschrecken lassen, das arabische Viertel zu erforschen. So gewann er gute Kenntnisse der Stadt. Diese verwertete er nach Kriegsende in Beiträgen für den britischen Rundfunk Palästinas. In einer Sendung mit dem Titel "Walk of the Week" stellte er vor allem die kunsthistorischen Sehenswürdigkeiten Jerusalems vor. Angeblich war seine englische "Spreche" jedoch derart unbeholfen, daß er die Moderation nicht selbst übernehmen konnte. Die Texte der Sendungen erschienen später als Broschüre.

Die Arbeit für die BBC sowie für die Kulturredaktion der "Palestine Post", zu deren ständigen Mitarbeitern Meysels ungefähr 1943 avanciert war, scheint den Journalisten doch nicht ganz ausgefüllt zu haben: Von 1948 bis zu seiner Rückkehr nach Österreich im Jahr 1959 fungierte der Hundefreund angeblich als Direktor des Jerusalemer Tierspitals.²⁶

IMANUEL UNGER stammte aus einer stark zionistisch orientierten Familie.²⁷ Sein Sohn Gabriel erinnert sich daran, daß der Vater zwar den Traditionen des jüdischen Volkes verbunden, aber nicht fromm war. Der Wiener Journalist übersiedelte - wohl aus Überzeugung - bereits 1934 ins "Heilige Land". Ausschlaggebend für seine Emigration könnten aber auch finanzielle Schwierigkeiten gewesen sein, wie Gabriel Unger vermutet.

In Palästina versuchte er sich angeblich zweimal als Kaffeehausbesitzer. Eine andere Version schildert der Verfasser eines Artikels über Ungers Aktivitäten in der "neuen" Heimat:

"Er begann bei der Mandatsregierung zu arbeiten und gleichzeitig bei der deutschsprachigen Tageszeitung 'Jediot Hayom', deren stellvertretender Chefredakteur er bald wurde. Seine

26 Vgl. International Biographical Dictionary of Central European Emigrés 1933-1945, Bd. 2., S. 815.

27 Wichtigste Quelle für diesen Abschnitt: Ein Gespräch mit Gabriel Unger (Sohn) im September 1987.

Artikel zogen die Aufmerksamkeit des großen 'Maariv' auf sich, und so wurde er ein Mitarbeiter dieser auch heute noch bedeutenden Zeitung.²⁸

1953 kehrte der damals 48jährige Publizist nach Wien zurück. Hier schrieb er weiterhin als Auslandskorrespondent für "Maariv", den Londoner "Jewish Chronicle" und das luxemburgische "Escher Tagblatt". Dies war jedoch nicht der Hauptberuf des Dramatikers und Feuilletonisten: Vielmehr arbeitete er als Presseattaché an der israelischen Botschaft und fungierte als österreichischer Direktor des Fonds Keren Kajemeth. 1969 gab er die von Theodor Herzl gegründete Wochenzeitschrift "Die Welt" als Monatsblatt mit dem Titel "Illustrierte Neue Welt" heraus.

ALICE SCHWARZ-GARDOS verließ Europa 1939 von Prag aus²⁹ als illegaler Flüchtling. Die Wienerin hatte sich zur medizinischen Laborantin ausbilden lassen, weil sie ursprünglich mit einem Studentenzertifikat nach Palästina auswandern wollte. Den erlernten Beruf übte sie im britischen Mandatsland jedoch nicht aus. Bereits vor der Immigration hatte sie sich als Schriftstellerin versucht. In Palästina bewarb sie sich schließlich als Journalistin bei "Jediot Chadaschot", wurde aber abgewiesen, weil sie nicht maschinschreiben konnte. In einer Abendschule holte sie die fehlenden Kenntnisse nach und jobbte bei der Royal Navy als Sekretärin.

1949 bot sie den beiden deutschsprachigen Tageszeitungen Reisereportagen über Österreich an. "Jediot Hayom" reagierte darauf mit größerem Interesse als das Konkurrenzblatt. So stieg Alice Schwarz nach ihrer Rückkehr aus Österreich als Haifer Korrespondentin bei "Hayom" ein. 1961 wechselte sie zu Blumenthals Blatt, wo sie dieselbe Funktion einnahm. Als "Jediot Chadaschot" eingestellt wurde, wechselte sie mit den Kollegen in die Redaktion der "Israel Nachrichten". Dort redigierte sie als "Schriftleiterin"³⁰ die Beiträge der anderen und verfaßte Artikel für den Kulturteil. Außerdem soll sie als Auslandskorrespondentin für den Berliner "Tagesspiegel", das "Hamburger Abendblatt" sowie "Die Presse" gearbeitet haben bzw. arbeiten.³¹ Die Journalistin und Schriftstellerin lebt heute in Haifa.

Exilpublizistik und Exilpublizistik

Diese drei Biographien führen uns abschließend zu der Frage zurück, ob in Palästina überhaupt von Exiljournalismus die Rede sein kann. Dazu schrieb Iwan Lilienfeld in einem Brief:

"Meines Wissens gab es so etwas hier im Lande überhaupt nicht. Die deutschsprachigen Tageszeitungen, die in der genannten Zeit im Mandatsland Palästina erschienen, haben sich

28 Archiv Desider Stern, Artikel über Imanuel Unger. Ohne weitere Quellenangaben.

29 Grundlage dieses Abschnittes sind eigene Angaben von Alice Schwarz-Gardos.

30 Brief von Alice Schwarz-Gardos vom 4.10.1987. Der Journalistin scheint der Gebrauch des Wortes in Nazi-Deutschland bewußt zu sein, da sie den Begriff unter Anführungszeichen setzt.

31 Vgl. Desider Stern, Werke jüdischer Autoren deutscher Sprache. Sonderausgabe d. 3. Aufl., Wien 1970, S. 326.

weder in ihrem Wesen noch in ihrer Zielsetzung als 'Exilpublizistik' empfunden und gewertet. Ich kann zwar nur für die eingegangene 'Jediot Chadaschot' sprechen, doch weiß ich aus Erfahrung, daß weder Verleger noch Redakteure der in Frage kommenden Blätter sich hier im Exil fühlten, ausgenommen einige freie Mitarbeiter, deren Namen ich nicht nennen werde.³²

Das ist gut zionistisch gesprochen. Aber durch sein Schweigen kann Lilienfeld letztlich nicht verbergen, daß im "Heiligen Land" sowohl *Exilpublizisten* als auch *Exilpublizisten* lebten.

32 Brief von Iwan Lilienfeld vom 24.11.1987.

SIEGFRIED BEER

EXIL UND EMIGRATION ALS INFORMATION

Zur Tätigkeit der Foreign Nationalities Branch (FNB) innerhalb des amerikanischen Kriegsgeheimdienstes COI bzw. OSS, 1941-1945

Es ist längst bekannt und gleichwohl nicht weniger verblüffend, daß die Vereinigten Staaten von Amerika nur wenige Monate vor ihrem Eintritt in den Zweiten Weltkrieg noch keine zentrale Nachrichten- oder Spionageorganisation unterhalten haben. Lediglich über Lateinamerika hatten damals FBI (Federal Bureau of Investigation), der Marinendienst ONI (Office of Naval Intelligence) sowie in Ansätzen der militärische Geheimdienst MID (Military Intelligence Division) so etwas wie ein Informations- und Agentennetz ausgearbeitet. Wie der damalige Unterstaatssekretär Dean Acheson 1945 vor dem amerikanischen Kongreß bezeugte, unterschied sich die Technik der Informationsbeschaffung im US-State Department, dem klassischen Ort des amerikanischen "intelligence gathering", noch zu Anfang 1941 von den Informationsbeschaffungsmethoden eines John Quincy Adams im zaristischen Rußland oder eines Benjamin Franklin im vorrevolutionären Frankreich nur "by reason of the type-writer and telegraph".¹

Diesem Defizit sollte das im Juni 1941 auf Initiative William J. Donovans, eines republikanischen Rechtsanwalts und hochdekorierten Veterans des Ersten Weltkriegs, gegründete Office of the Coordination of Information (COI) abhelfen.² Als Leiter dieser neuen, für den Aufbau einer zentralen Informationsammel- und Auswertungsstelle gedachten Organisation setzte Präsident Roosevelt dann auch Donovan ein, der schon 1940 in einer mehrmonatigen Sondermission Struktur und Arbeitsweisen des britischen Geheimdienstapparates studiert hatte. Donovan wählte schon damals die Vereinigten Staaten vor einem globalen Konflikt mit den Achsenmächten, der - wie er überzeugt war - mit totalen Mitteln, also neben militärischen auch mit wirtschaftlichen und ideologischen, insbesondere aber mit psychologischen und subversiven Methoden zu führen sein würde. So wurde die Charta, unter welcher der COI, zunächst dem Kriegsministerium, dann dem Präsidenten persönlich unterstellt, operieren konnte, bewußt breit angelegt. Zunächst erfolgte der systematische Ausbau der Forschungsabteilung R & A (Research and Analysis) unter Leitung des Historikers James Baxter und der Propagandaabteilung FIS (Foreign Information Service) unter Führung des Dramatikers und bewährten Wahlredenschreibers für FDR,

1 Zit. bei Harry H. Ransom, *The Intelligence Establishment*, Cambridge 1970, S. 55. Zur Situation des amerikanischen Geheim- und Nachrichtenwesens vor Pearl Harbour vgl. insbesondere William R. Corson, *The Armies of Ignorance. The Rise of the American Intelligence Empire*, New York 1977, S. 77-101.

2 Zur illustren und für die Geschichte des amerikanischen Geheimdienstwesens zentralen Gestalt Donovans vgl. Richard Dunlop, *Donovan. America's Master Spy*, Chicago 1982, und Anthony C. Brown, *The Last Hero. Wild Bill Donovan*, New York 1983.

Robert Sherwood.³ Es sollte gerade die nach Regionalschwerpunkten gegliederte Forschungs- und Analyseabteilung R & A sein, die durch eine ausgezeichnete Organisation und vor allem durch die Mitarbeit hochqualifizierter Wissenschaftler, darunter vieler begabter Historiker, wesentlich zum frühen Ansehen der Donovanschen Bemühungen geführt hat.⁴

In der bisherigen Literatur zu COI wie auch zur Nachfolgeorganisation OSS (Office of Strategic Services) ist eine weitere, schon sehr früh gegründete Abteilung beinahe völlig mißachtet, jedenfalls vernachlässigt worden, nämlich die Foreign Nationalities Branch (FNB). Auf Anraten des Unterstaatssekretärs Sumner Welles vom Department of State, das die verschiedenen Aktivitäten und Haltungen ausländischer Gruppierungen in den USA nicht mehr zu überblicken imstande war, sollte eine Abteilung Donovans eine kontinuierliche Überwachung und Berichterstattung etablieren, die jedoch von Personen zu leisten wären, "die im Bereich der amerikanischen Außenpolitik versiert und mit der Methode des State Department vertraut wären".⁵ Donovans Wahl für diese Aufgabe fiel auf den Karrierediplomaten John C. Wiley, der zuletzt Gesandter für Estland und Lettland und zur Zeit des "Anschlusses" Österreichs an das Dritte Reich US-Geschäftsführer in Wien gewesen war. Wiley wiederum holte sich den im Konsularwesen und in der Diplomatie erprobten DeWitt C. Poole, ein früheres Mitglied des Instituts für Fortgeschrittene Studien an der angesehenen Princeton University, der de facto die Abteilung bis März 1945 führen sollte. Der Aufgabenbereich der FNB war in zweifacher Richtung umrissen:

*1. maintaining contact with certain individuals of foreign origin, including those arriving from abroad with the intention of influencing American opinion and government policy in the field of foreign affairs.

2. collecting information pertaining to foreign affairs on the sentiments, activities and cross-currents within foreign nationality groups in this country and on the characters of their leaders, press and radio.⁶

Für Donovan ging es dabei nicht zuletzt auch darum, jede potentielle Bedrohung im Sinne einer Fünften Kolonne im Keime zu ersticken bzw. von Amerika überhaupt fernzuhalten.⁷ Als er Ende 1941 von Präsident Roosevelt eine Budgetzuteilung für die FNB erbat, legte er seinem Antrag das Anliegen von Unterstaatssekretär Welles zugrunde, die neue Abteilung möge das State Department über "such people as Otto von Habsburg, Camille Chautemps, Count Sforza and Hodza of Czechoslovakia" auf dem laufenden halten.⁸ So schienen

3 Zu Entstehung, Aufbau und Wirken von COI und OSS vgl. Harris R. Smith, *OSS. The Secret History of America's First Central Intelligence Agency*, Berkeley 1972; Thomas F. Troy, *Donovan and the CIA. A History of the Establishment of the CIA*, Frederick 1981, und Bradley F. Smith, *The Shadow Warriors. OSS and the Origins of the CIA*, New York 1983.

4 Zu Rolle und Bedeutung der Abteilung R & A im Zweiten Weltkrieg insgesamt vgl. Smith, *Shadow Warriors*, S. 360-389, und Barry M. Katz, *Foreign Intelligence: Research and Analysis in the Office of Strategic Services 1942-1945*, Cambridge 1988.

5 Vgl. Troy, *Donovan and the CIA*, S. 109.

6 *War Report of the OSS*, Vol. 1, Hrsg. Kermit Roosevelt, New York 1976, S. 64 f.

7 Vgl. dessen schon frühe Beschäftigung mit dem Phänomen des Verrats in William J. Donovan, *Edgar Mowrer, Fifth Column Lessons for America*, Washington D. C. 1941.

8 Memo Donovan to FDR, 20 December 1941, zit. bei Troy, *Donovan and the CIA*, S. 109.

denn in erster Linie Emigranten und Exilanten von Interesse. FNB war jedoch wesentlich breiter konzipiert. Sie sollte alle nicht-asiatischen Volksgruppierungen umfassen, nicht zuletzt also auch deren eingebürgerte Vertreter. Bekanntlich definiert sich der Amerikaner geradezu aus den in der Regel sehr lebendigen Verbindungen zu seinem Ursprungsland. Dies wird durch die schier unüberschaubare Quantität der in den USA publizierten fremdsprachigen Presseprodukte veranschaulicht, wie die damals etwa 1700 Zeitungen und Zeitschriften in über 50 verschiedenen Sprachen belegen, die es einzusehen und zu analysieren galt. Allerdings hatte eine Dienststelle im US-Justizministerium, die sogenannte Special Defense Unit, schon seit geraumer Zeit begonnen, eine ins Englische übertragene Zusammenfassung dieser Presseorgane anzufertigen, der jedoch jede interpretierende Durchleuchtung fehlte. Die FNB entwickelte ein Netz von freiwilligen Mitarbeitern an diversen Universitäten und Forschungseinrichtungen, die diese fremdsprachige Presse nach für die USA relevanten außen- und sicherheitspolitischen Informationen durchkämmten und dadurch vor allem dem State Department ein Service offerierten, das neu war und dort sehr bald in hoher Wertschätzung stand.⁹

FNB wurde vom Director's Office in Washington D. C. aus geleitet, wo Wiley und Poole die wichtigsten Kontakte mit ausländischen Exilpolitikern führten und koordinierende Aufgaben innerhalb der amerikanischen Bundesstellen wahrnahmen. In der Field Study Division waren die angestellten und freiwilligen Mitarbeiter in der Regel nach Nationalitäten organisiert, die hauptsächlich in New York City, später auch in den verschiedensten urbanen Regionen der USA ihre Kontakte zu den ausländischen Gruppierungen und einzelnen Exilpersönlichkeiten ausübten. Die Chancery Division in Washington wiederum war in vier geographisch definierte Unterabteilungen gegliedert: in die slawische, die romanische, die deutsche und eine vermischte.

Schon im Frühjahr 1942 hatte sich ein regelmäßiger Informationsfluß an das State Department, an das Office of Facts and Figures (OFF), an MID, ONI und an das FBI herausgebildet. Dennoch blieb die FNB hauptsächlich an den Bedürfnissen des State Department orientiert, wo Unterstaatssekretär Adolf A. Berle ein Interdepartmental Committee on Foreign Nationalities eingerichtet hatte, an dessen Sitzungen der Direktor der FNB regelmäßig teilnahm.¹⁰ Als COI im Juni 1942 aufgelöst wurde, war der Personalstand der FNB auf 35 vollbeschäftigte und 50 freiwillige Mitarbeiter angewachsen. Die von den Feldabteilungen an die Chancery in Washington übermittelte Rohinformation war dort in zahllose "regular" und "special reports" über die Aktivitäten von mehr als 30 ausländischen Gruppierungen gefaßt worden, womit die FNB ihren nunmehr unumstrittenen Stellenwert für eine ganze Reihe von Regierungsagenturen hatte unter Beweis stellen können.

Als Präsident Roosevelt am 13. Juni 1942 durch eine "military order" mit

⁹ Schon im Frühjahr 1942 gab es kleine Teams einschlägiger Spezialisten an den Prestigeinstitutionen Princeton und Harvard sowie an staatlichen Universitäten in Minnesota, Wisconsin und New York. Vgl. OSS War Report, S. 65.

¹⁰ Ab April 1943 gab es wöchentliche Treffen Poolers mit Berle. Vgl. OSS War Report, S. 199.

dem Office of Strategic Services (OSS) eine COI-Nachfolgeorganisation begründete, die er dem Joint Chief of State (JCS), also dem gerade kreierte Generalstab als Spitze des militärischen Kriegsapparates unterstellte, blieb es zunächst ungewiß, ob die FNB auch als OSS-Abteilung übernommen oder dem State Department einverleibt würde.¹¹ Schließlich wurde die FNB Ende Dezember 1942 ganz dem unter der festen Hand Donovans stehenden OSS unterstellt und ihre Aufgabe neu definiert:

"Contact with foreign nationality groups in the US to aid in the collection of essential information for the execution of psychological warfare operations in consultation with the State Department."¹²

Damit war allerdings keine Verengung des Auftrages intendiert, denn die FNB wurde auch personalpolitisch aufgewertet. Zu Anfang 1943 hatte die FNB einen Personalstand von ungefähr 50 vollbeschäftigten und etwa 100 freiwilligen Mitarbeitern erreicht. Dieser Mitarbeiterstand wurde bis Kriegsende im wesentlichen beibehalten. Die Aktivitäten der "volunteer reader" an den etwa 20 Universitäten wurden von Princeton aus koordiniert. Neben den Abteilungscentren in der amerikanischen Bundeshauptstadt und in New York City wurden stationäre "field representatives" zuerst in Pittsburgh und in San Francisco, Ende 1944 auch in Boston, Seattle, Chicago, Cleveland, Detroit und in urbanen Zentren Wisconsins etabliert.

Im Laufe der Zeit sollten sich mehrere Typen der Berichterstattung herausbilden, die sich in folgender Aufstellung der Gesamtproduktion der FNB bis September 1945 widerspiegeln. Dem State Department und diversen anderen Abnehmeragenturen wurden insgesamt 247 Reports, 399 Bulletins, 271 Meeting Reports, 152 News Notes und 126 Specials vorgelegt. Dazu kamen noch um die 350 Memoranda an einzelne leitende Beamte des State Department. Über 18.000 Berichte und Informationen wurden verarbeitet und indiziert. Die gesamte Berichterstattung erstreckte sich auf über mehr als 20.000 Einzelpersönlichkeiten, über 3500 Organisationen und über 2000 Publikationen. Darüber hinaus wurden zwei Ausgaben eines "Handbook of Foreign Nationality Groups in the US" herausgegeben, das erste schon im September 1943 und das zweite, von 266 Seiten Länge, im April 1945.¹³

Im Frühjahr 1945 gab es einen Wechsel in der Leitung der Abteilung, als Bjarne Braatoy zum FNB-Direktor avancierte. Ab August 1945 hörte die Tätigkeit der "field representatives" auf, und der Mitarbeiterstab in Washington und New York mußte drastisch gekürzt werden. Am 1. September wurde die Zentrale der FNB an die Abteilung R & A transferiert, mit der sie ab 30. September 1945 dem State Department eingegliedert wurde.¹⁴

Ehe im folgenden kursorisch auf Beschattung bzw. Betreuung der österreichischen Gruppen und Persönlichkeiten des österreichischen Exils in den USA

¹¹ Zum Übergang des COI in das OSS vgl. Corson, *Armies of Ignorance*, S. 176-187.

¹² OSS War Report, Vol. 1, S. 199.

¹³ Ebenda, S. 201.

¹⁴ Ebenda, S. 202.

einzufragen ist, sei auch ein Wort zur archivalischen Situation der FNB-Bestände gesagt.¹⁵ Sämtliches Schrifttum dieser Abteilung wurde im Archiv des OSS bis vor kurzem von der CIA bzw. vom State Department betreut und Anfang der Achtzigerjahre dem Nationalarchiv der USA in Washington D. C. übergeben. Es ist unter Record Group (RG) 226, Entry (E) 100, in 131 Faszikeln zusammengefaßt, frei zugänglich. Der auf die österreichische Emigration gerichtete Bestand befindet sich in Boxes 8-12 und besteht aus 911 Schriftstücken. Dazu kommt ein chronologisch geordneter Bestand an sogenannten Au-Reports und Au-Bulletins in Box 113 sowie eine auch für Österreich zumindest partiell relevante Mitarbeiterkorrespondenz, alphabetisch geordnet, in Boxes 112 bis 129.¹⁶

In der anschließenden Dokumentation können lediglich in exemplarischer Absicht einige Beispiele der FNB-Berichterstattung zu österreichischen Fragestellungen angeboten werden.¹⁷

Wie die im ersten Dokument offerierte überblicksmäßige Darstellung des politisch motivierten österreichischen Exils in den USA zeigt, war man von seiten der FNB versucht, möglichst alle ideologisch-politischen Gruppierungen zu beachten und zu deren wichtigsten Funktionen kontinuierlich Kontakt zu halten. Dennoch zeigt eine genaue Themenanalyse der österreichbezogenen Berichterstattung eine stärkere Beschäftigung mit den konservativ-liberalen Elementen der österreichischen Politemigration. Dies kann nicht zuletzt auch darauf zurückgeführt werden, daß sowohl die leitenden Funktionäre der FNB, Wiley, Poole und später Braatoy, wie auch die wichtigsten Österreichreferenten eher dem konservativen Lager zuzurechnen waren.¹⁸ Neben dem profunden Österreichkenner John C. Wiley waren dies vor allem der ehemalige Politologe an der Yale University August Heckscher¹⁹ sowie Charles B. Friediger²⁰, ein ehemaliger konservativ-monarchistischer österreichischer Journalist, der schon 1943 unter amerikanisiertem Namen zum vollbeschäftigten Mitarbeiter der FNB aufstieg. Als Informanten der FNB zu österreichischen Fragen dienten bisweilen auch Journalisten mit Zentraleuropaerfahrung wie Marcel W. Fodor, der etwa am 1. Mai 1942 den gerade in den USA eingelangten Julius Deutsch vorstell-

15 Zum österreichischen Exil in den USA vgl. Franz Goldner, Die österreichische Emigration 1938 bis 1945 (= Das einsame Gewissen, Bd. 6, Wien 1977, 2. Aufl., S. 65-220, und Peter Eppel, Österreichische Emigranten in den USA 1938-1945, in: Exil 1 (1985), S. 56-66. Letztgenannter wird demnächst eine Edition zum österreichischen Exil in den USA vorlegen, in der die Bestände der FNB gebührend berücksichtigt werden.

16 Vgl. OSS, FNB, Box and Folder List, RG 226, E. 100. Zum OSS-Archiv insgesamt vgl. Lawrence H. MacDonald, OSS Records at the National Archives, in: Newsletter of the American Committee on the History of the Second World War Nr. 39 (Spring 1988) S. 14-23.

17 Zum Wirken von OSS in Österreich insgesamt vgl. Siegfried Beer, Alliierte Planung, Propaganda und Penetration 1943-1945. Die künftigen Besatzungsmächte und das wiederzuerreichende Österreich von der Moskauer Deklaration bis zur Befreiung, in: Burgenland 1945, Hrsg. Stefan Karner, Eisenstadt 1985, S. 82-88.

18 Vgl. Smith, Shadow Warriors, s. 215, bzw. eigene Einschätzung.

19 Vgl. Robin W. Winks, Cloak and Gown. Scholars in the Secret War, 1939-1961, New York 1987, S. 219.

20 früher Karl B. B. Friediger, vgl. Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933, Hrsg. W. Röder und H. A. Strauss, München 1980, Bd. 1, S. 197.

te.²¹ Julius Deutsch sollte denn auch neben Ferdinand Czernin²² und Otto von Habsburg zu den häufigsten Gesprächspartnern der FNB-Mitarbeiter werden. Bezeichnenderweise war sowohl der erste als auch der letzte FNB-Bericht zur österreichischen Emigration in den USA der von Ferdinand Czernin geführten Austrian Action gewidmet.²³ Dieser Umstand war nicht zuletzt auch bei der Auswahl der nun folgenden Dokumente mitentscheidend.

QUELLENANHANG:

1. AUS: FOREIGN NATIONALITY GROUPS IN THE UNITED STATES. A HANDBOOK (REVISED EDITION), APRIL 1945, S. 18-25²⁴

The Austrian Community

According to the Sixteenth Census of the United States: 1940, 1,261.246 persons were enumerated as of Austrian stock (those who were born in Austria or who had at least one parent born in Austria); 479.900 gave Austria as their country of birth and of these approximately two-thirds had become citizens.

/.../

The Austrian Community

Distribution of persons of Austrian origin in the United States by chief places of residence: 1940

Place	Total	Austrian-born
United States.....	1,261.200	479.900
States		
New York	394.500	172.300
Pennsylvania.....	269.800	86.500
Illinois.....	90.800	36.600
New Jersey.....	88.100	34.200
Ohio.....	74.100	27.500
Wisconsin.....	42.500	14.900
California.....	40.400	16.300
Connecticut.....	25.400	9.600
Minnesota.....	23.600	7.200
Indiana.....	11.400	4.400

21 Siehe Au-512, Fodor to Wiley, 1 May 1942, in: NA, RG 226, E. 100, B.10. Zum Wirken Fodors in Wien vor dem "Anschluß" vgl. Siegfried Beer, Der Anschluß als internationales Medienereignis, in: Geschichte und Gegenwart 7 (1988), S. 226. Zum US-Exil des Julius Deutsch wiederum: Julius Deutsch, Ein weiter Weg. Lebenserinnerungen, Wien 1960, S. 357-376; und Röder/Strauss, Bd. 1, S. 127 f.

22 Zu Ferdinand Czernin vgl. Ebenda, S. 119 f.

23 Siehe Au-1, Memo for Capt. W. B. Phillips, ONI, 29 April 1941, in: NA, RG 226, E. 100, B. 8.

24 Alle Quellen stammen aus: NA, OSS-Archiv, RG 226, E. 100, hier B. 4.

Colorado.....	10.200	3.200
Cities		
New York	322.600	145.100
Chicago.....	63.700	26.100
Cleveland.....	26.700	9.900
Philadelphia.....	25.200	10.500
Detroit.....	21.700	8.000
Pittsburgh.....	17.800	6.100
Allentown-Bethlehem-Easton.....	16.000	6.100
Milwaukee.....	15.500	6.600
Los Angeles.....	12.300	5.400
St. Louis.....	10.000	4.200
Hartford-New Britain.....	8.200	3.100

Leading organizations of foreign political import/United States

Austrian Action, Inc./New York City

A refugee organization, established in 1941, which claims 1,500 members. Strongly anti-Habsburg, it has worked actively with democratic representatives of other Central European states, especially Czechoslovakia. After numerous unsuccessful efforts to form a united front of Austrian refugee organizations, it joined the Austrian World Movement in October 1944.

Austrian Institute/New York City

A monarchist organization professedly interested solely in cultural and scientific problems concerning Austria. Austrian Institute, the Austrian National Committee, and the Free Austrian Movement have interlocking personnels.

Austrian Jewish Representative Committee/New York City

An advisory committee of the pro-Zionist World Jewish Congress.

Austrian Labor Committee/New York City

Organized in February 1942 by Social Democrats, one of the most powerful parties of democratic Austria, the Austrian Labor Committee (65 members) followed the traditional Social Democratic line of favoring Anschluss with a Socialist Germany. Since Friedrich Adler's resignation as chairman of the Austrian Labor Committee in April 1944, an independent Austria on the basis of the Moscow Declaration has become acceptable to the Committee. Negotiations for a coalition with other Austrian groups have been unsuccessful. The Committee publishes Austrian Labor Information and Austrian Labor News. It is registered with the Department of Justice under the Foreign Agents Registration Act.

Austrian National Committee/New York City

An organization founded in February 1942 to represent all Austrian factions. It never won the support of the Socialists, and became exclusively monarchist in composition.

Austrian American Association/New York City

A Communist-line organization formed after the dissolution of the Comintern by merger of the pro-Communists and a small wing of the Austrian Social Democrats which had renounced Anschluss and the traditional Austrian Socialist attitude of noncooperation with "bourgeois" groups. Its official organ is the Austro American Tribune.

Austro American Youth Council/New York City

A Communist-line affiliate of the Austro American Association. Formerly Free Austrian Youth Committee, it severed its connections with Austrian Action and the Federation of Austrian Democrats following the dissolution of the Comintern. It publishes the Young Austro American, a supplement of the Austro American Tribune.

Free Austrian Movement/New York City

The American branch of an organization set up in Ottawa in November 1941, the Free Austrian Movement has been the chief monarchist organization in this country. It is registered with the Department of Justice under the Foreign Agents Registration Act.

Union of American Jews of Austrian Origin/New York City

A relief organization.

/.../

Leading publications of foreign political import/United States

Austria/Monthly/New York City

A 16-page magazine edited by Otto Gunther and backed by monarchist leaders. Opposed to Anschluss, it calls itself a "conservative, democratic paper of opinion". First issue (November 1944) called for return of South Tyrol to Austria.

Austrian Labor Information/Monthly/New York City

Organ of the Austrian Social Democrats, printed in German. A supplement, Freie Tribuene des Internationalen Sozialismus, deals with theoretical questions of socialism. Circulation 1,000. Registered with the Department of Justice under the Foreign Agents Registration Act.

Austrian Labor News/Irregular/New York City

News of the Austrian Social Democrats, printed in English. Circulation estimated at 550. Registered with the Department of Justice under the Foreign

Agents Registration Act.

Austro American Tribune/Monthly/New York City

Formerly Freiheit Für Oesterreich. Official organ of the Austro American Association and of the Austro American Youth Council. It is strongly nationalist, anti-Habsburg, pro-Russian, and pro-Czechoslovak. Circulation estimated between 1.000 and 2.000.

Austrian politics in the Americas

Political interest among the Austrians in the United States has been confined to a comparatively small group in New York and on the West Coast, most of whom are refugees either as a result of the Austrian civil war of 1934 or the German occupation of 1938. Those who left Austria as a result of racial persecution have as a whole taken slight interest in Austrian affairs.

The main concern of the Austrians, and the only one which has united them, has been the re-creation of an independent Austria. There has been a tendency among the Social Democrats to pursue the Pan-German traditions of their party, favoring union with a postwar Socialist Germany. But the Social Democrats have come to believe that the ravages of Hitlerism have been so deep as to render impracticable the advocacy of any program but independence. All factions, consequently, have looked hopefully to the United States for clarification of the Austrian problem.

The presence in this country until late in 1944 of Otto von Habsburg, pretender to the Austrian throne, complicated the political situation and caused divisions within the Austro-American community. Otto claimed a major share of the credit for the removal of Austrians from the list of enemy aliens, for the official designation by the Governors of 18 states of an Austrian Day (July 25, 1942), and for the subsequently abandoned project for an Austrian Battalion in the United States Army. The majority of the refugees, supported by certain representatives of European countries contiguous to Austria, denounced Otto's pretensions and opposed the political organizations associated with the Habsburg cause.

Chief monarchist organization in the United States has been the Free Austrian Movement, with headquarters in Ottawa. Hans Rott, formerly a minister in the last government of Austria, has been the head of this branch. The Military Committee for the Liberation of Austria, formed by Otto in November 1942 to recruit members for an Austrian unit in the United States Army, was not without political implications; but the dissolution of the Committee was assured in March 1943, when voluntary recruitment for the unit proved to be unsuccessful and the project was abandoned. The debacle was laid at Otto's door and caused many former adherents to withdraw open support from his cause. A new organization not avowedly monarchist, the Austrian Institute, was added to the existing organizations of the Right. In Canada, too, support of Otto was less open though it was not as carefully concealed as in the United States. The secretary of the monarchist Free Austrian Movement, Wilhelm

Wunsch, founded a Union Fortschrittlich-Demokratischer Österreicher and edits a newspaper, the Donau Echo, of ill-concealed monarchist views. The most recent development on the Right has been an attempt by Hans Rott to found a specifically Christian Social Group, for which an organ has been created in a monthly publication, Austria, edited by Otto Gunther. American Catholic support is to be obtained through an Austrian American Catholic Federation founded under the aegis of the National Catholic Welfare Conference.

The left wing of the Austrian political community in the United States has recently shown a bifurcation. The Austrian Labor Committee, a Social Democratic organization, perpetuates with some modifications the traditions of Austro-Marxism and it dreams of a gesamt-deutsche Revolution. Its chairman, Friedrich Adler, resigned his post in April 1944, and was succeeded in fact though not in name by Julius Deutsch, prominent party leader who served as a general of artillery with the Loyalists during the Spanish civil war. Deutsch's tactics have been more flexible than Adler's and he has tried, though without conspicuous success, to effect an accommodation of Social Democratic policies with the fact of Russian emergence as a dominant factor in Eastern and Central Europe.

The other branch of the Austrian Left is represented by the Communist-line Austro American Association and Austro American Youth, whose organ is the Austro American Tribune. These organizations have come into sharp conflict with the Social Democrats over the Moscow Declaration on Austria of November 1, 1943. While the Communist organizations took the Declaration as a signal for Austrians abroad to drop party differences and unite behind the cause of Austrian liberation, the Austrian Labor Committee greeted the pronouncement with reserve and has refused to enter a coalition.

In the efforts to achieve unity on the basis of the Moscow Declaration a chief political broker has been Count Ferdinand Czernin, a man of liberal tendencies who, however, played no part in the political life of Austria and has little or no political following. Czernin's organization, Austrian Action, which is an alliance of liberals and pro-Communists, has sought to serve the interests of Austrian refugees, to advance the cause of Austrian independence, and to oppose Habsburg claims. Frequent efforts to unite the Austrian factions in this country having failed, Count Czernin has led Austrian Action into the Austrian World Movement, a Communist-dominated intercontinental roof organization with headquarters in London, which aims to unite Austrians everywhere without regard to party in the cause of Austrian independence. Plans are afoot to draw in the monarchists in this country, thus leaving the Socialists isolated.

2. AUS: SCHREIBEN VON ASSISTANT SECRETARY ADOLF A. BERLE JR. AN DEWITT C. POOLE, DIREKTOR DER FOREIGN NATIONALITIES BRANCH, BETREFFEND ANERKENNUNG EINER GRUPPE ODER EINZELPERSON ALS OFFIZIELLE VERTRETUNG ÖSTERREICHS, 5. JÄNNER 1944²⁵

²⁵ Ebenda, B. 10, Au-411 (Faksimile).

Department of State
Washington

January 5, 1944

Dear Mr. Poole:

Thank you for your letter of November 24, 1943 enclosing the memorandum dated November 20, 1943 from Count Ferdinand Czernin.

We have considered carefully the main point raised in this memorandum, namely the need for "an officially recognized Austrian representation", but we have concluded that it would be undesirable to recognize any group or individual, at least for the time being. I realize that an Austrian "symbol" would be useful but the material available would hardly make an effective one.

I agree with your recommendation that care be exercised in connection with the acknowledgement to Count Czernin of his memorandum. I shall therefore be grateful if you will tell him informally the next time you see him that we appreciate his making it available to us.

Sincerely yours,
Adolf A. Berle, Jr.,
Assistant Secretary

3. AUS: OSS-INTEROFFICE MEMO, CHARLES B. FRIEDIGER VON DER FOREIGN NATIONALITIES BRANCH AN DEWITT C. POOLE BETREFFEND JULIUS DEUTSCH, 22. AUGUST 1944²⁶

Deutsch asked me to inform Mr. Poole that he had given up his plans to go to Rome and that his new plans are to go to Paris after its occupation. He explained again that it was highly essential that he should get to Vienna - possibly together with his colleagues Otto Leichter and Karl Hans Sailer - ahead of the Austrian Communists or at least not behind them. Deutsch says that the new military situation would make it possible for him to establish himself soon in Paris. This would be a good basis for him to contact his people in Austria since he could easily arrange it with the Swiss to use Swiss territory as advance headquarters. As compared to Rome, Deutsch said that he prefers Paris mainly for the reason that he has to ask no favors from people. "I don't want to come back to Austria as a satellite of the US, nor as a protégé of Tito. In Rome it would have been hard for me not to accept a possible invitation by Tito to come to Yugoslavia and eventually to march into Austria together with partisan troops. I am informed that Tito has asked about me. He says that he knows me from Spain, while I cannot remember him."

Deutsch gives repeated assurances that his going to Vienna at the earliest possible moment would be in the interest of both Austrian democracy and the Allies. He is convinced, or he says that he is convinced, that the Russians won't raise any objections to him, "on the contrary, it is obvious that the

²⁶ Ebenda, B. 11, Au-576.

Russians are mainly interested in stable and peaceful conditions in Central Europe, and a renaissance of the traditional Social Democratic Party of Austria would work in that direction".

From the way he talked it is obvious that Deutsch hopes to get rid of all competition and rivalry within the Austrian Social Democratic Party on the march home. "Adler is too compromised by his pan-German attitude, and this is even true of Oscar Pollack in London. Fortunately I have not committed the same errors and have always insisted on Austrian independence. In the interest of Austria and the Social Democratic Party it will be necessary for those who have been opposed to independence to step back."

The activities of the Austrian refugees here are not very interesting for him, says Mr. Deutsch. "If Rott hadn't been a fool, he would have been the one with whom I could have cooperated, but even if he makes a complete about-face now, it is too late. He should have done that years ago." I had the impression that Deutsch will refuse any cooperation with Austrian groups.

Deutsch asked me to forward his request to Mr. Poole as soon as possible and to ask Mr. Poole for assistance. Deutsch says he doesn't want anything from the United States Government but an exit visa and travel facilities. He doesn't need money, especially since he has funds in Paris which he wants to liquidate.

Deutsch feels that it would be quite easy for him to obtain an English visa or transit visa. He would appeal to Major Attlee personally.

4. AUS: SCHREIBEN VON FERDINAND CZERNIN, CHAIRMAN DER AUSTRIAN ACTION, AN OSS BETREFFEND SELBSTAUFLÖSUNG DER AUSTRIAN ACTION, 1. NOVEMBER 1945²⁷

Dear Sir,

This is to inform you that a membership meeting of Austrian Action, Inc., duly called and held on October 16, 1945, at Malin Studios, 225 W 46 Street, NYC, passed the following resolution with more than 2/3 majority:

"In view of the fact that the primary aim of Austrian Action, namely the liberation of Austria from German domination, has been accomplished, in view of the fact furthermore that relief and restitution problems are far better tackled by organizations set up expressly for those purposes, this meeting resolves that Austrian Action be dissolved as of January 1st, 1946, and its officers are instructed to carry out the dissolution in accordance with the law."

Austrian Action, Inc., has therefore ceased to function as of October 16, 1945, and its affairs are being wound up by its elected officers.

For AUSTRIAN ACTION
FREE AUSTRIAN MOVEMENT

²⁷ Ebenda, B. 13, Au-911 (Faksimile).

WOLFGANG NEUGEBAUER

DAS OPFERFÜRSORGEGESETZ UND DIE STERILISATIONSOFFER
IN ÖSTERREICH

Überarbeitetes Referat. VII. Internationales Symposium der Österreichischen Gesellschaft für Sozialanthropologie zum Thema: Zwangssterilisation, Wien 1986

Während in der BRD nun eine schon fast unübersehbare wissenschaftliche Literatur über Euthanasie und Zwangssterilisation im Nationalsozialismus vorliegt¹, aber auch die sogenannte "Wiedergutmachung" in fundierten wissenschaftlichen Werken abgehandelt wird², sind diese Themenbereiche für Österreich noch immer nicht ausreichend bzw. überhaupt nicht aufgearbeitet. Auch das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW), eine von NS-Opfern selbst aufgebaute wissenschaftliche Institution, die sich die Erforschung von Widerstand und Verfolgung in der Zeit der faschistischen Herrschaft zum Ziel gesetzt hat, ließ lange Zeit die Opfer erbbiologischer und medizinischer Verbrechen des NS-Regimes in seinen Arbeiten unberücksichtigt. Wir haben uns erstmals im Zuge eines von Christian Broda initiierten Symposiums des Bundesministeriums für Justiz mit Euthanasie und Zwangssterilisation beschäftigt³ und in den folgenden größeren wissenschaftlichen Projekten und Publikationen (Dokumentationen über die Bundesländer Oberösterreich, Tirol und Niederösterreich⁴) diesen Themen spezielle Abschnitte gewidmet. Auch in der vom DÖW mitgestalteten Ausstellung der Stadt Wien zum Gedenken an 1938, "Wien 1938", und in dem gleichnamigen Katalog wurde das Schicksal der vom NS-Regime zwangssterilisierten oder ermordeten geistig und körperlich Behinderten ausführlich dargestellt.⁵ Besonderes Verdienst zur Aufarbeitung der "Rassenhygiene" in Österreich kommt den in den letzten Jahren erschienenen Arbeiten von Horst Seidler und Andreas Rett zu.⁶

1 Eine ausführliche Bibliographie auf dem neuesten Stand findet sich in dem vom Institut für Zeitgeschichte München herausgegebenen Protokollband "Medizin im Nationalsozialismus", München 1988, S. 91-110; ähnlich umfassend die Literaturangaben bei: Hans-Walter Schmuhl, Rassenhygiene, Nationalsozialismus, Euthanasie. Von der Verhütung zur Vernichtung "lebensunwerten Lebens" 1890-1945, Göttingen 1987; zur Zwangssterilisation siehe das Standardwerk: Gisela Bock, Zwangssterilisation im Nationalsozialismus. Studien zur Rassenpolitik und Frauenpolitik, Opladen 1986.

2 Vgl. dazu u. a.: Ludolf Herbst/C. Goshler (Hrsg.), Wiedergutmachung. Die BRD und die Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung, München 1988; Christian Pross, Wiedergutmachung oder der Kleinkrieg gegen die Opfer, Frankfurt/Main 1988.

3 Wolfgang Neugebauer, Zur Psychiatrie in Österreich 1938-1945: "Euthanasie" und Sterilisation, in Erika Weinzierl/Karl R. Stadler (Hrsg.), Justiz und Zeitgeschichte, Wien 1983, S. 197-285.

4 Widerstand und Verfolgung in Oberösterreich 1934-1945, Bd. 2, Wien-Linz 1982; Widerstand und Verfolgung in Tirol 1934-1945, Bd. 1, Wien 1984; Widerstand und Verfolgung in Niederösterreich 1934-1945, Bd. 3, Wien 1987.

5 Wolfgang Neugebauer, Von der "Rassenhygiene" zum Massenmord, in: Wien 1938, Ausstellungskatalog, Wien 1988, S. 262-285.

6 Horst Seidler/Andreas Rett, Das Reichssippenamt entscheidet. Rassenbiologie im Nationalsozialismus, Wien-München 1982; Horst Seidler/Andreas Rett, Rassenhygiene. Ein Weg in den

Zur Zwangssterilisation in Österreich 1940-1945

Die vom NS-Regime durchgeführte Zwangssterilisation von "Erbkranken" (angeborener Schwachsinn, Schizophrenie, zirkuläres - manisch-depressives - Irresein, erbliche Fallsucht, erblicher Veitstanz, erbliche Blindheit, erbliche Taubheit, schwere erbliche körperliche Mißbildung) und "schweren Alkoholikern" hat für das österreichische Gebiet - "Ostmark" bzw. "Alpen- und Donaugau" - nicht jene Bedeutung und jenen Umfang wie im sogenannten "Altreich" erlangt. Das "Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses" vom 14. Juli 1933, die Rechtsgrundlage für die Zwangssterilisation, trat in der "Ostmark" aufgrund der Verordnung vom 14. November 1939 am 1. Jänner 1940 in Kraft.⁷ Zu diesem Zeitpunkt hatten bereits weitaus radikalere nationalsozialistische Maßnahmen auf dem Gebiet der Erbgesundheits- und Rassenpflege begonnen, nämlich die von Hitler im Herbst 1939 angeforderte "Euthanasie", also die Ermordung der Geisteskranken, und - wenige Monate vorher - die "Kindereuthanasie", die Ermordung geistig und körperlich defekter Kinder. Diese systematisch durchgeführten Vernichtungsaktionen gegen Geisteskranke und andere Menschen, die als "lebensunwertes Leben" angesehen wurden, erübrigten die Zwangssterilisation. Auf österreichischem Boden fielen etwa 20.000 Menschen der "Euthanasie" zum Opfer, die zum Großteil in der Euthanasieanstalt Hartheim vergast bzw. zum geringeren Teil in den Heil- und Pflegeanstalten sowie Kinderkliniken ermordet wurden.⁸ Durch diese in der Geschichte beispiellosen Massenmordaktionen war der Patientenstand der psychiatrischen Anstalten weitgehend dezimiert, so daß nach dem offiziellen Ende der Aktion "T4", der Erwachsenen-Euthanasie, im Sommer 1941 nur mehr ein kleiner Personenkreis für die Fortführung der Zwangssterilisationsaktion in Frage kam. (In diesem Zusammenhang ist auf nationalsozialistische Vorstellungen und Pläne über eine Ausdehnung des zu sterilisierenden Personenkreises über das Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses hinaus auf alle als minderwertig angesehenen Teile des Volkes nicht einzugehen.⁹)

Jedenfalls wurde nun das Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses in den österreichischen Reichsgauen konsequent zur Durchführung gebracht, wobei in gleicher Weise und gegen den gleichen Personenkreis wie im "Altreich" vorgegangen wurde. Nach den Schätzungen seriöser Historiker wurden im Dritten Reich insgesamt an die 400.000 Zwangssterilisationen vorgenommen.¹⁰

Nationalsozialismus, Wien-München 1988. Univ. Prof. Dr. Horst Seidler bin ich für zahlreiche Hinweise und Ratschläge zu meiner Arbeit dankbar.

7 Helfried Pfeifer, Die Ostmark. Eingliederung und Neugestaltung, Wien 1941, S. 186 ff.

8 Neugebauer, a. a. O.: zur "Euthanasie" allgemein siehe neben Schmuhl, a. a. O., u. a. Ernst Klee, "Euthanasie" im NS-Staat. Die "Vernichtung lebensunwerten Lebens", Frankfurt/Main 1983; Götz Aly (Hrsg.), Aktion T4 1939-1945. Die "Euthanasie"-Zentrale in der Tiergartenstraße 4, Berlin 1987.

9 Vgl. dazu: Bock, a. a. O., S. 351 ff.; Heidrun Kaupen-Haas (Hrsg.), Der Griff nach der Bevölkerung. Aktualität und Kontinuität nazistischer Bevölkerungspolitik, Nördlingen 1986, bes. S. 103 ff.

10 Bock, a. a. O., S. 230 ff.

Verlässliche Angaben, wieviele Menschen in Österreich zwangssterilisiert wurden, liegen nicht vor. Die Akten der befaßten Behörden, insbesondere von Erbgesundheits- und Erbgesundheitsobergericht, existieren nur zu einem geringen Teil. Aus diesen bruchstückhaften Unterlagen (vor allem der Reichsgaue Oberdonau und Steiermark) komme ich im Wege einer groben Hochrechnung auf eine Größenordnung von 5000 Zwangssterilisierungen, die in Österreich in den Jahren 1940-1945 durchgeführt worden sind.¹¹

Die Nichtberücksichtigung der Zwangssterilisierten im Opferfürsorgegesetz

Nach der Niederringung des faschistischen Deutschland 1945 stellte sich für die alliierten Siegermächte ebenso wie für die Nachfolgestaaten (bzw. Vorläuferterritorien) die Überwindung des Nationalsozialismus auf allen gesellschaftlichen Ebenen als eine Hauptaufgabe. Die Republik Österreich hat sich im Staatsvertrag 1955 völkerrechtlich und auch verfassungsrechtlich dazu verpflichtet. Im Bereich der medizinischen Verbrechen des NS-Regimes ging es um zumindest vier große Aufgaben: die Verfolgung der Täter, die "Wiedergutmachung" an den Opfern, die Überwindung von nationalsozialistischem Gedankengut und NS-Praktiken sowie die wissenschaftliche Aufarbeitung der Vorgänge.

Meine Ausführungen beschäftigen sich mit dem zweitgenannten Aspekt, wobei ich sofort bemerken möchte, daß ich den Begriff "Wiedergutmachung", der vor allem in der BRD eingebürgert ist, für unzutreffend halte, denn der Verlust des Lebens oder der Gesundheit oder von Angehörigen kann nicht auf materielle Weise wiedergutmacht werden. Außerdem nährt er rechtsextreme Propagandavorstellungen von einer besonders großzügigen Wiedergutmachung, die es zumindest in Österreich gewiß nicht gegeben hat.

Während für die Opfer der politischen und rassistischen Verfolgung sowohl in der Bundesrepublik Deutschland als auch in Österreich eine Wiedergutmachung im Sinne einer bescheidenen finanziellen Abgeltung für Haftzeiten, wirtschaftliche Schäden, Gesundheitsschädigungen u. dgl. sowie einer Anerkennung von Rentenansprüchen u. a. erfolgte und damit auch eine gewisse politisch-moralische Anerkennung verbunden war, geschah für die Opfer der nazistischen Zwangssterilisierung und Euthanasie überhaupt nichts. Vom Gesetz war - zumindest nach Auffassung und in der Auslegung der zuständigen Behörden und Gerichte - nichts vorgesehen, und dennoch geltend gemachte Ansprüche wurden abgewiesen. Im Grunde könnte ich meine Ausführungen schon an dieser Stelle beenden, doch scheint es mir erforderlich, das ganze Ausmaß dieser Ungerechtigkeit einer gar nicht kleinen Gruppe von Opfern des Faschismus gegenüber voll auszuleuchten.

¹¹ Im Oberösterreichischen Landesarchiv konnte ich den Bestand des Erbgesundheitsobergerichtes Linz 1940-1945 durchsehen; das Steiermärkische Landesarchiv machte mir statistische Unterlagen über die Zwangssterilisierungen im Reichsgau Steiermark 1943 zugänglich, wofür ich den Archivdirektoren zu Dank verpflichtet bin. In den anderen Landesarchiven sind entweder keine diesbezüglichen Unterlagen vorhanden, oder es wurde mir die Akteneinsicht verweigert.

Die gesetzliche Regelung dieser Materie erfolgte in Österreich durch das Bundesgesetz vom 4. Juli 1947 über die Fürsorge für die Opfer des Kampfes um ein freies, demokratisches Österreich und die Opfer politischer Verfolgung, das inzwischen fast dreißigmal novellierte Opferfürsorgegesetz. Im § 1, Absatz 1 und 2, ist der betroffene Personenkreis umschrieben, wobei zwischen Opfern des Widerstandskampfes und Opfern von Verfolgungsmaßnahmen unterschieden wird. Die Passagen haben folgenden Wortlaut:

"§1. (1) Als Opfer des Kampfes um ein freies, demokratisches Österreich im Sinne dieses Bundesgesetzes sind Personen anzusehen, die um ein unabhängiges, demokratisches und seiner geschichtlichen Aufgabe bewußtes Österreich, insbesondere gegen die Ideen und Ziele des Nationalsozialismus, mit der Waffe in der Hand gekämpft oder sich rückhaltlos in Wort oder Tat eingesetzt haben. /.../

(2) Als Opfer der politischen Verfolgung im Sinne dieses Bundesgesetzes sind Personen anzusehen, die in der Zeit vom 6. März 1933 bis zum 9. Mai 1945 aus politischen Gründen oder aus Gründen der Abstammung, Religion oder Nationalität durch Maßnahmen eines Gerichtes, einer Verwaltungs- (im besonderen einer Staatspolizei-)behörde oder durch Eingriffe der NSDAP einschließlich ihrer Gliederungen in erheblichem Ausmaße zu Schaden gekommen sind."¹²

Im Zuge der Novellierungen erfolgte zwar eine Erweiterung des anspruchsberechtigten Personenkreises, als z. B. auch Emigranten, U-Boote, Judensternträger usw. anerkannt wurden, eine Einbeziehung der Sterilisierungs- und Euthanasieopfer wurde aber nicht durchgeführt. Sie stand nie zur Diskussion, sie wurde nie gefordert, da die Betroffenen bzw. deren Hinterbliebene keine Verbände wie die politisch und "rassisch" Verfolgten hatten, die ihre Interessen dem Gesetzgeber gegenüber vertreten hätten. Gleiches gilt übrigens auch für vom NS-Regime in Mitleidenschaft gezogene Homosexuelle, sogenannte "Asoziale" und Kriminelle, die in einer unserer Rechtsauffassung widersprechenden Weise hart bestraft wurden.¹³

Lediglich einzelne Sterilisations- und Euthanasieopfer versuchten, trotz der nahezu aussichtslosen gesetzlichen Lage, Ansprüche bei den zuständigen Behörden vorzubringen. Das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes hat für das Bundesland Wien den Bestand der Opferfürsorgeakten in der Magistratsabteilung 12, in der Größenordnung von ca. 100.000 Akten, systematisch durchgesehen und darin einige Anträge, etwa ein Dutzend, von Sterilisierungs- und Euthanasieopfern (bzw. von deren Hinterbliebenen) gefunden. Diese Anträge wurden von den zuständigen Behörden, in erster Instanz der Landeshauptmann von Wien (MA 12), in zweiter Instanz das Bundesministerium für soziale Verwaltung, abgelehnt; in einem Fall ging das Verfahren bis zum Höchstgericht, in diesem Fall der Verwaltungsgerichtshof. Ich möchte aus einigen dieser Verfahren zitieren.

¹² Bundesgesetz vom 4. Juli 1947, BGBl. Nr. 183, über die Fürsorge für die Opfer des Kampfes um ein freies, demokratisches Österreich und die Opfer politischer Verfolgung (Opferfürsorgegesetz).

¹³ Für diesbezügliche Auskünfte bin ich meiner Kollegin Mag. Brigitte Bailer, die an einer Dissertation über die Opferfürsorge in Österreich arbeitet, zu Dank verpflichtet.

So heißt es in einem Bescheid des Sozialministeriums vom 26. Mai 1961, in der die Berufung der Zwangssterilisierten Ludmilla D. gegen den ablehnenden Bescheid des Landeshauptmannes von Wien zurückgewiesen wurde:

"Eine als Folge der im Jahre 1943 durchgeführten Sterilisation eingetretene Gesundheitsschädigung hätte nur dann einen Anspruch nach dem Opferfürsorgegesetz begründet, wenn im konkreten Fall für die Anordnung dieser Operation nicht medizinische, sondern politische Gründe maßgebend gewesen wären. Für eine solche Annahme konnten im vorliegenden Fall keine Anhaltspunkte gefunden werden. /.../ Auf Grund der Krankengeschichte der Heil- und Pflegeanstalt der Stadt Wien 'Am Steinhof' ist vielmehr anzunehmen, daß die Unfruchtbarmachung ausschließlich wegen der unheilbaren Krankheit der Berufungswerberin erfolgte. Abgesehen davon würde die Minderung der Erwerbsfähigkeit, selbst wenn die Sterilisation durch Entfernung der Eierstöcke erfolgt wäre, für diesen Defekt nach Pos. X/3/c nur 40 % betragen, so daß eine Minderung der Erwerbsfähigkeit im Ausmaß des § 1 Abs. 2 lit. c OFG (70 %) nicht vorliegt."¹⁴

Im Lichte dieses Bescheids erscheint die nazistische Zwangssterilisation nicht als eine konsequente Verwirklichung nationalsozialistischer rassenpolitischer und erbbiologischer Auffassungen, sondern als eine durchaus legale medizinische Maßnahme des damaligen Staates. Ein solches Verständnis steht freilich in eklatantem Widerspruch zu der im Zuge der Aufhebung nationalsozialistischer Vorschriften und Gesetze erfolgten Außerkraftsetzung des Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses im Jahre 1945.¹⁵

In einem anderen Ablehnungsbescheid des Sozialministeriums vom 22. Dezember 1958 wurde ausgeführt:

"Es ist unbestritten, daß die Berufungswerberin vor ihrer Sterilisation weder politisch tätig war noch ihrer Religion, Abstammung oder Nationalität wegen von den nationalsozialistischen Behörden verfolgt worden ist. Sie wurde vielmehr anlässlich einer Einlieferung in eine Heil- und Pflegeanstalt auf Grund der damals geltenden Bestimmungen zur Verhütung erbkranken Nachwuchses sterilisiert. Es handelt sich somit um keine Verfolgungsmaßnahme im Sinn der angeführten Gesetzesstelle, weshalb spruchgemäß zu entscheiden war."

Nach diesen Grundsätzen wurde in allen ähnlich gearteten Fällen negativ für die Sterilisationsopfer entschieden.

Schließlich wurde zumindest in einem Fall das Verfahren vor den Verwaltungsgerichtshof gebracht. In einem Erkenntnis vom 21. Jänner 1964 wurde die Beschwerde des zwangssterilisierten Johann W. gegen einen ablehnenden Bescheid des Sozialministeriums als unbegründet abgewiesen und der schon dargelegten Rechtsauffassung des Sozialministeriums Recht gegeben.

Außer Geistes- und Erbkranken wurden im faschistischen Deutschland auch Zigeuner in Konzentrationslagern zwangssterilisiert, zum Teil im Rahmen medizinischer Versuche. Auch deren Anträge auf Ausstellung einer sogenannten

14 DÖW, Bestand Opferfürsorge Wien. Die Namen der Sterilisationsopfer wurden aus Gründen berechtigten Datenschutzes weggelassen oder abgekürzt.

15 Im Unterschied zur Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofs hat der Verfassungsgerichtshof in einem jüngsten Erkenntnis (vom 25. Juni 1988, B 999/87-15) ausdrücklich festgestellt, daß Erbgesundheitsmaßnahmen zu den zentralen Zielen der NSDAP gehört haben und daß das "Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses" vom 14. Juli 1933, die Grundlage der Zwangssterilisation, als "typisch nationalsozialistisches Gedankengut" nicht in die Rechtsordnung der Republik Österreich eingegangen ist.

"Amtsbescheinigung" gemäß § 1 Abs. 1 lit. d. OFG 1947 wurden mit der Begründung, daß die Sterilisation kein schwerer Gesundheitsschaden sei, abgelehnt. In einem derartigen Bescheid des Sozialministeriums vom 14. Jänner 1955 wurde diesbezüglich folgendes ausgeführt:

"Zur Frage, ob der Berufungswerber durch die geltend gemachte Zwangssterilisation eine schwere Gesundheitsschädigung erlitten hat, wurde die Stellungnahme des ho. Amtsarztes eingeholt. Nach dieser amtsärztlichen Äußerung ist durch die Zwangssterilisation ein körperlicher Schaden, der eine 50%ige Minderung der Erwerbsfähigkeit durch mindestens ein halbes Jahr bedingt hätte, nicht eingetreten."

In gleicher Weise wurden jüdische Zwangssterilisierte behandelt, wie aus einem Bescheid der MA 12 vom 15. Februar 1965 hervorgeht. Schließlich sei noch am Rande erwähnt, daß auch jüdische Euthanasieopfer nicht als Opfer nationalsozialistischer Verfolgung anerkannt wurden. So heißt es in einem Berufungsbescheid des Sozialministeriums vom 20. November 1958 im Falle eines angeblich 1940 ins Generalgouvernement verlegten Patienten der Anstalt "Am Steinhof":

"Bei der Schwere der Erkrankung und der festgestellten Diagnose 'Progressive Paralyse und cavernöse Phtise' kann ungeachtet des Fehlens einer Krankengeschichte und damit von Aufzeichnung über das Fortschreiten der Krankheit nicht von einem Beweis in der Richtung gesprochen werden, daß der Tod des Opfers aus einer anderen Ursache als in dem schicksalsmäßigen Ablauf der festgestellten Leiden erfolgte."¹⁶

In diesem Fall wurden die Lügengespinste des nazistischen Euthanasieapparates, der eine Verlegung in das Generalgouvernement vorgaukelte, für bare Münze genommen. Zu diesem Zeitpunkt gab es - wie ein Blick in die Fachliteratur gezeigt hätte - keine Judendeportationen, wohl aber die Deportationen der Geisteskranken. Mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit wurde der Betreffende in der nächstgelegenen Euthanasieanstalt, nämlich Hartheim, verlegt.

Aus diesen behördlichen und gerichtlichen Verfahren spricht ein völliges Unverständnis für eine ganze Gruppe von Opfern des Nationalsozialismus. Bei einer strengen Auslegung des Opferfürsorgegesetzes mag die Nichtberücksichtigung der Euthanasie- und Sterilisationsopfer vielleicht juristisch richtig sein. Man hätte jedoch bei einigem guten Willen auch juristische Interpretationen finden können, die eine Einbeziehung dieser Opfer ermöglicht hätten. So wäre es meines Erachtens denkbar, Euthanasie und Zwangssterilisation als eine politische Verfolgung im Sinne OFG anzusehen, da diese rassenpolitischen und erbbiologischen Maßnahmen zentrale Anliegen nationalsozialistischer Politik waren, nicht weniger als die Vernichtung der Juden und Zigeuner oder die Ausschaltung der politischen Gegner. Gesetzgeber, Behörden und Gerichte übersehen einfach die Tatsache, daß die rassenpolitischen Maßnahmen des NS-Regimes nicht nur auf die Vernichtung fremder Rassen beschränkt waren, sondern auch - und schon früher - auf die Ausmerzungen von "rassisch" minder-

16 Sämtliche Zitate aus: DÖW, Bestand Opferfürsorge Wien.

wertig betrachteten Teilen der eigenen Rasse bzw. des eigenen Volkes abzielen, das dadurch "rassisch" höher gezüchtet werden sollte. Es stellt sich die Frage, ob diese Einstellung der für die Opferfürsorge Verantwortlichen nicht auch deshalb zustande kam, weil solche erbbiologische Vorstellungen noch immer in weiten Kreisen der Bevölkerung verbreitet waren.

Erlauben Sie mir bitte abschließend noch die folgende Bemerkung: Die Durchsetzung der berechtigten Ansprüche der Opfer des Faschismus erfolgte in Österreich - ungeachtet der großen staatspolitischen Bedeutung des österreichischen Widerstandes als der von den Alliierten geforderte eigene Beitrag Österreichs zu seiner Befreiung - unter großen Schwierigkeiten. Im Zuge der vom Kalten Krieg hervorgerufenen politischen Klimaveränderung mußten die Widerstandskämpfer und Faschismusopfer froh sein, nicht schlechter gestellt zu werden als die für den "Führer" und "Großdeutschland" Gefallenen, ja selbst als SS-ler und berufsmäßige Judenmörder, also Leute, die "ihre Pflicht erfüllt haben". So gesehen ist die Nichtberücksichtigung der Euthanasie- und Sterilisierungsoffer durch die Republik Österreich ein symptomatischer Ausdruck für die unzulängliche Bewältigung der faschistischen Vergangenheit, die unserem Land bis heute zu schaffen macht.

BRIGITTE BAILER-GALANDA

FRAUEN UND RECHTSEXTREMISMUS¹

"Die Turnerin ...Ihr Körper ist eine durch und durch gesunde Schale für ihren ebenso gesunden und beweglichen Geist voll heiteren Frohsinns und besinnlicher Gedanken. Turnerin zu sein ist der natürliche Weg zu einem gesunden Leben vom Mädchen zur Frau und zur jungen Mutter."
(*"Bundesturnzeitung"*, Heft 12/1986)

Seit einigen Jahren beginnt die historische und politikwissenschaftliche Frauenforschung auch in Österreich Fuß zu fassen. Trotzdem finden frauenorientierte und frauenspezifische Themenstellungen nach wie vor nur wenig Beachtung im herkömmlichen Wissenschaftsbetrieb. Die Rechtsextremismusforschung, der sich in der Bundesrepublik Deutschland neben der Zeitgeschichte auch Sozialwissenschaft und Psychologie bereits eingehend widmen, ist in Österreich bisher ein gleichfalls wenig bearbeitetes Thema. Die einzige umfassende Publikation dazu hat das Dokumentationsarchiv 1979 erstellt (5. Auflage: 1981)², einige Diplomarbeiten und Dissertationen sowie kleinere Arbeiten liegen vor.³ So kann es nicht verwundern, daß zu der Fragestellung dieses Artikels so gut wie keine Literatur vorhanden ist.⁴ In den Organisations- und Ideologiekonzeptionen werden Frauen entweder gar nicht oder nur in mehr als kurzen einzelnen Absätzen erwähnt, wobei aber anzumerken ist, daß es sich bei den rechtsextremen Gruppierungen um männerdominierte Strukturen handelt, wie noch zu zeigen sein wird. Der vorliegende Artikel stellt - ausgehend von einem Vortrag der Autorin bei der Frauensommeruniversität 1988 in Linz - einen ersten Bearbeitungsversuch der Thematik Frauen und Rechtsextremismus dar.

1 Aufgrund juristischer Erfahrungen muß einleitend mit aller Deutlichkeit festgestellt werden, daß mit dem Begriff "Rechtsextremismus" keinerlei Diffamierung oder Beleidigung von Personen verbunden ist, insbesondere wird damit niemandem der Vorwurf einer "verächtlichen Gesinnung" gemäß § 111 StGB gemacht. Weder Herausgeber noch Autorin setzen Rechtsextremismus mit Nationalsozialismus, Neofaschismus oder Neonazismus gleich. Der Begriff wird ausschließlich im Sinne der von Univ. Doz. Dr. W. I. Holzer entwickelten wissenschaftlichen Begriffsbestimmung verwendet. Vgl.: Zur wissenschaftlichen Propädeutik des politischen Begriffs Rechtsextremismus, in: *Rechtsextremismus in Österreich nach 1945*, Hrsg. DÖW, 5., ergänzte und überarbeitete Aufl., Wien 1981, S. 13-50.

2 *Rechtsextremismus in Österreich nach 1945*, Hrsg. DÖW, Wien 1979.

3 Z. B. Elfriede Rechenberger, *Feindbilder im gegenwärtigen Rechtsextremismus in Österreich*, Diplomarbeit an der geisteswissenschaftlichen Fakultät der Universität Wien 1985; Andrea Ilse Maria Reiter, *Der "Eckartbote" (1952-1982). Modell einer computergestützten Zeitschriftenanalyse als Beitrag zur Kritik völkisch-nationaler Ideologie*, Dissertation an der geisteswissenschaftlichen Fakultät der Universität Salzburg 1984; Andreas P. Pittler, *Nationale Tendenzen in der FPÖ*, Diplomarbeit an der geisteswissenschaftlichen Fakultät der Universität Wien 1989. Mitarbeiter des DÖW, darunter die Autorin, verfaßten mehrere kleinere Broschüren, Zeitschriften- sowie Tagungsbeiträge.

4 Ein kurzer Teil des Abschnittes "Ideologie", in: *Rechtsextremismus in Österreich nach 1945*, a. a. O., zitiert rechtsextreme Stellungnahmen zur Rolle der Frau.

1. Die Situation des Rechtsextremismus in den späten Achtzigerjahren

Insgesamt sind in Österreich mehr als 50 Organisationen diesem Lager zuzuzählen, die jedoch keineswegs eine homogene Gruppe darstellen. Sie unterscheiden sich in ihrer öffentlichkeitswirksamen Bedeutung ebenso wie in der Schwerpunktsetzung ihrer Tätigkeit und in der Militanz ihres politischen Stils. Mitgliederzahlen können zuverlässigerweise nicht angegeben werden, da die einzelnen Organisationen über Mehrfachmitgliedschaften ihrer Funktionäre vielfältig miteinander vernetzt sind.⁵ Alle diese Organisationen sind ausschließlich deutschnational orientiert, ein österreichisch-rechtsextremes Spektrum existiert nicht.

In den letzten Jahren - insbesondere seit 1986 - kam es jedoch zu deutlichen strukturellen Verschiebungen und Veränderungen innerhalb des rechtsextremen Spektrums. Zum Unterschied von den Siebzigerjahren kann nicht nur Österreich, sondern auch im übrigen Westeuropa eine Verstärkung konservativer und im Zuge dessen auch rechter Positionen festgestellt werden. Dies führt unter anderem dazu, daß sich beispielsweise die deutschnationalen, die sogenannten "schlagenden" Studenten- und Mittelschülerverbindungen neuen Zulaufs erfreuen, so daß erstmals seit vielen Jahren Neu- und Wiedergründungen von Verbindungen verzeichnet werden. Diese sind zwar nicht in ihrer Gesamtheit als rechtsextrem zu bezeichnen, doch stellen sie eine wichtige Nahtstelle zum rechtsextremen, selbst zum neonazistischen Lager dar. Die Mehrheit der führenden Funktionäre dieses Lagers ebenso wie zahlreiche FPÖ-Politiker erfuhren dort ihre politische Sozialisation. Hand in Hand mit dieser Entwicklung kann in einigen Bereichen eine neue Radikalisierung beobachtet werden.⁶ Vor allem die neonazistische Gruppe um die Zeitung "Halt" ist agitatorisch sehr aktiv. Sie konzentriert sich auf die Gewinnung vor allem junger Burschen. "Halt" wird an Schulen verbreitet, ungefragt Schulsprechern und Lehrern zugesandt. Das ideologische Schwergewicht hat sich in den letzten Jahren deutlich verlagert. Stand in den ersten Jahren des Erscheinens die Hetze gegen ausländische Arbeitnehmer und Flüchtlinge im Mittelpunkt, konzentriert sich das Blatt neuerdings auf die Leugnung von NS-Verbrechen. In offensichtlich nicht echten "Dokumenten" wird die Existenz von Gaskammern abgestritten,⁷ "Zeugen" wie der gesuchte Verbrecher Alois Brunner⁸ sollen dies bestätigen.

Die bis Anfang der Achtzigerjahre überaus aktive Nationaldemokratische

5 Siehe Abschnitt "Organisationen", in: Rechtsextremismus in Österreich nach 1945, a. a. O., S. 161-249.

6 Vgl. beispielsweise: Die Broschüre "1938 - Lüge und Wahrheit - Weder Opfer noch Schuld", Hrsg. Aula-Verlag, wurde wegen Verdachts des Verstoßes gegen das NS-Verbotsgesetz mehrfach angezeigt. Anfang 1988 trat der Präsident des Österreichischen Kameradschaftsbundes, Univ. Doz. Richard Schober, wegen zu offenkundiger rechtsextremer Tendenzen im Kameradschaftsbund zurück. Im letzten Jahr versuchten neonazistische Gruppen eine neue Offensive zur Leugnung der Massenmorde in den Gaskammern, womit sie sogar Kärntner ÖVP-Funktionäre verunsichern konnten.

7 Halt, Nr. 40 und 41.

8 Vgl. zu Brunner Mitteilungen des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes, Folge 88/September 1988.

Partei (NDP) Norbert Burgers hingegen tritt in der Öffentlichkeitsarbeit zunehmend in den Hintergrund. Seit der Verfassungsgerichtshof den neonazistischen Charakter der NDP bestätigt hat⁹, versucht diese Partei (ohne Rechtspersönlichkeit) mittels Tarnlisten bei Wahlen zu kandidieren.¹⁰ Kurz nach diesem bahnbrechenden Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes, das dem seit langem geforderten Verbot der NDP entspricht, erfolgte auch die Auflösung des Vereines NDP durch die Sicherheitsdirektion.

Eine Sonderstellung am rechten Rand des politischen Spektrums nimmt die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) ein. Während ein Teil der Funktionäre sich sicherlich nach wie vor eher einer liberalen Politik verpflichtet fühlt, dominiert der sogenannte "nationale" Flügel seit der Wahl Jörg Haider zum Bundesparteiobmann eindeutig. Seit 1986 findet eine neuerliche Annäherung des rechtsextremen Lagers an die FPÖ statt, Haider erntet immer wieder den Applaus selbst der NDP¹¹, die unter der Obmannschaft Peters und Stegers die FPÖ heftig angegriffen hatte. Im Sommer 1987 kam es sogar zu einem Treffen zwischen Jörg Haider auf der einen und Norbert Burger sowie dem ehemaligen Kärntner Nationalratsabgeordneten Otto Scrinzi, der seit einigen Jahren eine eigene rechtsextreme Gruppierung leitet, auf der anderen Seite.¹² Darüberhinaus wächst die Zahl der freiheitlichen Mandatare und Kandidaten auf Gemeinde- und Bezirksebene, die aufgrund ihrer bisherigen Aktivitäten dem rechtsextremen Lager zuzuordnen waren oder noch vor wenigen Jahren beispielsweise der neonazistischen "Aktion Neue Rechte" (ANR) angehört hatten.¹³ Die Installation eines ehemaligen Redaktionsmitglieds der neonazistischen Zeitschrift "Sieg", Robert Dürr, in der burgenländischen FPÖ-Landtagsriege durch Haider scheiterte nur an öffentlichen Protesten.

Die Umstrukturierungen des österreichischen Rechtsextremismus sind vorläufig noch zu keinem Ende gelangt. Die weitere Entwicklung hängt nicht zuletzt davon ab, in welche Richtung die FPÖ ihren weiteren Weg einschlägt und welche der Kräfte längerfristig dort die Oberhand behält: der nun neu gefestigte "nationale" oder doch eines Tages der liberale Flügel.

2. Frauen als Aktivistinnen

Die rechtsextreme Szene Österreichs und auch der Bundesrepublik ist aus ideologischen, historischen und strukturellen Gründen klar männerdominiert. Eines der wichtigsten Rekrutierungsfelder rechtsextremer Funktionäre sind nach wie vor die in der Arbeitsgemeinschaft Freiheitlicher Akademikerverbände,

9 Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes vom 25. 6. 1988, B 999/87-15.

10 Z. B. die Liste "Ein Herz für Inländer", die bei der niederösterreichischen Landtagswahl antrat, wurde vom ehemaligen Landesleiter der NDP-Niederösterreich angeführt.

11 Klartext, Folge 6/1988.

12 profil, 14. 3. 1988. Zu Otto Scrinzi: Andreas P. Pittler, Am Beispiel Otto Scrinzi. Rechtsextreme in Österreich, Hrsg. Aktionskomitee gegen nazistische Wiederbetätigung, Wien 1986.

13 So war der FPÖ-Kandidat für die niederösterreichischen Landtagswahlen, Gerhard Ruf, in den Siebzigerjahren aktives ANR-Mitglied. Vgl. auch: Brigitte Galanda, Ein deutsches Land. Zur "rechten" Orientierung Jörg Haider's, Wien 1987, S. 111 f.

einer FPÖ-Vorfeldorganisation, organisierten Mittelschüler- und Studentenverbindungen. Diese männerbündisch aufgebauten Burschenschaften nehmen - zum Unterschied von einzelnen katholischen Verbindungen - bis heute keine Frauen in ihre Reihen auf. Gattinnen und Freundinnen der "Aktivitas" sind als Begleitung nur bei Veranstaltungen zugelassen.

Die betonte "Männlichkeit" rechtsextremer Gruppen und Parteien läßt Phänomene, die auch aus den angestammten Parteien bekannt sind, wie Unterrepräsentanz von Frauen, sehr deutlich werden. Während jedoch die parlamentarischen Parteien zumindest programmatisch für eine - wenn auch manchmal etwas eingeschränkte - Gleichberechtigung der Frauen eintreten, wird die untergeordnete Rolle der Aktivistinnen bzw. die Nicht-Vertretung der Frauen in der rechtsextremen Szene auch noch ideologisch untermauert.

Eine Durchsicht von etwa 3000 aus rechtsextremen Publikationen bekannten Namen ergab im Juli 1988 einen Frauenanteil von rund 4 %. Je nach Ausmaß der Partizipation können folgende Gruppen von Frauen unterschieden werden:

- a) Den größten Anteil an diesen 4 % haben Gattinnen von Funktionären, die als Leserbriefschreiberinnen an die Öffentlichkeit treten, sonst in vielerlei Hinsicht unterstützend wirken.
- b) Vor allem in den auf deutschnationale Kultur- und Traditionspflege orientierten Gruppen arbeiten zahlreiche Frauen in den Bereichen Sekretariat, Schriftführung und Verwaltung, also als der Sache dienende Mitwirkende im Hintergrund. Die politische Linie und die Artikel der Publikationen werden hingegen von Männern gestaltet. Ähnlich ist die Situation im Österreichischen Turnerbund, wo zahlreiche Frauen und Mädchen sportlich tätig sind. Trotzdem sind weibliche Funktionäre dort - mit Ausnahme der Betreuung der Mädchengruppen - deutlich unterrepräsentiert.¹⁴
- c) Im Umfeld der NDP treten Frauen auch als Beitragslieferantinnen für die Zeitschriften auf. Hierbei handelt es sich jedoch mehrheitlich um ältere Frauen, die bereits im Nationalsozialismus aktiv gewesen sind, sich als "Kämpferinnen" um die "nationale Sache" nicht nur auf Frauenthemen reduzieren und durchaus männlich-aggressiv auftreten.
- d) Die Gruppe um die Zeitung "Halt" hingegen versuchte kürzlich, eine eigene Mädchengruppe zu organisieren, die in BDM-ähnlichen Uniformen auftritt. Verantwortlich dafür ist die Gattin eines führenden Funktionärs.

Die einzige führende Frau des rechtsextremen Spektrums Österreichs findet sich beim "Deutschen Kulturwerk europäischen Geistes" (DKEG), das 1950 in der BRD vom ehemaligen Reichsfachschaftsleiter für Lyrik in der Reichsschrifttumskammer, Dr. Herbert Böhme, gegründet wurde. Leiterin des DKEG-Österreich ist Lisbeth Grolitsch. Der Verein veranstaltet regelmäßig Tagungen, bei denen in- und ausländische Rechtsextreme als Referenten auftreten. Anlässlich

14 Beim Bundesturntag 1988 klagte die Bundesfrauenreferentin des ÖTB, Waltraud Reischl, über die notorische Unterrepräsentanz von Frauen in den Funktionärsrängen. Bundesturnzeitung, Nr. 12/1988.

der Kandidatur des NDP-Obmannes Norbert Burger zur Bundespräsidentenwahl 1980 unterstützte das DKEG das "Komitee Steiermark und Kärnten zur Wahl eines nationalen Deutschösterreichers".¹⁵ Von Lisbeth Grolitsch liegt eine Broschüre aus dem Jahr 1975 vor, in der Grolitsch ihre Vorstellungen zur Rolle und Bestimmung der Frau vorlegt.

Bei der FPÖ hingegen sind einige durchaus als liberal zu bezeichnende Politikerinnen tätig. Eine Grenzgängerin zum Rechtsextremismus hingegen ist die Klubobfrau der FPÖ im Kärntner Landtag, geschäftsführende Landespartei-vorsitzende und Vorsitzende der "Freiheitlichen Frauenschaft Kärntens" Kriemhild Trattnig. Aus einer in der NS-Zeit sehr aktiven Familie stammend¹⁶, verfügt sie über beste Kontakte zum rechtsextremen Lager und tritt dort auch als Referentin auf. Im Organ der FPÖ-Kärnten, den "Kärntner Nachrichten", schreibt sie nicht nur regelmäßig Beiträge zu Frauen- und Familienpolitik, sondern häufig auch zu ideologischen Themen.

3. Frauen in der rechtsextremen Ideologie

Rechtsextreme Ideologie ist kein in sich geschlossenes, logisch aufgebautes Gedankengebäude, sondern vielmehr eine Bündelung von apodiktisch behaupteten Einzelaussagen und Vorurteilen. Der Qualitätssprung zum ausgeprägten rechtsextremen Weltbild entsteht erst durch das gemeinsame Auftreten dieser Elemente.¹⁷ Drei Zentralbegriffen kommt dabei wesentliche konstitutive Bedeutung zu: Einmal die Idee der "Volksgemeinschaft", die als organisch aufgebaute, notfalls zwangsweise harmonisierte Gemeinschaft aller Mitglieder des (deutschen) Volkes verstanden wird. Der einzelne gehört durch Geburt diesem Volk an, kann sich ihm also nicht entziehen. Politische Gruppen und Ideologien, die die verordnete Harmonie stören, werden abgelehnt. Als Begründungszusammenhang wird oftmals die Biologie herangezogen, Abzulehnendes als vorgeblich "unnatürlich" diffamiert. Dieser zweite Zentralbegriff der "Natürlichkeit", des von "Natur aus Vorgegebenen", entzieht sich der weiteren intellektuellen Begründung, wird gleichsam dogmatisch vorgegeben. Ein dritter wesentlicher Begriff ist der Deutschnationalismus, der oftmals gepaart mit NS-Apologik auftritt. Das Eingeständnis jener Verbrechen, die im Namen des deutschen Volkes begangen wurden, bedingt für den einzelnen starke intrapsychische Spannungen, die entweder nach einer Auseinandersetzung verlangen oder aber verdrängt wer-

15 Mapped NDP, Bundespräsidentenwahl 1980, im Schnitarchiv des DÖW.

16 Trattnigs Vater, Reinhold Huber, war Blutordensträger der NSDAP und von 1956 bis 1965 Landesparteiobmann der FPÖ-Kärnten, ihr Bruder, der FP-Nationalratsabgeordnete Alois Huber, ermöglichte mit seiner Unterstützungserklärung 1986 Otto Scrinzi die Kandidatur zu den Bundespräsidentenwahlen. Volksstimme, 3. 2. 1985, Kurier, 21. 9. 1988, Galanda, Ein deutsches Land, a. a. O., S. 68.

17 Zur rechtsextremen Ideologie vgl. Willibald I. Holzer, Zur wissenschaftlichen Propädeutik des politischen Begriffs Rechtsextremismus, in: Rechtsextremismus in Österreich nach 1945, a. a. O., S. 13-50.

den.¹⁸ Diese Verdrängung reicht weit über das rechtsextreme Lager hinaus, wie wir gerade in Österreich in den letzten Jahren erleben mußten.

Rechtsextreme Ideologie bleibt nicht auf ein isoliertes, von der politischen "Normalität" abgehobenes Getto beschränkt, sondern verbindet in der Bevölkerung weit über dieses Lager hinaus auftretende Vorurteile und Einstellungen.¹⁹ In einzelnen Bereichen ergibt sich eine starke Nähe zum Konservatismus, der jedoch mit anderen Begründungszusammenhängen operiert. Besonders deutlich wird dies im Zusammenhang mit der den Frauen zugewiesenen Rolle in der Gesellschaft.

Das Frauenbild des Rechtsextremismus wird biologisch begründet. Mann und Frau werden als biologisch unterschiedlichen Wesen diesen Unterschieden entsprechende seelische Eigenschaften zugeschrieben. Daraus resultieren wiederum unterschiedliche gesellschaftliche Aufgaben. Dieses bipolare Menschenbild, das sich bereits im Nationalsozialismus fand, drückt Lisbeth Grolitsch folgendermaßen aus:

"Frauentum ist ebensowenig wie Männertum als ein Selbständiges vom Menschen und vom Volklichen zu denken. Es sind die beide Pole eines Lebensganzen, die, sich abgrenzend und sich anziehend, ineinandergreifend ergänzen zur Einheit des Menschen, der Familie und des Volkes. /.../ Schon unserem natürlichen Empfinden widerstrebt die Zergliederung in Mann und Frau, ein Abwägen nach Gleichwertigkeit oder gar Gleichartigkeit, weil unser anlagemäßiges Denken sie schon aus Urwissen als ein polares Ganzes begriffen hat. Erst recht ergibt sich aus biologischer Sicht die Unsinnigkeit der Frage nach der Gleichwertigkeit der Frau. Hans F. K. Günther²⁰ sagt dazu in seinem Buch 'Formen und Urgeschichte der Ehe': 'In Wirklichkeit kommt beiden Geschlechtern gleich großes Gewicht zu. Der sittlichen Haltung der Frau ein größeres Gewicht. Nur eine fremde Ideenwelt vermochte es, die wesensgebundene Anschauung natürlicher Verschiedenheit und natürlicher Beziehungen der Geschlechter als Glieder einer organischen Gemeinschaft zu stören und die Frage der Gleichwertigkeit der Frau aufzuwerfen.'²¹

Die rechtsextreme Ideologie schreibt Frauen seelische Eigenschaften zu, die in ihrer Klischeehaftigkeit wohlbekannt sind und auf denen auch das nationalsozialistische Frauenbild basiert:

"Es ist wohl eine nicht zu leugnende Tatsache, daß die seelisch-geistigen Grundbegabungen bei Mann und Frau, bei allen androgynen Zügen, die der Mensch in sich trägt /.../, vom Schicksal her unterschiedlich gesetzt sind. Nach Othmar Spann (Gesellschaftslehre, S. 525, Graz 1969) ist das Wesen des Mannes dadurch gekennzeichnet, daß er der mehr tätige, rationale, mehr auf das Allgemeine und das Äußere gerichtete Teil ist, dem die Frau als dem mehr empfänglichen, irrationalen, auf das Besondere, nach innen gerichtete, oft seherische (Kassandra, Pythia, Sibyllen, Wölwa!) Wesen gegenübersteht. (Er verschweigt auch nicht die Gefahren: Beim Manne liegen sie im leeren Wirken, in der bloßen Verstandesmäßigkeit, in Naturlosigkeit, Trieb- und Instinktschwäche, bei der Frau im Kleben am Besonderen, in der

18 Vgl. dazu Alexander und Margarete Mitscherlich, Die Unfähigkeit zu trauern. Grundlagen kollektiven Verhaltens, München 1967.

19 Vgl. beispielsweise Josef Weidenholzer, Rechtsextreme und autoritäre Tendenzen im Bewußtsein der österreichischen Bevölkerung, in: Rechtsextremismus in Österreich nach 1945, S. 339-353.

20 Hans F. K. Günther war ein bekannter Verfasser von nationalsozialistischen Büchern zur Rassenlehre.

21 Lisbeth Grolitsch, Frauentum gestern und morgen. Vortrag anlässlich der Tage der Deutschen Kultur Planegg/München im Oktober 1975, S. 1.

Unverständigkeit, im Unbeherrschbaren, im Trieb- und Instinkthaften). /.../

Es ist einmal so, daß im allgemeinen, wenn auch bei vielen denkbaren Spielarten, die Kraft des Mannes im Verstand, die Kraft der Frau im Herzen, im Gemüt liegt. Beide sollen erkennen, daß das Lebensziel, der Sinn des Lebens /.../ im Heranwachsenlassen und im Reifen der artigen, guten Eigenschaften in Gegenseitigkeit liegt - hin zur lichten Männlichkeit, hin zur warmen Fraulichkeit.²²

In diesem Zitat kommt deutlich die Auffassung von der biologischen Andersartigkeit der Frauen, in der deutlich rassistische Vorstellungen anklingen, zum Ausdruck.

Die behaupteten naturgegebenen Eigenschaften der Frauen werden in der rechtsextremen Ideologie zum Vorwand einerseits der Zuschreibung besonderer Verpflichtungen und Verantwortung der Frauen und andererseits deren Reduzierung auf den privaten, familiären Bereich. Über vordergründige gesellschaftliche Anerkennung und auf dieses Ziel gerichtete Ausbildung soll den Müttern ihre Aufgabe schmackhaft gemacht werden. So stellt das NDP-Programm fest, "der Begriff Mutter muß wieder Höchstwert werden".²³ In der "Aula" war dazu zu lesen:

"Den 'Betrieb' Familie einzurichten und in Schwung zu halten, obliegt weitgehend der Frau allein. Nur sie kann dauernd anwesend sein und dessen Hebelwerk bedienen. Es ist ein sehr schwieriger 'Betrieb' und erfordert nicht nur Kenntnisse einfacher Haushaltsarbeiten und einer erträglichen Kochkunst, wie manche meinen /.../. Die Kenntnisse zahlreicher Spezialberufe sind also erforderlich, um eine vollendete Hausfrau abzugeben. /.../ Die Ausbildung der Frauen zu diesem vielseitigen und umfassenden Beruf der Hausfrau steckt auch heute noch in den Anfängen. Die Mädchen erwerben zuerst in gemischten Klassen mit Jungen ein recht neutrales Grundwissen unter dem Schild 'Allgemeinbildung', das später, weil ungenutzt, weitgehend wieder entschwindet. Dann wenden sie sich einer sogenannten Berufsausbildung zu, eignen sich irgendein Schmalpurwissen an, um ja etwas Geld zu verdienen, und fallen dann gänzlich unvorbereitet in die Windeln. /.../ Gleichberechtigung kann also nur heißen, den ererbten, spezialisierten Anlagen die sorgfältige Entfaltung zuteil werden zu lassen und sie ihrem Rang nach zu entlohnen, nicht aber aus Frauen Männer und aus Männern Frauen machen zu wollen."²⁴

Folgerichtig schlägt der Autor ein Hausfrauengehalt und spezifische Hausfrauenausbildung vor.

In rechtsextremer Logik wird nicht nur die Gleichberechtigung der Frauen, sondern auch deren Berufstätigkeit strikt abgelehnt. Oberflächlich betrachtet werden diese Forderungen aus Sorge um die funktionierende Familie erhoben. Hinter dieser vordergründigen Sorge steht jedoch ein anderes Motiv: Nur nichtberufstätige Frauen wären bereit, eine große Zahl Kinder zu gebären, und nur so könne das Aussterben des deutschen Volkes vermieden werden, die große Angstvorstellung aller Deutschnationalen. Aus diesen Gründen schlossen und schließen sich rechtsextreme und neonazistische Gruppen Aktivitäten gegen die Abtreibung an. Hinter der Festlegung der Frauen auf Familie und Mutter-

22 Die Aula, Heft 3/1981, S. 5 f.

23 Punkt 4 des Programms der NDP. Zit. nach Brigitte Galanda, NDP und NSDAP, in: Von Hitler zu Burger? Zur Geschichte, Ideologie und Rechtssituation der NDP, Hrsg. Junge Generation in der SPÖ Wien, Wien 1981.

24 Die Aula, Heft 3/1981, S. 4.

schaft findet sich somit die bekannte Instrumentalisierung der Frauen im Dienste des Bevölkerungswachstums.

In dieser völkisch-biologistischen Auffassung der Mutterschaft tritt eine weitere, auch im Nationalsozialismus propagierte Verknüpfung zutage, die Grolitsch folgendermaßen ausdrückt:

"Solange jedoch die Kriegsdienstverweigerung des Mannes keine Schande ist, wird auch der Gebärstreik der Frau nicht als unsittliche Handlung verurteilt werden können. Solange das Leben Selbstzweck ist mit den Pseudo-Idealen von Genuß und Bequemlichkeit, wird auch das Muttertum als unbequem abgelehnt werden. Fehlender Opfermut in Wehrhaftigkeit und Fruchtbarkeit aber führen zum Untergang eines Volkes."²⁵

Hier wird die gedankliche Verbindung zwischen aufopferndem Dienen der Frauen und "wehrhaften", schützenden starken Männern einerseits und der Gebärfreudigkeit und Verteidigungsbereitschaft andererseits hergestellt.²⁶

Eine Frau zieht in der "Aula" aus dieser besonderen Aufgabe der Frauen für den Bestand des Volkes einen bemerkenswerten Schluß. Von einem quasi-emanzipatorischen Ansatz ausgehend, zieht sie die Männer für die in ihren Augen "Fehlentwicklung" der letzten Jahrzehnte zur Verantwortung, wobei sie jedoch die bereits erwähnten Begründungsmuster verwendet. Sie äußert Verständnis für den "Gebärstreik" der Frauen und führt dann aber aus:

"Statt die Partnerin, die Mutter der Kinder, in ihrer natürlichen Aufgabe solidarisch zu unterstützen, nutzte der Mann seine aus der Schutzbedürftigkeit von Mutter und Kindern entstandene Führungsrolle zu egoistischen Freiheiten, die schließlich gegen die Familie gerichtet waren. Der Aufstand der Mütter ist die natürliche Folge dieses männlichen Verrates."

Dem schließt sie die Forderung an:

"Zunächst muß der Mann das geistige Umfeld im Kampf gegen die geschichtliche und zeitgeschichtliche Lüge für eine Minderheit bereinigen, die als Kreis deutschbewußter Männer und Frauen eine 'biologisch begründete Moral' in der Großfamilie neu aufrichtet. Die sittliche Grundlage solch biologischer Idealgemeinschaften hat fünftausend Jahre germanischer Geschichte getragen, bis sie vom vorderasiatisch-orientalischen Paulinismus mit dem Eichenrind und von seinem 'weltlichen Arm' im Kampf gegen die Frau als dem 'Gefäß der Sünde' erstickt wurde. Tacitus hat die Würde der germanischen Frau überliefert."

Nach einer Würdigung der Mutterschaft im Dienste des eigenen Volkes schreibt sie den deutschnationalen Burschenschaften die Rolle als Erneuerer des deutschen Volkes zu und schließt ihre Betrachtungen:

"Am Ende des 20. Jahrhunderts sind nun aus diesem, von den Müttern geschaffenen, einst so blühenden, die ganze Welt anregenden Volk die 'Indianer Europas' geworden, doch ohne Reservat, ohne eigene Interessenvertreter, ja ohne eigenes Wertbewußtsein. Abgelenkt von ihren falschen Träumen, vertreten die deutschen Männer zunehmend die Interessen fremder

²⁵ Grolitsch, a. a. O., S. 17.

²⁶ Vgl. dazu beispielsweise auch: Eckartbote, Mai/1988.

Völker, während sie ihre eigene Art ohne Widerstand beschimpfen und diffamieren lassen. Deshalb fordern wir Mütter die Emanzipation des deutschen Volkes."²⁷

Dieser Beitrag zeigt neben den bemerkenswerten, im Dienste eines biologischen Weltbildes gezogenen Schlüssen auch eine beklemmende Nähe solcher Überlegungen einerseits zu den in jüngster Zeit modern gewordenen Rückbesinnungen auf europäisches Ahnenerbe²⁸, andererseits jedoch auch die Nähe zu manchen Theorien "alternativer" Feministinnen von der Besonderheit der Frauen, die in den Dienst der Rettung der Welt gestellt werden sollte.

Die rechtsextreme Ideologie weist den Frauen die Aufgabe zur körperlichen und geistigen Gesunderhaltung des deutschen Volkes zu und leitet folgerichtig daraus frauenspezifische Pflichten ab, ohne jedoch Männern ähnlich schwere Lasten aufzubürden. Frauen haben Sitte, Anstand und Tradition zu wahren und als Mütter an die nächste Generation weiterzugeben. Väter spielen hierbei offensichtlich keine Rolle. Dem rechtsextremen Weltbild nicht entsprechende Frauen werden diffamiert und zu Sündenböcken gestempelt. Ihnen wird die Schuld an allen nur erdenklichen Mißständen zugeschrieben. In besonders kompakter Form drückt dies Kriemhild Trattnig in den "Kärntner Nachrichten" aus:

"Längst überholt sind jene Thesen von speziellen Emanzen, Ideologen und Meinungsmachern, welche uns jahrelang einredeten, daß der Fortschritt unaufhaltsam sei, die Betreuung und Erziehung unserer Kinder ebensogut, ja noch besser von staatlichen Einrichtungen aller Art erledigt werden kann und dadurch die Frauen über die Ausübung eines Berufes sich selbst verwirklichen können. Wohin dieses ausschließlich Ich-bezogene, rein wirtschaftliche und materialistische Denken und Handeln führt, sehen wir heute in allen Ecken und Enden. Umwelterstörung (34 Millionen Tonnen an Schadstoffen jährlich in Europa), Verschuldung, Arbeitslosigkeit, Jugendkriminalität, Drogenabhängigkeit, Zunahme des Alkohol- und Nikotinmißbrauches, starkes Ansteigen von Krankheiten, Krebs, Herz-Kreislaufschäden und nicht zuletzt die neue Seuche Aids haben ihre Ursachen zum größten Teil in unserer Maßlosigkeit und widernatürlichen Einstellung zum Leben, zur Mutter, Ehe und Familie."²⁹

Die letzten Zitate zeigen, daß Frauen aus dem rechtsextremen Umkreis durchaus geneigt sind, diese biologischen Rollenzuschreibungen aufzunehmen und zu internalisieren, wenn auch pseudo-emanzipatorisch verbrämt.

Rassistische und neonazistische Publikationen³⁰ weisen den Frauen die Schuld an der Entstehung sogenannter "Rassemischungen" zu. Zur Illustration werden Darstellungen weißer Frauen mit farbigen Männern herangezogen. Den üblen Praktiken des "Imports" asiatischer Frauen nach Mitteleuropa wird keine Silbe gewidmet. Ähnlich wie ekelerregende Vergewaltigungsdarstellungen soll wohl der Sexualneid der männlichen Bezieher solcher Publikationen angesprochen werden - ein bewährtes Mittel rassistischer Propaganda, dem sich bereits der nationalsozialistische Antisemitismus bediente. In der neonazistischen Gedankenwelt besteht die aus dem Nationalsozialismus bekannte Zweiteilung der

²⁷ Brigitte Finkelsen-Frank, Re-Emanzipation?, in: Die Aula, Heft 3/1981.

²⁸ New Age und Rechtsextremismus, in: Blick nach rechts, Hrsg. Sozialdemokratischer Pressedienst Bonn, Nr. 21, 10. 10. 1988.

²⁹ Kriemhild Trattnig, Zum Muttertag 1987, in: Kärntner Nachrichten, 7. 5. 1987.

³⁰ Vgl. die neonazistische Zeitung "Sieg".

Frauen in "Mütter und Huren" weiter³¹, angepaßte, völkisch "reine" Mütter werden den unangepaßten, nicht volksbewußten und daher böseartig diffamierten Frauen gegenübergestellt.

Auf eine weitere Ursache solch vordergründiger sexistischer Inhalte weisen deutsche Rechtsextremismusforscher hin, die als einen Faktor zur Auslösung rechtsextremer Karrieren deutliche Probleme im Umgang mit dem weiblichen Geschlecht und latente Homosexualität in diesen Männerbünden verantwortlich machen, die entsprechend dem Bild des "harten" deutschen Mannes unterdrückt und abgewehrt werden muß.³²

4. Zu rechtsextremen Einstellungen in der weiblichen Bevölkerung

Die Zustimmung zu rechtsextremen Kandidaten oder Parteien in der österreichischen Bevölkerung ist relativ gering, wie Wahlergebnisse der letzten Jahre zeigen.³³ Nur 1980 gelang es dem Führer der neonazistischen NDP, bei Bundespräsidentenwahlen eine erschreckende Resonanz bei den Wählern zu finden. Burger vereinigte damals 3,2 % der Stimmen auf sich, also mehr als die NSDAP bei den Nationalratswahlen 1930.³⁴ Trotzdem muß das für rechtsextreme Inhalte anfällige Potential für Österreich deutlich höher angesetzt werden. Die Berkeley-Gruppe um den Sozialwissenschaftler Theodor Adorno ging von der Annahme aus, daß autoritäre Persönlichkeitsstrukturen die Empfänglichkeit für faschistische Propaganda erhöhen.³⁵ Auf die von Adorno entwickelte Persönlichkeitskala aufbauend führten Historiker und Sozialwissenschaftler am Institut für Neuere Geschichte und Zeitgeschichte an der Universität Linz 1978 ein Projekt "Vergangenheitsbewältigung" durch, in dessen Rahmen die Autoritarismusneigung verknüpft mit Statements zur Einstellung gegenüber dem Nationalsozialismus erhoben wurde.³⁶ Diese Studie ergab ein autoritäres bzw. rechtsextremes Potential von mindestens 20 %, wobei sich keine signifikanten geschlechtsspezifischen Unterschiede ergaben. Nur bei der Behauptung "Manchmal wäre es nicht das schlechteste, es käme wieder einmal ein kleiner Hitler" stimmten bloß 16 % der Hausfrauen zu, während es insgesamt dazu 28 % zustimmende Antworten gab.³⁷ Studien über antisemitische Vorurteile weisen gleichfalls eine ungefähre

31 Klaus Theweleit, Männerphantasien. Frauen, Fluten, Körper, Geschichte, Frankfurt/Main 1977.

32 Peter Dudek, Jugendliche Rechtsextremisten. Zwischen Hakenkreuz und Odalsrune 1945 bis heute, Köln 1985; Eike Hennig, Neonazistische Militanz und Rechtsextremismus unter Jugendlichen, in: Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, 12. 6. 1982.

33 Otto Scrinzi erreichte bei der Bundespräsidentenwahl 1986 1,2 %, die Ausländer-Halt-Bewegung bei der Nationalratswahl 1983 0,4 % der Stimmen.

34 Herbert Exenberger, Norbert Burger und die Bundespräsidentenwahl 1980, in: Von Hitler zu Burger? Zur Geschichte, Ideologie und Rechtssituation der NDP, Hrsg. Junge Generation in der SPÖ Wien, Wien 1981, S. 15.

35 Theodor W. Adorno, Studien zum autoritären Charakter, Frankfurt/Main 1973.

36 Josef Weidenholzer, Rechtsextreme und autoritäre Tendenzen im Bewußtsein der österreichischen Bevölkerung, in: Rechtsextremismus in Österreich nach 1945, a. a. O., S. 339-353; Vergangenheitsbewältigung oder Wie autoritär ist der Österreicher? Ein empirischer Bericht, Hrsg. Institut für empirische Sozialforschung, unveröff. Manuskript, Wien 1978.

37 Weidenholzer, a. a. O., S. 345.

Gleichverteilung antisemitischer Haltungen bei Frauen und Männern nach, wobei die Angaben über geringfügige Unterschiede (um die 2 %) bei den einzelnen Autoren schwanken.³⁸ In zahlreichen Forschungsberichten über Vergangenheitsbewältigung und andere in diesem Zusammenhang interessierende Themen werden die Antworten wohl nach sozialer Stellung, Parteipräferenz und anderen Merkmalen der Befragten, jedoch nicht nach dem Geschlecht aufgeschlüsselt.³⁹ Hier stellt sich dann die Frage, ob sich gleichfalls keine Differenzierungen nach Geschlecht gezeigt hatten oder ob diese Kategorie das Interesse der Forscher nicht gefunden hatte.

Deutsche Arbeiten⁴⁰ über rechtsextreme Einstellungen bei Jugendlichen - solche Studien stehen für Österreich noch aus - geben ebenso keine Hinweise auf die Einstellungen junger Frauen oder Mädchen. Die "Sinus-Studie" über rechtsextreme Einstellungen der Bevölkerung in der BRD gelangt zum Ergebnis, daß rund 13 % der Westdeutschen ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild vertreten. Frauen und Männer seien jedoch gleichermaßen anfällig oder unerschütterlich für dieses Gedankengut.⁴¹

38 F. Karmasin/M. Gottschlich, Antisemitische Einstellungen der österreichischen Bevölkerung 1986. Repräsentativbefragung des österreichischen Gallup-Institutes in Zusammenarbeit mit dem Institut für Publizistik und Kommunikationswissenschaft der Universität Wien. In dieser Studie äußern die weiblichen Befragten geringfügig (1-2 %) häufiger antisemitische Vorurteile. Gerd Lukawetz, Antisemitismus - Versuch einer Klärung. Theorieorientierte Analyse der großen Antisemitismusumfrage 1986. SWS-Rundschau, Heft 1/1987, S. 75-81. Die von Lukawetz durchgeführte Korrelationsanalyse ergibt eine geringere Antisemitismusneigung von Frauen, sofern die Korrelationen bereinigt von geringerem Bildungsniveau der Frauen durchgeführt werden.

39 Vgl. Österreichbewußtsein 1987, Dr. Fessl & Co. Institut für Meinungsforschung, Wien 1988.

40 Peter Dudek, a. a. O.; Eike Hennig, a. a. O.

41 5 Millionen Deutsche "Wir sollen wieder einen Führer haben ..." Die Sinus-Studie über rechtsextremistische Einstellungen bei den Deutschen, Reinbek 1981.

PETER EPPEL

**SCHÜLERWETTBEWERB DES DÖW ZUM THEMA
"ÖSTERREICHER UND JUDENVERFOLGUNG 1938 BIS 1945"
UND ISRAELREISE "LEBENDIGE GESCHICHTE"**

In der zweiten Jahreshälfte 1987 führte das DÖW in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Sport, der Israelitischen Kultusgemeinde Wien, dem Jewish Welcome Service und zahlreichen anderen Kultur- und Bildungsinstitutionen einen Schülerwettbewerb zum Thema "Österreicher und Judenverfolgung 1938 bis 1945" durch. Schüler, Lehrlinge und Studenten leisteten aktive Beiträge zum Gedenken an den März 1938, indem sie nach der Methode des forschenden Lernens schriftliche Beiträge, Tonbänder und Videofilme, Zeichnungen, Collagen und Gemälde, Projektmappen und Wandzeitungen über die düsteren Folgen des "Anschlusses" erarbeiteten. In den "Mitteilungen" des DÖW wurde über das quantitativ und qualitativ ausgezeichnete Ergebnis dieses Schülerwettbewerbs, über die Schlussveranstaltung vom 26. Februar 1988 sowie über das starke Echo in in- und ausländischen Medien berichtet.¹ Im vorliegenden Jahrbuch wird die ausgezeichnete Projektarbeit von Sandra Melloni abgedruckt. Sandra, Schülerin des BG und BRG VIII in der Wiener Albertgasse 38, war noch keine 13 Jahre alt, als sie "Die Geschichte des Klaviers" verfaßte.

Anfang September 1988 unterbreitete der Direktor des Jewish Welcome Service, Prof. Dr. Leon Zelman, dem DÖW den Vorschlag, aus Anlaß des Gedenkens an den Novemberpogrom 1938 insbesondere Schülern, aber auch Lehrern, die bei dem vorjährigen Schülerwettbewerb des DÖW so engagiert mitgetan bzw. mitgeholfen hatten, eine stark ermäßigte einwöchige Israelreise "Lebendige Geschichte" anzubieten. Schon am 28. Oktober bestiegen wir tatsächlich mit mehr als 140 Kindern und Jugendlichen aus mehreren österreichischen Bundesländern in Wien-Schwechat eine El-Al-Maschine und hoben ab nach Israel. Guter Flug, glatte Landung an einem Freitag bei Sonnenuntergang, also Beginn des Sabbat und infolgedessen wenig Verkehr auf den Straßen. Die 20 km lange Strecke vom Ben-Gurion-Flughafen zum Grand Beach Hotel in Tel Aviv legten wir bereits in den drei Bussen mit der Aufschrift "Living History Austria" zurück. Das Abendessen war koscher.

Tags darauf ging es über Jerusalem nach Masada und, nach einem Bad im Toten Meer, über Bethlehem zurück nach Tel Aviv.

Shevi (Frau Podgor-Luria Elisheva), unsere Reisebegleiterin in Bus 3, versteht es von Anfang an großartig, uns durch Erklärungen sowie Anekdoten "das kleine Israel mit seiner großen Geschichte und den vielen Sorgen"² nahebringen; ein anderes Israel als jenes, das wir aus österreichischen Medien kennen. In Masada läßt Shevi einen Abschiedsbrief besonderer Art von einem

¹ Siehe Mitteilungen, Februar 1988, S. 2, und Mai 1988, S. 2 ff.

² Was wir sahen sprach gegen uns. Ein Bericht von Werner Vogt, Teil '1, in: Falter, 16. 11. 1988, S. 4.

Mädchen aus unserer Gruppe vortragen. Das Schreiben dokumentiert, wie sich im Jahre 73 n. Chr. die etwa 960 jüdischen Verteidiger der auf einer Bergspitze gelegenen Festung Masada zum Massenfritod entschlossen, nachdem sie erkannt hatten, daß auch diese letzte Festung in die Hände der Römer fallen würde. Heute werden hier die jungen Soldatinnen und Soldaten der israelischen Armee angelobt, indem man sie schwören läßt, daß Masada nicht mehr fallen dürfe.

Beim Baden im Toten Meer überrascht uns kurz ein Wirbelsturm, vor allem aber der außergewöhnlich hohe Salzgehalt des Wassers. Man liegt auf dem Salzwasser und kann nicht ertrinken. Durch eine hügelige Oasenlandschaft, vorbei an Überresten vergangener und gegenwärtiger Kriegsstätten, an total verrosteten Panzerwagen und Beduinenzelten mit Fernsehantennen, kamen wir auf der Rückfahrt nach Bethlehem, einer Stadt mit vorwiegend christlicher Bevölkerung. Hier besuchten wir die Geburtskirche, in der Christen sämtlicher Konfessionen feierlich der Geburt Jesu gedenken.

Am nächsten Tag standen der Besuch in einem Tel Aviver Gymnasium, ein Gespräch mit dem Oberbürgermeister von Tel Aviv, eine Führung durch das Tel Aviver Beth Hatefutot Museum und eine Rundfahrt durch Tel Aviv-Yafo auf dem Programm.

Dem Treffen der 140 österreichischen Kinder und Jugendlichen mit gleichaltrigen Israelis im Tel Aviver Gymnasium Ironi Daled war mit Spannung entgegengesehen worden, und es verlief auch spannend. In Vertretung des zur Armee eingerückten Direktors erklärte zunächst die Turnprofessorin Raja Bronstein allen, daß die Schule jüdisch, aber nicht orthodox, weltoffen und koedukativ geführt werde, erläuterte die Aufgaben des Lehrerrats sowie die beschränkten Möglichkeiten des Schülerrats und sagte: "Wer etwas über Wien wissen möchte, soll mich fragen!" Die stellvertretende Direktorin ist vor den Nationalsozialisten aus ihrer Geburtsstadt Berlin nach Israel (Palästina) geflohen und lernte Wien im Rahmen eines israelisch-österreichischen Schüleraustauschprogramms kennen, das im Zusammenhang mit der Wahl Kurt Waldheims zum Bundespräsidenten hoffentlich nur vorübergehend - eingestellt wurde. Sobald uns Frau Bronstein nicht nur auf verschiedene Klassenzimmer aufgeteilt hatte, sondern auch in den einzelnen Räumen aus wenigen großen Gruppen viele kleine entstanden waren, kam es zu regen Kontakten in englischer Sprache. Junge Israelis interessierten sich beispielsweise dafür, wie österreichische Jugendliche über Freizeitgestaltung, Alkohol- sowie Drogenkonsum denken und beantworteten umgekehrt Fragen, die sich auf ihre Einstellung zum Dienst in der israelischen Armee und auf ihre Haltung gegenüber Palästinensern bezogen. Wiener Dominikanerinnen wurden von einer jungen Jüdin gefragt, ob es richtig sei, daß manche Österreicher - wie sie im Fernsehen gehört hat - judenfeindlich eingestellt seien und was zum Beispiel sie persönlich denn Böses getan habe.

Der ebenfalls aus Berlin geflüchtete ehemalige General der israelischen Armee und jetzige Oberbürgermeister von Tel Aviv Shlomo Lahat nahm sich zwei Tage vor den israelischen Parlamentswahlen die Zeit, zu uns ins Hotel zu kommen und 140 Kindern und Jugendlichen aus Österreich ausführlich Rede und

Antwort zu stehen: "Reden Sie, fragen Sie, ich weiß, daß Israel zur Zeit nicht das beste Renommee hat." Lediglich der Frage nach seiner Meinung über Altkanzler Kreisky wich Lahat aus, da Israel "wirklich genug andere Probleme" habe. Der Oberbürgermeister erläuterte, daß Israel "zuviel Geschichte und zu wenig Geographie" habe, und bemerkte zu unserem Erstaunen, daß er ein Likud-Mann, aber dennoch für die Anerkennung der PLO, für Verhandlungen mit Arafat, sei.

Eine Rundfahrt durch das moderne Tel Aviv und die an Tel Aviv angrenzende um viertausend Jahre ältere, ebenfalls am Mittelmeer gelegene Stadt Yafo schlossen wir mit einem Besuch des Diaspora-Museums ab, dessen reichhaltige Sammlungen über die Geschichte jüdischer Gemeinschaften in aller Welt uns zwar beeindruckten, aber auch ein wenig überforderten. Wer dort Zeit fand, einen der zahlreichen Computer zu benutzen, konnte sich beispielsweise eine hervorragende vierseitige Zusammenfassung über die Geschichte der Wiener Juden vom 12. Jahrhundert bis in die Gegenwart - in englischer Sprache - ausdrucken lassen.

Montag, 31. Oktober, in Jerusalem: Yad Vashem - Herzlberg - Israelmuseum - Teddy Kollek - Klagemauer.

An diesem Tag rief die Kunde von altem und neuem Leid bei vielen von uns Gefühle von Trauer und beklemmender Hilflosigkeit hervor: Am selben Tag, an dem wir im Dunkel der Kindergedenkstätte von Yad Vashem dem endlosen Namensregister der eineinhalb Millionen vergaster Kinder lauschten, erfuhren wir auch, daß am Vortag nahe Jericho eine Mutter und ihre drei kleinen Kinder bei einem Brandbombenanschlag auf einen Linienbus in diesem verbrannt waren. Auf der Suche nach den Attentätern sprengten israelische Soldaten palästinensische Behausungen.

In Yad Vashem, der zentralen Gedenkstätte an die durch den Nationalsozialismus zerstörte jüdische Welt, waren die Zusammenhänge mit unserer jüngsten Geschichte unverkennbar: Es war nicht zu überhören, daß die Originalsprache der Mörder unsere Muttersprache ist. Herbert Rosenkranz, der Autor des wichtigen Buches über "Die Juden in Österreich 1938-1945", erzählte uns in Yad Vashem "vom Staunen seiner Mutter über das gewalttätige goldene Wienerherz" im Wien des Jahres 1938³, zwei Schüler legten Blumen für ermordete Familienangehörige nieder. Namens des DÖW legte ich in der Gedenkhalle von Yad Vashem einen Kranz nieder. Wenig später folgte eine Kranzniederlegung am Denkmal von Theodor Herzl, die dem Fernsehen zuliebe möglichst "telegen"⁴ gestellt, aber nicht von allen Teilnehmern als würdiger Ausdruck des Gedenkens empfunden wurde.

Teddy Kollek, der 1935 aus Wien emigrierte, während des Zweiten Weltkrieges u. a. mit Adolf Eichmann über die Flucht österreichischer Juden verhandelte und seit 1965 als Bürgermeister von Jerusalem amtiert⁵, empfing uns

3 Ebenda. Vgl. Herbert Rosenkranz, Verfolgung und Selbstbehauptung. Die Juden in Österreich 1938-1945, Wien 1978.

4 Ebenda.

5 Siehe Teddy und Amos Kollek, Ein Leben für Jerusalem, Hamburg 1978.

im örtlichen Rathaus. Der legendäre Bürgermeister gab uns zwar nicht die gleiche Gelegenheit zu ausführlicher Diskussion wie sein Tel Aviver Kollege, fand aber, trotz Wahlkampf und Terror, Zeit zur Begrüßung.

Nach dem Besuch bei Teddy Kollek gingen wir u. a. an den Stationen des Leidenswegs Christi vorbei, durch einen Teil der Altstadt zur Klagemauer, dem heiligsten Ort der Juden, und erhielten eine Ahnung von der Faszination Jerusalems.

Hatten wir bisher zwei der drei bedeutendsten christlichen Pilgerstätten des Heiligen Landes aufgesucht - Bethlehem sowie Jerusalem -, so fuhren wir am 1. November, dem Wahltag, zunächst auch nach Nazareth, der Stadt der Verkündigung, und später nach Capernaum und Kana. Dazwischen badeten wir bei Tiberias im See Genesareth und blickten vom Schiff aus auf die Golanhöhen. Ich begann ein Gefühl für die Enge des Landes zu entwickeln und empfand Shevis Hinweis, daß die Kibbuzniks unterhalb der Golanhöhen bis 1967 in Bunkern leben mußten, weil sie bis dahin von oben beschossen wurden, als informativ, aber bedrückend.

Israel ist heute keineswegs bis an die Zähne bewaffnet, in den Straßen von Tel Aviv sind beispielsweise wenig Waffen zu sehen, aber je mehr man sich den Grenzen zum Libanon, zu Syrien, zu Jordanien bzw. zu Ägypten nähert, desto mehr bewaffneten Frauen und Männern begegnet man.

In der Wahlnacht schien ganz Tel Aviv vor den Fernsehgeräten zu sitzen. Um 22 Uhr präsentierte das Fernsehen die erste Hochrechnung, derzufolge von den Großparteien der Maarach und der Likud je 40 Mandate erreicht hätten, was sich später um ein Mandat zu Gunsten des Likud verschieben sollte. Bei 2,9 Millionen Wahlberechtigten, davon 340.000 Araber, hatten sich insgesamt 27 Parteien um Stimmen und Mandate beworben. 15 haben den Einzug in die Knesseth geschafft. Die eigentlichen Gewinner dieser Wahl waren die kleinen religiösen Parteien, die Orthodoxen. Shevi befürchtete, daß die religiösen Vorschriften verschärft und für alle Juden zum Gesetz erhoben werden könnten. Die Schüler waren "erstaunt über die allseits wahrnehmbare Politisierung Israels. Es sind nicht nur die 'Schicksalswahl', der 'ewige Krieg', die ständige und so nahe Bedrohung Israels verantwortlich für die Anteilnahme aller am politischen Geschehen. Vielmehr hat die Entschlossenheit, die Geschichte der Juden niemals zu vergessen, weil es die Geschichte vom Tod der Väter, der Mütter, der Geschwister und der Großeltern ist, zu dieser Sensibilisierung für den weiteren Fortgang des Landes geführt. Wen immer wir trafen, wir trafen auf einen Überlebenden, einen der geflohen ist."⁶

Der Mann, der uns viele Stunden lang durch den Kibbuz Yad Mordechai im Norden Israels, 2 km vom Gazastreifen, führte, ist ein "Nachgeborener". Sein Vater lebt in Wien, aber er sieht ihn fast nie, weil die strengen Regeln des Kibbuz eine so weite und teure Reise fast unmöglich machen.

Der Name des Kibbuz und eine riesige Statue erinnern an Mordechai Anielewicz, der als junger Mann am Aufstand im Warschauer Ghetto beteiligt war und

6 Vogt, Teil 1, S. 4.

dabei ums Leben kam. Eine Art "Heldenberg" des Kibbuz, Papp-Soldaten und abgeschossene Panzer dokumentierten, daß hier im Unabhängigkeitskrieg 1948 150 Kibbuzniks mit ein paar Handfeuerwaffen sechs Tage lang 2500 Ägypter aufgehalten haben.

Die Anlage wirkt trotz des realen historischen Hintergrunds ein wenig merkwürdig und antiquiert, aber die Waffen der Männer, die mit uns im Restaurant des Kibbuz aßen, waren gewiß frisch geölt.

Im Kibbuz Yad Mordechai leben gegenwärtig rund 800 Menschen, von denen 400 als Kibbuzniks, 400 als Gäste aus den verschiedensten Ländern zu betrachten sind. Die Kibbuzniks werden in der Knesseth von der Mapam vertreten, die diesmal drei Mandate erhielt. Die Mapam tritt für Zionismus, Sozialismus sowie für Völkerfreundschaft und die Reduzierung der israelischen Gebietsansprüche ein. Die familiäre Bindung weicht im Kibbuz Yad Mordechai der Verpflichtung gegenüber einer größeren Gemeinschaft, man verzichtet weitgehend auf Konsum, und jeder ist allein, nicht der Ursprungsfamilie allein, verantwortlich.

Vom 4. Lebensmonat bis zum 19. Lebensjahr leben die Kinder nicht bei den Eltern, sondern im Kinderhaus, und im Idealfall sorgt jedes Elternpaar für die Geburt von sechs Kindern. Beim Unterricht sitzen jeweils vier bis fünf Kinder gemeinsam an einem Tisch, damit Solidarität in Form von Hilfsleistung des jeweils begabteren für den jeweils unbegabteren geübt werden kann. Der Kibbuz Yad Mordechai betreibt hauptsächlich Land- und Viehwirtschaft, wobei auch modernste Geräte mit großem Erfolg verwendet werden. Die Gemeinschaft entscheidet darüber, was erlaubt ist und was jeder zum täglichen Leben benötigt. "Taschengeld" und Urlaub sind in jedem Fall knapp bemessen. Am Ende unseres Besuches im Kibbuz Yad Mordechai erhielten wir von unserem "Sohn des Kibbuz", der eigentlich Lastkraftwagenchauffeur ist, auch noch eine fachgerechte Führung durch ein kibbuzeigenes Museum für jüdische Geschichte.

Am Abend des 2. November waren wir nochmals Gäste des Gymnasiums Ironi Daled. Dessen Schülerrat organisierte Discomusik, und die Erwachsenen flüchteten in das Lehrerzimmer. Zumindest Brieffreundschaften wurden in beiden Altersgruppen geschlossen.

Als mich die Englischprofessorin Veronika Kardosh, die 1941 aus Ungarn in die USA geflüchtet und 1964 von dort nach Israel übersiedelt war, mit ihrem Auto ins Hotel zurückfuhr, ereignete sich ein kleiner Zwischenfall, den von uns beiden nur sie als alltäglich betrachtete. Ein Polizeiwagen schnitt uns, bremste und versperrte uns danach etwa eine Viertelstunde lang kommentarlos die Zufahrt zu einer Hauptstraße. Die Kolonne hinter uns schien ebenso wie Frau Kardosh zu wissen, daß es lediglich wieder einmal darum gehe, eine Bombe zu entschärfen.

Der letzte Tag vor dem Rückflug stand zur freien Verfügung. Viele fuhren in kleinen Gruppen nochmals nach Jerusalem. Ich hörte bei dieser Gelegenheit im Osten der Stadt den Bericht eines palästinensischen Arztes über das "Committee for Social and Medical Relief for Palestinians", das seit 1979 in den besetzten Gebieten eine medizinische Infrastruktur aufbaut. Während der Mann vom Elend der medizinisch unterversorgten Frauen und Kinder in den besetzten

Gebieten sprach, spürten wir die Detonation einer Haussprengung.

Vor dem Verlassen des arabischen Teils von Jerusalem werden wir Zeugen latenter Aggression. Soldaten mit Maschinenpistolen treiben Schulkinder an den Straßenrand. Diese weinen oder schimpfen. Im Nu ist ein Fernsichteam zur Stelle. Wir aber gehen ins christliche und danach noch ins moslemische Viertel weiter.

Vor dem letzten Abendessen im Grand Beach Hotel gab es einen kurzen Empfang beim österreichischen Botschafter Dr. Otto Pleinert, danach eine Abschiedsfeier mit herzlichem Dank an Leon Zelman. Im Rahmen des Abschiedsfestes meint der die Reisegruppe als Arzt betreuende Dr. Werner Vogt u. a., "daß wir in einer verordneten, gefährlichen und betrügerischen Ruhe leben, während Israel seine Probleme und Konflikte auslebt, formuliert, sich nicht vor Gegensätzen scheut".⁷ Ein Schüler empfahl ihm, nach Israel auszuwandern, und verließ mit wenigen anderen aus Protest den Saal, als Vogt auch noch eine Anti-Waldheim-Strophe sang. In weiterer Folge führten 20 bis 30 Kinder, Jugendliche, Lehrer und Journalisten mit Werner Vogt eine mehrstündige Diskussion, die zeitweise recht interessant verlief und widersprüchliche Meinungen zum Ausdruck brachte:

Schüler A über den Abgang aus Protest:

"Es ist vielleicht sogar ein gutes Zeichen, wenn Leute eine Reaktion darauf zeigen, daß ihnen etwas nicht gefällt. Das zeigt, daß nicht völlige Gleichgültigkeit da ist..."⁸

Schülerin A:

"Gerade der Sinn, warum sie diese Reise gemacht haben, ist /.../, toleranter zu werden, andere Leute zu verstehen, und mir ist es unerklärlich, wie man nach sechs Tagen von einem Programm, das wir gehabt haben, so reagieren kann."

Schülerin B:

"Findest du es tolerant, wenn einer Österreich nur von der negativen Seite sieht und alles, was es Positives in Österreich gibt, einfach wegläßt?"

Schülerin C:

"Er /Vogt/ zeigt doch durch das, was er gesagt hat, im Grunde, daß er ein Patriot ist, weil er sich mit seinem Land auseinandersetzt."

Schüler A:

"Ja. Weil er versucht, das Land zu verbessern. Er sagt, was er an dem Land gerne besser hätte."

Vogt:

"Es ist sicher hundertmal besser, eine solche Reise zu tun, als eine Woche in der Schulklasse zu sitzen."

Student A:

"Ich möchte kritisieren, daß wir vielleicht auf dieser Reise zu viel Archäologie gesehen

⁷ Was wir sahen sprach gegen uns. Ein Bericht von Werner Vogt, Teil 2, in: Falter, 23. 11. 1988, S. 5.

⁸ Vgl. folgenden Tonbandmitschnitt Elisabeth Duseks vom 3. 11. 1988, den diese dem Verfasser freundlicherweise zur Verfügung stellte.

haben und noch zu wenig mit den Opfern konfrontiert worden sind. Der Besuch im Museum von Yad Vashem war für mich nicht so sehr durch das Museum eindrucksvoll, sondern dadurch, daß ich /.../ alle Aufschriften lesen konnte. /.../ Es ist meine Muttersprache. /.../ Was mich eigentlich am meisten berührt hat, war, daß zwei unserer Mitreisenden dann über den Namen Auschwitz Blumen für ihre ermordeten Familien niedergelegt haben. Dadurch ist mir das eigentlich erst so richtig bewußt geworden, was ich durch Fotos bis jetzt verstandesmäßig einfach nicht habe erfassen können, und in dieser Beziehung bin ich eigentlich froh darüber, daß es auf dieser Reise am Ende zu einer Auseinandersetzung gekommen ist. Denn sonst wären wir wahrscheinlich mit einer Art programmierter Trauer /.../ nach Hause gefahren und nach einer gewissen Zeit zur Tagesordnung übergegangen, und zur Tagesordnung übergehen heißt bei den Leuten, die auf diese sogenannte Provokation empfindlich reagiert haben, unter Umständen, daß man sich dann sofort wieder über die bössartigen Einflüsse von außen und über die 'Nestbeschmutzereien' aufzuregen beginnt, ohne darüber nachzudenken, daß diese /.../ eine durchaus berechtigte Ursache haben. /.../ Für meinen Geschmack ist dieses Land noch immer zu stark militarisiert, aber wenn ich bedenke, was die aus Europa eingewanderten und vertriebenen Israelis miterlebt haben, bin ich mir eigentlich nicht mehr ganz sicher, ob ich da tatsächlich bei meiner radikalen Gegnerschaft gegen das Militär bleiben sollte oder nicht vielleicht doch Zugeständnisse machen sollte."

Schüler B:

"Ich finde, Meinungen müssen dauernd etwas geändert werden, und das ist gerade das Schöne an Demokratie und am Pluralismus überhaupt, daß man sich von anderen Leuten auch Denkansätze geben lassen kann. /.../ Ich finde, es war ganz und gar nicht zu viel Archäologie. Denn um das Land und die Geschichte und die Leute und die Politik heute auch verstehen zu können, muß man, glaube ich, /.../ ein umfassendes Wissen über die geschichtliche Entwicklung haben, und dazu gehören eben auch als fundamentaler Bestandteil /.../ jene Funde und Erkenntnisse, die uns die Archäologen in mühevoller, jahrhundertlanger Arbeit übermittelt haben."

Schüler C:

"Meiner Meinung nach war es zu viel Archäologie, und das Eigentliche, das Wesentliche, ist zum Teil nicht ganz zur Geltung gekommen. /.../ Das war vielleicht darauf zurückzuführen, daß /.../ viele wirklich Neckermann im Auge haben und 'touring through Israel' /.../ und Kameras, /.../ die zum Beispiel jetzt bei einer Diskussion nicht dabei sind, und zum Teil sehr gestellte Interviews. /.../ Die Medien sind wichtig, natürlich. Wir müssen vermitteln /.../ und das in Österreich irgendwie klarmachen, was wir hier erreichen wollten und sicher erreicht haben, aber die Vorbereitung war zum Teil zu schwach."

Vogt:

"Wer immer kann, soll Kranzniederlegungen verhindern. /.../ Es gibt neue Formen des Gedenkens und Bedenkens, jenseits der Kranzniederlegung, die sozusagen auch künstlerisch gestaltet werden. Ich halte zum Beispiel diese Kindergedenkstätte für einen solchen Versuch, aber sie ist ausschließlich dann irgendwie herstellbar als Situation, wenn man dafür Zeit hat!"

Schüler A:

"Diese Schule: Es ist einfach traurig, daß wir nur so kurze Zeit Gelegenheit hatten /.../ mit /.../ Jugendlichen in unserem Alter in Kontakt zu kommen."

Am 4. November hatten wir einen wunderbaren Rückflug aus einem warmen Israel in ein kaltes Österreich und lasen im Flugzeug den ersten von einer ganzen Reihe ausschließlich positiver Zeitungsberichte über "die junge Generation der Donau-Republik, die Vergangenheit hinterfragen und bessere Kontakte

zu Juden und Israel will".⁹ Die Tageszeitung "Israel Nachrichten" schrieb unter dem Titel "Ein neuer Anfang": "Erinnert man sich an die Betroffenheit, die sich gerade wegen der zwiespältigen Reaktion in der österreichischen Bevölkerung auf die Waldheim-Affäre in Israel verbreitete, so muß man diese Aktion besonders warm als eine neue Einstiegs-Möglichkeit begrüßen."¹⁰

Wenige Wochen nach unserer Rückkehr half mir ein Fragebogen, den die Englischprofessorin Brigitte Handlos ursprünglich für ihre Schüler entworfen hatte, dabei, von insgesamt 44 Reiseteilnehmern anonyme schriftliche Auskünfte über deren Eindrücke zu bekommen. Ihnen allen sei herzlich gedankt, und eine kleine Auswahl der Antworten sei wiedergegeben. Diese nachfolgende Auswahl versucht, repräsentative, wenngleich widersprüchliche Meinungen zu berücksichtigen, ist aber bei der gebotenen Kürze durchaus subjektiv:

1. Israel/Österreich - Hat sich an Deinem Bild von diesen beiden Ländern etwas geändert?

"Jetzt verstehe ich die Probleme Israels und die dortige Situation besser. Zu Ö.: Ich verstand und verstehe immer noch nicht, wie sich so viele Menschen von Hitler hinreißen lassen konnten."

"Ich habe erfahren, daß viele Israelis nichts gegen Österreich haben und diesem Problem sehr fair und neutral gegenüberstehen. Österreicher sind weit mehr voringenommen."

"Ja. Ich habe mir nicht vorstellen können, daß in einem Land mit so vielen kulturellen Gegensätzen und ständiger Kriegsgefahr so wenig Haß offen auftritt. Jetzt ist mir richtig klar, wie eng in Österreich gedacht wird und wie giftig die Atmosphäre ist, die dieses kleinbürgerliche Denken schafft."

2. Israel und die Araber/Palästinenser - Glaubst Du, daß Du nach dieser Reise die Berichterstattung in den Medien mit anderen Augen sehen wirst? Was hast Du allgemein davon gelernt/mitbekommen?

"Früher habe ich ziemlich einseitig gedacht: Wieso wollen die Israelis die besetzten Gebiete nicht endlich freigeben? Wollen sie unbedingt Krieg? Ich habe mit einem jugendlichen Israeli geredet. Er sagte: 'Wenn wir den Arabern die Gebiete geben, ist vielleicht 5 Jahre Frieden, und dann kommt wieder ein Krieg'. Jetzt wird es mich vor allem mehr interessieren, wenn in den Nachrichten über Israel gesprochen wird. Ich glaube, die Reise hat mir geholfen, das Problem von zwei Seiten zu sehen."

"Ich verstehe nun die Ursachen und Ausmaße des Problems. Ich glaube, daß nur eine Teilung des Staates und die Abrüstung des ganzen Gebietes helfen können."

"Da ich mich schon vor der Reise sehr genau und intensiv informiert habe, hat sich mein Bild von diesem Problem leider nicht geändert, sondern eher gefestigt. Ich habe gehofft, dort neue Lösungsansätze zu finden, aber als Pazifist (Zwiltziener) gerate ich nur in weitere

⁹ Jacques Ungar, Beginn eines israelisch-österreichischen Jugendaustausches?, in: Jüdische Rundschau Maccabi, 10. 11. 1988, S. 3. Vgl., Wiener Zeitung, 22. 10. 1988; Maariv, 1. 11. 1988, S. 9; The Jerusalem Post, 4. 11. 1988, S. 22; Israel Nachrichten, 4. 11. 1988, S. 3. 11; Jüdische Rundschau Maccabi, 10. 11. 1988, S. 3; AZ/Tagblatt, 11. 11. 1988, S. 15; Falter, 16. 11. 1988, S. 4; Illustrierte Neue Welt, November/Dezember 1988, S. 17; Mitteilungen DÖW, Dezember 1988, S. 5; Die Gemeinde, 2. 12. 1988, S. 10; profil, 5. 12. 1988, S. 95.

¹⁰ Alice Schwarz, Ein neuer Anfang, in: Israel Nachrichten, 4. 11. 1988, S. 3.

Gewissenskonflikte, je tiefer ich in die Materie eindringe. Österreichischen Massenmedien vertraue ich schon lange nicht mehr, denn nach Vergleichen mit kleineren Blättern und ausländischen Medien erkennt man, was an Information unterschlagen wird und wie dem Leser bewußt eine einzige Meinung aufoktroiert wird. (Kronen Zeitung)"

3. Menschen in Israel

"Die Menschen in Israel sind mehr durch strenge religiöse Vorschriften eingeschränkt als wir. Ich glaube auch, daß sie durch die Konflikte mit den Palästinensern mehr an der Politik anteilnehmen. Sie müssen immer damit rechnen, angegriffen zu werden. Vielleicht leben sie dadurch bewußter als wir."

"Aufgrund ihrer Freundlichkeit sind sie sehr geschäftstüchtig und kontaktfreudig. Sie erzählen gerne über 'ihr' wunderschönes 'freies' Land. Einen großen Unterschied auch im alltäglichen Leben bildet ihre Religion."

"Menschen wie überall!"

"So wie das Klima, sonnig und warm, nur manchmal zieht eine Wolke vorüber."

4. Begegnungen in Israel (persönliche Erfahrungen, offizielle Anlässe)

"Ich glaube, es wäre wichtig gewesen, sich auch mit der anderen Seite (Palästinenser, Araber) auseinanderzusetzen. Der Besuch des Bürgermeisters von Tel Aviv war sehr aufschlußreich, was die Einstellung vieler Israelis angeht."

"Ich hatte in der Schule Begegnungen mit zwei Mädchen, mit denen ich viele Erfahrungen austauschen konnte. Ich habe auch einen Brieffreund gewonnen, mit dem ich mich sehr gut und sachlich über österr. und israelische Probleme unterhalten konnte. Ich finde es gut, daß sich Bürgermeister etc. während des Endspruchs im Wahlkampf Zeit genommen haben, mit uns zu reden. Der Bürgermeister von Tel Aviv hat jedoch alles einseitig geschildert."

"Wir waren eine kleine Gruppe von Studenten, die bei jeder Gelegenheit versucht haben, mit Einheimischen ins Gespräch zu kommen. Wir haben uns mit israelischen Studenten öfter getroffen und lange unterhalten, aber auch in der Schule und beim Abschiedsabend (mit den ehemaligen Wiener Studenten) viele Eindrücke bekommen, die für so eine Reise unerlässlich sind. Für österreichische Verhältnisse unvorstellbar, wie der Likud-Politiker Shlomo Lahat trotz bevorstehender Wahl offen spricht und zu seiner Meinung steht."

5. Wie hast Du die Reaktion der Israelis auf Österreich empfunden?

"Unterschiedlich. Eigentlich recht freundlich. Ich erinnere mich an eine konkrete Aussage: 'Ihr habt ein Problem - wenn Ihr das löst, ist alles o. k.'"

"Das Problem in den Beziehungen zwischen Österreich und Israel ist sicher Präsident Waldheim. Etwaige Angriffe bezogen sich immer nur auf Waldheim persönlich."

"Ich glaube nicht, daß es gut und richtig ist, uns für das, was geschehen ist, verantwortlich zu machen."

6. Die Tour hieß "Living History". War es das für Dich? Was bedeutet Dir diese Reise jetzt? Was glaubst Du, bewirkt sie in Dir für die Zukunft?

"Ich habe diese Reise auf jeden Fall als 'Living History'-Tour empfunden und bin sehr froh, Israel nicht durch eine 'Neckermann-Brille' kennengelernt zu haben. Vor allem die vielen Begegnungen werden die Reise unvergeßlich machen. Ich habe jetzt vor allem die Verpflich-

tung, in Diskussionen gegen Pauschalurteile zu kämpfen und meine Eindrücke weiterzuvermitteln."

"Die Geschichte lebte für mich wirklich auf. Es war packend, mit echten Zeitzeugen zu sprechen, die alles 'hautnah' miterlebt hatten. Die Reise war mehr als ein bloßer Urlaub, sie vertiefte mein Wissen über den Holocaust und den Zionismus, wie es keine Geschichtsstunde jemals machen kann. Ich werde mich mein restliches Leben oft gerne an eine Woche voller Informationen, Konfrontationen und Erholung erinnern."

"Ich habe zum Thema Frieden gearbeitet und hörte in Israel stetig (bisweilen heroische) Berichte über den Krieg. Die Reise war bereichernd. Sie lehrte mich mehr als 100 Zeitungsberichte. Nächstes Jahr in Jerusalem..."

7. Was hättest Du an der Reise geändert? Was hast Du schlecht gefunden? Was hast Du in Israel nicht verstanden?

"Die Kindergedenkstätte und das Museum in Yad Vashem haben mich so stark berührt, daß es mir sehr schwer gefallen ist, mich dann auf archäologische Ausgrabungen zu konzentrieren, ohne wirklich alleine nachdenken zu können."

"Ich hätte die Woche verdoppelt."

"Ich hätte lieber mehr von der Landschaft gesehen. Nichts."

Die Schüler (Patriotismus) und die Kibbuz-Mentalität; ich kann mir nicht vorstellen, in absoluter Gemeinschaft zu leben (mit jedem alles teilen)."

8. (a) 3 Dinge, die Dich begeistert, (b) 3 Dinge, die Dich abgestoßen haben?

"(a) Die netten Menschen. Das sehr schöne und interessante Land. Trotz des Krisenzustandes Lockerheit.
(b) Viel Militär. Fast kein Umweltschutz."

"(a) Das Programm. Die Rede des Bürgermeisters von Tel Aviv. Herrn Dr. Zelmans Engagement. Die Reiseleiter. Die Herzlichkeit der Menschen. Der Überlebenswille und Mut der Israelis. Ihre phantastische Leistung, aus einem Fleck Wüste so ein blühendes Land zu machen.
(b) Streitereien um Kleinigkeiten innerhalb der Gruppe, was jedoch kaum vorkam."

"(a) Masada. Totes Meer. Jerusalem.
(b) Yad Vashem. Der Schmutz auf den Straßen."

9. Was war für Dich ganz persönlich der Zweck dieser Reise? Möchtest Du etwas ergänzen?

"Für mich war der Zweck der Reise /.../ ein anderes Land kennenzulernen. Außerdem war die eine Woche eine Kombination von Bade- und Wissensbereicherungsurlaub. /.../ Angeregt letztes Jahr durch den Schülerwettbewerb, habe ich mich eigentlich mit einem Thema viel intensiver auseinandergesetzt, als es sonst im Schulunterricht der Fall sein kann. Interessant vielleicht auch, daß mein Geschichtsprofessor damals über meine Teilnahme an diesem Wettbewerb sehr überrascht gewesen ist. Er hat hierauf meine Mitschüler in das Schularchiv geschickt, um sie nach jüdischen Mitschülern suchen zu lassen. /.../ Ich muß mich nach den Gesprächen, die ich in Israel geführt habe, noch mehr wundern, daß

die Palästinenserfrage bis jetzt keiner friedlichen Lösung zugeführt werden konnte. An die NZ in Graz schreibe ich gerade einen Reisebericht und werde um Veröffentlichung bitten. /.../ Summa summarum: Die Reise nach Israel war ein einmaliges Erlebnis."

"Vorher: Tourist. Urlaub. Nachher: Informationsreiche, anstrengende politische Reise. Ich bin der Meinung, daß man uns hier die Meinung aufzwingen wollte (z. B. durch Yad Vashem und Diasporamuseum), daß die Juden die Armen sind, die von allen gehaßt und nur erfolgt werden."

"Interessant wäre es jetzt sicher auch, wenn die Israelis zu uns kommen würden. Ich finde es schade, daß es in Österreich noch immer Leute gibt, die ohne Grund gegen Juden eingestellt sind (eigentlich kann man das auch mit der Einstellung zu Ausländern vergleichen). Zwar werden die wenigen, die vor der Reise gegen Ausländer Vorurteile gehabt haben, sie nicht verloren haben, aber ich glaube, daß jeder viel Verständnis für andere Sitten, Moral usw. dazugewonnen hat."

"Ich wollte dieses Land und seine Menschen persönlich kennenlernen und in Yad Vashem mein Haupt vor den Millionen Ermordeten verbeugen."

"Mich hat Israel sehr interessiert, nicht nur wegen des Projektes, das wir im vergangenen Jahr gemacht haben, sondern überhaupt wegen der ganzen Situation Israeli/Araber - Österreich. Sehr interessant war die Diskussion mit den israelischen Schülern, und wir würden uns sehr über ein Zusammentreffen beim Gegenbesuch freuen."

Der Wunsch nach einem Gegenbesuch von Schüler(inne)n des Tel Aviver Gymnasiums Ironi Daled wurde oft geäußert, und seine Realisierung wäre sehr schön. Leider sind bei manchen Teilnehmern, wie obige Auswahl zeigt, anti-jüdische Ressentiments selbst nach dieser wunderbaren Reise nicht völlig verschwunden.

Anfang September 1989 wird das DÖW in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Sport Schülerprojektarbeiten zum Thema "Österreicher/innen und Zweiter Weltkrieg" ausschreiben, wobei das Thema Judenverfolgung als wesentlicher Teilbereich angesehen wird.



Sandra Melloni und Thomas Mikuß, die Hauptpreisträger der beiden Altersgruppen des DÖW Schülerwettbewerbes "Österreicher und Judenverfolgung 1938 bis 1945" bei der Schlußveranstaltung am 26. Februar 1988 im Alten Rathaus.

SANDRA MELLONI

DIE GESCHICHTE DES KLAVIERS

Warum ich über das Klavier schreibe, und was dieses Klavier schon hinter sich hat.

Nachdem ich von unserer Deutschprofessorin erfahren hatte, daß vom Dokumentationsarchiv ein Projekt begonnen wurde, bei dem auch Schüler zum Mitmachen eingeladen waren, habe ich mir überlegt, worüber ich denn eigentlich schreiben könnte, denn daß ich mitmachen wollte, war für mich herzlich klar. Zuerst ging ich ins Dokumentationsarchiv und wollte mir dort Informationsmaterial holen. Eine Dame beriet mich sehr nett und meinte, ich solle über die Juden in der Emigration schreiben, doch das erwies sich nach kurzer Zeit als zu umfangreich und schwierig.

Genau zu dieser Zeit kam meine Mutter eines Tages freudestrahlend in die Wohnung und verbreitete die "freudige Nachricht", daß wir ein neues Klavier bekämen. Vorsichtig pirschte ich mich an sie heran und fragte sie, was diese Hiobsbotschaft denn zu bedeuten hätte. Bevor ich weitererzähle, muß ich wohl die Sachlage klären. In unserer Wohnung stehen zwei Klaviere, ein relativ verstimmter, alter Flügel und ein Pianino, das der Zielpunkt meines Grauens ist. Dort muß ich nämlich fast täglich eine halbe Stunde verbringen und mich der Marterqual des Übens hingeben. Meine Oma hatte nun ebenfalls ein Klavier in ihrer Wohnung stehen, zwecks Zierde, Blumenständer und noch aus anderen Gründen, die ich erst später erfahren sollte. Jener schwarze Kasten war nun angeblich weniger kaputt als unser alter Flügel, so daß sich meine Großmutter zum Tausch bereit erklärte, da sie ja selbst nicht mehr Klavier spielte. Meine Mutter faselte noch etwas von "herrlichem Klang" und wie viel Freude mir das Klavierspiel erst auf dem neuen Flügel bereiten würde. Ich verdrehte die Augen, wurde ganz schön wütend auf Oma und Klavier und raste zum Telefon, um die Nummer meiner Oma zu wählen. Die wußte nämlich ganz genau, was dieser Tausch für mich bedeutete, hatte sie mir doch schon oft genug gegen das Üben die Stange gehalten. Und jetzt das! Wütend fragte ich sie, was das Ganze solle, und erklärte ihr, wie sehr ich das Klavier haßte. Da lud mich meine Großmutter zu sich ein und versprach, mir die Geschichte des Klaviers zu erzählen.

Am nächsten Tag marschierte ich also zu meiner Großmutter, und bei Vanillekipferln und Tee kramten wir in alten Dokumenten.

Als erstes kam eine Kennkarte meiner Großmutter zum Vorschein, mit einem großen "J" drauf. Ich fand einen Haufen Dokumente, Ausweise, Bestätigungen usw. mit lauter Ausdrücken, die mir völlig fremd waren. Ich hatte zum Beispiel nicht gewußt, daß es eine Judenvermögensabgabe gab und daß man so eine Gemeinheit auch Kindern antat. Meine Großmutter war im Jahr 1938 genau so alt, wie ich heute bin, und ich fragte sie, ob sie über so einen Blödsinn nicht einfach gelacht habe. Die Unterlagen der Rassenkommission über die Prüfung

der arischen und jüdischen Merkmale schienen aus der Hand eines Volidioten zu kommen, und ich konnte wirklich nicht begreifen, daß erwachsene Leute einen solchen Käse ernst genommen haben. Wie ernst die Sache aber wirklich war, zeigte mir die Geschichte des Klaviers. Es hatte ja ursprünglich gar nicht uns gehört, sondern der besten Freundin meiner Urgroßmutter. Sie und ihre Tochter, eine Freundin meiner Großmutter, konnten Österreich noch ganz knapp verlassen. Das gesamte Vermögen der Familie wurde arisiert, so nannte man das damals, wenn man Juden etwas stiehlt. Als Wien 1945 endlich von den Russen befreit wurde, versuchten diese Freunde über unsere Familie, wenigstens einen Teil ihres Besitzes wiederzubekommen. Aber das war damals überhaupt nicht so einfach, und da sie ja in der Zwischenzeit im Ausland lebten, war es doppelt kompliziert. Die Leute, die sich in der Wohnung breit gemacht hatten, wollten natürlich nicht hinaus, und meine Urgroßeltern mußten lange um den Besitz ihrer Freunde kämpfen. Es gab sogenannte Rückstellungsprozesse, und schließlich konnten sie den Großteil zurückbekommen und nach Amerika schicken. Das Klavier war für den Transport zu groß, und deswegen, aber auch als Dank und weil meine Großmutter schon als Kind darauf Klavierstunden von der Freundin ihrer Mutter bekommen hatte, sollte es bei uns bleiben.

Aber zurück in die Wirklichkeit. Ich maulte meine Großmutter an, ob sie mit zwölf Jahren noch Klavier spielen hätte müssen. "Ja", sagte sie, "bis Ende März habe ich gespielt." "Mitten im Jahr hast du aufhören dürfen?" fragte ich sie. "Was heißt dürfen", meinte sie, "ich hatte plötzlich keine Klavierlehrerin mehr, und außerdem hatten meine Eltern damals andere Sorgen, sie wußten ja nicht einmal, wie lange ich noch in der Schule bleiben konnte." "Was, auch du kein Streber?" - Ihr Ansehen bei mir stieg gewaltig. "Naja, Streber war ich keiner", meinte meine Großmutter, "aber die Schule mußte ich verlassen, weil jüdische Kinder nicht mehr in die Mittelschule gehen durften." "Ja, was haben denn deine Lehrer dazu gesagt?" fragte ich entsetzt. Sie schaute mich an und wurde sehr nachdenklich. "Eigentlich gar nichts", meinte sie, "die, die selbst noch an der Schule waren, haben das sogar unterstützt, ja bis auf eine..."

Und dann begann sie mir von ihrem Klassenvorstand zu erzählen, von Frau Dr. Meschkan, und wie toll sich die verhalten hatte. Wie ich der Großmutter so zuhörte, konnte ich verstehen, warum sie sich nach fast 50 Jahren noch so gut an Frau Dr. Meschkan erinnern konnte. Diese Frau mußte ich finden!

Mein Besuch bei Frau Professor Meschkan

Es war gar nicht so einfach, mit Frau Professor Meschkan Kontakt zu bekommen. Über den ehemaligen Klassenvorstand meiner Mutter und ihre Direktorin schafften wir es, die Adresse zu finden, und Frau Professor Meschkan lud uns sofort zu einem Gespräch ein. Ich hatte mir ein zittriges, uraltes, weißhaariges Weiblein erwartet, das uns trockene Kekse vorsetzen und von den guten, alten Zeiten erzählen würde. Der ganze Besuch begeisterte mich gar nicht mehr sonderlich, und ich nahm mir meine Mutter als Unterstützung mit.

Eine energische Dame, von der keiner annehmen konnte, daß sie Lehrerin war, öffnete uns. Sie war unheimlich lieb, statt Kekse gab es Schinkenbrot mit Tee, und sie begann richtig mit uns zu plaudern. Sie erzählte uns, woher sie die Kraft genommen hatte, sich für ihre jüdischen Schülerinnen so einzusetzen. Sie war immer eine tiefgläubige Christin gewesen, und ihr Glaube war ihr auch in dieser Zeit eine Stütze. Als die Direktorin der Schule sagte, sie könne alles ertragen, wenn sie nur die Stimme des "Führers" im Radio höre, antwortete sie: "Mir geht es genauso, wenn ich eine Messe höre!" Als man ihr irgend so ein blödes Werk über Rassen von Rosenberg zu lesen gab und verlangte, daß sie darüber berichten müsse, sagte sie zwei Wochen später bei einer Besprechung: "Ich habe während meiner Studienzeit einen ausgezeichneten Professor für Etruskologie gehört, wenn sich also Rosenberg schon auf den ersten Seiten bei den Etruskern so irrt, dachte ich, brauche ich gar nicht weiterzulesen."

Sie wollte ihre Arbeit an der Schule in diesen Jahren oft aufgeben, aber eine ehemalige Kollegin, die die Schule hatte verlassen müssen, gab ihr den Rat: "Bleib, wo du stehst, denn dort steht dann kein Nazi!"

Mich begeisterten dieser Mut und diese Sicherheit, und ich verstand, warum sich meine Großmutter noch nach so vielen Jahren an sie erinnerte. Wenn alle Menschen sich so verhalten hätten wie sie, hätte der Nationalsozialismus keinen festen Boden bei uns gefunden. Aus ihrer Erzählung über das, was damals an der Schule passiert ist, wurde mir klar, warum meine Großmutter aufgehört hatte, Klavier zu spielen, und wie wichtig gerade unter solchen Umständen und in solchen Zeiten Menschen sind, die sich so mutig wie Frau Professor Meschkan verhalten. Als sie mir am Schluß noch das Plusquamperfekt in Latein erklärte, hatte sie mein Herz endgültig gewonnen.

Mein Interesse war endgültig geweckt. Ich wollte aber noch wissen, wie die Zeitumstände waren, als meine Mutter Klavier gespielt hatte, umso mehr als sie behauptete, in der Schule nie etwas über diese Zeit erfahren zu haben.

Interview mit meiner Mutter

Endlich erwischte ich meine Mutter einmal allein und fing an, ihr meine Fragen zu stellen.

A: Konntest du eigentlich als Kind mit irgend jemandem über die Nazis reden?

M: Wie ich so alt war wie du, habe ich darüber sicher noch sehr, sehr wenig gewußt. Später, als ich begann, Fragen zu stellen, konnte ich mit meinem Onkel darüber sprechen, der mir auch immer sehr offen geantwortet hat. Aber im allgemeinen war das kein Thema für uns, und außerhalb der Familie habe ich höchstens über die bösen Bomber und die bösen Russen gehört.

A: Es war also nicht in allen Familien so wie bei dir?

M: Ganz sicher nicht und in der Schule schon gar nicht. Dort war das Thema

eigentlich überhaupt tabu. Das war aber auch irgendwo logisch - in meiner Klasse saßen ja viele Kinder, deren Väter und Mütter Nazis gewesen waren und die diese Einstellung zum Teil noch vertraten.

A: Habt ihr denn in der Schule wirklich nichts darüber gehört?

M: Kaum, in der Unterstufe sicher nicht, und in der Oberstufe sind wir in Geschichte gerade bis zum 1. Weltkrieg gekommen. Ich hatte jedoch eine ausgezeichnete Deutschprofessorin, die manchmal mit uns über diese Zeit sprach und uns auch viel zu lesen gab.

A: Kannst du eigentlich die Geschichte des Klaviers?

M: Nein, ich habe zwar viele Jahre darauf gespielt, aber ich habe sie nicht gekannt. Zuhause habe ich immer nur gehört, daß das eine schlimme Zeit war. Ich wußte zwar, daß unsere Familie verfolgt worden war, aber irgendwie habe ich geschichtlich im luftleeren Raum gelebt. Ich kann mich erinnern, einmal war ich sogar sehr traurig, daß ich keine Kriegshelden zu bieten hatte. Erst viel, viel später konnte ich mit meiner Mutter über diese Dinge sprechen, erst als ich zu fragen begann.

A: Hast du eigentlich gern Klavier gespielt?

M: Vielleicht so gern oder ungern wie du. Ich war nur nicht in der Lage, meine Kritik so zu formulieren wie du. Ich war viel, viel schüchterner und so richtig gehorsam. Es war für mich sehr schwer, kritischer zu werden. Darum bin ich eigentlich sehr froh, daß du die Dinge so hinterfragst.

A: Glaubst du nicht, daß auch die Nazis nur so einen Erfolg gehabt haben, weil auch die Generation vor dir so wenig hinterfragt hat?

M: Das ist eine gute Frage. Wahrscheinlich zum Teil schon, sicher waren aber auch andere Gründe maßgebend, wirtschaftliche zum Beispiel. Aber ich bin sicher, daß diese Wertigkeiten wie Gehorsam, Ordnung, Pflicht und das Obrigkeitsdenken sehr viel dazu beigetragen haben. Als ich in Italien lebte, ist mir klar geworden, daß dort ein Nationalsozialismus nie möglich gewesen wäre.

A: Was war dann mit Mussolini?

M: Mussolini war Faschist, sicher auch kein Musterknabe, aber doch viel gemäßiger als die Nazis, und Vernichtungslager hat es in Italien nie gegeben.

A: Glaubst du, daß heute noch ein Naziregime möglich wäre?

M: Nein, ich glaube nicht. Ich hoffe, daß es meiner Generation gelungen ist, euch so zu erziehen, daß ihr kritisch und selbstbewußt werdet und in Menschen anderer Nationen oder Religionen eure Freunde seht. Es fehlt sicher noch an einer wirklichen Aufarbeitung der Vergangenheit, aber das ist auch schwer, denn die alten Nazis sind ja noch nicht ausgestorben, die laufen noch frei herum und sitzen noch fest im Sessel.

A: Da haben wir ja noch einiges zu tun!

M: Du wirst es schon schaffen!

Für den aufmerksamen Leser: Ich mußte an dem Tag nicht mehr Klavier üben...

Gedanken am Klavier

Irgendwann saß ich aber doch wieder am Klavier und hörte mitten in einer Sonatine zum Üben auf. Ich betrachtete den alten, schwarzen Kasten, und irgendwie tat er mir leid. Er hatte eigentlich schon viel miterlebt, oft Besitzer und Spieler gewechselt. Wahrscheinlich üben die Kinder von Nazis auch nicht gern.

Wenn ich so an die Geschichte des Klaviers denke, sind die Umstände, unter denen ich spiele, eigentlich immer noch die besten. Obwohl vieles von dem, was unter den Nazis mit den Juden, Zigeunern oder Zeugen Jehovas passiert ist, heute zum Teil noch mit den Fremdarbeitern passiert. Auf manchen Gebieten wäre noch viel zu ändern. Ich bin auch Ausländerin, weil mein Vater Italiener ist, nur sieht man es mir nicht an, und man hört es auch nicht. Daher ist mir das oft gar nicht so aufgefallen.

Ich bin politisch sehr interessiert, und darum hat mir diese Arbeit viel Spaß gemacht. Abgesehen von der Hoffnung auf einen Preis, hat es sich auch ausgezahlt, weil ich viel erfahren habe. Jetzt muß ich nur noch jemanden finden, der das lesen kann und abtippt. Aber mein Vater hat mir ja mal ins Stammbuch geschrieben: *La speranza è l'ultima a morire*, die Hoffnung stirbt als letzte.

ERIK KROIHER

SCHÜLERBEFRAGUNG AM BEGINN (FEBRUAR) UND ENDE (NOVEMBER/DEZEMBER) DES "GEDENKJAHRES" 1988 ÜBER WISSENSSTAND UND EINSTELLUNG VON SCHÜLERN ZUM NATIONALSOZIALISMUS

Befragung von 785 bzw. 568 Schülern des BG Wien 14, Astgasse. Prozentangaben in Klammern. Frage 6 wurde nur im Herbst 1988 gestellt; k. A. = keine Antwort oder nicht auswertbar.

FEBRUAR 1988

1) Was geschah überhaupt im März 1938?

	wußten genau	nicht oder ungenau
10-12 Jahre (297 Schüler)	150 (50,5)	147 (44,5)
13-15 Jahre (314 Schüler)	274 (87,3)	40 (12,7)
16-18 Jahre (174 Schüler)	168 (96,6)	6 (3,4)

2) Spricht man bei euch zu Hause darüber?

	oft	manchmal	selten	nie	k. A.
10-12:	11 (3,7)	77 (25,9)	114 (38,4)	92 (31,0)	3 (1,0)
13-15:	28 (8,9)	135 (43,0)	99 (31,5)	37 (11,8)	15 (4,8)
16-18:	20 (11,5)	91 (52,2)	37 (21,3)	19 (11,0)	7 (4,0)

3) Bist du der Meinung, man sollte über diese Ereignisse und ihre Folgen reden oder sie vergessen, da sie doch schon etwa fünfzig Jahre zurückliegen, und mehr Zeit für andere Probleme aufbringen?

	reden	vergessen	k. A.
10-12:	183 (61,6)	87 (29,3)	27 (9,1)
13-15:	239 (76,1)	7 (11,8)	38 (12,1)
16-18:	119 (68,4)	30 (17,2)	25 (14,4)

4) Findest du Zeitgeschichte auch über den schulischen Bereich hinaus wichtig, oder ist sie ebenfalls nur ein Teil der üblichen Schulroutine?

	Allgemeinbildung	Schulroutine	k. A.
10-12:	184 (62,0)	58 (19,5)	55 (18,5)
13-15:	238 (75,8)	51 (16,2)	25 (8,0)
16-18:	116 (66,7)	16 (9,2)	42 (24,1)

5) Nehmen die Geschehnisse von 1938 bis 1945 deiner Ansicht nach auf das heutige politische Leben Österreichs noch Einfluß?

	ja	nein	k. A.
10-12:	164 (55,2)	58 (19,5)	75 (25,3)
13-15:	238 (75,8)	49 (15,6)	27 (8,6)
16-18:	145 (83,3)	13 (7,5)	16 (9,2)

NOVEMBER/DEZEMBER 1988

1) Was geschah überhaupt im März 1938?

	wußten genau	nicht oder ungenau
10-12 Jahre: (149 Schüler)	91 (61)	58 (39)
13-15 Jahre: (286 Schüler)	220 (77)	66 (23)
16-18 Jahre: (133 Schüler)	113 (85)	20 (15)

2) Spricht man bei euch zu Hause darüber?

	oft	manchmal	selten	nie	k. A.
10-12:	13 (9)	35 (24)	48 (32)	26 (17)	27 (28)
13-15:	25 (9)	15 (40)	81 (28)	50 (17)	15 (6)
16-18:	9 (7)	52 (39)	37 (28)	25 (19)	10 (7)

3) Bist du der Meinung, man sollte über diese Ereignisse und ihre Folgen reden oder sie vergessen, da sie doch schon etwa fünfzig Jahre zurückliegen, und mehr Zeit für andere Probleme aufbringen?

	reden	vergessen	k. A.
10-12:	85 (57)	22 (15)	42 (18)
13-15:	172 (60)	41 (14)	73 (26)
16-18:	77 (58)	27 (20)	29 (22)

4) Findest du Zeitgeschichte auch über den schulischen Bereich hinaus wichtig, oder ist sie ebenfalls nur ein Teil der üblichen Schulroutine?

	Allgemeinbildung	Schulroutine	k. A.
10-12:	70 (47)	18 (12)	61 (41)
13-15:	156 (55)	46 (16)	84 (29)
16-18:	89 (63)	15 (11)	34 (26)

5) Nehmen die Geschehnisse von 1938 bis 1945 deiner Ansicht nach auf das heutige politische Leben Österreichs noch Einfluß?

	ja	nein	k. A.
10-12:	59 (40)	33 (22)	57 (38)
13-15:	192 (67)	50 (17)	44 (16)
16-18:	91 (68)	17 (13)	25 (19)

6) Hat sich deine Einstellung zu diesem Thema nach dem "Gedenkjahr" geändert, ist dieses Aufarbeiten der Zeit der NS-Herrschaft mit dem Jahresende vorbei, oder willst du dich auch in Zukunft manchmal damit beschäftigen/daran denken?

	weiterarbeiten	aufhören	k. A.
10-12:	68 (46)	16 (11)	65 (43)
13-15:	139 (49)	41 (14)	106 (37)
16-18:	59 (44)	30 (23)	44 (33)

DOKUMENTATIONSARCHIV DES ÖSTERREICHISCHEN WIDERSTANDES

JAHRESBERICHT 1988

Jahresversammlung 1988

Die traditionelle Jahresversammlung des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes (DÖW) fand am 9. März 1988 im Gemeinderatssitzungssaal des Alten Rathauses statt. Das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes feierte in diesem Jahr sein 25jähriges Bestandsjubiläum. DÖW-Vizepräsident Univ. Doz. Dr. Herbert Steiner gab in seiner Ansprache einen kurzen Überblick über die Entwicklung des Dokumentationsarchivs von seiner Gründung 1963 bis zur Gegenwart. Für die musikalische Umrahmung sorgte das Streichquartett Rupertsberger.

Vorstand

1988 fand statutengemäß keine Neuwahl des Vorstandes statt. Es wurden jedoch der Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde Wien Paul Grosz, Bischofsvikar Pater Joseph Zeininger und Vizepräsident des Verwaltungsgerichtshofs i. R. Hofrat Dr. Hubert Jurasek, Bundesobmann der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten, zusätzlich in den Vorstand gewählt, sodaß im Berichtsjahr folgende Persönlichkeiten dem Vorstand des DÖW angehörten:

Präsident: Landtagspräsident i. R. Hubert Pfoch

Vizepräsidenten: Vizekanzler a. D. Dr. Fritz Bock, NR a. D. Rosa Jochmann, Domvikar Prof. OStR Msgr. Josef Pinzenöhler, Sektionschef Dr. Kurt Skalnik, Univ. Doz. Dr. Herbert Steiner

Kassier: Gen. Dir. i. R. KR Dr. Paul Schärf

Stv. Kassier: LAbg. i. R. Dr. Ludwig Soswinski

Weitere Mitglieder: Dr. Heinz Arnberger, Mag. Brigitte Bailer (Galanda), Archiv-Direktor Univ. Prof. Dr. Felix Czeike, Geschäftsführer i. R. Franz Forster, Sektionschef i. R. Dr. Wilhelm Grimburg, Präsident Paul Grosz, Vizepräsi. i. R. Hofrat Dr. Hubert Jurasek, Hofrat i. R. Hans Marsalek, Präsident Heinz Mayer, NR Ing. Ernst Nedwed, Gesandter Hochschulprofessor DDR. Robert Prantner, Univ. Prof. Dr. Eduard Rabofsky, SR Dr. Kurt Scholz, Leitender Sekretär Alfred Ströer, Univ. Prof. Dr. Erika Weinzierl, Oberrat i. R. Mag. Dr. Josef Windisch, Bischofsvikar Pater Joseph Zeininger.

Wissenschaftlicher Leiter: Dr. Wolfgang Neugebauer

Kontrolle: Wirkl. Hofrat Dr. Alois Kermer, Prof. Dr. Jonny Moser, Ing. Kurt Pordes.

Im Herbst 1988 wurde Abg. i. R. Otto Skritek in den Vorstand des DÖW kooptiert.

Die Aufnahme folgender Persönlichkeiten in das Kuratorium des DÖW wurde

von der Jahresversammlung bestätigt:

BM Dr. Hilde Hawlicek, Dr. Marie Thérèse Kurz-Kerschbaumer, Abg. Gabrielle Traxler, Vizekanzler a. D. Dkfm. Dr. Hannes Androsch, Prof. Walter Davy, Roberto Kolb (Mexiko), Bundesgeschäftsführer Dr. Peter Marboe, Peter Nausner, DDr. Oliver Rathkolb, Prof. Dr. Ludwig Reichhold, Dr. Gerfried Sperl, Klubobmann Gemeinderat Dr. Hannes Swoboda, Dir. a. D. Albert Sternfeld, Gemeinderat a. D. Leopold Wiesinger, Hofrat Univ. Prof. Dr. Helmut Feigl, Univ. Prof. Dr. Maximilian Liebmann, Abg. Dr. Walter Schwimmer, Bischof Dr. Reinhold Stecher, Präsident Fritz Verzetnitsch, Bundesrat KR Alfred Gerstl.

Im Jahre 1988 betrauerte das DÖW den Tod von Vorstandsmitglied Amratsrat i. R. Robert Blau.

Aus den Reihen der Kuratoriumsmitglieder verstarben General i. R. Hubert Wingelbauer, Sektionschef i. R. Ferdinand Käs und Volksanwalt Dr. Franz Bauer. Das Dokumentationsarchiv wird allen Verstorbenen stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Tätigkeit im Zeichen des "Gedenkjahrs"

So wie auch in den letzten Jahren erfolgte die Tätigkeit des Vereins Dokumentationsarchiv in engster Zusammenarbeit und im besten Einvernehmen mit der Stiftung Dokumentationsarchiv. Deren Leitungsgremium, dem Stiftungsrat, gehören Vertreter der drei Stifter Republik Österreich, Stadt Wien und Verein Dokumentationsarchiv an.

Das Berichtsjahr 1988 war vor allem vom Gedenken an die Ereignisse des Jahres 1938 geprägt. Im Zuge dessen hatte das Dokumentationsarchiv eine Fülle von Mehrarbeit zu bewältigen. Neben den eigenen Aktivitäten des DÖW zum Gedenkjahr wirkten einerseits zahlreiche Mitarbeiter/innen des DÖW an Gedenkveranstaltungen, Ausstellungen und Publikationen mit, andererseits war eine deutlich gestiegene Zahl von Benützern zu betreuen. Das Jahr 1988 kann mit Recht als das bisher arbeitsreichste in der Geschichte des DÖW bezeichnet werden.

Ausstellungen

Zahlreiche Mitarbeiter/innen und Kuratoriumsmitglieder des DÖW waren an der Gestaltung der Ausstellung in der Volkshalle des Wiener Rathauses "Wien 1938" beteiligt. Zu dieser Ausstellung erschien ein ausgezeichnete Katalog, der darüberhinaus ein wertvolles Nachschlagewerk zu Vorgeschichte und Folgen des "Anschlusses" 1938 in Wien darstellt. Die Ausstellung verzeichnete mehr als 80.000 Besucher, das große Interesse des Publikums zeigte sich an der Zahl der verkauften Kataloge (10.000 Stück).

Zahlreiche Gruppen, Schulklassen und Einzelpersonen besuchten 1988 die ständige Ausstellung des Dokumentationsarchivs, "Der österreichische Freiheitskampf", in der Bürgerstube des Alten Rathauses. Lehrer nützen erfreulicherwei-

se in zunehmendem Maße die kostenlosen Führungen als wertvolle Ergänzung des zeitgeschichtlichen Unterrichtes. Doch auch Gendarmerie- und Polizeischüler, Zivildienstler im Grundlehrgang, Jugendgruppen aus dem In- und Ausland sowie Botschafter und ausländische Delegationen zählen zu den Besuchern der Ausstellung. Alle diese Gruppen werden von Zeitzeugen oder jüngeren Historikern betreut. Im Anschluß an die Führungen ergeben sich oft ausführliche und fruchtbare Diskussionen.

Im ehemaligen Ausstellungsraum des Dokumentationsarchivs konnten wieder interessante Sonderausstellungen gezeigt werden. Anlässlich der Schlußveranstaltung zu den Schülerprojekten "Österreicher und Judenverfolgung 1938-1945" wurden die eingereichten graphischen Arbeiten im kleinen Ausstellungsraum des DÖW gezeigt. Am 11. Mai 1988 eröffnete Univ. Prof. Dr. Wolfgang Langenbacher die Ausstellung "Aufbau" - die Geschichte einer jüdischen Zeitung im Exil". Der Journalist und Schriftsteller Will Schaber berichtete über die Geschichte des "Aufbau". Die 1934 als Organ des deutsch-jüdischen Klubs in New York gegründete Zeitschrift wurde in den folgenden Jahren zu einem wichtigen Informationsorgan der von den Nationalsozialisten Vertriebenen. Auch heute ist der "Aufbau" noch ein wichtiges Bindeglied von Schicksalsgenossen in der ganzen Welt. Anlässlich des 50. Jahrestages des Novemberpogroms 1938 präsentierte DÖW-Kuratoriumsmitglied Prof. Mag. Ernst Degasperri unter dem Titel "Splinternacht" Werke aus seinem graphischen Schaffen, die sich, geprägt von der Religiosität des Künstlers, in eindrucksvoller Weise mit dem Holocaust auseinandersetzen. Bei der Eröffnung sprachen DÖW-Vorstandsmitglied Pater Joseph Zeininger und der Journalist Hellmut Butterweck.

Die Wanderausstellung "Der österreichische Freiheitskampf" wird sehr häufig von verschiedenen Organisationen entlehnt, ein Exemplar ist ständig im Einsatz. Im Berichtszeitraum wurde sie im Gymnasium Wien 10., Ettenreichgasse, in der Hauptschule Wien 15., Märzstraße, in der Öffentlichen Sonderschule für körperbehinderte Kinder, Wien 18., Währingerstraße, und im Bundesgymnasium Klosterneuburg sowie bei der Landeskonferenz des Sozialistischen Lehrervereins, Landesgruppe Wien, gezeigt. Die Wanderausstellung "Österreicher im Exil 1934-1945" wurde vom Kulturverein Vöcklabruck, von der Wiener Städtischen Bücherei Marco Polo, Wien 21., von der Kammer für Arbeiter und Angestellte Oberösterreich und dem Gymnasium Wien 1., Hegelgasse, entlehnt. Die Ausstellung "Studenten im Widerstand 1934-1945" wurde an der Universität Salzburg und am Gymnasium Wien 13., Fichtnergasse, gezeigt.

Am Morzinplatz in Wien befand sich 1938-1945 im ehemaligen "Hotel Metropol" das Hauptquartier der Gestapo. In dem an dieser Stelle neu errichteten Haus erinnert eine Gedenkstätte an die Opfer des Nationalsozialismus, die vom DÖW betreut wird und guten Besuch verzeichnet. Der Gedenkraum ist Montag 14-17 Uhr, Donnerstag und Freitag 9-12 Uhr und 14-17 Uhr sowie anlässlich besonderer Gedenk- und Feiertage geöffnet.

Archiv, Bibliothek, Sammlungen

Im Zuge der wissenschaftlichen Projekte des DÖW konnten die Sammlungen um wertvolle Materialien erweitert werden. Im Berichtsjahr wurde mit Hilfe eines freien Mitarbeiters die systematische Durchsicht der Bestände des Bundesarchivs Koblenz fortgesetzt. Die Archivierung und katalogmäßige Erfassung des Aktenbestandes mittels EDV konnte begonnen werden, diese umfangreiche Arbeit wird noch mehrere Jahre in Anspruch nehmen. Diese neue Form der Einarbeitung wird in absehbarer Zeit eine deutliche Verbesserung des Zuganges zu den DÖW-Materialien bedeuten. Es kann nach Personennamen und nach einem ausführlichen Schlagwortverzeichnis abgefragt werden, was die Effizienz der Benutzerberatung bedeutend steigern und die Arbeit der Mitarbeiter/innen erleichtern wird.

Die Bibliothek ist auf mehr als 20.500 Titel angewachsen. Infolge von Einzelzugängen und der freundlichen Überlassung von persönlichen Fotos von Zeitzeugen wuchs die Zahl der bereits archivierten Bilder auf rund 18.000 an. Die Plakatsammlung umfaßt ungefähr 1800 Exemplare.

Die im Laufe des Projektes "Erzählte Geschichte" ausgeübte Interviewtätigkeit führt zu einer ständigen Ergänzung des Bestandes an Tonbandaufzeichnungen und Abschriften biographischer Interviews mit Widerstandskämpfern und Opfern des Faschismus. Das Schwergewicht liegt derzeit auf der Befragung von Angehörigen christlicher, bürgerlicher und konservativer Widerstandsgruppen, sogenannten "rassisch" Verfolgten und Angehörigen des slowenischen Widerstandes. Diese Sammlung bewahrt die historisch wertvollen Erfahrungen und Informationen hunderter Zeitzeugen auf, die ansonsten dem Vergessen anheimfallen würden. Derzeit liegen Interviewprotokolle mit mehr als 550 Einzelpersonen vor, das sind rund 1700 Tonbandkassetten.

Die Mikrofilmsammlung wird ebenfalls laufend um Bestände ausländischer Archive erweitert. Zur besseren Nutzung dieser Sammlung konnte im Berichtsjahr ein neues Mikrofilmlese- und Rückkopiergerät angeschafft werden, was eine bedeutende Erleichterung für die Auswertung dieser Dokumente darstellt. Die Dokumentarfilmsammlung des DÖW wird vor allem vom ORF häufig benützt.

Die Zeitungsausschnittsammlung wird laufend durch Artikel aus in- und ausländischen Blättern erweitert. Thematisch werden hauptsächlich Beiträge zu Widerstand, Verfolgung, Exil, Kriegsverbrechen und Rechtsextremismus gesammelt.

Auf großes Interesse seitens der Benutzer stößt die Sammlung zum Thema Rechtsextremismus, die neben Zeitungsausschnitten auch einen umfangreichen Bestand rechtsextremer Publizistik umfaßt.

Diese Sammeltätigkeit und Ergänzung der Materialien ist eine der wichtigsten und aufwendigsten Arbeiten für unsere Mitarbeiter/innen. Alle Neuzugänge müssen geordnet, archiviert und in Katalogen verzeichnet werden.

Im Berichtszeitraum wurden erstmals mehr als 1000 Benutzer beraten und betreut, was einer mehr als 20prozentigen Steigerung gegenüber dem Vorjahr entspricht. Dabei muß jedoch bedacht werden, daß diese Statistik die Benutzer

nur bei ihrem ersten Kommen berücksichtigt. Arbeitet jemand mehrere Wochen hindurch mit den Materialien des DÖW, wird dies nicht mehr erfaßt. Weiters nicht inbegriffen ist die große Zahl schriftlicher Anfragen, die an das DÖW gerichtet werden.

Steigende Benützerzahlen und die eigene Forschungsarbeit des DÖW bedingten im Berichtsjahr ein deutliches Anwachsen der Kopiertätigkeit. Insgesamt wurden 1988 auf zwei Geräten rund 185.000 Kopien angefertigt. Daneben kopieren zahlreiche Benutzer auf dem seit 1986 zur Verfügung stehenden Münzkopiergerät selbst.

Wissenschaftliche Vorhaben und Publikationen

Aus Anlaß des Gedenkjahres 1988 veröffentlichte das DÖW aufgrund eines Forschungsauftrages des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung eine Dokumentation über den "Anschluß" 1938, die in sehr kurzer Zeit fertiggestellt werden konnte. Im Mai 1988 wurde das Werk von DÖW-Vizepräsidenten Vizekanzler a. D. Dr. Fritz Bock und unserem Kuratoriumsmitglied BM Dr. Heinrich Neisser der Öffentlichkeit vorgestellt. Infolge des großen Interesses liegt diese Publikation bereits in 2., unveränderter Auflage vor.

Die wissenschaftlichen Arbeiten an den Dokumentationen über Widerstand und Verfolgung in österreichischen Bundesländern konnten erfolgreich fortgesetzt werden. Mit einer Veröffentlichung der zweibändigen Arbeit über das Bundesland Salzburg kann 1989 gerechnet werden.

Im Rahmen des Forschungsprojektes über Österreicher im Exil befindet sich die Dokumentation über das Exil in den USA bereits in Satz, ein Band über Großbritannien ist in Vorbereitung.

In Zusammenarbeit mit dem Institut für Zeitgeschichte München wird weiterhin im DÖW der Österreicher-Band des "Biographischen Handbuchs der deutschsprachigen Emigration" bearbeitet.

Im Rahmen der Reihe "Erzählte Geschichte" sind drei weitere Bände in Bearbeitung, die voraussichtlich 1989 präsentiert werden können. Der zweite Band wird den Lebensweg von Angehörigen des christlichen, bürgerlichen bzw. konservativen Widerstandes nachzeichnen. Der dritte Band ist dem Schicksal der vom Nationalsozialismus verfolgten Juden gewidmet. In Zusammenarbeit mit dem Slowenischen Wissenschaftlichen Institut wird ein weiterer Band über das Schicksal der slowenischen Minderheit während der NS-Zeit bearbeitet, der voraussichtlich in deutscher und auch slowenischer Sprache publiziert wird.

1988 wurde bereits das dritte Jahrbuch mit kurzen wissenschaftlichen Beiträgen und dem Jahresbericht des DÖW vorgelegt.

Aktivitäten für die Schuljugend

In Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Sport, dem Jewish Welcome Service, der Israelitischen Kultusgemeinde Wien sowie anderen Kultur- und Bildungsinstitutionen führte das DÖW wieder Schü-

lerprojekte durch. Zum Thema "Österreicher und die Judenverfolgung 1938 bis 1945" legten mehr als 500 Schüler/innen zum Teil hervorragende Projektarbeiten vor. Von der Vielfalt und Qualität der Arbeiten waren selbst die Veranstalter überrascht. Die Preisverleihung wurde am 26. Februar 1988 im Gemeinderatssitzungssaal des Alten Rathauses vorgenommen. Unter anderen sprach dabei unser Kuratoriumsmitglied BM Dr. Hilde Hawlicek. Im Gedenken an die Opfer des Novemberpogroms 1938 fuhren vom 28. Oktober bis 4. November 1988 rund 150 Kinder und Jugendliche aus Österreich nach Israel, um ihre bei den Projektarbeiten gemachten Erfahrungen zu vertiefen.

Die Reise wurde vom Jewish Welcome Service mit Hilfe der Stadt Wien, des Bundeskanzleramtes, des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Sport, des DÖW und privater Spender durchgeführt.

Seit 1985 beteiligt sich das DÖW am Wiener Ferienspiel, das vom Wiener Jugendamt und anderen Institutionen durchgeführt wird. Die Kinder werden von ehemaligen Widerstandskämpfern durch die ständige Ausstellung in der Bürgerstube geführt und können anschließend mit diesen Zeitzeugen ausführlich diskutieren.

Die Aktion "Zeugen der Zeit" des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Sport wird von zahlreichen Mitarbeitern und Kuratoriumsmitgliedern des DÖW unterstützt, die als Referenten in den Schulen über die Zeit des Nationalsozialismus mit den jungen Menschen diskutieren bzw. über ihre eigenen Erlebnisse in diesen Jahren berichten.

Mitarbeiter des DÖW wirkten auch bei Seminaren für Geschichtslehrer und an Lehrerfortbildungsveranstaltungen mit.

Sonstige Aktivitäten

1988 konnten fünf Folgen der "Mitteilungen" herausgegeben werden. Anlässlich des Gedenkjahres erstellte DÖW-Mitarbeiter Herbert Exenberger für die "Mitteilungen" eine nahezu vollständige Bibliographie selbständiger Publikationen (Folge 86, Nachtrag Folge 88) und umfassender Beiträge in österreichischen Zeitschriften (Folge 87); dieser Bibliographie ließ er unter Mitarbeit von Werner Fleischer in den "Mitteilungen", Folge 90, eine weitere zum Thema Novemberpogrom folgen. Jede Folge wird in rund 3000 Exemplaren kostenlos an Bezieher in der ganzen Welt versandt. Die Zeitung informiert neben interessierten Einzelpersonen auch Universitätsinstitute aus Europa und Übersee über die Aktivitäten des DÖW, zeitgeschichtliche Veranstaltungen und Neuerscheinungen auf dem Büchermarkt. Sie liegt auch in zahlreichen Universitätsbibliotheken Europas und in Übersee auf.

Im Berichtsjahr fanden in den Räumen des DÖW mehrere Buchpräsentationen vor allem autobiographischer Werke von Widerstandskämpfern und Verfolgten statt. Anlässlich des 50. Jahrestages des "Anschlusses" 1938 wurde eine Sondermarke der Österreichischen Post in einem in der Ausstellung des DÖW eingerichteten Sonderpostamt präsentiert. Im Mai 1988 fand ein gut besuchtes Wiedersehenstreffen ehemaliger Mitglieder der Exilorganisation "Young Austria in Great Britain", initiiert vom DÖW-Vizepräsidenten Univ. Doz. Herbert Steiner, statt.

Mehrere Mitarbeiter/innen, Kuratoriums- und Vorstandsmitglieder verfaßten Publikationen und Beiträge anlässlich des Gedenkjahres und hielten Vorträge bei einer großen Zahl von Veranstaltungen, darunter wissenschaftliche Tagungen und Konferenzen des In- und Auslandes. Aktivitäten dieses Personenkreises in der Erwachsenenbildung dienen der zeitgeschichtlichen Aufklärungsarbeit. Diesem Ziel dienen auch die von DÖW-Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen mitgestalteten Ausstellungen.

Für die EDV-mäßige Erfassung des Aktenbestandes wurde ein leistungsfähigeres Gerät angeschafft, ein neuer Drucker soll die Qualität der vom DÖW selbst erstellten Publikationen verbessern.

Vertreter des DÖW arbeiten in der vom DÖW-Kuratoriumsmitglied Univ. Prof. Dr. Anton Pelinka und DÖW-Vorstandsmitglied Univ. Prof. Dr. Erika Weinzierl geleiteten "Gesellschaft für politische Aufklärung" mit und unterstützen deren Aktivitäten.

Das DÖW wirkt in der Internationalen Tagung der Historiker der Arbeiterbewegung (ITH) mit, die jährlich internationale Konferenzen in Linz durchführt. In den Projektteams des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung "Zeitgeschichte" und "Geschichte der Arbeiterbewegung" sowie in der Wissenschaftlichen Kommission zur Erforschung der Geschichte der Republik Österreich ist das DÖW durch Vizepräsident Univ. Doz. Dr. Herbert Steiner und den Wissenschaftlichen Leiter Dr. Wolfgang Neugebauer sowie mehrere Kuratoriumsmitglieder vertreten. Weiters ist das DÖW im Verband österreichischer Geschichtsvereine und im Verband österreichischer Archivare und im Internationalen Komitee für die Geschichte des Zweiten Weltkriegs Mitglied.

Der Vorstand dankt allen Kuratoriumsmitgliedern, Mitarbeitern und Förderern des DÖW für die geleistete Arbeit und Unterstützung.

BIBLIOTHEK
Dokumentationsarchiv
des österreichischen
Widerstandes

DIE AUTOREN

BRIGITTE BAILER-GALANDA, Mag. rer. soc. sci., Mitarbeiterin des DÖW, Wien

SIEGFRIED BEER, Mag., Dr. phil., Univ. Ass. am Institut für Geschichte der Karl-Franzens-Universität Graz

ERNST DEGASPERI, Prof. Mag. art. und Schriftsteller

PETER EPEL, Dr. phil., Mitarbeiter des DÖW, Wien

FLORIAN FREUND, Dr. phil., Mitarbeiter des DÖW, Wien

SIEGWALD GANGLMAIR, Dr. phil., Mitarbeiter des DÖW, Wien

WINFRIED R. GARSCHA, Dr. phil., Mitarbeiter des DÖW, Wien

ERIK KROIHER, Schüler der 6A des BG Wien 14, Astgasse

HANS LANDAUER, Mitarbeiter des DÖW, Ober-Waltersdorf

HANS MARSALEK, Hofrat, ehem. Leiter der Gedenkstätte und des Museums Mauthausen

SANDRA MELLONI, Schülerin des BG und BRG VIII in der Wiener Albertgasse 38.

HEINRICH NEISSER, Dr. jur., Bundesminister für Föderalismus und Verwaltungsreform

WOLFGANG NEUGEBAUER, Dr. phil., Wissenschaftlicher Leiter des DÖW, Wien

BERTRAND PERZ, Historiker, Wien

HUBERT PFOCH, Wiener Landtagspräsident a. D., Präsident des DÖW

HANS SCHAFRANEK, Dr. phil., Historiker, Wien

HELMA SCHMOLL, Studentin der Germanistik und Publizistik, Universität Wien

HERBERT STEINER, Univ. Doz., ehem. Wissenschaftlicher Leiter des DÖW, Wien

CA, die Bank zum Erfolg.



Viel Erfolg beim Vorsorgen. Nicht alle Kinder können reiche Eltern haben. Aber alle Eltern können jetzt für ihre Kinder ein kleines Vermögen ansparen. Mit guten Zinsen und dem guten Gefühl, für alle Fälle vorgesorgt zu haben.

D & M



CREDITANSTALT

